

A.	VERFASSUNGSSCHUTZ IN BADEN-WÜRTTEMBERG	6
1.	Aufgaben des Verfassungsschutzes	7
2.	Verhältnis von Verfassungsschutz und Polizei	8
3.	Methoden des Verfassungsschutzes	9
4.	Kontrolle	9
5.	Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes	10
B.	HINWEISE ZUR ERFASSUNG DER STRAFTATEN MIT EXTREMISTISCHEM HINTERGRUND	14
C.	RECHTSEXTREMISMUS	15
1.	Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen	15
1.1	Rechtsextremistische Personen- und Wählerpotenziale	15
1.2	Gewalt	17
1.3	Ideologie	19
2.	Gewaltbereiter Rechtsextremismus	21
2.1	Häufigkeit und Zielrichtung rechtsextremistisch motivierter Gewalt	21
2.2	Rechtsextremistische Skinheads	23
3.	Rechtsextremistische Musikszene	28
4.	Neonazismus	35
4.1	Aktivitäten mit überregionaler Bedeutung	35
4.1.1	„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)	35
4.1.2	Kommunikationsmittel	37
4.1.3	Zentrale neonazistische Aktionsfelder	40
4.1.3.1	„Rudolf-Heß-Gedenkaktionen“ 2002	40
4.1.3.2	Demonstrationen von Neonazis	42
4.2	Neonazismus in Baden-Württemberg	43
5.	Rechtsextremistische Parteien	46

5.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	46
5.1.1	„Junge Nationaldemokraten“ (JN).....	53
5.2	„Die Republikaner“ (REP)	55
5.3	„Deutsche Volksunion“ (DVU).....	61
6.	Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten	64
6.1	Das Scheitern rechtsextremistischer Sammlungsbemühungen	64
6.2	„Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.“ (GFP)	66
6.3	Organisationsunabhängige rechtsextremistische Verlage in Baden-Württemberg: GRABERT-Verlag/„Hohenrain-Verlag“	67
7.	Internationale Verflechtungen des Rechtsextremismus	69
7.1	Allgemeines	69
7.2	Revisionismus.....	70
8.	Intelktualisierungstendenzen im Rechtsextremismus	72
D.	LINKSEXTREMISMUS	75
1.	Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen.....	75
2.	Übersicht in Zahlen.....	78
2.1	Personenpotenzial	78
2.2	Straf- und Gewalttaten.....	79
3.	Gewaltbereiter Linksextremismus.....	80
4.	Parteien und sonstige Organisationen.....	82
4.1	„Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)	82
4.2	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).....	85
4.3	„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA)	88
4.4	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	91
4.5	„Rote Hilfe e.V.“ (RH).....	93
4.6	Sonstige Organisationen	95

5.	Aktionsfelder	96
5.1	„Friedens-“ beziehungsweise „Antikriegsbewegung“	96
5.2	Nahostkonflikt und Antisemitismusdebatte	98
5.3	Innere Sicherheit.....	102
5.4	Antirassismus	104
5.5	„Antiglobalisierungsbewegung“	107
5.6	Antifaschismus.....	109
5.7	Proteste gegen Kernkraftnutzung	112
E.	SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	114
1.	Allgemeiner Überblick.....	114
2.	Organisationen aus dem arabischen Raum	116
2.1	Islamistische Szene in Baden-Württemberg	116
2.2	Organisationen aus dem sunnitischen Bereich	118
2.3	Organisationen aus dem schiitischen Bereich	128
2.4	Islamistischer Terrorismus	131
2.4.1	Geistige Grundlagen.....	131
2.4.2	Das Netzwerk der Mudjahidin	133
2.4.3	Usama BIN LADINs „Al-Qaida“	134
2.4.4	Die Chronologie der Gewalt.....	136
2.4.5	Bezüge nach Baden-Württemberg	139
2.4.6	Vordenker des Dihad	141
2.4.7	Fragen der materiellen und ideologischen Unterstützung	144
2.5	Palästinensische Aktivisten	147
3.	Türkische Vereinigungen (ohne kurdische)	148
3.1	Islamistische Vereinigungen	148
3.1.1	„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG).....	148
3.1.2	„Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti), auch „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB).....	166
3.2	Extrem-nationalistische Organisationen	172
3.3	Linksextremisten	174

3.3.1	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C - Devrimci Sol)	174
3.3.1.1	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C).....	175
3.3.1.2	„Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol“) .	180
3.3.2	„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)/ „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP).....	180
4.	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beziehungsweise „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)	185
5.	Iranische Gruppen	194
6.	Volkgruppen aus dem ehemaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien	197
7.	Sikh-Organisationen	200
8.	„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	203
F.	SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)	206
1.	Organisationsstruktur in Baden-Württemberg.....	206
2.	Die täuschenden Werbestrategien der SO	207
2.1	Aktuelle Kampagnen.....	207
2.2	Täuschung der Öffentlichkeit	209
2.3	Aufbau von Feindbildern	212
3.	Verfassungsfeindliche Zielsetzung	215
4.	Die SO in der Wirtschaft	218
5.	Scientologische „Justiz“	219
6.	Aktivitäten des „Office of Special Affairs“ (OSA).....	220

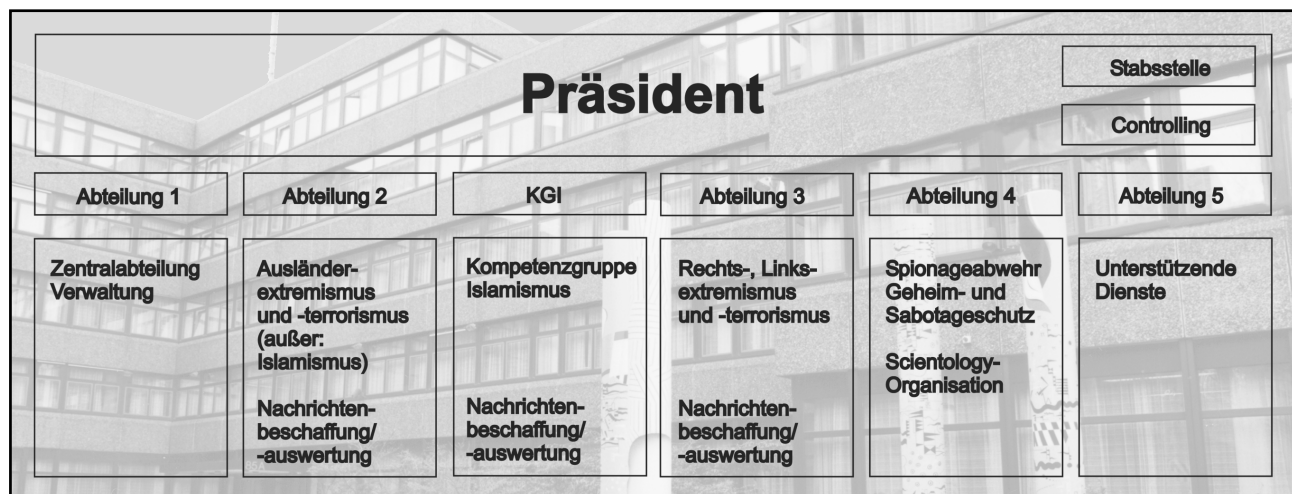
7.	Resümee und Ausblick	222
G.	SPIONAGEABWEHR, GEHEIM- UND SABOTAGESCHUTZ	224
1.	Allgemeiner Überblick	224
2.	Aktuelle Lage - Daten, Fakten, Hintergründe	227
2.1	Krisenländer	227
2.2	Volksrepublik China	232
2.3	Russische Föderation und andere Länder der GUS	234
3.	Prävention	235
3.1	Geheim- und Sabotageschutz, Informationsschutz	236
3.1.1	Personelle Schutzmaßnahmen	236
3.1.2	Materielle Schutzmaßnahmen	237
3.1.3	Sonderthema „Schutz des gesprochenen Worts“	237
3.2	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Spionageabwehr	238
3.3	„Sicherheitsforum Baden-Württemberg - die Wirtschaft schützt ihr Wissen“	239
3.3.1	Symposium „Gefährdungslage der Wirtschaft - sechs Monate nach den Terroranschlägen“	240
3.3.2	Fall- und Schadensanalyse der Universität Lüneburg	240
4.	Erreichbarkeit der Spionageabwehr	241

A. VERFASSUNGSSCHUTZ IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Der politische Extremismus ist eine ständige Herausforderung für unsere Demokratie, die sich im Bewusstsein der Lehren aus den Jahren der Weimarer Republik und der leidvollen Erfahrungen aus der Nazidiktatur als „wehrhafte Demokratie" versteht. Neben anderen „Sicherheitsmechanismen" zum Schutz unseres demokratischen Gemeinwerts erwähnt das Grundgesetz auch den Verfassungsschutz (Artikel 73 Nr. 10 GG). Seine Aufgabe ist es, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten sowie die politisch Verantwortlichen, die zuständigen Stellen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über Entwicklungen und drohende Gefahren zu unterrichten. Der Verfassungsschutz versteht sich deshalb als „Frühwarnsystem" der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Der Bund und die 16 Länder unterhalten eigene Verfassungsschutzbehörden. Die größte, weil mit vielerlei Zentralfunktionen ausgestattete Behörde, ist das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln. Dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entsprechend arbeiten alle 17 Behörden eng zusammen.

Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz hat seinen Sitz in **Stuttgart**. Das folgende Schaubild zeigt seine Organisationsstruktur:



Die Personalstellen und Finanzmittel für Personal- und Sachausgaben sind im Haushaltsplan des Landes ausgewiesen. Danach waren dem Amt für das Jahr 2002 insgesamt 334 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter zugewiesen (2001: 337). Für Personalausgaben standen etwa 11,83 Millionen Euro (2001: 12,35 Millionen Euro), für Sachausgaben rund 2,35 Millionen Euro (2001: 2,33 Millionen Euro) zur Verfügung.

Zusätzlich wurden im Anti-Terror-Sofort-Programm der Landesregierung für das Amt 15 Stellen (einschließlich 611.000 Euro Personalmittel) und 1,59 Millionen Euro für Sachausgaben bereitgestellt. Dadurch war es dem Landesamt für Verfassungsschutz möglich, das bereits im Jahr 1997 gebildete Referat „Islamische Extremisten“ zu einer „Kompetenzgruppe Islamismus“ mit einer wissenschaftlichen Analysegruppe auszuweiten. Islamwissenschaftler mit unterschiedlichen Schwerpunkten - u.a. islamisches Recht, Ethnologie, Arabistik, Osmanistik - sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einschlägigen Sprachkenntnissen verstärken nun diesen wichtigen Bereich.

1. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist immer dann gefordert, wenn den obersten Werten und Prinzipien des Grundgesetzes Gefahr droht. So hat das Landesamt nach § 3 Abs. 1 und 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes (LVSG) die Aufgabe, Informationen über solche Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder auch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Unter dem Begriff der Bestrebungen versteht man dabei eine „politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweise“, die auf eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Ordnung abzielt (vgl. § 4 Abs. 1 LVSG). Deshalb sammelt der Verfassungsschutz dort Informationen, wo Bestrebungen erkennbar sind, unsere Staatsordnung durch ein linksextremistisches, rechtsextremistisches oder sonstiges undemokratisches Staatsgebilde zu ersetzen oder durch terroristische Gewalt zu beseitigen. Der Verfassungsschutz ist aber beispielsweise auch gefordert, wenn islamistische, links- und rechtsextremistische Ausländerorganisationen ihr Heimatland von deutschem Boden aus mit Gewalt bekämpfen und dadurch unseren Staat möglicherweise in außenpolitische Konflikte und Zwangssituationen bringen. Außerdem

gehört die Spionageabwehr zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes. Hier geht es darum, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht aufzuspüren und auszuleuchten.

Aus dem Beobachtungsauftrag folgt die - ebenfalls gesetzlich bestimmte - Verpflichtung des Verfassungsschutzes, die für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen über seine Erkenntnisse zu informieren, damit dort die gebotenen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Schließlich erfüllt das Landesamt für Verfassungsschutz eine Mitwirkungsaufgabe im Bereich des vorbeugenden personellen und materiellen Geheimschutzes. Es unterstützt hierbei Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und anderen Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind. Es bietet dabei auch Beratung an, wie geheimhaltungsbedürftige Vorgänge durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

2. Verhältnis von Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind in der Bundesrepublik Deutschland streng voneinander getrennt. Dies gilt sowohl organisatorisch als auch hinsichtlich der spezifischen Befugnisse. Diese mit dem Begriff „Trennungsgebot“ umschriebene Kompetenzverteilung wurzelt in der nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnenen Einsicht, dass sich die leidvollen Erfahrungen mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) niemals wiederholen dürfen. Durch das Trennungsgebot wird sichergestellt, dass dem Verfassungsschutz keine polizeilichen Befugnisse zustehen. Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz dürfen also keinerlei Zwangsmaßnahmen wie etwa Vorladungen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen oder Festnahmen durchführen. Erscheint aufgrund von Informationen, die dem Verfassungsschutz vorliegen, ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Polizeidienststelle unterrichtet. Diese entscheidet dann selbstständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

3. Methoden des Verfassungsschutzes

Einen Großteil der Informationen, die das Landesamt für Verfassungsschutz braucht, um seinen Auftrag zu erfüllen, beschafft es auf offenem, jedermann zugänglichem Weg. So werten die Mitarbeiter der Behörde Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Programme, Broschüren und sonstiges allgemein verfügbares Material extremistischer Organisationen aus und besuchen immer wieder auch deren öffentliche Veranstaltungen. Allerdings kann das Landesamt für Verfassungsschutz seine Informationen auch verdeckt beschaffen und die dafür im LVSG vorgesehenen Methoden und Techniken anwenden beziehungsweise einsetzen. Gerade solche, durch nachrichtendienstliche Mittel gewonnenen hochwertigen Erkenntnisse, ermöglichen im Grundsatz erst eine fundierte, genaue und verlässliche Analyse der Gefährdungslage.

Beispiele für nachrichtendienstliche Mittel sind

- der Einsatz von **Vertrauensleuten (V-Leuten)**
- die **Observation** verdächtiger Personen
- geheimes Fotografieren** sowie
- Tarnmaßnahmen**, mit denen verdeckt werden soll, dass der Verfassungsschutz Beobachtungen vornimmt.

Darüber hinaus darf der Verfassungsschutz im Einzelfall unter engen, gesetzlich normierten Voraussetzungen den Brief-, Post- und Fernmeldeverkehr überwachen (Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses - G 10 -).

4. Kontrolle

Das Landesamt für Verfassungsschutz unterliegt einer vielschichtigen rechtsstaatlichen Kontrolle. Innerbehördliche Maßnahmen - z.B. Kontrollen durch den internen Datenschutzbeauftragten - stellen ebenso wie die Rechts- und Fachaufsicht durch das Innenministerium sowie externe Kontrollen des Landesbeauftragten für den Datenschutz

oder des Rechnungshofs sicher, dass der gesetzlich vorgegebene Rahmen nicht überschritten wird.

Die parlamentarische Kontrolle ist nach § 16 LVSG Aufgabe des Ständigen Ausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, dem Mitglieder aller Fraktionen angehören. Ihm berichtet das Innenministerium halbjährlich sowie auf Verlangen des Ausschusses und aus besonderem Anlass über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes.

Für die Wahrnehmung der spezifischen parlamentarischen Kontrolle über die Durchführung des „Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses“ (G 10) ist ein Gremium bestellt, das sich aus fünf Abgeordneten des Landtags zusammensetzt. Über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen entscheidet eine unabhängige Kommission, die aus drei vom Landtag bestellten Persönlichkeiten besteht, die nicht notwendigerweise Abgeordnete sein müssen.

5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann dauerhaft nur durch eine auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführte geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet dabei einen wesentlichen Beitrag, indem es neben der Regierung und dem Parlament vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen regelmäßig informiert. Eine ganze Palette von Informationsmöglichkeiten steht dabei zur Auswahl. So können derzeit 15 Broschüren zu den verschiedensten Themen des Verfassungsschutzes angefordert oder im Internet abgerufen werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz stellt auch gerne Referenten für Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu Themen des Verfassungsschutzes zur Verfügung und beantwortet Anfragen von Medienvertretern so umfassend wie möglich.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg haben im Jahre 2002 149 Vorträge (2001: 159) gehalten, die Zahl der Medienkontakte

(Presse, Funk, Fernsehen) belief sich auf rund 150 - im Jahr 2001 waren es aufgrund des großen Medieninteresses nach den Terroranschlägen vom 11. September etwa 240 gewesen. Etwa 13.570 Verfassungsschutzberichte 2001 und 10.350 Broschüren wurden auf Anforderung verteilt. Derzeit sind folgende Informationsschriften verfügbar:

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg -

Aufbau und Arbeitsweise

(Broschüre - Januar 1999; gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage geplant)

Extremisten im Internet -

Eine Herausforderung für die Sicherheitsbehörden

(Broschüre - Dezember 2001)

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland -

Allgemeine Entwicklung

(Broschüre - Mai 1998; gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage 2003)

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) -

konservativ oder rechtsextremistisch?

(Broschüre - August 2000)

Rechtsextremistische Skinheads

(Broschüre - März 2001)

Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland -

Allgemeine Entwicklung

(Broschüre - Februar 2003)

Antifaschismus als Agitationsfeld von Linksextremisten

(Broschüre - März 2002)

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) -

Auf dem Weg in die Demokratie?

(Broschüre - August 2000)

Erscheinungsformen des Ausländerextremismus

(Broschüre - März 2001)

Islamistische Extremisten

(Broschüre - Juli 1999; gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage geplant)

Arbeiterpartei Kurdistans - Organisationsaufbau

(Broschüre - Juli 1998)

Scientology - ein Fall für den Verfassungsschutz

(Broschüre - August 1997)

Die Scientology-Organisation

(Broschüre - Juni 1999; gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage 2003)

Schutz vor Spionage -

Ein praktischer Leitfaden für die gewerbliche Wirtschaft

(Broschüre - Juni 1999; gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage geplant)

Wirtschaftsspionage -

Die gewerbliche Wirtschaft im Visier fremder Nachrichtendienste

(Broschüre - Oktober 1998; gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage geplant)

Auch im Internet präsentiert sich der Verfassungsschutz Baden-Württemberg seit Oktober 1997 mit einer eigenen Homepage. Dort sind die aktuellen Verfassungsschutzberichte sowie grundlegende Informationen über Hintergründe und Zusammenhänge des Extremismus, der Spionageabwehr und der Scientology-Organisation abrufbar. Alle zu diesen Themenbereichen sowie zur Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz herausgegebenen Broschüren können heruntergeladen

werden. Außerdem berichtet das Landesamt für Verfassungsschutz auf seiner Homepage über aktuelle Entwicklungen und Ereignisse und bietet dazu Hintergrundinformationen an. Abbildungen, Schaubilder, Tabellen und Grafiken, Literaturhinweise und Erläuterungen von Fachbegriffen zum Thema Verfassungsschutz runden das Angebot ab. Von der Homepage gelangt man zur E-Mail-Adresse, über die Fragen, Anregungen, Kritik und Bestellungen von Publikationen direkt an das Landesamt für Verfassungsschutz gesandt werden können. Daneben besteht die Möglichkeit, die Anschriften aller Verfassungsschutzbehörden im Bundesgebiet abzurufen und über einen Link direkt zur jeweiligen Homepage - soweit vorhanden - zu wechseln.

Kontaktanschriften für Informationen

Landesamt für Verfassungsschutz
Baden-Württemberg
„Öffentlichkeitsarbeit“
Postfach 50 07 00
70337 Stuttgart
Tel.: 0711/95 44 181/182
Fax: 0711/95 44 444

Innenministerium
Baden-Württemberg
Referat „Verfassungsschutz“
Postfach 10 24 43
70020 Stuttgart
Tel.: 0711/231-3501
Fax: 0711/231-3599

Internet: <http://www.baden-wuerttemberg.de/verfassungsschutz>

E-Mail: lfv-bw@t-online.de

Vertrauliches Telefon zur Scientology-Organisation: 0711/95 61 994

Vertrauliches Telefon zur Wirtschaftsspionage: 0711/95 47 626

Vertrauliches Telefon „Islamistische Extremisten“: 0711/95 61 984

B. HINWEISE ZUR ERFASSUNG DER STRAFTATEN MIT EXTREMISTISCHEM HINTERGRUND

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg führt keine eigene Straf- und Gewalttatenstatistik. Die in diesem Bericht aufgeführten statistischen Angaben zu politisch motivierten Straftaten beruhen auf Zahlenangaben des Landeskriminalamts Baden-Württemberg.

Anfang 2001 wurde durch Beschluss der Innenministerkonferenz ein neues bundeseinheitliches Definitionssystem zur Erfassung politisch motivierter Straftaten eingeführt. Dieses stellt die tatauflösende politische Motivation in den Mittelpunkt. Der polizeiliche Staatsschutz erfasst danach zwar weiter Taten mit erkennbarem extremistischem Hintergrund. Nur diese sind aufgrund des gesetzlichen Auftrags zur Extremismusbeobachtung für die Verfassungsschutzbehörden von Bedeutung. Darüber hinaus werden von ihm aber auch solche politisch motivierten Delikte berücksichtigt, bei denen (noch) nicht von einem extremistischen Hintergrund gesprochen werden kann. Die neue Zählweise ermöglicht es, den Verlauf der politisch motivierten Kriminalität genauer zu analysieren.

C. RECHTSEXTREMISMUS

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

Unter deutschen Rechtsextremisten ist ein tiefer, für Außenstehende kaum nachvollziehbarer Glaube an eine Trendwende des Zeitgeistes, an einen zahlreiche vermeintliche Tabus brechenden politisch-kulturellen Paradigmenwechsel in Deutschland verbreitet. Dies machen sie insbesondere an der Vertreibungs- und Antisemitismusdebatte des Jahres 2002, aber auch an der jüngsten Diskussion über alliierte Bombenangriffe auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkriegs fest. Zugleich wird dieser Glaube ergänzt durch die Hoffnung, dass ein sich in den letzten zwei Jahren abzeichnender, 2002 sich fortsetzender „Rechtstrend“ bei Wahlen in einigen europäischen Nachbarländern (z. B. Niederlande, Frankreich, Dänemark) sich auch auf Deutschland ausweiten und die deutsche Parteien- und Parlamentslandschaft beeinflussen könnte. Die für die rechtsextremistischen Parteien enttäuschend verlaufene Bundestagswahl am 22. September 2002 dürfte diese Hoffnungen aber nachhaltig erschüttert haben.

1.1 Rechtsextremistische Personen- und Wählerpotenziale

Der Abwärtstrend beim rechtsextremistischen Personenpotenzial in Baden-Württemberg hat sich 2002 fortgesetzt und im Vergleich zu den Vorjahren sogar noch beschleunigt. 2002 wurden im Land noch 4.200 Rechtsextremisten gezählt, was einen Rückgang um rund 700 im Vergleich zu 2001 bedeutet. 2000 waren in Baden-Württemberg noch um die 5.000 und 1999 sogar 5.270 Rechtsextremisten aktiv gewesen.

Dieser Rückgang spiegelt sich in allen Bereichen des Rechtsextremismus wider. So verringerte sich die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten von 850 (2001) auf 800 und darunter die der rechtsextremistischen Skinheads von 820 auf 770. 2002 waren in Baden-Württemberg nur noch 270 anstatt 280 (2001) Neonazis ansässig.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2000 - 2002

Rechtsextremismus		2000		2001		2002	
		Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund
Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Zirkel		800	9.700	850	10.400	800	10.700
Neonazistische Parteien/ Organisationen und Einzelpersonen nach Abzug der Doppelmitgliedschaften		280	2.200	280	2.800	270	2.600
Rechtsextremistische Parteien		3.680	36.500	3.450	33.000	2.800	28.100
hiervon:	DVU	1.500	17.000	1.400	15.000	1.200	13.000
	REP	1.700	13.000	1.600	11.500	1.200	9.000
	NPD	480	6.500	450	6.500	400	6.100
Sonstige rechtsextremistische Organisationen ¹		670	4.200	470	4.300	450	4.400
Gesamtsumme		5.430	52.600	5.050	50.500	4.320	45.800
Tatsächliches Personenpotenzial nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften		5.000	50.900	4.900	49.700	4.200	45.000

¹ einschließlich Studenten- und Jugendorganisationen

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2002

Allgemein kann ein starker Rückgang bei den Mitgliedern und Wählern rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen festgestellt werden: Der Mitgliederschwund bei den Parteien fällt besonders drastisch aus. Die „**Nationaldemokratische Partei Deutschlands**“ (**NPD**), die 2001 in Baden-Württemberg ohnehin nur etwa 450 Mitglieder verzeichnete, besteht aktuell lediglich noch aus etwa 400 Personen. Die „**Deutsche Volkunion**“ (**DVU**) verlor innerhalb eines Jahres landesweit immerhin rund 200 Mitglieder und vereint jetzt noch 1.200 Personen unter ihrem Dach. Genauso mitgliederstark sind „**Die Republikaner**“ (**REP**) im Land. Allerdings haben sie besonders deutlich an personeller Substanz verloren: 2001 verfügte die Partei noch über rund 1.600 Mitglieder.

Dieser Rückgang schlug sich auch in den Wahlergebnissen der rechtsextremistischen Parteien bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 nieder. So trat die DVU gar nicht erst zur Wahl an. Die NPD konnte zwar ihr Zweitstimmenergebnis auf Bundesebene leicht verbessern, rangiert mit 0,4% (1998: 0,3%) aber immer noch im Bereich einer Splitterpartei, obwohl sie in allen Bundesländern mit eigenen Landeslisten antrat. In Baden-Württemberg konnte die Partei nur 0,3% der Zweitstimmen erzielen (1998:

0,2%). Die REP, die in Brandenburg und Sachsen-Anhalt nicht antraten, verloren deutlich an Zweitstimmen (1998: 1,8%; 2002: 0,6%). In Baden-Württemberg, das bis zu dem Scheitern der Partei bei der Landtagswahl im März 2001 als die Hochburg der REP anzusehen war, stürzte die Partei sogar von 4,0% (1998) auf 1,1% (2002) ab.

Die Gründe für diesen deutlichen Rückgang des rechtsextremistischen Personen- bzw. Wählerpotenzials sind vielfältig. So haben die Parteien insbesondere mit ihrem Erscheinungsbild zu kämpfen: Zerstrittenheit (REP), durch rigorosen Zentralismus zur Unmündigkeit verurteilte regionale Organisationsstrukturen (DVU) und Verbotsverfahren (NPD) machen sie für potenzielle Wähler und Neumitglieder unattraktiv. Nur selten scheint einer dieser Parteien das Überspringen der 5%-Hürde möglich zu sein, und, selbst wenn dies gelingt, findet sich in den Parlamenten kein Koalitionspartner, der ihnen zur Partizipation an der Regierungsverantwortung verhilft.

Als besonders erfolgreich hat sich 2002 das baden-württembergische Aussteigerprogramm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ erwiesen, das 2000 ins Leben gerufen worden war und vor allem von der Polizei unseres Landes getragen wird. Im vergangenen Jahr stiegen auf der Basis dieses Programms 83 Rechtsextremisten glaubhaft aus der Szene aus. Außerdem trug das Programm weiterhin zur Verunsicherung der Szene bei.

1.2 Gewalt

2002 war nicht nur die Anzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten in Baden-Württemberg rückläufig, sondern - wie schon 2001 - auch die Zahl der von ihnen begangenen Gewalttaten. Verübten 2001 Rechtsextremisten noch 55 Gewalttaten, so sank diese Ziffer 2002 auf 51.

Die Gründe für diese positive Entwicklung liegen insbesondere in den verschiedenen präventiven bzw. repressiven Maßnahmen, die gegen rechtsextremistische Gewalt ergriffen wurden. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die kommunale Kriminalprävention, die durch gezieltes Ansprechen potenzieller Täter versucht, diese von gewalttätigen Vorhaben abzuhalten. Aber auch eine konsequente und schnelle Ahndung von

Gewalttaten trägt zur Abschreckung bei. Das Aussteigerprogramm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ führte ebenfalls zum Rückgang rechtsextremistischer Gewalttaten in Baden-Württemberg. Unter den 83 im Jahr 2002 aus der Szene ausgestiegenen Rechtsextremisten befanden sich allein 26 so genannte Intensiv- oder Wiederholungstäter, die bereits mehrfach durch rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten - bis hin zur versuchten Tötung - auffällig geworden waren.

	Baden-Württemberg¹ 2002 (2001)	Bund² 2002 (2001)
Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Rechts insgesamt	1.097 (1.449)	12.933 (14.725)
davon: rechtsextremistische Straftaten	919 (1.275)	10.902 (10.054)
davon: rechtsextremistische Gewalttaten	51 (55)	772 (709)

¹ Zahlen des LKA Baden-Württemberg
² Zahlen des Bundesministeriums des Innern

Grafik: LfV BW

Neben repressiven Maßnahmen ist die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als wichtigste Präventionsmaßnahme unverzichtbar. Denn zum einen bemühen sich die meisten Rechtsextremisten und ihre Organisationen, keinen Anlass zu liefern, juristisch gegen sie vorzugehen. Zum anderen bleibt das von diesen Organisationen propagierte Gedankengut auch nach einem Verbot oft in den Köpfen der ehemaligen Partei- oder Vereinsmitglieder bzw. -anhänger haften. Auch unorganisierte rechtsextremistische Gruppierungen und Szenen wirken in die Gesellschaft hinein. Die freiheitliche demokratische Grundordnung, ihre Repräsentanten und Anhänger überzeugen am nachhaltigsten durch bessere Argumente, durch politische, ökonomische und soziale Fakten, die die demokratiefeindlichen Gegenwartsanalysen der Rechtsextremisten ad absurdum führen, und durch die Vermittlung humanistischer Werte, die - nicht nur - Jugendliche gegen rechtsextremistisches Gedankengut immunisieren sollten. Dass die Neigung, fremdenfeindliche Straftaten zu begehen, eng mit dem

Bildungsniveau zusammenhängt, ist ein wichtiges Ergebnis von drei Studien, die das Bundesministerium des Innern 1998 in Auftrag gegeben hatte und Anfang 2002 veröffentlichte. Danach weisen Personen mit einer höheren Schulbildung im Vergleich eine wesentlich geringere Tendenz zu fremdenfeindlichen Straftaten auf. Hauptschulabsolventen sind unter den Tatverdächtigen überrepräsentiert, während der Anteil an Abiturienten deutlich unter dem der Gesamtbevölkerung liegt. Ein ähnlicher Zusammenhang besteht hinsichtlich der beruflichen Aus- und Fortbildung.¹ Die Ergebnisse zweier im Auftrag der Universität Leipzig bereits im Sommer 2001² bzw. April 2002³ durchgeführten repräsentativen Erhebungen über rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland machten ebenfalls deutlich, dass diese stark bildungsabhängig sind. So seien Personen mit höherem Bildungsgrad, d.h. in diesem Fall mit Abitur, wesentlich weniger rechtsextremistisch eingestellt als solche Personen, die kein Abitur hätten. Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt daher seit Jahren verstärkt an der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an Schulen mit.

1.3 Ideologie

Zu den Wesensmerkmalen des Rechtsextremismus zählen insbesondere:

1. Die „**Ideologie der Ungleichheit**“⁴, aus der zentrale rechtsextremistische Ideologiebestandteile direkt oder indirekt abgeleitet werden, insbesondere der rechtsextremistische **Nationalismus**, **Sozialdarwinismus**⁵ und **Rassismus**. Rassismus erhält eine erhöhte Brisanz, wenn er zur Begründung des im rechtsextremistischen „Lager“ allgegenwärtigen **Antisemitismus** herangezogen wird (**Rassenantisemitismus**).
2. Die „**Ideologie der ‚Volksgemeinschaft‘**“, die auch als **Völkischer Kollektivismus** bezeichnet wird. Rechtsextremistische **Fremden-** und **Ausländerfeindlichkeit**

¹ http://www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilungen/ix_74332.htm vom 6. April 2002.

² <http://www.sozialarbeit.de/download/files/RechtsextremPDF.pdf> vom 14. Januar 2003.

³ <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/BraeNied.pdf> vom 14. Januar 2003.

⁴ Rechtsextremistisches Denken geht von der rassisch bzw. ethnisch bedingten Ungleichheit von Menschen und Nationen aus.

⁵ Sozialwissenschaftliche Theorie, die Charles Darwins Lehre von der natürlichen Auslese auf die Entwicklung menschlicher Gesellschaften überträgt.

nehmen nicht zuletzt in diesem rassistisch-nationalistischen Konzept von „Volksgemeinschaft“ ihren Ursprung.

3. **Autoritarismus.** Konkrete Ausformungen des rechtsextremistischen Autoritarismus sind **Militarismus** und **Antiliberalismus**⁶, aber auch ein auf das **Führerprinzip** reduziertes Staats- und Politikverständnis, das wiederum **Demokratiefeindschaft** und **Antiparlamentarismus** beinhaltet.
4. Das Verschweigen, die Rechtfertigung und Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere die Leugnung des Holocausts (**Geschichtsrevisonismus**).

Darüber hinaus bestimmten tagesaktuelle Themen die politisch-ideologischen Diskurse innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Zumindest zwei dieser Themen hatten einen konkreten baden-württembergischen Landesbezug: Die juristische Auseinandersetzung um das „Heimatvertriebenenlied“ des rechtsextremistischen Liedermachers Frank RENNICKE aus **Ehningen** sowie die Flügelkämpfe und die Auseinandersetzungen um finanzielle Unregelmäßigkeiten bei den REP, in deren Verlauf der entschiedenste Kontroahent des Bundesvorsitzenden Dr. Rolf SCHLIERER und ehemalige baden-württembergische Landesvorsitzende Christian KÄS aus **Stuttgart** aus der Partei austrat.

Bundesweit geißelten deutsche Rechtsextremisten zu Anfang des Jahres die von ihnen seit jeher abgelehnte Einführung des Euro und polemisierten verstärkt gegen die EU. Im weiteren Verlauf des Jahres rückte das NPD-Verbotsverfahren, das vor dem Bundesverfassungsgericht in **Karlsruhe** anhängig war, aufgrund der seit Januar 2002 aufgeworfenen V-Mann-Problematik in den Fokus des Interesses. In der Folge verschärften Rechtsextremisten die ohnehin schon fundamentale Kritik an dem Verfahren.

Die Ereignisse des 11. September 2001 klangen im deutschen Rechtsextremismus 2002 noch unüberhörbar nach: In den Reaktionen zu den Terroranschlägen spiegelte sich die ganze Heterogenität der rechtsextremistischen Szene in Deutschland wider. Dementsprechend waren und sind diese Reaktionen äußerst uneinheitlich: Sie reichen

⁶ Ablehnung einer Staats- und Wirtschaftsauffassung, nach der dem Einzelnen größtmögliche Freiheit gegeben werden soll.

von - mehr oder minder - konsequenter Ablehnung inklusive Beteuerungen des Bedauerns, der Abscheu und der Anteilnahme mit den Opfern bis hin zu restloser Begeisterung über Art, Ziel und Ausmaß der Anschläge. Nach wie vor werden abstruseste Verschwörungstheorien in Bezug auf die Hintergründe der Verbrechen vertreten. Mit zunehmender zeitlicher Distanz zu den Ereignissen werden die außenpolitischen Konsequenzen, die die USA bzw. die UNO aus diesen Verbrechen gezogen haben (z.B. die militärische Niederschlagung des „Taliban“-Regimes in Afghanistan, Irak-Krieg), von rechtsextremistischer Seite als Ausdruck vermeintlichen US-Weltherrschaftsstrebens kompromisslos kritisiert. Diese Kritik sowie die an einer angeblich einseitig proisraelischen Parteinahme der USA im Nahostkonflikt haben das rechtsextremistische „Feindbild USA“ in den letzten Monaten merklich in den Vordergrund gerückt. Gleichzeitig hat die Eskalation des Nahostkonflikts im Laufe des Jahres 2002 die rechtsextremistische Agitation gegen Israel verschärft. Als Folge wurden die Feindbilder „Israel“ und „Judentum“ verstärkt gepflegt.

2. Gewaltbereiter Rechtsextremismus

2.1 Häufigkeit und Zielrichtung rechtsextremistisch motivierter Gewalt

Wie bereits im Vorjahr ging auch im Jahr 2002 in Baden-Württemberg die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten weiter zurück. Insgesamt wurden 51 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten bekannt (2001: 55).

□ Beispiele

Am Abend des 18. Januar 2002 provozierten zwei 18-Jährige an einer Straßenbahnhaltestelle in der **Karlsruher** Innenstadt verbal einen 17-jährigen Ausländer. Nachdem alle drei in die Bahn gestiegen waren, bespuckten die beiden den jungen Mann und fragten ihn, ob er Ausländer oder Jude sei. Schließlich forderten sie ihn auf, die Bahn zu verlassen. Dabei versetzte ihm einer der beiden Täter einen Kopfstoß. Danach stiegen die beiden Tatverdächtigen aus der Straßenbahn aus und schmierten an der Haltestelle auf eine Plakatwand „*Sieg Heil*“ und ein Hakenkreuz. Das Amtsgericht Karlsruhe verurteilte

am 8. Februar 2002 einen der Täter wegen Beleidigung und vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldbuße von 600 Euro, den anderen wegen Beleidigung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldbuße von 250 Euro. Die Urteile sind rechtskräftig.

In der Nacht zum 2. März 2002 kam es am Bahnhof in **Ammerbuch-Entringen/Krs. Tübingen** zu einer Auseinandersetzung zwischen sechs Skinheads und zwei türkischen Jugendlichen. Die Skins stießen einen der Jugendlichen mit dem Kopf gegen einen Fahrkartenautomaten und dann auf das Gleisbett. Dort schlugen und traten die Skins auf ihn ein. Passanten, die dem Jungen zu Hilfe kommen wollten, wurden von den Skinheads ebenfalls geschlagen. Während der Tat riefen die Täter ausländerfeindliche und rechtsextremistische Parolen. Das Verfahren gegen einen Angeklagten wurde gegen Ableistung gemeinnütziger Arbeit eingestellt, die anderen fünf wurden am 29. November 2002 vom Amtsgericht Tübingen u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwischen sechs Monaten Jugendstrafe und zehn Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Das Urteil ist erst teilweise rechtskräftig.

In der Nacht zum 9. März 2002 beschimpfte ein 21-jähriger Skinhead auf dem Bahnhofsvorplatz in **Schorndorf/Rems-Murr-Kreis** einen 28-Jährigen u. a. als „*Scheiß Zecke*“ und „*Drecks-Zecke*“, schlug ihn nieder und trat mit seinen Springerstiefeln auf den Mann ein. Dabei versetzte er ihm massive Tritte gegen Kopf und Rumpf. Das Landgericht Stuttgart verurteilte den Skinhead am 18. September 2002 wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Das Urteil ist rechtskräftig.

In **Illingen/Enzkreis** überfielen am Abend des 22. Juni 2002 zwei Skinheads auf offener Straße einen Türken, schlugen ihn mit Stahlruten nieder und traten mit Springerstiefeln auf den am Boden Liegenden ein. Polizeiliche Ermittlungen wurden eingeleitet.

In der Nacht zum 27. Juli 2002 zertrümmerten in **Kupferzell/Krs. Künzelsau** mehrere Jugendliche die Scheiben eines türkischen Imbissstands und beleidigten Passanten als „*Kanaken*“. Als diese versuchten, die Täter bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten, kam es zu einer Schlägerei. Das Amtsgericht Öhringen verurteilte drei Jugendliche wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu Freiheitsstrafen von vier und

neun Monaten auf Bewährung beziehungsweise vier Wochen Dauerarrest. Das Urteil ist rechtskräftig.

In der Nacht vom 18. auf den 19. August 2002 sangen mehrere Skinheads in der Regionalbahn von **Backnang** nach **Murrhardt/Rems-Murr-Kreis** rechtsextremistische Lieder. Ein Inder verließ daraufhin das Abteil. Die Skins folgten dem Mann, pöbelten ihn an und fragten, ob er ein „Taliban“ sei und etwas mit den Anschlägen vom 11. September 2001 zu tun habe. Sie bedrohten ihn mit einem Messer, entwendeten sein Portemonnaie und zündeten schließlich seinen Bart an. Die beiden Haupttäter wurden vom Amtsgericht Waiblingen zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten verurteilt, ein Mittäter erhielt zwölf Monate auf Bewährung. Bei einem zweiten Mittäter, der zu einer Einheitsjugendstrafe von 12 Monaten verurteilt wurde, ist die Entscheidung über die Vollstreckung bis zum Abschluss einer Alkoholentzugstherapie ausgesetzt. Das Verfahren gegen einen weiteren Angeklagten musste abgetrennt werden, da er betrunken vor Gericht erschienen war. Er wurde im Rahmen eines anderen gegen ihn anhängigen Verfahrens zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt. Alle Urteile sind rechtskräftig.

Am späten Abend des 30. Oktober 2002 verübten drei bisher unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in **Aspach-Kleinaspach/Rems-Murr-Kreis**. Die Täter zertrümmerten die Eingangstür des Asylbewerberheims und entzündeten den Inhalt einer Mülltonne, die sie zuvor an anderer Stelle entwendet hatten. Das Feuer konnte gelöscht werden, ohne dass das Heim selbst in Brand geriet. Der einzige Bewohner des Hauses blieb unverletzt. In der Nähe des Tatorts wurden ungefähr zur selben Zeit drei Jugendliche beobachtet, die durch das Zeigen des „Hitler-Grußes“ auffielen. Zwei dieser Jugendlichen, ein 16- und ein 18-Jähriger, haben den Brandanschlag inzwischen gestanden.

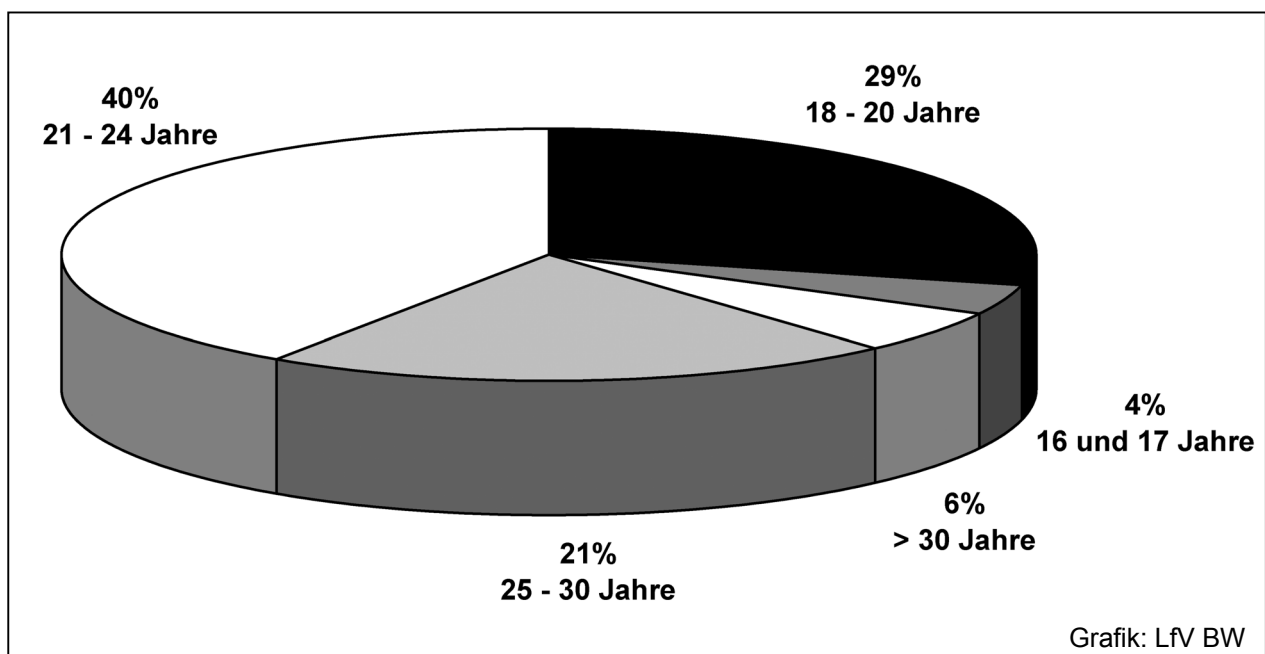
2.2 Rechtsextremistische Skinheads

Bundesweit beläuft sich die Gesamtzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten auf rund 10.700 (2001: 10.400), in Baden-Württemberg auf rund 800 (2001: 850). Den weitaus größten Teil davon bilden die rechtsextremistischen Skinheads. Ihre Zahl sank in Ba-

den-Württemberg im Jahr 2002 erstmals wieder auf jetzt 770, nachdem sie in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hatte (2001: 820).

Die Szene ist nach wie vor von hoher personeller Fluktuation geprägt und eindeutig männlich dominiert. Obwohl Frauen (so genannte „Renees“) in dieser Szene kaum eine Rolle spielen und überwiegend verächtlich behandelt werden, bleibt ihr Anteil konstant bei etwa 15%.

Altersstruktur der rechtsextremistischen Skinheadszene in Baden-Württemberg im Jahr 2002

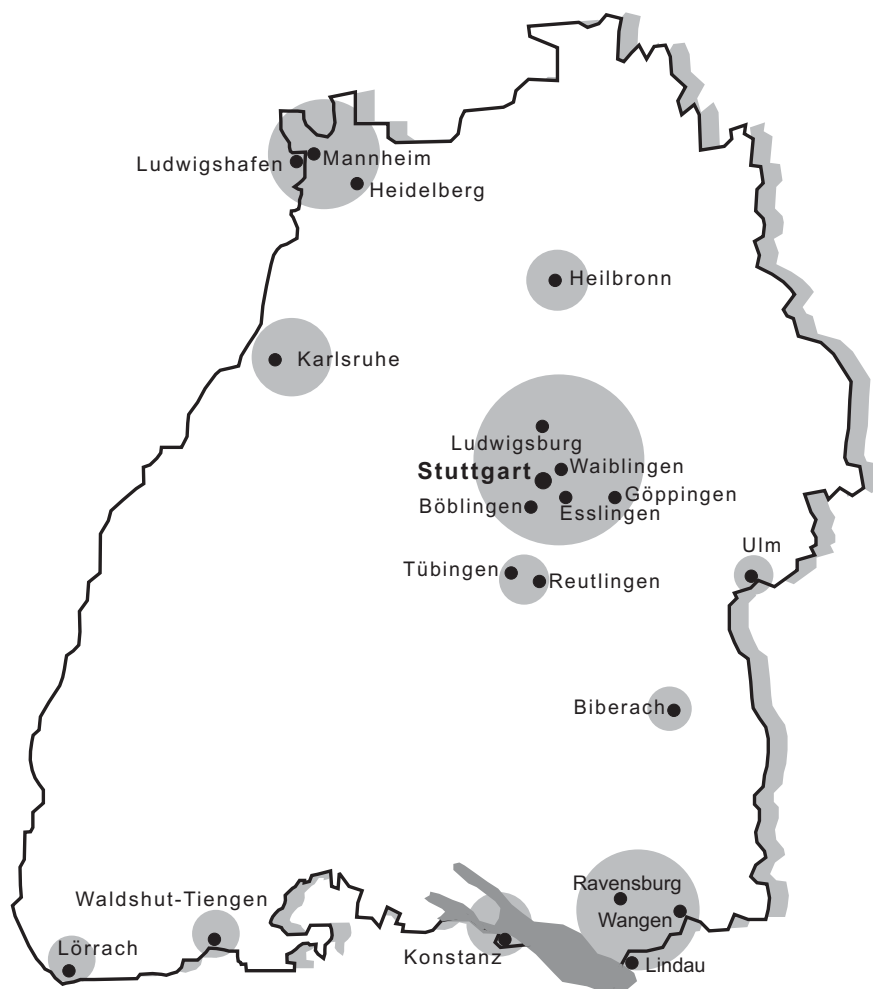


□ Räumliche Schwerpunkte

Die rechtsextremistische Skinheadszene zeichnet sich durch enorme Flexibilität und Mobilität aus. So ist es für diesen Personenkreis nicht ungewöhnlich, am Wochenende Strecken von mehreren hundert Kilometern zurückzulegen, um an Skinheadkonzerten in anderen Bundesländern oder im benachbarten Ausland teilzunehmen und den Kontakt zu anderen Szeneangehörigen bei Partys, Grillfesten und sonstigen Veranstaltungen zu pflegen. Das Beziehungsgeflecht baden-württembergischer Skinheads reicht nicht nur in die Nachbarländer Frankreich, Schweiz und Österreich, sondern auch bis

nach Italien, Großbritannien, in die USA oder nach Kanada. Besonders wichtig sind persönliche Kontakte, die losgelöst von konkreten Organisationsstrukturen geknüpft werden. Dies hat sich insbesondere auch nach dem Verbot der neonazistisch geprägten Skinheadorganisation „**Blood&Honour**“ (**B&H**) im September 2000 gezeigt. Denn obwohl die organisatorischen B&H-Strukturen durch das Verbot zerschlagen wurden, bestehen bis heute Verbindungen zwischen ehemaligen Mitgliedern verschiedener früherer B&H-Sektionen im privaten Rahmen weiter. Baden-Württemberg ist davon im Grenzbereich zu Rheinland-Pfalz tangiert, wo sich ehemalige Angehörige der B&H-Sektionen Baden und Pfalz regelmäßig austauschen und gemeinsame Veranstaltungen organisieren.

Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinheadszene in Baden-Württemberg nach Wohnorten



Grafik: LfV BW

□ **Strukturierungsansätze in der rechtsextremistischen Skinheadszene**

Nach dem Verbot von „Blood&Honour“ sind innerhalb der Skinheadszene Baden-Württembergs nur noch wenige Ansätze zu einer Neustrukturierung zu erkennen. Zwar schließen sich immer wieder Szeneangehörige bestimmter Regionen zusammen, geben sich einen Namen und versuchen organisationsähnliche Strukturen aufzubauen. Eine konkrete politische Zielsetzung ist damit aber nur selten verbunden. Vielmehr lösen sich die meisten Gruppierungen nach kurzer Zeit wieder auf.

Eine politische Ausrichtung ist ansatzweise bei der im **Bodenseeraum** angesiedelten „**Sektion Süd**“ zu finden, die zumindest in einheitlicher Kleidung an einer von der „**Kameradschaft Karlsruhe**“ organisierten Demonstration am 2. Juni 2001 in **Karlsruhe** teilnahm. Der Schwerpunkt der Aktivitäten der „Sektion Süd“ liegt aber im Bereich der Kameradschaftspflege und weniger auf dem Gebiet der politischen Arbeit.

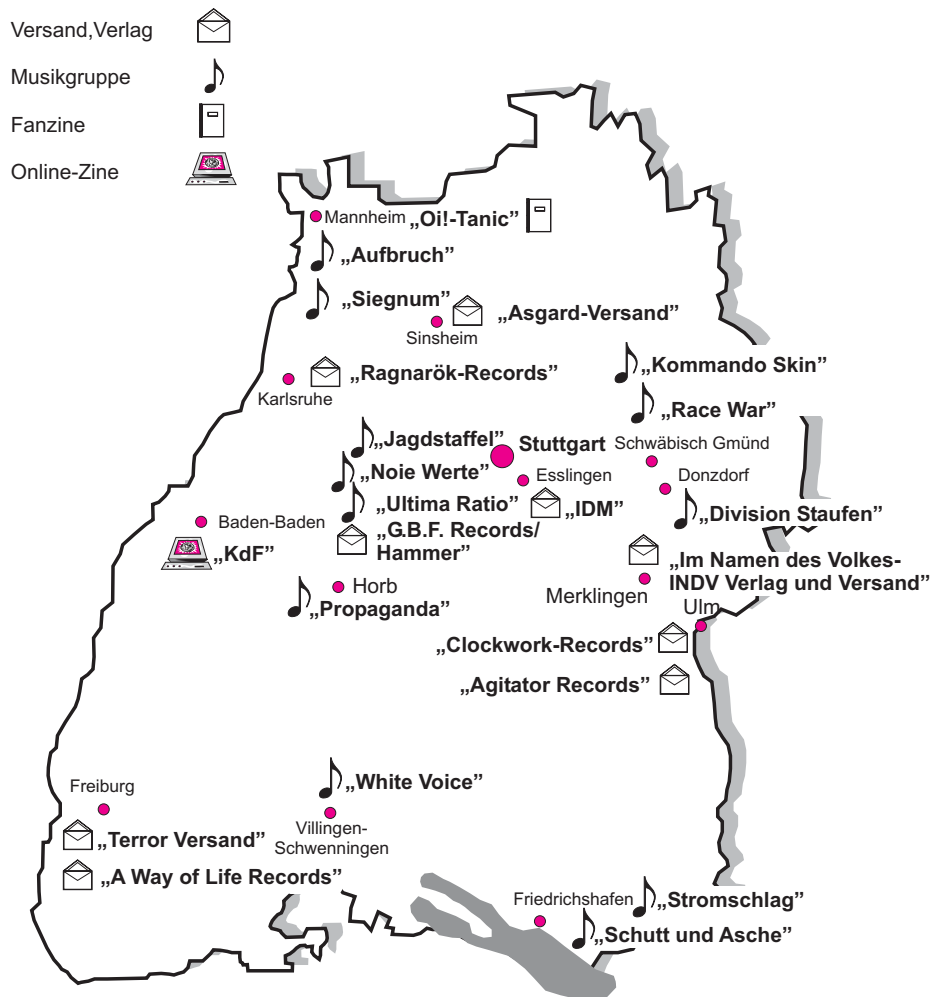
Die Ende 1999 im Raum **Ludwigsburg/Heilbronn** gegründete Gruppierung „**Furchtlos und Treu**“ (**F+T**) stellt sich in ihrem Anfang März 2002 ins Netz gestellten Internetauftritt als klar strukturierte Organisation mit politischer Zielsetzung dar. Tatsächliche politische Aktivitäten von F+T wurden bislang allerdings nicht bekannt. Vielmehr beschränken sich die Unternehmungen auf kleinere und größere Zusammenkünfte im Clubhaus der Gruppierung und gemeinsame Besuche von Skinheadveranstaltungen.

Die 1986 in den USA gegründeten „**Hammerskins**“ haben das Ziel, alle weißen Skinheads in einer „Hammerskin-Nation“ zu vereinen. Sie verfügen in Deutschland jedoch nicht über gleichermaßen ausgeprägte Strukturen, wie sie bei B&H zu finden waren. Bundesweit werden den „Hammerskins“ ca. 100 Personen zugerechnet. In Baden-Württemberg unterhalten lediglich Einzelpersonen Kontakte zu dieser Organisation. Ihr Emblem - zwei gekreuzte Zimmermannshämmer - soll die Macht einer „weißen“, also unter rassistischem Vorzeichen von Arbeitern anderer Hautfarbe scharf abgegrenzten Arbeiterklasse symbolisieren.

□ Publikationen

Die Skinheadszene verfügt mit den so genannten Fanzines⁷ über szeneeinterne Informationshefte, die zumeist in Eigenarbeit erstellt werden und Konzertbesprechungen, CD- bzw. Plattenkritiken, aktuelle Szeneberichte, Interviews mit Skinbands, Besprechungen anderer Fanzines sowie juristische Tipps enthalten. Allerdings verlieren die Fanzines immer mehr an Bedeutung. Vielmehr werden Skinkonzerte und -treffen von der Szene zum Informationsaustausch genutzt. Außerdem zeigt die konsequente strafrechtliche

Übersicht über rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppen, Fanzines und Versandhandel in Baden-Württemberg 2002



Die räumliche Zuordnung der Musikgruppen orientiert sich an den Wohnsitzen der aktuellen bzw. Gründungsmitglieder.

Grafik: LfV BW

⁷ Bei dem Begriff „Fanzine“ handelt es sich um eine Wortneuschöpfung aus den englischen Begriffen „Fan“ und „Magazine“.

Verfolgung strafbarer Inhalte abschreckende Wirkung. Vor allem aber werden Fanzines als Kommunikationsmittel sukzessiv durch das Internet abgelöst. Auf Bundesebene war daher die Zahl der Skinhead-Fanzines schon 2000/2001 von 46 auf 35 zurückgegangen, 2002 wurden noch 28 publiziert. Dieser Befund entspricht im Wesentlichen auch der Entwicklung in Baden-Württemberg, wenn auch im Jahr 2002 zwei Fanzines herausgegeben wurden (2001: keins). Ein Szeneangehöriger aus **Mannheim** erstellte die erste Ausgabe des Fanzines „Oi!Tanic“. Das aus früheren Jahren bekannte Heft „KdF“ eines Skins aus **Baden-Baden** wird mittlerweile im Internet zur Verfügung gestellt, wodurch es zwar fortwährend aktualisiert werden kann, aber nicht mehr in Papierform herausgegeben wird.

3. Rechtsextremistische Musikszene

□ Skinkonzerte

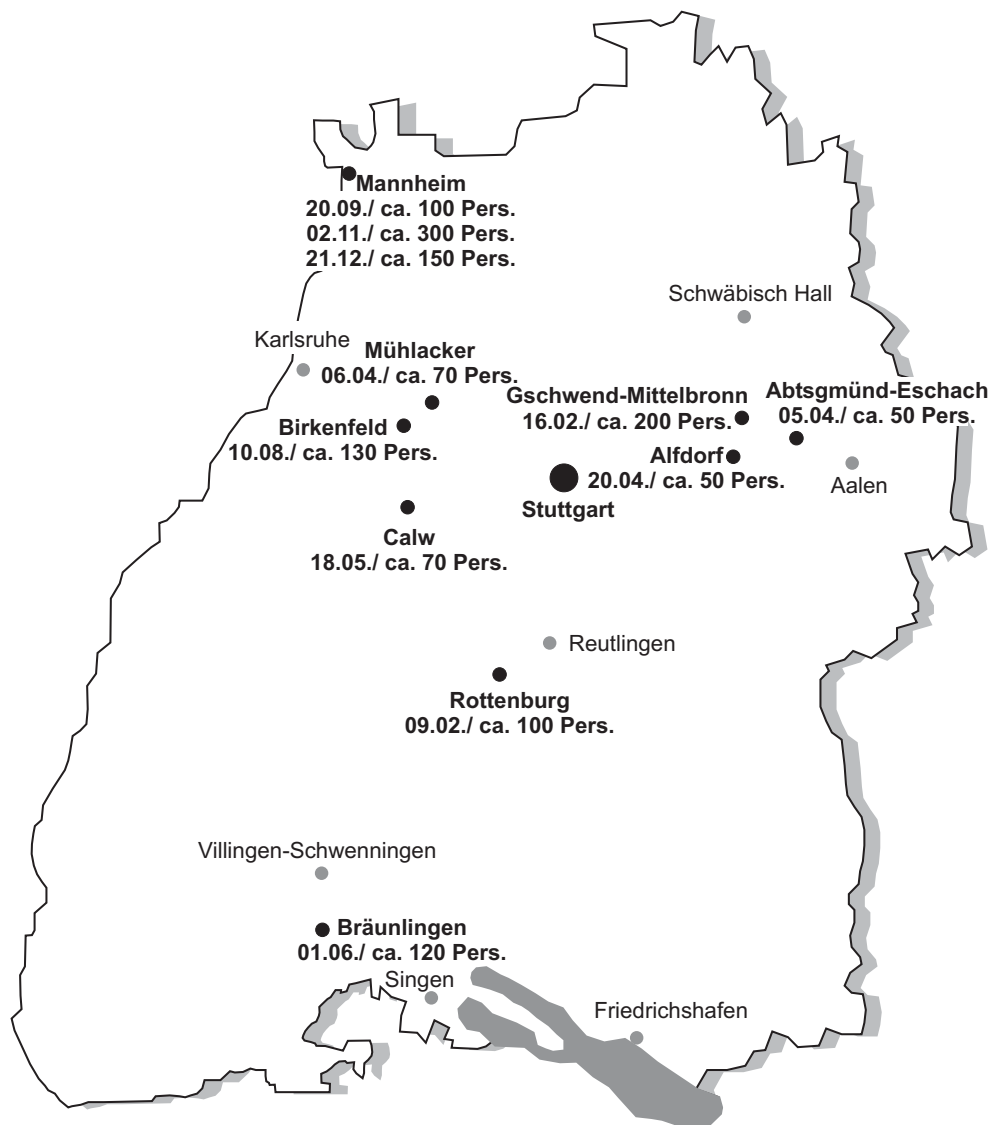
Nachdem die Zahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen bundesweit in den Jahren 2000 und 2001 jeweils bei rund 80 gelegen hatte, stieg diese 2002 auf 112 an. Die durchschnittliche Besucherzahl lag hier bei 180 Personen.

Auch in Baden-Württemberg erhöhte sich 2002 die Zahl der Konzerte unter Beteiligung rechtsextremistischer Skinheadbands wieder leicht, wie schon 1997 bis 1999 und von 2000 auf 2001 zu beobachten war (1997: 2, 1998: 5, 1999: 10, 2000: 8, 2001: 10, 2002: 11). Auffällig ist jedoch, dass im Gegensatz zu den beiden Vorjahren nur noch zwischen 50 und 150 Besucher pro Konzert erschienen. Lediglich bei zwei Konzerten lagen die Teilnehmerzahlen mit etwa 200 bzw. 300 Personen etwas höher. 2000 und 2001 hatten Skinheads aus dem Raum **Reutlingen** noch Konzerte mit bis zu 1.000 Teilnehmern veranstaltet.

Die Modalitäten bei der Organisation solcher Konzerte haben sich in den letzten Jahren nicht verändert. In der Regel übernehmen einige Szeneangehörige die Verantwortung für die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten in ihrer Umgebung, die Verpflichtung der Skinheadbands sowie die Bereitstellung von Speisen und Getränken. Häufig wird als

offizieller Grund für die Anmietung von Gaststätten, Gemeindehallen oder öffentlichen Plätzen eine Geburtstagsparty, Verlobungsfeier oder ein Klassentreffen vorgeschoben. Angaben über Ort und Termin der Veranstaltung werden über Telefonketten, per SMS, Mailinglisten im Internet und über Mund-zu-Mund-Propaganda verbreitet. Dabei wird den Teilnehmern in aller Regel nur ein Treffpunkt benannt, von dem aus sie dann zum eigentlichen Veranstaltungsort weitergeleitet werden. Auch kurzfristig kann so ein großer Personenkreis mobilisiert werden.

Skinkonzerte in Baden-Württemberg im Jahr 2002



Grafik: LfV BW

Bei derartigen Veranstaltungen entsteht eine Mischung aus aggressiver rechtsextremistischer Musik, hohem Alkoholkonsum und erhöhter Gewaltbereitschaft des Publikums, von der eine nicht zu unterschätzende Gefahr ausgeht. In den letzten Jahren sind anlässlich der in Baden-Württemberg veranstalteten Konzerte aber - anders als in anderen Bundesländern - bis auf den unten genannten Fall keine gewalttätigen Übergriffe bekannt geworden.

Am 9. Februar 2002 fand in einem Vereinsheim in **Rottenburg-Hailfingen/Krs. Tübingen** ein Konzert mit der Skinband „Ultima Ratio“ statt, das rund 100 Szeneangehörige aus der Region besuchten. Am Rande der Veranstaltung wurde ein Kameramann eines privaten Fernsehsenders, der das Konzert filmen wollte, zusammengeschlagen und seiner Kamera beraubt.

In **Gschwend-Mittelbronn/Ostalbkreis** fand am 16. Februar 2002 ein Skinheadkonzert mit 200 Teilnehmern statt. Unter den Besuchern befanden sich zahlreiche Szeneangehörige aus Österreich. Es spielten die Skinheadbands „Race War“ aus dem **Ostalbkreis** sowie „National Born Haters“ aus Bayern.

Seit einiger Zeit sind Überschneidungen zwischen Skinhead- und Rockerszene festzustellen. Am 10. August 2002 spielte die Hooligan-Band „Kategorie C“ aus Bremen bei der Eröffnung des Clubhauses einer Rockergruppe in **Birkenfeld/Enzkreis**. Unter den rund 130 Besuchern waren zahlreiche Angehörige der rechtsextremistischen Skinheadszene und Hooligans. Gleiches gilt auch für drei Skinkonzerte im letzten Jahresdrittel in **Mannheim**, die im Clubhaus einer örtlichen Rockergruppe veranstaltet wurden. Hier fand auch das mit ca. 300 Teilnehmern bestbesuchte Konzert Baden-Württembergs statt. Trotz dieser Berührungen zweier durchaus unterschiedlicher Szenen kann zumindest derzeit nicht von einer inhaltlich-ideologischen Annäherung dieser beiden Bereiche ausgegangen werden. Vielmehr scheinen sich hier vorrangig kommerzielle Interessen zu überschneiden. Darüber hinaus scheinen private Bekanntschaften eine Rolle zu spielen.

□ Skinhead-Musikgruppen

2002 fielen in Baden-Württemberg wie im Vorjahr zwölf Skinhead-Musikgruppen durch Veröffentlichungen von Tonträgern bzw. Auftritte bei Konzerten auf (Bund: 88), darunter vier Neugründungen. Vier Bands, die 2001 noch aktiv gewesen waren, lösten sich auf: neben „Keltens Sturm“/**Tuttlingen**, „Kampfgeist“/**Enzkreis** und „Carpe Diem“/**Esslingen** auch die noch im Vorjahr besonders auffällige Skinband „Bluttausch“ aus **Wehr/Krs. Waldshut**.

Die Texte dieser Bands thematisieren die Weltanschauung und das Selbstverständnis der Skinheadszene, hetzen gegen szenetypische Feindbilder wie Ausländer, Juden, Homosexuelle, Dealer, Obdachlose, Presse, Staats- und Verfassungsschutz und rufen dabei nicht selten zur Gewaltanwendung auf. Aus taktischen Gründen wird versucht, Verstöße gegen die einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen wie Volksverhetzung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu vermeiden. Bei Konzerten und Szenetreffen sind aber entsprechende, meist im Ausland produzierte Tonträger jederzeit erhältlich. Dort werden auch Lieder mit volksverhetzenden Passagen gespielt, was wiederum das Publikum zu Propagandadelikten wie dem Zeigen des „Hitler-Grußes“ und „Sieg Heil“-Gegröle animiert. Besonders berüchtigt dafür war seit 1992 die Berliner Skinband „Landser“, die immer wieder Musikstücke produzierte, in denen zur Begehung schwerster Straftaten wie Brandstiftung und Mord aufgerufen wurde. Seit Oktober 2001 ermittelt der Generalbundesanwalt gegen die Bandmitglieder, u. a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Im September 2002 erhob der Generalbundesanwalt Anklage, u. a. wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

Die Zahl der in Baden-Württemberg veröffentlichten Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten war in den letzten Jahren eher gering. So erschienen 2002 wie auch im vorangegangenen Jahr lediglich vier neue CDs. Neben dem Erstlingswerk von „Schutt & Asche“/**Friedrichshafen** und der zweiten CD der ebenfalls aus **Friedrichshafen** stammenden Band „Stromschlag“, brachte nach längerer Pause auch die Band „Ultima

Ratio“/**Stuttgart** wieder eine neue CD heraus. Die CD „The White Race Will Prevail“⁸ ist das Debüt-Album der Skinband „Race War“ aus dem **Ostalbkreis**. Laut Booklet wurde die CD bereits 2001 produziert. Das Cover sowie das Booklet weisen Abbildungen von Hakenkreuzen, Doppel-Sigrunen (auch als „SS-Runen“ bekannt) und von Soldaten auf, die den „Hitler-Gruß“ zeigen, so dass sie den Straftatbestand des § 86 a StGB („Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“) erfüllen. Die Textinhalte sind rassistisch, fremdenfeindlich, antisemitisch und gewaltverherrlichend und beschwören unter anderem den Kampf gegen die bestehende politische Ordnung der Bundesrepublik. Das Lied „11. September“ befürwortet die Terroranschläge in den USA. Da in mehreren Liedern der ehemaligen SS und Hitler gehuldigt wird, müssen der CD sogar neonazistische Tendenzen attestiert werden. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet. Die CD wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Darüber hinaus erschien unter dem Namen „Exxtrem“ noch die CD „Unsere Götter leben weiter“. Es handelt sich dabei um ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Musiker, an dem sich auch die Skinband „Noie Werte“ aus **Stuttgart** beteiligte.

Textbeispiele:

Lied „Land unserer Väter“ von der CD „Alles in Schutt und Asche“ der Skinband „Schutt & Asche“:

*„Schon im Kindergarten werden Kinder antideutsch erzogen,
Die Geschichte verdreht und Tag für Tag gelogen,
Im Grundschulalter ist es dann leider meist zu spät,
Sie leben im Multikultiwahn, fern von Realität,
Und das Schlimmste daran ist, sie konnten sich nicht einmal wehren,
Weil alle zu feige sind die Jugend zu bekehren,
Doch soweit kommt es nie, sowas wird nie auf uns sitzen,
Denn wir sind geboren, um die Jugend stets zu schützen,*

⁸ „Die weiße Rasse wird siegen“.

*Auch mit dem Dolch an der Kehle bleiben wir dabei,
Für das Vaterland unserer Väter stehen wir für immer ein,
Auch mit dem Dolch an der Kehle bleiben wir dabei,
Koste es uns auch das Leben, für Freiheit stehen wir ein,*

*In der Schule nur Gutes über Französische Revolution,
Über die Geschichte unseres Landes hört man nur blanken Hohn,
Doch wer dass 1te Reich gegründet hat wissen wir sehr wohl,
Otto von Bismark, ein reines Kämpferidol,
Nun, meine Freunde und Verwandten,
Kameraden und alle die mich nicht kannten,
Sprecht mir nach, blickt in mein Gesicht,
Dieses Land ist unser, aufgeben wir nicht.“
(Übernahme wie im Original)*

Der seit Jahren anhaltende Boom der rechtsextremistischen Musikszene zeigt, dass die Mitte der 80er Jahre von dem B&H-Gründer Ian Stuart Donaldson geprägte Leitlinie, Jugendlichen den Nationalsozialismus über das Mittel der Musik näher zu bringen, nach wie vor erfolgreich ist. Dass es dazu keiner Organisationsstruktur wie der B&H-Bewegung bedarf, machte die Entwicklung nach deren Verbot in Deutschland deutlich. So existieren in Baden-Württemberg eine ganze Anzahl von Online-Shops und Vertrieben mit dem üblichen Angebot an rechtsextremistischen Musik-CDs und entsprechenden Skinhead-Devotionalien. Manche Anbieter haben sich auf die Versteigerung rechtsextremistischer Tonträger, Bücher, Textilien und Videos spezialisiert und bieten damit eine Kommunikationsplattform, die speziell Jugendliche anzieht, die sich für Skinhead-Musik interessieren und auch offen für andere rechtsextremistische Materialien sind.

□ **Sonstige rechtsextremistische Musik**

Eine Symbolfigur in der „nationalen“ Liedermacherszene ist nach wie vor Frank RENNICKE aus **Ehningen/Krs. Böblingen**. Auch 2002 konnte er eine generationenübergreifende Anhängerschaft bei bundesweiten Auftritten und Veranstaltungen um

sich sammeln. Bei seinen Auftritten, beispielsweise am 3. August 2002 beim Pressefest des „Deutsche Stimme Verlages“ in Königslutter/Niedersachsen vor ca. 1.500 Teilnehmern, stellte RENNICKE sich wegen der gegen ihn laufenden Gerichtsverfahren als „Systemverfolgter“ und „Märtyrer“ dar und versuchte auf diese Weise, das Publikum zu Spendenzahlungen anzuregen.

Seine Popularität in der rechtsextremistischen Szene zeigte sich auch am 2. März 2002, als ca. 200 Rechtsextremisten, unter anderem auch aus Rheinland-Pfalz und Bayern, in **Ludwigsburg** bei einer im Namen des Bundesvorstands der „**Jungen Nationaldemokraten**“ (JN) angemeldeten Demonstration ihre Solidarität mit RENNICKE bekundeten.⁹ Hintergrund war die Verurteilung RENNICKES vor dem Amtsgericht Böblingen im November 2000 zu zehn Monaten Haft auf Bewährung wegen Volksverhetzung. Die Demonstration sollte Druck auf den für das damalige Verfahren zuständigen Staatsanwalt ausüben. Im Oktober 2002 fand die Berufungsverhandlung vor dem Stuttgarter Landgericht statt. RENNICKE wurde zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und fünf Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Außerdem wurde der Verfall¹⁰ der bereits im Zuge des ersten Verfahrens eingezogenen 70.450 DM (36.021 Euro) angeordnet. Sowohl RENNICKE als auch die Staatsanwaltschaft haben Revision gegen dieses Urteil eingelegt.

RENNICKE ist in vielfältiger Weise im Internet präsent. Neben seiner eigenen Website, die er allein unter vier redirectory-Adressen¹¹ anbietet und auf der er umfangreich über seine Strafverfahren publiziert, betreibt er zusätzlich noch ein Forum beim US-Internetdiensteanbieter Yahoo, das intensiv zur Vorbereitung der Demonstration in **Ludwigsburg** genutzt wurde.

⁹ Vgl. Kap. 5.1.1, S. 49.

¹⁰ Gewinnabschöpfung als strafrechtliche Sanktion.

¹¹ Redirection-Anbieter bieten die Möglichkeit, eine Website über eine andere Adresse, bei deren Eingabe automatisch zur Original-Website weitergeleitet wird, zu erreichen. Dies ist sinnvoll, wenn die eigene Adresse sehr kompliziert und nichtssagend ist. Das kommt bei den Adressen der amerikanischen Provider, die von deutschen Rechtsextremisten gerne zur Verschleierung und als Schutz vor Strafverfolgung genutzt werden, sowie bei denen der kostenlosen bzw. sehr günstigen Anbieter häufiger vor.

4. Neonazismus

4.1 Aktivitäten mit überregionaler Bedeutung

4.1.1 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Gründung:	1979		
Sitz:	Frankfurt am Main		
Mitglieder:	ca. 70	Baden-Württemberg	(2001: ca. 70)
	ca. 600	Bund	(2001: ca. 600)
Publikation:	„Nachrichten der HNG“		

Seit ihrer Gründung sieht die HNG ihre selbstgestellte Aufgabe darin, „nationale politische Gefangene“ moralisch und materiell zu unterstützen, z. B. durch Besuche, Zusendung von rechtsextremistischer Literatur und Vermittlung von Briefkontakten. Das langfristige strategische Ziel besteht darin, die Strafgefangenen auch während ihrer Haft ideologisch wie sozial an die rechtsextremistische bzw. neonazistische Szene zu binden. Die staatlichen Ausstiegsangebote sollen so konterkariert werden.

Die HNG ist die größte neonazistische Vereinigung in Deutschland. Sie versteht sich als organisationsübergreifendes Bindeglied für Neonazis im In- und Ausland. Da viele ihrer Mitglieder zugleich auch anderen rechtsextremistischen Organisationen angehören, hat sie eine gewisse Bedeutung als Integrations- und Vernetzungsfaktor innerhalb der Neonaziszene.

Die in der Regel monatlich erscheinenden „Nachrichten der HNG“ haben nach eigener Darstellung *„allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand.“*¹² Die Prozessberichte in den „Nachrichten der HNG“ verfolgen insbesondere das Ziel, Verständnis für die politischen Motive der Straftäter zu wecken und die bundesdeutsche Rechtsprechung als „Gesinnungsjustiz“ sowie den Strafvollzug als willkür-

¹² Diese Aussage steht in jeder Ausgabe der „Nachrichten der HNG“ (auch) dieses Jahres jeweils auf Seite 2.

lich und unmenschlich im Umgang mit Rechtsextremisten zu diffamieren. Beispielsweise kommentierten die „Nachrichten der HNG“ unter der Überschrift *„Sippenhaft und Berufsverbot: Existenzvernichtung gegen Frank Rennicke“* das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden gegen den rechtsextremistischen Liedermacher Frank RENNICKE aus **Ehningen/Krs. Böblingen** unter anderem wie folgt: *„Angesichts einer solchen Vorgehensweise der Verfolgungsbehörden werden Erinnerungen an die Stasi-Justiz der DDR wach.“* RENNICKE selbst bescheinigten die „Nachrichten der HNG“ hingegen den *„erklärten Willen, sich für Freiheit und Recht unseres Volkes einzusetzen“*.¹³

Auch vor mehr oder minder subtilen Drohungen gegen deutsche Strafverfolgungsbehörden schreckt die HNG nicht zurück. So heißt es in jedem Heft der „Nachrichten der HNG“ in einem Appell an die Leser:

*„Die HNG ist bemüht, die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten nationaldenkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. Bekanntermaßen handelt es sich bei Menschenrechtsverletzungen um Verbrechen, die nicht verjähren. Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben.“*¹⁴

Abgesehen von dem hier Geschilderten gehen kaum nennenswerte Aktivitäten von der HNG aus. Bei der Jahreshauptversammlung am 23. März 2002 in Hessisch-Lichtenau/Hessen wurde Ursula MÜLLER, Mainz/Rheinland-Pfalz, als Vorsitzende der HNG wiedergewählt. Sie amtiert seit 1991 in dieser Funktion.

¹³ „Nachrichten der HNG“ Nr. 251, Januar/Februar 2002, Artikel „Sippenhaft und Berufsverbot: Existenzvernichtung gegen Frank Rennicke“ von Karsten VOIGT, S. 8.

¹⁴ Siehe beispielsweise: „Nachrichten der HNG“ Nr. 258, September 2002, S. 2.

4.1.2 Kommunikationsmittel

Die seit 1998 existierende Zeitschrift „Zentralorgan“ war noch im Jahr 2001 das einzige neonazistische Periodikum mit bundesweiter Bedeutung und hatte auch in Baden-Württemberg seine Leserschaft gefunden. Es wurde zuletzt nur noch halbjährlich herausgegeben und stellte mit der Ausgabe Nr. 13 zum Jahreswechsel 2001/2002 sein Erscheinen überraschend ein. Im Sommer 2002 wurde zwar im Internet eine neue Nummer des „Zentralorgans“ angekündigt, bislang kann dort aber lediglich die Ausgabe Nr. 13 bestellt werden. Ansonsten sind nur noch einige Berichte abrufbar, jedoch ohne eine regelmäßige Aktualisierung.

Damit ist der maßgeblich von bundesweit führenden Hamburger Neonazis¹⁵ unternommene Versuch gescheitert, im norddeutschen Raum mittels eines regelmäßig erscheinenden Magazins ein rechtsextremistisches „Netzwerk“ aufzubauen. Das professionell aufgemachte Heft enthielt neben so genannten Aktionsberichten zu rechtsextremistischen Demonstrationen auch Beiträge zum aktuellen politischen Geschehen sowie glorifizierende Darstellungen zu Themen und Personen aus der Zeit der NS-Herrschaft. Zusätzlich warb das „Zentralorgan“ für zahlreiche rechtsextremistische Organisationen und Gruppierungen, Verlage und Versandhandel sowie „Nationale Info-Telefone“ (NIT) und Internetadressen.

Die „Nationalen Info-Telefone“ (NIT) werden als kostengünstiges Medium in der rechtsextremistischen Szene auch weiterhin genutzt. Die Nachrichten, die die Betreiber auf einem Anrufbeantworter zum Abhören hinterlassen, tragen zur Verbesserung der Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene bei. Die Ansagetexte beinhalten szenerelevante Informationen (Termine, Treffpunkte etc.), z. B. über Demonstrationen, Skinheadkonzerte und andere Veranstaltungen, aber auch über Gerichtsprozesse gegen rechtsextremistische Straftäter. Sie nehmen zudem Stellung zu allgemeinpolitischen Themen. Die Ansagetexte sind zumeist so formuliert, dass möglichst kein Anlass zu einer strafrechtlichen Verfolgung gegeben wird.

¹⁵ Sie selbst bezeichnen sich als „Freie Nationalisten“.

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hatte am 8. Februar 2002 zwei Angehörige der neonazistischen „**Kameradschaft Karlsruhe**“ wegen der Verwendung der Parole „*Ruhm und Ehre der Waffen-SS*“ in einer Ansage des NIT **Karlsruhe** angeklagt. Das Landgericht Karlsruhe lehnte jedoch die Eröffnung des Hauptverfahrens ab und verneinte die Strafbarkeit dieses Verhaltens. Das OLG Karlsruhe hat mit Beschluss vom 15. November 2002 der Beschwerde der Staatsanwaltschaft stattgegeben, so dass eine Hauptverhandlung anberaumt werden wird.¹⁶

Nachdem es bundesweit zu dieser in den letzten Jahren zunehmend von Rechtsextremisten vor allem auf Demonstrationen verwendeten Parole bereits gegensätzliche Entscheidungen der unteren Instanzen gegeben hatte, hat sich nun erstmalig ein Oberlandesgericht dazu geäußert und die Strafbarkeit ausdrücklich bejaht. Diese Entscheidung erfolgte insbesondere aufgrund der offensichtlichen sprachlichen Nähe zur verbotenen Parole „*Blut und Ehre*“ der Hitlerjugend, der damit beabsichtigten Glorifizierung einer verfassungswidrigen Organisation wie der Waffen-SS und aufgrund der konkreten Verwendung als Erkennungssymbol der rechtsextremistischen Szene. Daher könnten sich die Verwender auch nicht auf die Meinungsfreiheit berufen, sondern machten sich wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB strafbar¹⁷.

Seit einigen Jahren sind Verflechtungen zwischen den Kommunikationsmitteln Internet und „Nationale Info-Telefone“ (NIT) zu beobachten. So sind die Ansagetexte einiger NITs auch parallel im Internet abrufbar. Das NIT **Karlsruhe** beispielsweise, das derzeit einzige in Baden-Württemberg existente NIT, hat seit Januar 2002 eine eigene Homepage ins Internet eingestellt. Die „Kameradschaft Karlsruhe“, die hinter dem NIT **Karlsruhe** steht, übernimmt damit eine für die Region zentrale Aufgabe bei der Koordination bundesweit geplanter Aktionen der rechtsextremistischen Szene.

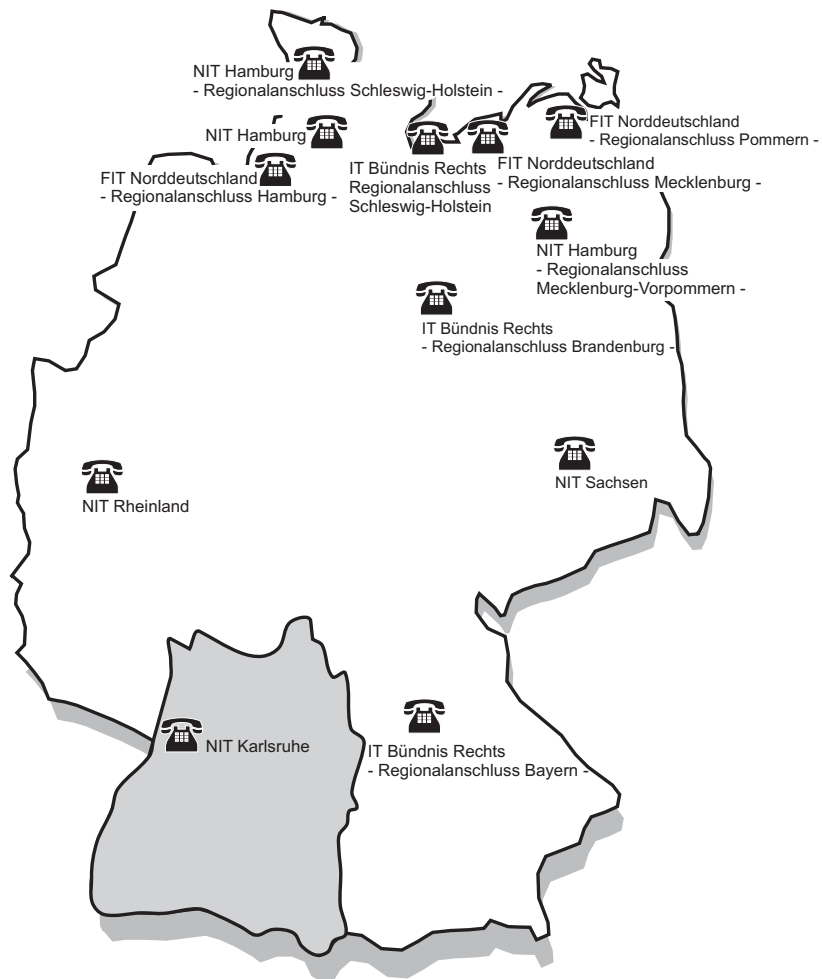
¹⁶ Az.: 1 WS 179/02.

¹⁷ § 86a Abs. 2 Satz 2 StGB lautet: „*Den in Satz 1 genannten Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.*“ Gemäß § 86a Abs. 2 Satz 1 StGB sind unter Kennzeichen auch Parolen zu verstehen.

2002 waren in Deutschland folgende NITs aktiv:

- ❑ **NIT Karlsruhe**
- ❑ **NIT Sachsen**¹⁸
- ❑ **NIT Rheinland**
- ❑ **NIT Süddeutschland**
- ❑ „Info Telefon“ **IT Bündnis Rechts** mit Regionalanschlüssen für **Schleswig-Holstein** und **Bayern**
- ❑ „Freies Info-Telefon“ **FIT Norddeutschland** mit Regionalanschlüssen in **Hamburg** und **Rostock**.

„Nationale Info-Telefone“ (NIT)



Grafik: LfV BW

¹⁸ Das NIT Sachsen stellte im November 2002 seinen Betrieb ein.

Offensichtlich entwickelt sich das World Wide Web in der Neonaziszene zum bevorzugten Kommunikationsmittel. Auf diversen Neonazi-Webportalen werden Demonstrationsaufrufe und -termine bekannt gegeben; außerdem wird über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung um Verbot oder Zulassung einer von Neonazis angemeldeten Demonstration zeitnah informiert. Immer öfter werden hier Strategiepapiere veröffentlicht, die ideologie- und meinungsbildend auf die gesamte Szene wirken sollen. Hier können sich Neonazis über Gesprächsforen direkt miteinander austauschen.

4.1.3 Zentrale neonazistische Aktionsfelder

4.1.3.1 „Rudolf-Heß-Gedenkaktionen“ 2002

Am 17. August 2002 jährte sich zum fünfzehnten Mal der Selbstmord des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, der in Wunsiedel/Bayern beigesetzt ist. Alljährlich ruft die neonazistische Szene zu „*Heß-Aktionswochen*“ um den 17. August auf, mit denen sie den „*Friedensflieger*“ und angeblichen „*Märtyrer des Friedens*“ auf geradezu religiös anmutende Weise ehren will.

Nachdem 2001 nach über zehn Jahren - auch für die Szene überraschend - nach einem Gerichtsurteil wieder ein „Rudolf Heß-Gedenkmarsch“ legal in Wunsiedel stattfinden durfte, genoss im darauf folgenden Jahr in der neonazistischen Szene die Planung und Durchführung einer zentralen Gedenkveranstaltung höchste Priorität. Bereits seit Mai 2002 wurde auf mehreren, teilweise eigens dafür eingerichteten Internetseiten, die sich in der Verklärung und Heroisierung des Hitler-Stellvertreters gegenseitig überboten, für die Teilnahme an der Veranstaltung in Wunsiedel geworben.

In Baden-Württemberg koordinierte die neonazistische „Kameradschaft Karlsruhe“ die Aktivitäten und veröffentlichte ihre Planung mittels Internet und NIT **Karlsruhe**.

Waren es im Jahr 2001 nur rund 900 Teilnehmer, die sich nach der seinerzeit am selben Tag erfolgten Aufhebung des Versammlungsverbots durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Wunsiedel zu einem Demonstrationzug durch das Stadtgebiet formiert hatten, belief sich 2002 die Teilnehmerzahl auf etwa 3.000 Rechts-

extremisten, die aus dem gesamten Bundesgebiet, aber auch aus Österreich, der Schweiz, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Finnland angereist waren. Aus Baden-Württemberg nahmen rund 200 Rechtsextremisten teil.

Auch im Jahr 2002 hob der Bayerische VGH das vom Landratsamt Wunsiedel erlassene und vom Verwaltungsgericht Bayreuth bestätigte Verbot noch am Vortag der Veranstaltung mit Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts¹⁹ auf und wies die örtlichen Behörden an, „*durch geeignete Auflagen gegenüber dem Veranstalter einen störungsfreien Verlauf sicherzustellen.*“²⁰ Im Rahmen der Vorkontrollen nahm die Polizei zwar aufgrund von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und wegen Propagandadelikten 25 Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum vorläufig fest. Ansonsten verlief die Kundgebung aber störungsfrei, was ausdrücklich Teil der Strategie der Veranstalter war, die auch für die Zukunft den Behörden keine Verbotsgründe liefern wollten.

An Gegendemonstrationen beteiligten sich etwa 500 Personen, darunter 250 bis 300 Linksextremisten, denen es jedoch insbesondere aufgrund des Polizeieinsatzes nicht gelang, den „Gedenkmarsch“ der Rechtsextremisten durch die Innenstadt von Wunsiedel zu verhindern.

Ebenso wie die Veranstalter des „Heß-Gedenkmarsches“ um den Hamburger Rechtsextremisten Jürgen RIEGER, der als Anmelder fungiert hatte, zogen die Betreiber des NIT **Karlsruhe** in ihrer Ansage vom 28. August 2002 unter die Überschrift: „*Rudolf-Heß-Marsch 2002! Verbieten war verboten!*“ ein positives Fazit:

„Obwohl 25 Nationalisten in Gewahrsam genommen wurden, kann die gesamte Veranstaltung als voller Erfolg gewertet werden. Die komplette Demoroute sowie das Rahmenprogramm konnte ohne nennenswerte Störung absolviert werden. Rosige Aussichten also fürs nächste Jahr. Rudolf Heß - Du lebst weiter in unseren Herzen!“

¹⁹ Das BVerfG hatte mit Beschluss vom 18. August 2000 (Az.: 1Br Q 23/00) in einem anderen Fall eine vom Hamburger Neonazi Christian WORCH angemeldete Demonstration zugelassen und die zuvor ergangenen verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen aufgehoben.

²⁰ Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 16. August 2002 (Az.: 24 CS 02.1986).

In Baden-Württemberg gab es keine weiteren Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Todestag von Rudolf Heß, sieht man von den schon aus den Vorjahren bekannten Plakatierungen mit Flugblättern, Aufklebern und Spruchbändern ab. Diese wurden zwar wieder an mehreren Orten über das ganze Land verteilt festgestellt, hatten jedoch keine nennenswerte Öffentlichkeitswirkung. Das NIT **Karlsruhe** hatte in der Ansage vom 26. Juli 2002 dazu aufgerufen, „*Propagandamaterial zur Heß-Kampagne*“ anzufordern, und eine Bestelladresse samt Telefonnummer angegeben.

Der diesjährige „Heß-Gedenkmarsch“ zeigt, wie intensiv gerade der Kult und Aktionismus um den Hitler-Stellvertreter zurzeit das rechtsextremistische Lager und insbesondere Neonazis bundesweit und darüber hinaus zu einigen und zu mobilisieren vermögen und zwar mit offenbar immer noch steigender Tendenz. Das Internet stellt dabei das wichtigste Propaganda-, Informations- und Mobilisierungsinstrument dar.

4.1.3.2 Demonstrationen von Neonazis

Seit 2000 verzeichnet die neonazistische Szene bei der juristischen Anfechtung von Verboten eigener, von der NPD unabhängiger Demonstrationen Erfolge. Waren es im Jahr 2001 noch annähernd 40 Demonstrationen, die bundesweit von Neonazis organisiert worden waren, lag die Anzahl im Jahr 2002 mit etwa 68 deutlich darüber. Allerdings ist trotz einer Erhöhung der Anzahl von Neonazi-Demonstrationen die durchschnittliche Teilnehmerzahl zurückgegangen. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die insgesamt sechs von dem Hamburger Neonazi Christian WORCH in Leipzig durchgeführten Kundgebungen. Ihr erklärtes Ziel war es, zumindest einmal bis zum Völkerschlachtdenkmal zu marschieren, was aber letztlich nicht gelang. WORCH zeichnete auch für fast zwei Drittel der durchgeführten Demonstrationen verantwortlich.

Die organisatorische Unabhängigkeit der Neonazis von der NPD bei der Organisation von Demonstrationen führte in Leipzig zu einer offenen Konkurrenzsituation, als am 8. Juni 2002 dort von beiden Seiten jeweils eine Demonstration angemeldet und auch durchgeführt wurde. Insbesondere die NPD wertete dies als „Kriegserklärung“ und forderte dazu auf, „*die rote Karte allen, denen das persönliche Ego wichtiger als der politi-*

sche Kampf“ sei, zu zeigen.²¹ Auch wenn der solcherart kritisierte WORCH ohne Zweifel einen klaren Abgrenzungskurs zur NPD fährt, folgt ihm die neonazistische Szene darin keineswegs geschlossen. Dies zeigt sich auch darin, dass Neonazis aus Baden-Württemberg in Leipzig sowohl an der von der NPD als auch an der von WORCH durchgeführten Demonstration teilnahmen. Einigkeit demonstrierte die rechtsextremistische Szene dagegen wieder in Wunsiedel, wo bei der zentralen „Heß-Gedenkveranstaltung“ am 17. August 2002 sowohl WORCH als auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Holger APFEL, teilnahmen.

Auch die deutsche Skinheadszene beteiligte sich in diesem Jahr bundesweit verstärkt an neonazistischen Demonstrationen. Sie stellt für Neonazis zahlenmäßig das wichtigste Mobilisierungspotenzial dar, weil sie erlebnis- und aktionsorientiert ist.

Zentrale, immer wiederkehrende Demonstrationsthemen sind die angebliche staatliche Repression gegen den „Nationalen Widerstand“ insbesondere auf dem Gebiet der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die Kritik an der so genannten „Wehrmachtsausstellung“, an der US-Politik und der Globalisierung. Hinzu kommen typisch neonazistische Themen wie Rudolf Heß, „Heldengedenktag“ (Volkstrauertag) und die Erinnerung an bestimmte historische Ereignisse, wie das Ende des 2. Weltkriegs (8. Mai 1945). Allerdings ist erneut festzustellen, dass es an einem, wie auch immer gearteten, übergreifenden und einheitlichen politischen Konzept fehlt, so dass es auch im Jahr 2002 nicht zu der von Rechtsextremisten geforderten „*Demokultur statt Demotourismus*“ gekommen ist und „*verantwortungsbewusste Führungskameraden*“ selbstkritisch in einem im Internet veröffentlichten Positionspapier äußerten, „*dass ein Übermaß an Demonstrationen derzeitiger Prägung ein eher sinnloser Kräfteverschleiß*“ sei.²²

4.2 Neonazismus in Baden-Württemberg

Das Personenpotenzial der neonazistischen Szene Baden-Württembergs hat sich weder der Anzahl noch der Struktur nach wesentlich verändert. Die Gesamtzahl von Neo-

²¹ Deutsche Stimme Nr. 5, Mai 2002, Artikel „Anti-Wehrmachtsausstellung: Reemstma entgegnetreten“ von Frank SCHWERDT, S. 14.

²² Internetauswertung vom 29. November 2002.

nazis ist mit rund 270 etwas niedriger anzusetzen als im Vorjahr (280). Was die Verteilung im Land betrifft, sind neben einigen kleineren, über das Land verteilten neonazistischen Gruppierungen insbesondere **Nordbaden** mit **Karlsruhe** und in geringerem Maß auch der Großraum **Villingen-Schwenningen** als Zentren der baden-württembergischen Neonaziszene zu nennen.

Nach den Organisationsverboten der 90er Jahre existieren auch in Baden-Württemberg keine neonazistischen Organisationen im engeren Sinn mehr, sondern lediglich lose strukturierte Personenzusammenschlüsse wie „Freundeskreise“ und so genannte „Kameradschaften“, in denen es zwar keine formellen Mitgliedschaften, Vorstände und Satzungen gibt, die aber nichtsdestoweniger hierarchische Züge aufweisen. Man trifft sich im engsten Kreis zu „Kameradschaftsabenden“ und Rechtsschulungen, lädt darüber hinaus unter der Bezeichnung „Nationaler Widerstand“ oder „Freie Nationalisten“ zu Vortragsveranstaltungen oder Sonnwend- und vereinzelt auch zu Hitlergeburtstagsfeiern ein. Gelegentlich organisiert man auch eine eigene Demonstration oder nimmt an landes- und bundesweiten rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Demonstrationen teil. Die Kommunikation in der Gruppe und zu anderen Kreisen erfolgt in aller Regel informell und konspirativ über das Internet, per E-Mail, mit Hilfe von Handys und SMS, wodurch im Einzelfall ein hoher Geheimhaltungsgrad erreicht wird.

Während sich die Neonaziszene früher in Konkurrenz zur deutlich größeren und auch jüngeren Skinheadszene sah und Befürchtungen hegte, die eigene Klientel könnte in diese Subkultur abwandern, hat sich das Verhältnis mittlerweile deutlich entspannt. Entsprechend sucht man jetzt bewusst den Kontakt und die Zusammenarbeit, vor allem im Vorfeld von Veranstaltungen, Konzerten und Demonstrationen. Skinheadkonzerte werden zunehmend auch von Neonazis besucht, in manchen Fällen auch mitorganisiert. An einzelnen Orten haben sich auch unstrukturierte Mischszenen aus Neonazis und Skinheads, aber auch aus sonstigen „rechtsorientierten“ Jugendlichen gebildet. Hier versuchen in Einzelfällen engagierte Neonazis, ihr ideologisches Gedankengut und ihre spezifischen Feindbilder den mehrheitlich jugendlichen Skinheads zu vermitteln und Kameradschaftsstrukturen aufzubauen.

Nach ersten Internetaktivitäten baden-württembergischer Neonazis aus dem Raum **Villingen-Schwenningen** aus dem Jahr 1998, die aber schon 2000 wieder eingestellt worden waren, ist seit dem 15. Januar 2002 eine weitere, von Neonazis aus Baden-Württemberg betriebene Homepage im Internet abrufbar. Verantwortlich dafür ist die neonazistische „Kameradschaft Karlsruhe“, die nunmehr bereits im zehnten Jahr existiert und unverändert die aktivste und bekannteste Neonazigruppierung im Land darstellt. Bislang informierte sie ihre Klientel lediglich über das NIT **Karlsruhe**. Jetzt können auf der Webseite nicht nur aktuelle und zurückliegende NIT-Ansagen, sondern auch bundesweite Demonstrationstermine der rechtsextremistischen Szene abgerufen werden. Verweise auf andere rechtsextremistische Internetseiten und ein regelmäßig genutztes Gästebuch ergänzen das Angebot.

Für die Teilnehmer an bundesweiten Neonazi- und auch NPD-Demonstrationen koordinierte die „Kameradschaft Karlsruhe“ immer wieder die Anreise und organisierte in manchen Fällen auch einen Reisebus für die Fahrt zum Veranstaltungsort.

Mit eigenen Veranstaltungen ist sie nur selten öffentlich in Erscheinung getreten: Neben einer geplanten Kranzniederlegung auf dem **Heidelberger** Ehrenfriedhof am 8. Mai 2002 zusammen mit Neonazis aus dem **Rhein-Neckar-Raum** und der angrenzenden Südpfalz, die von der Polizei unterbunden wurde, und einem eigenen Infostand beim „1. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Jena am 1. Juni 2002 ist hier insbesondere die Demonstration am 15. Juni 2002 in **Karlsruhe** zu nennen. Nachdem die „Kameradschaft“ bereits im Vorjahr mit Unterstützung von WORCH in Baden-Württemberg erstmals eine Kundgebung durchgeführt hatte, agierte sie diesmal weitgehend alleinverantwortlich. Unter dem Motto *„Repression hat viele Gesichter - vor allem in der Republik der kleinen Lichter“* wollten die Veranstalter gegen die ihrer Meinung nach in Deutschland herrschende politische Verfolgung von Rechtsextremisten protestieren. Rund 350 Neonazis und Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen teil. Als Redner trat neben WORCH auch der ehemalige Vorsitzende der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), Friedhelm BUSSE, auf. An der Gegendemonstration beteiligten sich unter anderem rund 250 Autonome, die trotz massiven Polizeiaufgebots gewalttätig gegen Rechtsextremisten, aber auch gegen Polizeikräfte vorgehen.

Trotz breit gestreuter Kontakte baden-württembergischer Neonazis bestehen keine auf Dauer angelegten Aktions- oder Kameradschaftsbündnisse. Auch die Bundestagswahl am 22. September 2002 hat in der hiesigen Neonaziszene kaum Reaktionen hervorgerufen. Durch das schlechte Abschneiden der rechtsextremistischen Parteien fühlt man sich in der ablehnenden Haltung zu Parteien und Wahlen vielmehr noch bestätigt. Das Verfahren auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht wurde dagegen aufmerksam verfolgt und hat nicht nur zu einer gewissen Solidarisierung mit der NPD, sondern auch zu verstärkter konspirativer Abschottung gegenüber dem Staat und seinen Organen geführt.

5. Rechtsextremistische Parteien

5.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Gründung:	1964		
Sitz:	Berlin		
Mitglieder:	ca. 400	Baden-Württemberg	(2001: ca. 450)
	ca. 6.100	Bund	(2001: ca. 6.500)
Publikation:	„Deutsche Stimme“ (DS)		

□ Organisation

Die NPD, die in allen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten ist, musste erstmals seit Beginn der Verbotsdebatte im Jahr 2000, Mitgliederverluste hinnehmen. Das Verfahren, das vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die NPD anhängig war, hatte anfangs zu einem Solidarisierungseffekt innerhalb der rechtsextremistischen Szene mit der Partei geführt. Dieser Effekt, der auch eine steigende Mitgliederzahl der NPD mit sich gebracht hatte, scheint nunmehr abgeklungen zu sein.

Aufgrund der zumeist inaktiven Kreisverbände deutet sich im baden-württembergischen Landesverband ein weiterer Rückgang der Mitgliederzahlen an. Ständige Querelen und

der Mangel an Führungspersönlichkeiten machen dem Landesverband erheblich zu schaffen.

□ **Ideologische Ausrichtung**

Die NPD hält an ihrer offen propagierten Feindschaft gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fest, strebt weiter nach einer aus ihrer Sicht „*längst überfälligen Macht ablösung*“²³ und kämpft für die Etablierung eines weniger an realen historischen Vorbildern als an Mythen orientierten deutschen Reichs als Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland²⁴.

Völkisch-kollektivistische Zielvorstellungen bekräftigt die NPD in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2002 „*Zukunft und Arbeit für ein besseres Deutschland*“. In den Mittelpunkt stellt sie dabei den Gemeinschaftsgedanken sowie den Kampf gegen die „*Zerstörung der Volksgemeinschaft*“ und die angeblich damit einhergehenden Folgen. Einem „*gemeinschaftszerstörende[n] Liberalismus*“ setzt sie die „*Idee der Volksgemeinschaft*“ entgegen. Nach den Vorstellungen der Partei müssten in einer funktionierenden Volksgemeinschaft, die „*soziale Kontrolle*“ und „*Erziehung*“ beinhalte, Einzelinteressen „*zugunsten des Erhaltes der Gemeinschaft*“ zurücktreten, wenn sie mit Gemeinschaftsinteressen kollidierten. In ihrem Wahlprogramm strebt die NPD eine Abänderung der Grundgesetz-Präambel an: Sie will die „*Würde und die Existenzsicherung des deutschen Volkes im Grundgesetz als wesentliches Staatsziel*“ festschreiben.

Diesen kollektivistischen Ansatz verknüpft die NPD mit fremdenfeindlicher Agitation. So behauptet sie die unabdingbare Notwendigkeit einer „*ethnisch homogene[n] Volksgemeinschaft*“, die nur durch „*gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur*“ entstehe. Einwanderung von Menschen nichtdeutscher Abstammung sowie das neue Staatsangehörigkeitsgesetz lehnt sie dementsprechend kompromisslos ab. Die pauschale Verunglimpfung der ausländischen Mitbürger verdeutlicht explizit z. B. die

²³ „Deutsche Stimme“ Nr. 4, April 2002, Artikel „NPD-Bundesparteitag: Deutschland lässt sich nicht verbieten - Deutschland wir kommen!“ von Holger APFEL, S. 13.

²⁴ „Deutsche Stimme“ Nr. 8, August 2002, Leserbriefe „Reichsdebatte: Unverbrauchte Zukunftsentwürfe“ des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Sepp BIBER aus **Villingen-Schwenningen**, „Reichsdebatte: Erbe auch aus Deutscher Reichspartei“ von Jörg KREBS, S. 22.

von der NPD wiederholt vorgenommene Gleichsetzung „*multikulturelle Gesellschaft - multikriminelle Wirklichkeit*“. Die herrschenden „*Kartellparteien*“ hätten durch „*bewusst herbeigeführten, fortgesetzten Ausländerzustrom*“ die allein identitätsstiftende deutsche Volksgemeinschaft zerstört und seien in letzter Konsequenz auf die Ersetzung des deutschen Volkes durch eine multiethnische Bevölkerung aus.²⁵

Diese Programmatik geht Hand in Hand mit einem häufig von Rechtsextremisten genutzten Argumentationsmuster, wonach das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung Priorität vor den Individualrechten der Menschen habe. Damit wird die Errichtung einer auf der Volksgemeinschaftsideologie basierenden politischen Ordnung legitimiert, die nicht von der internationalen Staatengemeinschaft (z. B. der UNO) im Namen der Menschenrechte angezweifelt werden dürfe. Die Umsetzung dieser Auffassung würde zum Verzicht auf den Universalitätsanspruch der Menschenrechte führen und damit ein tragendes Prinzip moderner demokratischer Verfassungsstaaten aufheben.

Die NPD propagiert revisionistisches Gedankengut, beispielsweise in ihrer Parteizeitung „*Deutsche Stimme*“ oder in sonstigen Veröffentlichungen, die von der parteieigenen „*Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH*“ herausgegeben oder vertrieben werden. Die Partei - wie aus dem Vortrag ihres Prozessbevollmächtigten im Verbotsverfahren Horst MAHLER deutlich wurde - vertritt einen unverhohlenen Antisemitismus. MAHLER, der von Sommer 2000 bis März 2003 Mitglied der NPD war, lehnt nach eigenen Worten den „*jüdischen Geist*“ ab. Dieser sei von der jüdischen Religion geprägt, die ihrerseits verantwortlich sei für den im Alten Testament geschilderten Versuch der Juden, andere Völker auszurotten, und noch heute die Motive liefere für die - unterstellte - dominante Rolle von Juden in der Geldwirtschaft.²⁶

²⁵ Vgl. zu den vorangegangenen Zitaten: NPD-Parteivorstand (Hrsg.), „*Bundestagswahlprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands: Zukunft und Arbeit für ein besseres Deutschland*“, Berlin, S. 9, 11-12, 14-15, 39, 43, 50 und 77.

²⁶ Horst Mahler: „*Guten Tag, Herr Friedman.. Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende jüdische Köpfe zu erstem kritischen Dialog*“, Malmö o. J. [nach Mai 2000].

□ **Aktuelle Situation**

Das im März 2003 vom Bundesverfassungsgericht eingestellte Verbotsverfahren prägte die Situation der NPD im Jahr 2002 in erheblichem Ausmaß.²⁷ Die Enttarnungen von V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden in der Partei schufen zumindest teilweise ein Klima der Verunsicherung und gegenseitiger Denunziationen. Deshalb richtete der auf dem Bundesparteitag am 16./17. März 2002 wiedergewählte Bundesvorsitzende Udo VOIGT einen eindringlichen Appell an die Delegierten, von Verdächtigungen und Spekulationen Abstand zu nehmen, da diese nur Streit und Zwietracht innerhalb der Partei auslösen und allein den Gegnern der NPD nützen würden. In seinem Bericht zur Lage der Partei zeichnete VOIGT freilich ein insgesamt optimistisches Bild. Besonders hob er dabei die Medienberichterstattung über die NPD hervor. Er betonte, dass sich aufgrund der „V-Mann-Affäre“ die Haltung der Presse gegenüber der Partei verändert habe. Über die NPD lese man zwischenzeitlich auch um Objektivität bemühte Artikel.

In der baden-württembergischen NPD hingegen spielte das Verbotsverfahren keine nennenswerte Rolle. Ein fast inaktiver Landesvorstand und Mitglieder, die an politischer Arbeit nur marginales Interesse zeigen, sowie eine marode Jugendorganisation - die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) - prägen das desolate Bild des Landesverbands. Nicht einmal ein Landesparteitag wurde durchgeführt. Bis auf wenige Veranstaltungen mit Außenwirkung tritt die Landes-NPD als unauffälliger politischer Zirkel auf.

□ **Aktivitäten**

2002 fanden in Baden-Württemberg nur wenige NPD-Veranstaltungen von Bedeutung statt. Auch daran lassen sich die zunehmende Resignation der Basis und deren mangelnde Bereitschaft, sich für ihre Partei zu engagieren, ablesen.

Ein alljährlich für die Partei maßgeblicher Termin ist der 1. Mai. Zum „Tag der Arbeit“ führte die NPD wieder mehrere regionale Veranstaltungen durch. An den Demonstrati-

²⁷ Das Bundesverfassungsgericht hat die Verfassungswidrigkeit der NPD nicht geprüft, sondern stellte das Verfahren aus formalen Gründen ein.

onen in Berlin-Hohenschönhausen, Dresden, Fürth, Göttingen, Ludwigshafen und **Mannheim** nahmen insgesamt rund 3.000 Personen teil.

Bereits im Mai 2001 war die Demonstration in **Mannheim** bei der zuständigen Versammlungsbehörde angemeldet worden. Rund 250 Demonstranten zogen vom Bahnhof **Mannheim-Hochstätt** auf der Landstraße in Richtung **Mannheim-Seckenheim** zum Kundgebungsort auf dem Rathausplatz. Sie führten Spruchbänder mit sich mit Aufschriften wie *„Arbeitsplätze statt Globalisierung - NPD“*, *„Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“* und skandierten ihre üblichen Parolen, u.a. *„Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“*, *„Hier marschiert der Nationale Widerstand“*, *„USA - internationale Völkermordzentrale“* und *„Widerstand statt Dönerstand“*.

Unter dem Motto *„Gegen Globalisierung und Meinungsdictatur in der BRD - Für ein freies Deutschland und Europa!“* wollte der baden-württembergische NPD-Landesverband am 14. September 2002 eine Demonstration in **Freiburg** durchführen. Das Verwaltungsgericht Freiburg hatte am 4. September 2002 das Versammlungsverbot der Stadt Freiburg als *„offensichtlich rechtswidrig“* bezeichnet. Rund 15.000 Gegendemonstranten machten jedoch den etwa 130 Rechtsextremisten die Durchführung ihres geplanten Demonstrationzugs unmöglich²⁸. Die Kundgebung beschränkte sich demzufolge auf eine kurze Rede des Landesvorsitzenden der NPD Siegfried HÄRLE. Bereits im Vorfeld der Demonstration war einem der angekündigten Redner, dem Neonazi Friedhelm BUSSE, ein Redeverbot erteilt worden. Zudem wurde am Veranstaltungstag gegen einen weiteren Referenten, einen Funktionär der rechtsextremistischen „Partei national orientierter Schweizer“ (PNOS), ein Einreiseverbot für die Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen.

Die in Ansätzen stecken gebliebene Demonstration der NPD wurde von ihrem Landespressesprecher in einem Internetbericht zur Bundestagswahl als letztendlich *„kontraproduktiv“* für die Wahlchancen der Partei bewertet, da wieder einmal der *„Bodensatz‘ der Rechten Szene die NPD als Spielwiese“* habe nutzen können. Das habe der Partei *„schweren Schaden zugefügt“*. Die Erklärung des Landespressesprechers endet mit

²⁸ Vgl. Kapitel D, S. 105f.

einer Absage an eine weitere Zusammenarbeit mit Skinheads:

*„Als Konsequenz wird der NPD-Landesverband nur noch ‚politisch Motivier-
te‘ in seinen Reihen dulden. Subkulturen dürfen ihre eigene Partei grün-
den.“²⁹*

Der Landesverband geht mit dieser Aussage auf Konfrontationskurs mit der Bundespartei, die bislang keine Berührungspunkte gegenüber der „Subkultur“ - gemeint ist die Skinheadszene - zeigt. An überregionalen Demonstrationen nimmt immer eine große Anzahl Skinheads teil. Die Abgrenzung des Landesverbands gegenüber diesem Personenkreis zeigt erneut, dass sich dieser von anderen Landesverbänden unterscheidet.

□ **Bundestagswahl 2002**

Als einzige rechtsextremistische Partei gelang es der NPD, genügend Unterstützerunterschriften zu sammeln, um flächendeckend in allen sechzehn Ländern zur Bundestagswahl am 22. September 2002 antreten zu können. Durch einen aktionsbetonten Wahlkampf versuchte die NPD, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Ein wichtiges Element im Konzept der NPD waren daher Demonstrationen. In den letzten vier Wochen vor der Wahl führte die Partei eine Reihe von Versammlungen durch, an denen in Baden-Württemberg aber nur wenige Personen teilnahmen.

Im Bundesgebiet baute die NPD ihr Ergebnis auf 102.914 (0,2%) Erststimmen und 214.872 (0,4%) Zweitstimmen aus. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte sie 45.043 (0,1%) bzw. 126.571 (0,3%) erreicht. Die Partei konnte gleichwohl ihr Konzept, das gegen sie anhängige Verbotsverfahren propagandistisch für ihre Wahlwerbung einzusetzen, nicht in größere Stimmengewinne umsetzen. Sie scheiterte vielmehr am selbst gesetzten Minimalziel, nämlich der 0,5%-Hürde, und konnte dadurch nicht an der staatlichen Parteienfinanzierung partizipieren. Auch gelang es der NPD nicht, die „Führer-

²⁹ Internetauswertung vom 22. Oktober 2002.

schaft im nationalen Lager“ zu übernehmen, denn „Die Republikaner“ erzielten mit bundesweit 0,6% ein besseres Ergebnis.

Nach dem amtlichen Endergebnis konnte die NPD im Land 3.483 (0,1%) der Erststimmen und damit ein Plus von 1.591 Stimmen im Vergleich zu 1998 (ebenfalls 0,1%) erreichen. Bei den Zweitstimmen konnte die Partei in Baden-Württemberg 16.376 (0,3%) verbuchen. Gegenüber 1998 gewann sie damit 7.440 Stimmen (plus 0,1 Prozentpunkte) hinzu.

In Baden-Württemberg stellte die NPD zwei Direktkandidaten. Im Wahlkreis 272 (**Karlsruhe-Stadt**) konnte der Kandidat mit 1.217 Stimmen (0,8%) das Ergebnis im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 1998 mehr als verdoppeln. Im Wahlkreis 293 (**Biberach**) stellte sich der baden-württembergische Landesvorsitzende Siegfried HÄRLE, **Riedlingen**, zur Wahl. Er konnte 2.266 Stimmen (1,2%) auf sich vereinigen und übertraf damit das Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl (0,4%) um 1.464 Stimmen. HÄRLE war es auch, der die Landesliste der NPD anführte.

In einer Internet-Stellungnahme des NPD-Landesverbands mit dem Titel *„NPD legt zu! Stimmenanteil fast verdoppelt“* wird das baden-württembergische Wahlergebnis vor dem Hintergrund angeblicher *„Verbotshetze und Ausgrenzung durch die Medien“* als ein *„respektables Ergebnis“* bezeichnet.³⁰ Doch auch diese optimistische Bewertung des Wahlergebnisses kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die NPD im Bund wie auch im Land Baden-Württemberg das Dasein einer Splitterpartei fristet, die bei Wahlen regelmäßig Ergebnisse im unteren Zehntelprozentbereich erzielt.

³⁰ Internetauswertung vom 22. Oktober 2002.

5.1.1 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Gründung:	1969		
Sitz:	Riesa/Sachsen		
Mitglieder:	ca. 80	Baden-Württemberg	(2001: ca. 80)
	ca. 450	Bund	(2001: ca. 500)

□ **Organisation**

Als integraler Bestandteil der NPD bilden die JN die einzige zahlenmäßig nennenswerte Jugendorganisation einer rechtsextremistischen Partei in Deutschland. Der Bundesvorsitzende Stefan ROCHOW, Hessen, ist gemäß der NPD-Satzung zugleich Mitglied des NPD-Bundesvorstands. Die JN sind eine hierarchisch strukturierte Organisation, die neben ihrem Bundesverband über Landesverbände und regionale Stützpunkte als kleinste Organisationseinheiten verfügt.

Die JN, bei denen 14- bis 35-jährige „Nationaldemokraten“ organisiert sind, stellen sich auf der Internetseite ihres Bundesvorstands *„als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin“* dar.³¹

□ **Aktuelle Situation**

Der bisherige JN-Bundesvorsitzende Sascha ROßMÜLLER, Bayern, kandidierte 2002 nicht noch einmal für dieses Amt. Als sein Nachfolger wurde auf dem JN-Bundeskongress in Kirchheim/Hessen am 16. November 2002 Stefan ROCHOW gewählt. Im Zuge der Neuwahl des JN-Bundesvorstands gestand ROßMÜLLER ein, dass sowohl der Umfang der Aktivitäten als auch die Mitgliederzahl bundesweit deutlich zurückgegangen seien.

³¹ Internetauswertung vom 14. Oktober 2002.

Obwohl der baden-württembergische JN-Landesverband nur über eine einstellige Anzahl von Stützpunkten verfügt, gehört er bundesweit zu den bedeutendsten. Allerdings gehen seine Aktivitäten aktuell deutlich zurück, da sich die JN-Mitglieder zunehmend schwerer für die politische Arbeit motivieren lassen. Dennoch wurden 2002 laut Internetseite des JN-Landesverbands Baden-Württemberg mehrere Seminare mit dem Parteiideologen und Vorsitzenden des NPD-Arbeitskreises „Volk und Staat“, Jürgen SCHWAB, Bayern, durchgeführt.

Außerdem veranstalteten die JN wieder ihre eigene Sommersonnwendfeier, die am 15. Juni 2002 stattfand. Die Tatsache, dass die JN wie auch schon im vorangegangenen Jahr unabhängig von ihrer Mutterpartei feierten, ist ein Indiz dafür, dass das Verhältnis zwischen NPD und JN nach wie vor sehr gespannt ist.

Mehrmals nutzten einige JN-Mitglieder in diesem Jahr die Gelegenheit, Vorträge zum Thema Rechtsextremismus zu besuchen, die z. B. von Volkshochschulen veranstaltet wurden. Dort waren sie im Verhältnis zu den übrigen Zuhörern mehrfach sogar in der Überzahl und bemühten sich, die Referenten zu verunsichern. Spöttisch kommentierten die baden-württembergischen JN im Internet die verschiedenen Formen von Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten:

„(...) alle Ausstiegsprogramme zielen folglich nur auf Mitläufer oder nur wenig gefestigtem Gedankengut, sowie Szenetrottel und Sozialversager. Somit dienen also diese Programme auch unserem Ruf.“³²

(Übernahme wie im Original)

Unter dem Schlagwort „*Einstieg leicht gemacht*“ findet sich auf derselben Internetseite ein Link, der den Besucher automatisch auf die Homepage des JN-Bundesvorstands weiterleitet.

Eine ursprünglich für **Kornwestheim** angemeldete JN-Demonstration unter dem Motto „*Meinungsfreiheit statt Unterdrückung*“, die sich gegen einen dort lebenden Staatsan-

³² Internetauswertung vom 5. Februar 2002.

walt richten sollte, der mit Ermittlungen gegen den rechtsextremistischen Liedermacher Frank RENNICKE, **Ehningen**, befasst war, fand nach dem Verbot durch die Stadtverwaltung schließlich am 2. März 2002 in **Ludwigsburg** statt³³. Angereist waren ca. 200 RENNICKE-Sympathisanten, zum Großteil aus Bayern und Rheinland-Pfalz, die sich rund 500 Gegendemonstranten, darunter auch zahlreichen Angehörigen der gewaltbereiten autonomen Szene, gegenübersehen.

5.2 „Die Republikaner“ (REP)

Gründung:	1983		
Sitz:	Berlin		
Mitglieder:	ca. 1.200	Baden-Württemberg	(2001: 1.600)
	ca. 9.000	Bund	(2001: 11.500)
Publikation:	„DER REPUBLIKANER“		

□ Organisation

Infolge anhaltender innerparteilicher Differenzen verlor der baden-württembergische Landesverband weiter an Bedeutung und reihte sich endgültig in die Riege der übrigen, von Lethargie geprägten Untergliederungen ein. Seine Dominanz ist endgültig Vergangenheit. Maßgeblichen Anteil an diesem Bedeutungsverlust hatte die Amtsenthebung des seinerzeitigen baden-württembergischen Landesvorsitzenden Christian KÄS, **Stuttgart**, im Februar 2002. Seitdem steht der geschäftsführende stellvertretende Landesvorsitzende Karl-August SCHAAL, **Tübingen**, an der Spitze des Landesverbands. Somit ist der innerparteiliche Machtkampf zwischen KÄS und dem Bundesvorsitzenden Dr. Rolf SCHLIERER, **Stuttgart**, zu dessen Gunsten entschieden. Der Parteiaustritt von KÄS Ende Mai 2002 war schließlich die Initialzündung für andere Mitglieder - auch außerhalb Baden-Württembergs -, die Partei zu verlassen, was die seit Jahren feststellbare rückläufige Mitgliederentwicklung im Bundes- wie im Landesverband weiter forcierte. Personelle Kontinuität zeichnet dagegen die Parteispitze aus: Der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER wurde 2002 erneut in seinem Amt bestätigt.

³³ Vgl. Kap. 3, S. 29.

Der organisatorische Aufbau der Partei blieb gegenüber den Vorjahren unverändert. Das strukturelle Gerüst der REP bilden neben den Landes- und Kreisverbänden offiziell die „**Republikanische Jugend**“ (RJ), der „**Republikanische Hochschulverband**“ (RHV), der „**Republikanische Bund der Frauen**“ (RBF) und der „**Republikanische Bund der Öffentlich Bediensteten**“ (RepBB), von denen allerdings kaum nennenswerte Aktivitäten ausgingen.

□ **Beobachtung**

Die REP werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz und von allen Verfassungsschutzbehörden der Länder beobachtet.

Nachdem die REP ihre Berufung vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 26. Mai 2000 (Az.: 18 K 5658/98) am 30. Oktober 2002 zurückgezogen hatten, wurde das Urteil rechtskräftig. Danach ist die Beobachtung der REP unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg nicht zu beanstanden. Damit endete eine seit 1993 andauernde Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit der nachrichtendienstlichen Beobachtung des REP-Landesverbands Baden-Württemberg durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Mit dieser Entscheidung setzte sich eine verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung fort, die mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz vom 10. September 1999 (Az.: 2 A 11774/98) begann und vom Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 7. Dezember 1999 (Az.: 1 C 30.97) im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt wurde. In Kontinuität damit stehen auch die Entscheidungen des OVG Niedersachsen vom 19. Oktober 2000 (Az.: 11 L 87/00) und des nordrhein-westfälischen OVG vom 21. Dezember 2000 (Az.: 5 A 2256/94).

□ **Bundestagswahl 2002**

Bis auf Brandenburg und Sachsen-Anhalt gelang es allen Landesverbänden der REP, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zur Teilnahme an der Bundestagswahl

vorzulegen. Somit konnte sich die Partei mit der Wahlaussage, den Protest der Bürger gegen die „Korruptionsparteien“ zu bündeln, als „Alternative zum Einerlei aus Altparteien und Altkommunisten im Bundestag“³⁴ dem Wählervotum stellen. Den Themenschwerpunkt ihres Wahlkampfes bildete einmal mehr die Zuwanderung. Dabei plakatierten die REP mit Slogans wie „Bildung fördern, Zuwanderung stoppen“, „Rückführung statt Zuwanderung“ und „Das Boot ist voll“. Die Forderung „Der Teuro muss weg“ knüpfte an die von der Partei seit Jahren bekannte „Anti Euro-Kampagne“ an. Außerdem richteten die REP eigens zur Bundestagswahl eine Homepage ein.

Die Bundestagswahl endete für die Partei mit einer weiteren herben Niederlage. Bundesweit kam sie auf einen Zweitstimmenanteil von 0,6% (1998: 1,8%), in Baden-Württemberg erreichte sie 1,1% (1998: 4,0%).

Mit dem Ergebnis von 0,6% gelang es der Partei immerhin, in den Genuss der staatlichen Teilfinanzierung zu kommen, die einen Zweitstimmenanteil von 0,5% voraussetzt.

Entwicklung der Wahlergebnisse der REP in Baden-Württemberg seit 1992

Landtagswahl 1992	Bundestagswahl 1994	Europawahl 1994	Landtagswahl 1996	Bundestagswahl 1998	Europawahl 1999	Landtagswahl 2001	Bundestagswahl 2002
10,9%	3,1%	5,9%	9,1%	4,0%	3,3%	4,4%	1,1%

□ Politischer Kurs

Zwar versucht der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER, die REP weiterhin als gemäßigte, rechtskonservative Partei darzustellen, allerdings zeigte sich auch 2002, dass die daraus resultierende Zurückhaltung lediglich taktisch motiviert ist. Es sind weiterhin hinreichende Anhaltspunkte für Bestrebungen der Partei gegeben, die gegen die parlamentarische Demokratie, die Prinzipien der Volkssouveränität sowie des Mehrparteiensystems gerichtet sind:

³⁴ „DER REPUBLIKANER“ Nr. 7-8/2002 (Wahlkampf Ausgabe), S. 1.

„Wir werden diese Themen weder Herrn Schily, der momentan Stoiber rechts zu überholen versucht, noch den Berliner Korruptions-Parteien überlassen. (...) Heute sitzen die 68er-Revolutioner in den Berliner Korruptionsparteien an den Schalthebeln der Macht.“

(REP-Bundesvorsitzender Dr. Rolf SCHLIERER, Schreiben an „Parteifreunde“ vom 30. Juni 2002)

„Union und Sozis haben abgewirtschaftet und versinken im eigenen Korruptionssumpf. Diese Korruptionsparteien haben eine Abfuhr vom Wähler verdient.“

(„DER REPUBLIKANER“ Nr. 5-6/2002, Artikel „Korruptionsparteien“, S. 2)

„Die Bluttat von Erfurt ist ein Menetekel an der Wand einer zunehmend bindungslosen und wertefreien Gesellschaft, die an ihrem Liberalextrismus zugrunde zu gehen droht. Derartige Gewalttaten kommen nicht aus heiterem Himmel, sondern sind das Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfehlten Politik.“

(„DER REPUBLIKANER“ 5-6/2002, Artikel „Was kommt nach Erfurt?“, S. 2)

Mit solchen, die Grenzen der politischen Auseinandersetzung überschreitenden Diffamierungen und Verunglimpfungen soll das Vertrauen der Bürger in das Parteiensystem Deutschlands erschüttert werden, indem es als korrupt, unehrlich und unfähig, ja als Gefahr für die Bevölkerung dargestellt wird.

Die zum Teil gegen die im Grundgesetz garantierten Werte - Gleichheit und Menschenwürde - verstoßende Behandlung der Ausländerfragen zeigt sich beispielhaft an folgenden Äußerungen:

„Sind wir bei den Menschenrechten zu weit gegangen? (...)“

Menschenrechte machen uns zum Sozialamt der ganzen Welt.“

(Internetseite des REP-Landesverbands Bremen vom 28. März 2002)

„Es geht um die Frage, ob Deutschland ein Multi-Konflikt-Land mit weiterem Import von Arbeitslosigkeit und Kriminalität werden soll oder ob es unsere Heimat bleiben kann.“

(„DER REPUBLIKANER“ 5-6/2002, Artikel „Der Vorsitzende hat das Wort“ von Dr. Rolf SCHLIERER, S. Intern I)

„Alle Dämme brechen! Enormer Zustrom von Asylbewerbern!“³⁵

(„Hessen-Info“, Mitteilungsblatt des Landesverbands Hessen Nr. 1/2002, S. 2)

Daneben wird versucht, die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands zurelativieren und zu verharmlosen:

„(...) da begann wohl aus schlechtem Gewissen die Nachkriegspropaganda der Siegermächte. Es begann die Re-education, die Umerziehung der Deutschen (...)

Diese Geschichtsverfälschung wurde 1945 begonnen, ständig erneuert und bis heute fortgesetzt, die meisten Deutschen glauben daran.“

(Internetseite des REP-Ortsverbands **Keltern/Enzkreis** vom 5. August 2002)

□ **Aktivitäten**

Die wenigen Aktivitäten der REP verringerten sich nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 weiter. Nachdem noch Anfang 2002 die gewohnte Aschermittwoch-Veranstaltung im bayerischen Geisenhausen stattgefunden hatte, fiel dagegen der ansonsten regelmäßig am 3. Oktober ausgerichtete „Republikanertag“ ersatzlos aus.

Auch die Verabschiedung des überarbeiteten Parteiprogramms auf dem Parteitag vom 10. bis 12. Mai 2002 in Künzell/Hessen und der Wahlparteitag vom 2. bis 3. November

³⁵ Die Metapher des Dammbrochs im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Ausländern ist wie die von den REP in der Vergangenheit auch gebrauchte Formulierung „Überflutung“ ein beliebtes Stilmittel. In einer mit der Würde des Menschen unvereinbaren Weise werden Fremde mit zerstörerischen Naturgewalten gleichgesetzt.

2002 im bayerischen Deggendorf konnten nicht über die Lethargie der Partei hinweg äuschen. Auf dem Wahlparteitag wurde Dr. SCHLIERER trotz der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl in seinem Amt bestätigt.

□ **Kontakte zu anderen Rechtsextremisten**

Eines der Indizien für das Vorliegen von Anhaltspunkten verfassungsfeindlicher Bestrebungen bei den REP ist deren ungeklärtes Verhältnis zu anderen Rechtsextremisten. Wenngleich der Bundesvorsitzende sich und die Partei auch 2002 offiziell gegen andere Rechtsextremisten abzugrenzen versuchte, war es gerade er, der zum wiederholten Mal den Beschluss des „Ruhstorfer Parteitags“ vom Juli 1990, wonach es keine Kontakte zu anderen Rechtsextremisten geben soll, ignorierte. So wurde ein neuerliches Treffen zwischen ihm und dem Parteivorsitzenden der DVU, Dr. Gerhard FREY, vom 25. Juni 2002 öffentlich bekannt.

Dieses sukzessive Abweichen der Parteispitze vom Abgrenzungskurs animierte auch Mitglieder unterer Parteiebenen, die Scheu vor einem Verstoß gegen den Abgrenzungsbeschluss aufzugeben. So wurden vor diesem Hintergrund Forderungen nach Kontakten zu anderen Rechtsextremisten erhoben. Ein Mitglied des Kreisverbands **Pforzheim** der REP äußerte im Internet:

„Warum lässt man deutsche Patrioten, die eigentlich alle Idealisten sind und nur das Wohl unseres gebeutelten und schamlos ausgenutzten Vaterlands wollen, nicht ungestört den Vortrag von Horst MAHLER³⁶ anhören (...)“

(Internetseite des REP-Ortsverbands **Keltern/Enzkreis**)

Auf der Internetseite der RJ **Böblingen** (Auszug vom 25. April 2002) wird unter dem Titel „*Nein zum ‚Zuwanderungsgesetz‘*“ ein Beitrag veröffentlicht, der nach der dortigen

³⁶ MAHLER war bis März 2003 Mitglied der NPD und vertrat diese im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Quellenangabe aus den „Unabhängigen Nachrichten“³⁷ Nr. 03/2002 übernommen wurde. Im Oktober 2002 fand sich auf dieser Internetseite neben einem Link zu den „Unabhängigen Nachrichten“ auch ein Verweis zu der rechtsextremistischen Publikation „Signal“.

Während die Abgrenzung zu anderen Rechtsextremisten im Inland zum Schein offiziell aufrechterhalten wird, besteht gegenüber Kontakten zu Rechtsextremisten im Ausland auch öffentlich keinerlei Zurückhaltung. Anlässlich des Parteitags des Landesverbands Sachsen vom 27. April 2002 begrüßten die REP den flämischen Senator und führenden „Vlaams Blok“-Funktionär Wim VERREYCKEN als Gastredner.

In der Pressemitteilung des REP-Bundesverbands Nr. 24/2002 vom 3. Mai 2002 äußert sich der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER überaus positiv über das Abschneiden des Rechtsextremisten Jean-Marie LE PEN bei den französischen Präsidentschaftswahlen. LE PEN musste sich wiederholt wegen antisemitischer und volksverhetzender Äußerungen gerichtlich verantworten. So bezeichnete er im Dezember 1997 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem früheren REP-Vorsitzenden Franz SCHÖNHUBER die Gaskammern zur Zeit des Nationalsozialismus *„als Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“*. Für diese Äußerung wurde er sowohl in Frankreich als auch in Deutschland rechtskräftig verurteilt.

5.3 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Gründung:	1971 als eingetragener Verein		
	1987 als politische Partei		
Sitz:	München		
Mitglieder:	ca. 1.200	Baden-Württemberg	(2001: ca. 1.400)
	ca. 13.000	Bund	(2001: ca. 15.000)
Sprachrohr:	„National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ)		

³⁷ Die „Unabhängigen Nachrichten“ sind eine rechtsextremistische Monatszeitschrift, in der gegen die „Umerziehung“ nach 1945 polemisiert, antisemitisch und ausländerfeindlich agitiert, die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geleugnet, sowie NS-Verbrechen relativiert werden. Daneben werden der demokratische Rechtsstaat und seine Repräsentanten diffamiert. Die Publikation wird vom „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V.“ (UFK) herausgegeben. Zum UFK haben Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Lager, vereinzelt auch Neonazis, Kontakt.

□ **Organisation**

Die DVU ist immer noch die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland, auch wenn ihre Mitgliederzahl tendenziell rückläufig ist. Der Verleger Dr. Gerhard FREY, Gründer und seither Vorsitzender der Partei wie auch schon des Vereins, nutzt seine Finanzkraft, um seinen diktatorischen Führungsstil durchzusetzen. Dadurch wird eine lebendige, eigenständige Parteiarbeit von verschiedenen Parteifunktionären auf verschiedenen Ebenen im Bund wie in den Ländern schon im Keim erstickt.

Der DVU-Landesverband Baden-Württemberg ist in neun - weitgehend inaktive - Kreisverbände gegliedert. Landesvorsitzender war bis Januar 2003 Oskar PFEIFFER, **Stuttgart**.³⁸

□ **Politischer Kurs**

Das inoffizielle, bundesweite Sprachrohr der DVU, die „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ), erscheint wöchentlich und ist das auflagenstärkste rechtsextremistische Presseorgan in Deutschland. Mit ihren thematischen Schwerpunkten spiegelt die NZ die politisch-ideologische Ausrichtung der DVU wider:

- Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit, die sich beispielsweise in pauschalisierenden, verzerrenden Berichten zu den Themen Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität ausdrückt,
- Antisemitismus, der sich z. B. in einseitig anti-israelischen Bewertungen des Nahostkonfliktes niederschlägt,
- Antiamerikanismus,
- Geschichts- und Gebietsrevisionismus,
- Rechtfertigung und Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft,
- Diffamierung von Institutionen und Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaats.

³⁸ Auf dem Landesparteitag am 11. Januar 2003 wurde Winfried MAYER, **Stuttgart**, zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Das im Unterschied dazu bewusst allgemein gehaltene Parteiprogramm der DVU versucht, diese rechtsextremistische Grundhaltung zu verschleiern. Die reißerischen Schlagzeilen der NZ sprechen aber eine andere, entlarvende Sprache:

„Asyl-Betrug: Die miesen Tricks - Wie das Recht gebrochen wird“
(NZ Nr. 8 vom 15. Februar 2002, S. 1)

„Israels Vernichtungskrieg - Werden die Palästinenser ausgerottet?“
(NZ Nr. 17 vom 19. April 2002, S. 1)

„Müssen wir Atomkrieg mitmachen? Die mörderischen US- Pläne“
(NZ Nr. 13 vom 22. März 2002, S. 1)

„Auschwitz: Die Wahrheit - Neue Quellen, neue Erkenntnisse“
(NZ Nr. 30 vom 19. Juli 2002, S. 1)

„Luxuspensionen für Polit-Bonzen im Ruhestand - Auch Ex-Bundestagsabgeordnete zocken kräftig ab“
(NZ Nr. 31 vom 26. Juli 2002, S. 1)

□ **Aktivitäten**

Vom Landesverband Baden-Württemberg gingen 2002 keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus. Selbst die bis Mitte 2002 eingestellte Internetpräsentation ist nicht mehr abrufbar.

Auf Bundesebene führte die DVU 2002 nur eine zentrale Veranstaltung durch, nämlich ihren Bundesparteitag am 12. Januar in München, auf dem Dr. FREY in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt wurde. Mit ca. 250 Teilnehmern konnte die Teilnehmerzahl der vergangenen Bundesparteitage nicht erreicht werden (2000: ca. 500).

Die bisher jährlich durchgeführte zentrale Großveranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle wurde für das Jahr 2002 abgesagt. Denn trotz hohen Werbeaufwands war die

Teilnehmerzahl in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. Im Jahr 2001 waren nur noch ca. 1.200 Personen, gegenüber etwa 3.000 Teilnehmern im Jahr 1998, dem Aufruf der Partei gefolgt. Auch daran lässt sich der zunehmende Bedeutungsverlust der DVU festmachen.

□ **Wahlen**

Schon auf dem Bundesparteitag am 12. Januar 2002 verkündete Dr. FREY den Verzicht der DVU auf die Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September. Ausschlaggebend dürften die mangelnden Wahlchancen und die mangelnde personelle Ausstattung der Partei gewesen sein. 1998 hatte sie bei hohem Kostenaufwand nur 1,2% der Wählerstimmen erreicht.

Die DVU ist aktuell nur noch im Landesparlament von Brandenburg und in der Bremer Bürgerschaft vertreten. Seit der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl am 21. April 2002 gehören die DVU und die von ihr abgespaltene „**Freiheitliche Deutsche Volkspartei**“ (**FDVP**) dem dortigen Parlament nicht mehr an. Die DVU trat hier gar nicht erst zur Wahl an. 1998 hatte sie noch 12,9% der Stimmen auf sich vereinigen können.

6. Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten

6.1 Das Scheitern rechtsextremistischer Sammlungsbemühungen

Deutsche Rechtsextremisten beklagen immer wieder die eigene Zersplitterung in Parteien und Vereine sowie lose strukturierte Subkulturen, Zirkel, Gesprächskreise und „Kameradschaften“. Verschiedentlich wird von rechtsextremistischer Seite versucht, dieser Zersplitterung Einhalt zu gebieten. Organisationen wie der 1989 aus der NPD hervorgegangene „**Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘, Pforzheim e. V.**“ (**FHD**) und die seit ihrer Gründung im Jahr 1991 von **Villingen-Schwenningen** aus agierende „**Deutsche Liga für Volk und Heimat**“ (**DLVH**), die bis Oktober 1996 Parteistatus hatte, wurden sogar ausdrücklich mit dem Ziel ins Leben gerufen, zu einer Sammlung der zersplitterten rechtsextremistischen Kräfte beizutragen. Auch der 1994

in **Stuttgart-Bad Cannstatt** gegründete „**Cannstatter Kreis e.V.**“ (**CK**), der sich ab 1997 zunehmend auch Rechtsextremisten öffnete, versuchte, die Zusammenarbeit im „rechten Lager“ zu fördern.

Wie wenig Erfolg derartigen Sammlungsbestrebungen bis heute beschieden ist, lässt sich anhand dieser drei Organisationen beispielhaft zeigen: Der CK hatte zuletzt lediglich ca. 50 Mitglieder und wirkte kaum über den Großraum **Stuttgart** hinaus. Zudem musste er nach eigenen Angaben im Sommer 2002 Insolvenz anmelden, kündigte jedoch im November 2002 in einem Schreiben an die Presse die Gründung eines neuen Vereins an. Der FHD erreicht ungefähr dieselbe Mitgliederzahl und hat zu Beginn des Jahres 2002 seine zuletzt halbjährlich erscheinende Publikation „Freies Wort Pforzheim“ eingestellt. Die DLVH hatte schon 1996 auf ihren Parteistatus verzichtet, da sie ihn für ihr Scheitern als rechtsextremistische Sammlungsbewegung verantwortlich machte. Allerdings führte auch die Aufgabe des Status als „konkurrierende“ Partei nicht zu einer größeren Akzeptanz der DLVH als Wegbereiterin einer „vereinigten Rechten“. Heute zählt sie nur noch ca. 150 Mitglieder, wovon etwa 30 auf Baden-Württemberg entfallen. Ihr Wirkungskreis ist im Wesentlichen auf dieses Bundesland begrenzt, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass einer ihrer drei Bundessprecher, Jürgen SCHÜTZINGER, in **Villingen-Schwenningen** ansässig und dort Mitglied des Gemeinderats der Stadt und des Kreistags des **Schwarzwald-Baar-Kreises** ist. SCHÜTZINGER errang bei der Oberbürgermeisterwahl in **Villingen-Schwenningen** am 20. Oktober 2002 immerhin 8,9% der Stimmen. Im zweiten Wahldurchgang am 10. November 2002 fiel er allerdings auf 4,8% zurück.

Diese und andere Fakten machen deutlich, dass es in Deutschland eine erfolgreiche rechtsextremistische Sammlungsbewegung oder Sammlungspartei nicht gibt. Ebenso wenig zeichnet sich die Entstehung einer Organisation, die diese Funktion ausfüllen könnte, ab.

Die Gründe für diesen Befund sind auf bestimmte Charakteristika des rechtsextremistischen Lagers zurückzuführen. Denn zum einen wirken sich Intoleranz und Fanatismus, wie sie für alle rechtsextremistischen Strömungen im Umgang mit Andersdenkenden typisch sind, auch auf das eigene Lager selbst aus: Viele Rechtsextremisten erweisen

sich als kompromisslos und unnachgiebig selbst gegenüber Kontrahenten aus dem eigenen Lager, so dass tiefgreifende Zerwürfnisse und Spaltungen schnell entstehen können. Intoleranz und Fanatismus nach innen sowie Geltungssucht sind auch die Gründe für die im Rechtsextremismus verbreitete Unfähigkeit zur Unterordnung. Für Rechtsextremisten ist diese Diagnose besonders prekär, da gerade sie in der Regel hierarchische Organisations- und Gesellschaftsmodelle propagieren und anstreben. Hinzu kommt, dass ein wichtiger Bereich des Rechtsextremismus sich aufgrund seines Selbstverständnisses und Charakters als konsequent organisationsresistent erweist: die rechtsextremistische Skinheadszene. Noch keiner übergeordneten rechtsextremistischen Organisation ist es gelungen, Skinheads wirklich langfristig in ihre Strukturen zu integrieren und für disziplinierte Mitarbeit zu gewinnen.

6.2 „Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.“ (GFP)

Der von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen 1960 gegründeten „Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.“ (GFP) gehören primär rechtsextremistische Verleger, Redakteure, Publizisten und Buchhändler an. Sie ist mit bundesweit rund 480 Mitgliedern (2001: 500), wovon ca. 40 in Baden-Württemberg ansässig sind, die mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung in Deutschland. Sie hat sich nach eigenen Angaben *„die Aufgabe gestellt, sich für die Freiheit und Wahrheit des Wortes einzusetzen“*³⁹, wobei die GFP sowohl unterschwellig als auch deutlich ausgesprochen immer wieder unterstellt, dass Freiheit und Wahrheit - beispielsweise auf dem Gebiet der Zeitgeschichtsforschung - in Deutschland unterdrückt würden. Dr. Rolf KOSIEK aus **Nürtingen**, Mitarbeiter im rechtsextremistischen „GRABERT-Verlag“ in **Tübingen** und ehemaliger NPD-„Chefideologe“, ist seit 1992 Vorsitzender des Vereins. Vierteljährlich veröffentlicht die GFP ein 16-seitiges Mitteilungsblatt mit dem Titel „Das Freie Forum“.

Ihren jährlich stattfindenden „Deutschen Kongress“ führte die GFP 2002 vom 12. bis 14. April in Bayreuth/Bayern unter dem Motto *„Wege aus der Krise - Für ein lebensrichtiges Menschenbild“* durch. Mit ca. 200 Teilnehmern war die Veranstaltung etwas schlechter besucht als im Vorjahr (ca. 230).

³⁹ Vorstand für Freie Publizistik (GFP) e. V. (Hrsg.): *„Wege aus der Krise - Für ein lebensrichtiges Menschenbild. Veröffentlichungen der Gesellschaft für Freie Publizistik XVIII. Kongress-Protokoll“*, 2002, S. 173.

Zwei Beispiele illustrieren die maßlose Agitation gegen Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaats, die auf diesem Kongress betrieben wurde: So unterhielt Harald NEUBAUER⁴⁰ seine Zuhörer zum Ende seiner Ausführungen zum Thema „*Deutsche Politik im Jahr 2002: Von der Ideologie zur Idiotie*“ mit zwei Wortumbildungen des Begriffs „Regierung“: „*Irre genug*“ und „*genug Irre*“.⁴¹ KOSIEK bezeichnete in der Einleitung des Kongress-Protokolls bundesdeutsche Minister als „*Schulabbrecher, Terroristen, Anarchisten oder bekennende Kommunisten*“ bzw. als „*Witzblattfiguren*“.⁴²

6.3 Organisationsunabhängige rechtsextremistische Verlage in Baden-Württemberg: „GRABERT-Verlag“/„Hohenrain-Verlag“

1953 gründete Dr. Herbert GRABERT in **Tübingen** den „Verlag der deutschen Hochschullehrerzeitung“, den er 1974 in „GRABERT-Verlag“ umbenannte. 1972 übernahm GRABERTs Sohn Wigbert GRABERT die Leitung des Verlags, nach dem Tod des Vaters 1978 auch die alleinige Geschäftsführung. Im Laufe der Jahre entwickelte sich der „GRABERT-Verlag“ zu einem der größten organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlage in Deutschland. Mit der Zeit gesellten sich zum GRABERT-Verlag eine Reihe von Tochterunternehmen: die 1978 gegründete „GIE German International Editions GmbH“, der 1985 aus der Taufe gehobene „Hohenrain-Verlag“ sowie die 1998 gegründete Versandfirma „Media-Service“, die Wigbert GRABERTs Sohn leitet. Außerdem gehören zum „GRABERT-Verlag“ die „GRABERT-Versandbuchhandlung“, die neben Produkten aus dem „GRABERT-“ und dem „Hohenrain-Verlag“ auch Bücher anderer rechtsextremistischer Verlage vertreibt, sowie der „Deutsche Buchkreis“, dessen Mitgliedern die Möglichkeit geboten wird, die Publikationen der beiden Verlage unter bestimmten Bedingungen ermäßigt zu beziehen.

„GRABERT-“ und „Hohenrain-Verlag“ decken mit ihren Verlagsprogrammen alle Themenfelder ab, die für den Rechtsextremismus von politisch-ideologischer Bedeutung sind: Geschichts- und Gebietsrevisionismus; Geschichte allgemein, vor allem die ver-

⁴⁰ Der frühere - allerdings bereits 1990 aus der Partei ausgeschiedene - REP-Generalsekretär ist Herausgeber des rechtsextremistischen Theorieorgans „NATION & EUROPA“.

⁴¹ Vorstand für Freie Publizistik (GFP) e. V. (Hrsg.): „Wege aus der Krise - Für ein lebensrichtiges Menschenbild. Veröffentlichungen der Gesellschaft für Freie Publizistik XVIII. Kongress-Protokoll“, 2002, S. 150.

⁴² Ebd., S. 9.

herrlichende Interpretation der germanischen und deutschen Geschichte von den Anfängen bis heute; Antimultikulturalismus; Antimodernismus; Antiamerikanismus; Antiliberalismus. Viel Raum nimmt auch die Agitation gegen die Globalisierung, den europäischen Einigungsprozess, gegen die Einführung des Euros, gegen Political Correctness sowie gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland und dessen Repräsentanten ein. Die beiden Verlage unterscheiden sich im Wesentlichen nur dadurch, dass der „Hohenrain-Verlag“ sich mit seinen Veröffentlichungen um ein etwas intellektuelleres Niveau bemüht, womit auch nichtextremistische Leserschichten angesprochen werden sollen.

Vierteljährlich publiziert der „GRABERT-Verlag“ zudem die pseudo-wissenschaftlich aufgemachte Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“ mit Beiträgen zu tagespolitischen und geschichtsrevisionistischen Themen. Das Informationsblatt „Euro-Kurier - Aktuelle Buch- und Verlags-Nachrichten“, das alle zwei Monate erscheint, beschäftigt sich mit derselben Themenpalette, aber auch mit der Situation des Verlags und weist auf Neuerscheinungen hin.

Bereits mehrfach wurden Bücher aus dem Programm des „GRABERT-Verlags“ wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfens Verstorbener eingezogen und/oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) indiziert. Bei einer von der Staatsanwaltschaft Tübingen aufgrund eines richterlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses veranlassten Durchsuchung des Verlagslagers am 12. September 2002 wurden die Restexemplare der 1992 im „GRABERT-Verlag“ veröffentlichten Druckschrift „Sachsenhausen - Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets“ beschlagnahmt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde im Dezember 2002 Anklage gegen Wigbert GRABERT wegen des Verdachts der Volksverhetzung erhoben, da in dieser Druckschrift die nationalsozialistische Judenvernichtung verharmlost und die Inhaftierung von Juden gerechtfertigt werde. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

7. Internationale Verflechtungen des Rechtsextremismus

7.1 Allgemeines

Deutsche Rechtsextremisten sowohl aus dem Parteienbereich wie auch aus dem Neo-nazi- und Skinheadspektrum pflegen intensive Beziehungen zu Gesinnungsgenossen im Ausland. Gerade für baden-württembergische Rechtsextremisten gestalten sich Kontakte in die benachbarte Schweiz sowie nach Österreich nicht nur wegen der räumlichen Nähe einfach, sondern auch deshalb, weil solchen Verbindungen kaum historische Erblasten wie Krieg, Besatzung oder Vertreibung im Wege stehen. Zudem betrachten großdeutsch orientierte Rechtsextremisten Österreicher und zuweilen auch deutschsprachige Schweizer nicht als Ausländer, sondern als ethnische „Deutsche“, und sehen Kontakte zu diesen daher als Schulterschluss mit so genannten „Volksgenossen“ an. Aber auch nach Frankreich, das viele deutsche Rechtsextremisten nach wie vor unversöhnlich als „Erbfeind“ betrachten, bestehen Verbindungen. Baden-württembergische Skinheads knüpfen Kontakte bis nach Italien, Großbritannien, in die USA oder nach Kanada.

Die „internationalen Kameradschaftstreffen“ haben jedoch nicht mehr die Bedeutung, die sie noch in den 90er Jahren hatten, wo Hunderte von deutschen Rechtsextremisten z.B. an dem Treffen im Rahmen der „Ijzerbedevaart“⁴³ oder an der Gedenkveranstaltung der spanischen Falangisten zum Todestag (20.11.) von General Francisco Franco (1892-1975) und des Gründers der „Falange Espanola“⁴⁴, José Antonio Primo de Rivera (1903-1936), teilnahmen.

Von den ausländischen rechtsextremistischen Organisationen, die propagandistisch nach Deutschland hineinwirken, ist insbesondere die „**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Aufbau- und Auslandsorganisation**“ (NSDAP/AO) zu nennen, die heute überwiegend nur noch über das Internet aktiv ist. Leiter und Hauptaktivist der NSDAP/AO ist der amerikanische Neonazi Gary Rex LAUCK. Über seine Homepage,

⁴³ Bei der „Ijzerbedevaart“ handelt es sich um ein flämisches Nationalistentreffen, das jährlich Ende August in Diksmuide/Belgien stattfindet und auch zahlreiche nichtflämische Rechtsextremisten anzieht.

⁴⁴ 1933 gegründete Vorläuferorganisation der spanischen Staatspartei unter General Franco.

die inzwischen in 20 Sprachen abrufbar ist, kann jeder Interessierte neonazistisches Propagandamaterial, antisemitische Schriften und NS-Devotionalien herunterladen bzw. bestellen. Neben diversen „NS-Zeitschriften“ - darunter der „NS-Kampfruf“ in zwölf Sprachen - bietet LAUCK verbotene Computerspiele wie „KZ-Rattenjagd“, „Der SA-Mann“, „Nazi-Doom“ oder „Die Säuberung 2“ und NS-Propagandafilme wie „Der ewige Jude“, „Jud Süß“ oder „Triumph des Willens“ sowie Musik-CDs mit strafbarem Inhalt an. Zunehmend an Bedeutung gewinnt LAUCKs Firma als Provider auch und gerade für rechtsextremistische Internetanbieter aus Deutschland. Denn immer mehr deutsche Rechtsextremisten betreiben wegen der Rechtslage in Deutschland, wo z. B. die Leugnung des Holocausts oder Volksverhetzung strafbar ist, ihre Homepage über ausländische Provider, die überwiegend ihren Sitz in den USA haben, wo nach der dortigen Verfassung fast jede Form von Meinungsäußerung erlaubt ist.

7.2 Revisionismus

Im Bereich des rechtsextremistischen Revisionismus ist eine weltweite Vernetzung längst erreicht. Denn gerade die internationale Revisionistenszene ist dadurch gekennzeichnet, dass ihre wichtigsten Protagonisten zum erheblichen Teil keine Deutschen sind, sondern Briten, US-Amerikaner, Franzosen oder Schweizer. Selbst bekannte deutsche Revisionisten wie Germar RUDOLF und Ernst ZÜNDEL agieren nicht von Deutschland, sondern vom Ausland aus.

Der Revisionismus unterteilt sich inhaltlich in zwei Erscheinungsformen: den Geschichtsrevisionismus und den Gebietsrevisionismus. Mit Hilfe des **Geschichtsrevisionismus** versuchen insbesondere Neonazis, ihre historischen Vorbilder dadurch von moralischer Schuld zu befreien, dass sie die NS-Verbrechen, speziell den Holocaust und die nationalsozialistische Schuld am Zweiten Weltkrieg verschweigen, rechtfertigen, verharmlosen, durch Aufrechnung mit vermeintlichen und tatsächlichen alliierten Verbrechen relativieren oder sogar leugnen. Gegenstand des **Gebietsrevisionismus** ist die Forderung nach Rückgabe von Gebieten, die Deutschland nach den beiden Weltkriegen an seine Nachbarn abtreten musste (z. B. Schlesien, Ostpreußen und Hinterpommern). Mit dieser Einstellung werden die vertraglichen Verpflichtungen missachtet, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg durch den Versailler Vertrag und in Be-

zug auf den Zweiten Weltkrieg spätestens durch die internationalen Verträge im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1990 eingegangen ist. Einige Gebietsrevisionisten streben sogar ein in dieser Form nie existent gewesenes „Großdeutschland“ an, dem dann auch Österreich samt Südtirol, große Teile Böhmens und Mährens, oder gar die deutschsprachige Schweiz angehören würden. Der heute in diesen Gebieten ansässigen nichtdeutschen Bevölkerung wird von den Gebietsrevisionisten das Heimatrecht abgesprochen und die Vertreibung angedroht.

Deutsche wie ausländische Revisionisten bedienen sich hauptsächlich des Mediums Internet, da sie sich hier sicher vor Strafverfolgung wähnen. Der Bundesgerichtshof traf allerdings mit Urteil vom 12. Dezember 2000 im Fall des australischen Revisionisten und Direktors des „Adelaide Institute“, Dr. Fredrick TÖBEN eine Grundsatzentscheidung.⁴⁵ Danach macht sich auch in Deutschland strafbar, wer Äußerungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung im Sinne des § 130 Abs. 1 oder des § 130 Abs. 3 StGB erfüllen („Auschwitz-Lüge“), auf einem ausländischen Server, der Internetnutzern in Deutschland zugänglich ist, in das Internet einstellt, wenn diese Äußerung konkret zur Friedensstörung im Inland geeignet ist.

Dass auch international mittlerweile gegen Revisionisten vorgegangen wird, zeigt eine Pressemeldung vom 12. September 2002. Demnach hat ein australisches Gericht Dr. TÖBEN untersagt, Texte, in denen der Holocaust geleugnet wird, über das Internet zu publizieren.

Germar RUDOLF ist der derzeit bekannteste deutsche Revisionist. Das Landgericht Stuttgart hatte ihn 1995 wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhass zu einer 14-monatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Anfang 1996 entzog sich RUDOLF durch Flucht der Strafverbüßung. Nach Aufhalten in Spanien, England und Mexiko lebt er heute in den USA.

⁴⁵ Az.: 1 StR 184/00.

RUDOLF ist nicht nur Autor mehrerer revisionistischer Schriften und Bücher, sondern auch Herausgeber der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG), Eigentümer des Verlags „Castle Hill Publishers“ und seit Juli 2002 des US-Verlags „Theses & Dissertations Press“ mit Sitz in Capshaw/Alabama. Daneben ist er allein verantwortlich für die Internetaktivitäten der seit 1985 bestehenden rechtsextremistischen Organisation „Vrij Historisch Onderzoek“ (VHO) und sieht es als seine Hauptaufgabe an, alle jemals erschienenen revisionistischen Schriften und Bücher über das Internet für jedermann zugänglich zu machen.

Ernst ZÜNDEL, ein aus Baden-Württemberg stammender Revisionist, verbreitete über viele Jahre von Toronto/Kanada aus weltweit revisionistische Bücher und Schriften. Nachdem er 2001 seinen Verlag „Samisdat Publishers“ verkaufen musste und zu seiner Ehefrau, Ingrid RIMLAND, die ebenfalls als prominente Revisionistin agiert, in die USA zog, hat auch ZÜNDEL den Schwerpunkt seiner Arbeit ins Internet verlagert.

Die revisionistische Zeitschrift „National Journal“, die Nachfolgepublikation des früheren „Deutschland-Reports“ bzw. der „Remer-Depesche“, soll laut Internetmitteilung ihrer Herausgeber in einer neuen Aufmachung erscheinen, die „*der stürmischen Entwicklung im Kampf um die Weltherrschaft Rechnung*“ trage. Die Redaktionsgemeinschaft, die sich hinter dem Namen „Die Freunde im Ausland“ (DFIA) versteckt, nennt die Publikation nun „Das neue National Journal“.⁴⁶

8. Intellektualisierungstendenzen im Rechtsextremismus

Abseits vom organisierten Rechtsextremismus versuchen seit Beginn der 80er Jahre rechtsextremistische Intellektuelle, die sich in kleinen Zirkeln zusammenfinden, bei gleichgesinnten Zeitungen und Verlagen mitarbeiten und vereinzelt auch Burschenschaften angehören, ihren Einfluss in der Gesellschaft und in der rechtsextremistischen Szene auszubauen. Sie agieren dabei zum Teil geschickt in einer Grauzone im Grenzbereich zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Langfristiges Ziel dieser

⁴⁶ Internetauswertung vom 29. November 2002.

Vertreter des so genannten „Intellektuellen Rechtsextremismus“ - teilweise wird er mit dem Begriff „Neue Rechte“⁴⁷ umschrieben - ist der politische Systemwechsel. Als Voraussetzung dafür streben sie die kulturelle Vorherrschaft an. Grundlegende Wertvorstellungen des demokratischen Rechtsstaats wie die Menschenrechte oder die Volkssouveränität werden dabei im rechtsextremistischen Sinne umgedeutet oder gänzlich abgelehnt und diffamiert.

Rechtsextremistische Intellektuelle sehen sich selbst als Vordenker und geistige Wegbereiter des Rechtsextremismus. Sie verwischen dabei bewusst die Grenzen zum nichtextremistischen nationalkonservativen Spektrum, indem sie in ihren Publikationen extremistische Positionen teilweise nur andeuten und um verbale Mäßigung bemüht sind. Rechtsextremistisches Gedankengut wird von ihnen absichtlich mit dem unverdächtigen Stempel des Konservatismus versehen. Veröffentlichungen von rechtsextremistischen und demokratisch-konservativen Autoren in denselben Verlagen und Zeitschriften tragen hierzu maßgeblich bei.

Ein Beispiel für eine solche Zeitschrift ist die Wochenzeitung „**Junge Freiheit**“ (**JF**), die als ein wichtiges publizistisches Bindeglied zwischen dem rechtskonservativen und dem rechtsextremistischen Spektrum angesehen werden kann. Auch 2002 gelang es der JF, namhafte demokratische Vertreter aus Medien, Politik und Wissenschaft für Interviews zu gewinnen. Daneben bietet die JF unverändert aber auch einzelnen rechtsextremistischen Autoren ein Forum.

Im ersten Halbjahr 2002 versuchte die JF in einer groß angelegten Anzeigenserie, die zum Teil auch in renommierten Zeitungen erschien, Leser, Sympathisanten und prominente Persönlichkeiten für eine Kampagne gegen die Beobachtung durch die Landesbehörde für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. In den Anzeigen wurden die Leser aufgefordert, einen „*Appell für die Pressefreiheit. Gegen die Verletzung demokratischer Grundrechte durch den NRW-Verfassungsschutz*“ zu unterzeichnen. In einem Gerichtsverfahren hatte das Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf am

⁴⁷ Ideologievariante des Rechtsextremismus, die sich auf die „Konservative Revolution“ - eine intellektuelle Strömung des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik (Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Edgar Julius Jung) - beruft.

14. Februar 1997⁴⁸ und das OVG Münster am 22. Mai 2001⁴⁹ festgestellt, dass sich zahlreichen in der JF veröffentlichten Beiträgen Anhaltspunkte für die Zielsetzung entnehmen lassen, tragende Strukturprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung - insbesondere die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte sowie Bestandteile des Demokratieprinzips - zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen. In ihrer Kampagne versuchte die JF unter Hinweis auf die eingereichte Verfassungsbeschwerde mit der Behauptung, ihr Grundrecht auf Pressefreiheit werde verletzt, Unterstützer auch im demokratischen Lager zu gewinnen. Sowohl das VG Düsseldorf wie auch das OVG Münster hatten in ihren Entscheidungen bereits festgestellt, dass durch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz weder die Meinungs- noch die Pressefreiheit verletzt werden.

Bezeichnend ist auch, dass die JF in der Mai-Ausgabe 2002 des rechtsextremistischen Strategie- und Theorieorgans „NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE“ (N&E)⁵⁰ in einer ganzseitigen Anzeige um neue Abonnenten und Leser warb. Im Gegenzug warb N&E in der JF-Ausgabe vom 3. Mai 2002 in einem großformatigen Inserat. Diese und andere Anzeigen von rechtsextremistischen Organisationen und Verlagen in der JF belegen, dass die JF nicht nur über Kontakte ins rechtsextremistische Lager verfügt, sondern mit diesem auch zusammenarbeitet.

⁴⁸ Az.: 1 K 9318/96.

⁴⁹ Az.: 5 A 2055/97.

⁵⁰ N&E ist das älteste (gegründet 1951) und bedeutendste Forum für unterschiedliche rechtsextremistische Positionen und erscheint in einer monatlichen Auflage von 14.500 Exemplaren (Eigenangabe).

D. LINKSEXTREMISMUS

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

Die politischen Folgewirkungen der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 beschäftigten deutsche Linksextremisten auch im Jahr 2002 intensiv. Dazu zählten nicht nur die Verschärfung der Sicherheitsgesetze und ihre politisch-sozialen Auswirkungen im Innern, sondern auch die Diskussion um Kriegshandlungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und die Rolle, die Deutschland dabei einnahm.

Neben der eher düsteren Perspektive eines sich angeblich zunehmend „imperialistisch“ gebärdenden deutschen Staates wurde das Stichwort „Genua“⁵¹ zum Symbol einer fortwirkenden, mit den Antiglobalisierungsprotesten verbundenen politischen Aufbruchstimmung. Mit einer öffentlichen Antisemitismusdebatte und der immer mehr in den Blickpunkt gerückten Problematik des Nahost-Konflikts traten schließlich zwei Politikfelder hinzu, die für die linksextremistische Szene die Lage entscheidend verschärfen und zu einer weitgehenden politischen Lähmung führten. Zuvor war schon eine Situation eingetreten, in der *„lange Monate... niemand richtig wusste wie mensch sich... bewegen sollte“*.⁵² Die eskalierende Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern löste in der gesamten deutschen linksextremistischen Szene eine anhaltende, überaus kontrovers geführte und andere politische Aktivitäten weitgehend überlagernde Diskussion aus. Vermochten deutsche Linksextremisten bereits anlässlich der Terroranschläge in den USA vom September 2001 nur mühsam zu einer - keineswegs geschlossenen - Haltung zu finden, reichte jetzt die Meinungsverschiedenheit bis hin zu dem offenen Eingeständnis der eigenen *„Unfähigkeit, eine gemeinsame tragfähige Position zu entwickeln“*⁵³, in der autonomen Szeneschrift „Interim“.

Eine weitere schwere Niederlage für die gesamte „Linke“ bedeutete das schlechte Abschneiden der **„Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)** bei der Bundestagswahl vom 22. September 2002. Die aus den herben Stimmeneinbußen resultieren-

⁵¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2001, S. 113ff.

⁵² **Freiburger** Szeneschrift „Koraktor“ vom Juni 2002, S. 2, Übernahme wie im Original.

⁵³ „Interim“ Nr. 551 vom 6. Juni 2002, S. 3.

den Konsequenzen zeigten sich in der Praxis durch den Verlust des Fraktionsstatus und damit der bisherigen Möglichkeit, die parlamentarische Ebene bundesweit als Forum für „linke“ Politikinhalt zu nutzen. Inwieweit künftig andere linksextremistische Parteien den Verlust der politischen Schlüsselstellung der PDS zum eigenen Vorteil nutzen können, ist noch nicht absehbar. Diejenigen, die den politischen Kurs der PDS-Führung stets als „opportunistisch“ verurteilt hatten, sahen sich angesichts der Niederlage der Partei in ihrer Ablehnung eines „reformistischen“ Kurses innerhalb des bestehenden politischen Systems bestätigt.

Die „**Deutsche Kommunistische Partei**“ (**DKP**) hatte in Baden-Württemberg unter Verzicht auf eine Landesliste nur in einigen Wahlkreisen kandidiert und im Unterschied zu 1998 nicht ausdrücklich zur Abgabe der Zweitstimme für die PDS aufgerufen. Der Bedeutungsverlust der ihr bislang überlegenen Konkurrenz, die allerdings auf lokaler Ebene durchaus auch die Rolle eines Kooperationspartners innehatte, könnte der Partei, die sich ansonsten unverändert in einer desolaten Lage befindet, einen gewissen Auftrieb verleihen.

Ähnliches mag auch für die in grundsätzlicher Gegnerschaft zur PDS stehende „**Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands**“ (**MLPD**) gelten, die auf eine Teilnahme an der Bundestagswahl ganz verzichtet und statt dessen zum „*aktiven Wahlboykott*“ aufgerufen hatte. Auch dies sollte eher als ein Zeichen der Schwäche einer Partei gewertet werden, die sich ansonsten nach außen stets als überaus erfolgreich präsentiert.

Obwohl Gipfel-„Events“, vergleichbar mit den gewalttätigen Protesten von Genua vom Juli 2001, nicht zu verzeichnen waren, erfreute sich die „Antiglobalisierungsbewegung“ im Laufe des Jahres weiter eines ungebremsen Zustroms. Die hohe und gleichzeitig friedlich verlaufene Beteiligung am „Europäischen Sozialforum“ in Florenz, bei dem es vom 6. bis 10. November 2002 um die Diskussion von neuen „*Perspektiven linker Globalisierungspolitik*“ ging, zeigte, dass das Thema zwar an Aufsehen, nicht aber an Anziehungskraft verloren hatte. Dabei sind Bestrebungen von Linksextremisten, eigene Potenziale in solche außerparlamentarische Politikströmungen mit potenziellem Massencharakter einzubringen und diese nicht nur zu unterstützen, sondern zu einer großen antikapitalistischen Bewegung zusammenzuführen, durchaus bereits erkennbar

geworden. Sie blieben jedoch noch ohne greifbare Ergebnisse. Dies gilt für die „Anti-CASTOR-Bewegung“ ebenso wie für die „Antiglobalisierungs“- , die „Friedens“- beziehungsweise „Antikriegs“- oder auch die „Antifaschismus“- und die „Antirassismusbewegung“. Die beiden großen Themen „Krieg gegen den Terrorismus“ und „Globalisierung“ vermischten sich bereits, indem nach der Lesart von Linksextremisten der von ihnen abgelehnten kapitalistischen Globalisierung eine neue, nämlich die militärische Dimension, hinzugefügt worden sei, und der ökonomischen Globalisierung nun unter dem „*Deckmantel der Terrorismusbekämpfung*“ die militärische folge.

Der erste Jahrestag der Terroranschläge in den USA, vor allem aber die anhaltende Debatte über einen Krieg gegen den Irak, die selbst im Bundestagswahlkampf eine bedeutende Rolle spielte, haben die Diskussion um die Kriegsfrage nach der zweiten Jahreshälfte in den Mittelpunkt treten lassen. Die Terrorismusbekämpfung wurde in ihrer nach innen gerichteten Dimension als Vorwand für „Demokratie- und Sozialabbau“ gebrandmarkt, die Innere Sicherheit in diesem Zusammenhang als vermeintliche Totalerfassung beziehungsweise absolute Kontrolle der Bevölkerung thematisiert und dem Kampf gegen den Terrorismus dabei eine von den „Herrschenden“ bewusst gewollte Beliebigkeit unterstellt. Letztere zeige sich im „staatlichen Rassismus“, im Umgang mit Ausländern und Zuwanderern einerseits, und laufe andererseits darauf hinaus, demokratische und soziale Rechte abzubauen, um, je nach Bedarf, außerparlamentarische Protestbewegungen und politische Gegner besser bekämpfen und kontrollieren zu können.

Verschärfte „Repression nach innen“ sahen Linksextremisten insofern besonders gegen sich selbst gerichtet. Aus diesem Grunde fühlten sie sich erneut und noch weiter in die Defensive gedrängt. Gleiches galt für „klassische“ linksextremistische Politikfelder wie den „Antifaschismus“. Angesichts des aus linksextremistischer Sicht seit Sommer 2000 praktizierten „staatlichen Antifaschismus“⁵⁴ waren die Attraktivität dieses Themenfelds und damit die Mobilisierungsfähigkeit der Szene deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig sahen sich Linksextremisten außerstande, dem angeblichen Rechtsruck in Politik und Gesellschaft wirkungsvolle eigene Strategien entgegenzusetzen.

⁵⁴ Seinerzeit hatte der Bundeskanzler den „Aufstand der Anständigen“ ausgerufen (vgl. S. 75) und damit umfassendes gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eingefordert.

2. Übersicht in Zahlen

2.1 Personenpotenzial

Die Werbung neuer Mitglieder ist bereits seit Jahren eine Existenzfrage für linksextremistische Parteien und Organisationen. Einen Zuwachs und damit die zumindest vorübergehende Überwindung ihrer Stagnationsphase hatte in Baden-Württemberg immerhin die PDS zu verzeichnen. Die jahrelang im Aufwärtstrend gelegene „**Rote Hilfe e.V.**“ konnte dagegen ihre Erfolge nicht mehr fortsetzen und bewegte sich in etwa auf dem Niveau des Jahres 2001. Ähnliches galt für die deutlich geringeren Zuwächse bei der trotzkistischen Gruppierung „**Linksruck**“.

Linksextremistisches Personenpotenzial in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2000 - 2002

Linksextremismus	2000		2001		2002	
	Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten						
Kern- und Nebenorganisationen	1.735	27.000	1.715	26.300	1.815	26.000
hiervon:						
DKP	< 500	> 4.500	450	4.500	500	4.700
MLPD	700	< 2.000	700	2.000	700	2.000
PDS ¹	420	88.600	420	84.000	525	78.000
Beeinflusste Organisationen	1.550	15.000	1.445	12.000	1.445	15.200
Gewaltbereite Linksextremisten	670	> 7.000	670	7.000	630	5.500
Summe der Mitgliedschaften ohne PDS ¹ und beeinflusste Organisationen	2.405	34.000	2.385	33.300	2.445	31.500
Tatsächliches Personenpotenzial nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	2.345	33.500	2.315	32.900	2.375	31.100

¹ Die PDS wird in der Gesamtsumme der Mitgliedschaften nicht mitgezählt, da das Bundesamt für Verfassungsschutz von den Mitgliedern der PDS Deutschland nur die der „Kommunistischen Plattform“ (KPF) erfasst (2002: 1.450). In Baden-Württemberg unterliegt der gesamte Landesverband der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2002

Bei insgesamt in etwa gleich gebliebenen Mitgliederzahlen ist ein Rückgang am deutlichsten in der autonomen antiimperialistischen Szene zu beobachten. Ursächlich hierfür könnte deren seit Jahren anhaltende, 2002 nochmals deutlich verstärkte Perspektivlosigkeit sein.

2.2 Straf- und Gewalttaten⁵⁵

Die Straftaten sind 2002 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Dies galt insbesondere für die Kategorie Sachbeschädigungen, die sich um über 40% reduzierten. Sachbeschädigungen machten etwa die Hälfte des gesamten Straftatenaufkommens aus. Sie standen überwiegend im Zusammenhang mit der Bundestagswahl vom September 2002. Zu dem allgemeinen Rückgang haben auch die im Vergleich zum Vorjahr nochmals schwächer ausgefallenen Proteste gegen CASTOR-Transporte beigetragen. Mitverantwortlich dürfte schließlich auch eine Verlagerung der politischen Schwerpunkte gewesen sein: Die im Hinblick auf den Krieg in Afghanistan und insbesondere auf einen zu befürchtenden Irak-Krieg neu belebte „Friedensbewegung“ ist traditionell wenig mit Straf- oder gar Gewalttaten in Zusammenhang zu bringen.

	Baden-Württemberg¹ 2002 (2001)	Bund² 2002 (2001)
Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Links insgesamt	411 (545)	3.639 (4.418)
davon: linksextremistische Straftaten	90 (250)	1.137 (1.895)
davon: linksextremistische Gewalttaten	30 (33)	385 (750)

¹ Zahlen des LKA Baden-Württemberg
² Zahlen des Bundesministeriums des Innern

Grafik: LfV BW

⁵⁵ Zu den Erfassungsmodalitäten der Straftaten mit extremistischem Hintergrund vgl. Teil B (S. 9).

Den größten Anteil an den Gewalttaten hatten Körperverletzungsdelikte, die in der Regel auf das Konto der Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner gingen. Damit hat der „Antifaschismus“ - relativ gesehen - in der Praxis seine Bedeutung durchaus behalten, selbst wenn er in der politischen Prioritätenskala nicht mehr an erster Stelle rangierte. Der Rückgang auch der Gewalttaten kann nicht zuletzt mit dem schlechten Allgemeinzustand der Szene erklärt werden, ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Gewaltbereitschaft militanter Autonome.

3. Gewaltbereiter Linksextremismus

Die anhaltende Orientierungslosigkeit der autonomen Szene konnte auch im Jahr 2002 nicht überwunden werden. Weder das langjährige Schwerpunktthema „Antifaschismus“ noch neue Aktionsfelder wie die „Antiglobalisierungsbewegung“ oder die „Antikriegsbewegung“ erwiesen sich als geeignet, der in einer Krise befindlichen Szene neue Impulse zu verleihen. Immer wieder gescheiterte Versuche, im Bereich wichtiger, politisch aktueller Themen eine gemeinsame ideologische Linie oder auch nur eine Grundhaltung zu finden, haben die Stimmung in großen Teilen des autonomen Spektrums noch weiter bis zur Aktions- oder gar Politikverdrossenheit verschlechtert.

Gerade beim Thema „Antifaschismus“ hatte man sich nach dem vom Bundeskanzler im Sommer 2000 ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ eigene Entwicklungsansätze dadurch versprochen, dass sich auch kleinere „Antifa-Gruppen“ im Rahmen ihrer Bündnispolitik mit demokratischen Organisationen an der Initiierung großangelegter „antifaschistischer“ Demonstrationen gegen „Naziaufmärsche“ beteiligten. Die nach dem eigenen „Antifaschismus“-Verständnis erhoffte und angestrebte Erweiterung der öffentlichen Diskussion auf angebliche kausale Zusammenhänge wie etwa „*staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus*“ in Verbindung mit einer radikalen Kapitalismuskritik blieb allerdings aus. Vielmehr sei das Thema von der „*Staatsantifa*“ umfassend aufgegriffen und mit dem öffentlichkeitswirksamen „*Vorzeigeprojekt der Innenministerantifa*“, das heißt dem angestrebten Verbot der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), in eine andere Richtung gelenkt worden. Autonome hingegen wollten sich von dieser, von der Szene als „*staatsantifaschistischer Teilbereichsdiebstahl*“ bezeichneten politischen

Entwicklung durch einen eigenen „*revolutionären Antifaschismus*“ abheben und sich wieder eigenen „Politik“-Ansätzen zuwenden. Statt dessen verstärkten sich jedoch in der Szene bereits bestehende organisatorische Auflösungstendenzen. Deutlichster Hinweis auf die Lethargie in der autonomen Szene war die misslungene Mobilisierung zu einer „Antifa-Demonstration“ gegen den für Rechtsextremisten traditionellen „Rudolf Heß Gedenkmarsch“ im August im bayerischen Wunsiedel. Verantwortlich dafür dürfte neben der bereits bestehenden Motivationslosigkeit der Szene auch der bis an den Rand der Spaltung reichende Streit um die politische Positionierung zum „Israel-/Palästinenserkonflikt“ sein.

Rückläufige Tendenzen waren auch bei den Protesten gegen die Globalisierung nicht zu übersehen, nachdem von den gewaltsamen Ausschreitungen in Genua vom Juli 2001 zunächst eine stark mobilisierende Wirkung ausgegangen war. Ein weiterer entscheidender Schritt in diese Richtung dürfte der unbefriedigende Verlauf beziehungsweise Ausgang des ersten „Gipfelereignisses“ des Jahres 2002, der NATO-Sicherheitskonferenz vom 1. bis 3. Februar in München, gewesen sein. Initiiert von einem breiten Spektrum der deutschen linksextremistischen Szene, organisiert u.a. im „*Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz*“, dem auch linksextremistische autonome Gruppierungen aus **Backnang**, **Ravensburg** und **Mannheim** angehörten beziehungsweise die dieses Bündnis unterstützten, sollte mit dieser Gegenveranstaltung eine eindrucksvolle neue Saison von Gipfelprotesten eröffnet werden. Den militanten Aufrufen und Ankündigungen der Szene im Vorfeld begegnete die Stadt München jedoch konsequent und mit Erfolg.

Vision und Wirklichkeit klafften auch hinsichtlich der Bundestagswahl vom 22. September 2002 weit auseinander. Vor allem über das Internet wurden über Wochen Vorschläge und „Ideensammlungen“ von Gruppierungen der linksextremistischen Szene zu „phantasievollen Aktionen“ veröffentlicht. Für den Wahltag selbst wurden neben einer Reihe von „Empfehlungen“ im Sinne der so genannten Kommunikations- und Spaßguerilla - wie etwa gefälschte Wahlzettel oder Freibierpartys - auch Besetzungsaktionen von Wahllokalen angedacht und selbst militante Operationen wie das Anzünden von Wahlurnen als mögliche Protestform vorgestellt. Auch sollten Wahlkampfveranstaltungen

gen im Vorfeld mit „Jubelparaden“ oder „Klatschorgien“ gesprengt werden. Als Erklärung dazu wurde mitgeliefert:

„Diese Einstellung, mensch müsse sich für den Haufen Scheiße entscheiden, der am wenigsten stinkt, macht uns beliebig manipulierbar (...) wie groß muss der Haufen sein, damit wir ihn nicht mehr wählen ??? Wir lehnen Parlamentarismus und andere repräsentative Strukturen und Herrschaftssysteme grundsätzlich ab. Einen großen außerparlamentarischen Widerstand fänden wir erheblich sinnvoller als weiter Illusionen und Hoffnungen in den Parlamentarismus zu haben. Wir rufen alle Menschen dazu auf, Aktionen gegen die Bundestagswahl, und Demokratie und Herrschaft zu machen.“⁵⁶

Neben den bei Bundes- und Landtagswahlen üblichen Sachbeschädigungen an Wahlplakaten und Farbschmierereien oder Störungen von Wahlkampfveranstaltungen waren in Baden-Württemberg allerdings keine nennenswerten Zwischenfälle zu verzeichnen.

4. Parteien und sonstige Organisationen

4.1 „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)

Gründung:	1989/90		
Sitz:	Berlin		
Mitglieder:	ca. 525	Baden-Württemberg	(2001: ca. 420)
	ca. 78.000	Bund	(2001: ca. 83.500)
Publikationen:	„Disput“		
(Auswahl)	„PDS-Pressedienst“		
	„PDS Landesinfo Baden-Württemberg“		

Den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten setzte die „Partei des Demokratischen Sozialismus“

⁵⁶ Übernahme wie im Original.

(PDS) im Jahr 2002 auf die Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes. In Baden-Württemberg trat die Partei mit einer Landesliste und in 31 der insgesamt 37 Wahlkreise mit Direktkandidaten an. Auf Platz 1 der Landesliste kandidierte erneut der bereits 1998 in den Bundestag gewählte Winfried WOLF. Die Parole „*2 Mandate im Land! 6 + x % im Bund*“ spiegelte dabei den auch auf Bundesebene erkennbaren Optimismus der PDS wider, die als ehrgeiziges Ziel formuliert hatte, „*drittstärkste Partei in Deutschland werden*“ zu wollen. Unter der Voraussetzung einer Verdoppelung der Stimmenzahl in Baden-Württemberg von 1% auf 2% wurden erstmals auch der Kandidatin auf dem zweiten Listenplatz Chancen auf einen Einzug in den Bundestag eingeräumt.

Das Wahlergebnis fiel allerdings mit 0,9% in Baden-Württemberg beziehungsweise 4,0% auf Bundesebene für die PDS ernüchternd aus. Selbst der zuletzt als Minimalziel angestrebte Gewinn von drei Direktmandaten auf Bundesebene konnte nicht realisiert werden, so dass die Präsenz der Partei im Bundestag auf zwei Direktmandate zusammenschmolz. Der Rücktritt Gregor GYSIs von allen seinen politischen Ämtern und damit der Rückzug des charismatischen und zugleich populärsten Repräsentanten der Partei sowie veröffentlichte Umfrage- und Wahlprognosen hatten bereits mit Näherrücken des Wahltermins in der Partei zu vermehrter Skepsis bis hin zu Zweifeln an der Richtigkeit der Wahlkampfführung Anlass gegeben.

Mit dem Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag wurden der PDS wichtige politische Wirkungsmöglichkeiten und nicht zuletzt auch Finanzquellen genommen. Negative Auswirkungen des Wahlergebnisses werden auch für die PDS in Baden-Württemberg zu spüren sein. Der Verlust seines Bundestagsmandats dürfte die politische Schlüsselstellung WOLFs im Landesverband reduzieren und seine politischen wie finanziellen Handlungsmöglichkeiten deutlich einschränken. Über die Auflösung des **Heidelberger** Regionalbüros hinausgehende Konsequenzen dieser Entwicklung für die Infrastruktur des Landesverbands bleiben abzuwarten.

Hatte die PDS in Baden-Württemberg ihr Wahlziel klar verfehlt, so hielten sich andererseits jedoch die Verluste in Grenzen. Außerdem war es der Partei gelungen, im Rahmen ihrer noch im Dezember 2001 gestarteten und bis 31. Dezember 2002 befristeten

„Kampagne 200 Mitglieder plus!“ den Mitgliederstand von ca. 420 auf etwa 520 zu steigern. Das Resultat verfehlte jedoch auch hier das Ziel und dürfte daher eher enttäuscht haben. Von einem „*tollen Aufschwung*“ war hingegen bei dem „PDS-nahen“ Jugendverband „[**solid**]“ die Rede. Neben steigenden Mitgliederzahlen sind nach eigenen Angaben neue Ortsgruppen sowie ein erster Kreisverband im **Rhein-Neckar-Raum** im Aufbau. [solid] hatte den Wahlkampf der PDS u.a. durch eine landesweite Bustour unterstützt.

Ganz im Zeichen der verheerenden Wahlniederlage stand die 1. Tagung des 8. Parteitags der PDS in Gera am 12. und 13. Oktober 2002. Als Ursachen wurden u.a. das zu sehr von der Basis abgehobene „Eigenleben“ der „Reformerriege“ an der Parteispitze sowie Rücktritte und Affären (Gregor GYSI, Helmut HOLTER) diagnostiziert. Eine wichtige Rolle spielte auch das Selbsteingeständnis, der SPD in den Koalitionsregierungen auf Landesebene, wo die Partei hohe Stimmenverluste hinnehmen musste, weitestgehend das Gesetz des Handelns überlassen zu haben, ohne ein klares, eigenes politisches Konzept wahrnehmbar zu vertreten. Dies führte in der Konsequenz zu personellen Veränderungen bei den Wahlen zum Bundesvorstand und zu einer politischen Akzentverlagerung: Im Amt bestätigt wurde die bisherige Parteivorsitzende Gabi ZIMMER mit 69,2% der Stimmen. Andere führende Vertreter der „Reformer-Fraktion“ wie Roland CLAUS oder Dietmar BARTSCH und dessen Unterstützer dagegen wurden nicht wiedergewählt. ZIMMER war es gelungen, die Mehrheit des Parteitags für ihre politische Konzeption der „*gestaltenden Opposition*“ zu gewinnen. Dies bedeutet, wie ZIMMER in ihrer Grundsatzrede „*Kein weiter so: Zukunft durch Erneuerung*“ formulierte, „*dass wir **alle** Möglichkeiten und Formen demokratischer Politik - vom Protest auf der Straße über alle anderen Formen bis hin zum Mitregieren - nutzen, um die Gesellschaft zu verändern, und nicht auf einen Teil davon verzichten können.*“⁵⁷ Es gehe also darum, „*Oppositionsprofil*“ und „*Gestaltungsprofil*“ miteinander vereinbar zu machen. An der bundesweiten Ausdehnung der PDS soll weiter festgehalten werden. Die Partei will versuchen, weder einen sozialdemokratischen noch einen kommunistischen Charakter anzunehmen.

⁵⁷ Übernahme wie im Original.

WOLF zeigte sich mit dem Ergebnis des Parteitags sehr zufrieden. Man habe es nun, schrieb er in der linksextremistischen Tageszeitung „junge Welt“, durch die „*Öffnung nach links*“ mit einer „*grundlegend veränderten Situation*“ zu tun. Damit bestehe auch die „*berechtigte Chance, den Trend der Anpassung der PDS an die vorherrschende Politik auszubremsten und eine sozialistische Praxis neu zu entwickeln.*“⁵⁸ In seiner Wahlanalyse sah er sich in seiner fundamentaloppositionellen Haltung durch die Tatsache bestätigt, dass die PDS „*eindeutig dort in besonderem Maß abgewählt*“ worden sei, „*wo sie mitregierte und tolerierte*“. Die „*angeblichen Fundis*“ im Westen hätten im deutlichen Unterschied dazu ihren - wenn auch geringen - Stimmenanteil halten können.

Ergebnis des Geraer Parteitags war insgesamt eine die Positionen westdeutscher Landesverbände stärkende „Linkswende“ der Partei insoweit, als dieses Mal ausdrücklich auch die fundamentaloppositionell eingestellten Kräfte der Partei deutlich eingebunden werden sollten und konnten. Dies bedeutet dennoch keine grundsätzliche Änderung des politischen Kurses der Partei. Inwieweit es ZIMMER gelingen wird, die PDS angesichts der damit letztendlich keineswegs bereinigten innerparteilichen Spannungsverhältnisse bis zu den 2004 anstehenden Europawahlen, den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und der nächsten Bundestagswahl zu konsolidieren und politikfähig zu machen, bleibt abzuwarten.

4.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründung:	1968		
Sitz:	Essen		
Mitglieder:	ca. 500	Baden-Württemberg	(2001: 450)
	ca. 4.700	Bund	(2001: über 4.500)
Publikation:	„Unsere Zeit“ (UZ)		

Der politische Überlebenskampf der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) hat sich im Jahr 2002 weiter zugespitzt. Bereits seit Jahren bereiten der Partei überalterte Mitglieder sowie Nachwuchs- und Geldmangel erhebliche Probleme. Ein Tiefpunkt in ihrer Finanzmisere war im Sommer 2002 erreicht, als im parteieigenen Zentralorgan

⁵⁸ „Junge Welt“ Nr. 243 vom 19./20. Oktober 2002.

„Unsere Zeit“ (UZ) die Halbjahresbilanz als „*grausam*“ bezeichnet wurde. Ursächlich dafür waren sinkende Anzeigenerlöse, ein niedrigerer Umsatz und rückläufige Abonnentenzahlen. Wenig später bat die DKP-Finanzkommission in einem dramatisch anmutenden Appell alle Parteigliederungen um Spenden, Zuschüsse und Darlehen, um die unmittelbar drohende Zahlungsunfähigkeit des Verlags abzuwenden. In einer großen, in der UZ geschalteten Anzeige hieß es:

„Helft uns schnell und unbürokratisch! Die UZ ist das wichtigste ‚Wertpapier‘ unserer Partei.“

Ohne die Parteizeitung, formulierte auch ein **Böblinger** DKP-Mitglied in einer UZ-Leserzuschrift, wäre der „*Anfang vom Ende*“ gemacht. Die UZ-Aktion „*Unser Wertpapier*“ erbrachte angeblich ein „*selbst von Optimisten nicht erwartetes Ergebnis*“, das den Fortbestand der Zeitung offenbar zumindest für einen gewissen Zeitraum sicherstellen konnte.

Zur Bundestagswahl am 22. September 2002 trat die DKP mit der Losung „*Für Arbeitsplätze - gegen Kriegseinsätze!*“ für einen „*Politikwechsel in Deutschland*“ ein. Als die „*entscheidende politische Fragestellung*“, „*Aufgabe in diesem Wahlkampf*“ und zugleich „*entscheidende Aufgabe für die Zukunft*“ hatte die Partei die „*Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands gegen imperialistische Kriegspolitik, gegen Sozial- und Demokratieabbau*“⁵⁹ formuliert. Entsprechend ihren personellen und finanziellen Möglichkeiten beschränkte sich die DKP allerdings unter Verzicht auf Landeslisten auf die Aufstellung von einigen Direktkandidaten. In Baden-Württemberg trat der einzige Kandidat im Wahlkreis **Aalen-Heidenheim** an. Er erzielte 543 Stimmen (= 0,3%), was einer Verbesserung gegenüber dem Ergebnis der Bundestagswahl von 1998 (452 Stimmen = 0,3%) von 91 Stimmen entsprach.

Ihre Wahlergebnisse kommentierte die DKP eher nüchtern und beschränkte sich auf die Darstellung der errungenen Stimmen. Die schwere Wahlniederlage der PDS beschäftigte sie vergleichsweise intensiver. Diese sei die einzige Partei gewesen, die im Bundes-

⁵⁹ „Forderungen der DKP zu den Bundestagswahlen 2002“, hrsg. vom DKP-Parteivorstand, Essen.

tag linke Positionen und antimilitaristische Politik vertreten habe. Hoffnungen setzt die DKP nun darauf, dass die von ihr als politischer Schwerpunkt betrachteten „*außerparlamentarischen Aktionen und Bewegungen*“ künftig durch die PDS Zulauf erhalten. In diesem Sinne begrüßte sie auch die politische Akzentverschiebung auf dem PDS-Parteitag von Gera im Oktober als hoffnungsvolles Zeichen für die künftige politische Ausrichtung der PDS.

Auch ihrem Projekt eines neuen Parteiprogramms versuchte die DKP 2002 wieder einen Schritt näher zu kommen. Die hierfür eingesetzte Kommission stellte im Februar 2002 „*Erste Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs*“ vor, die seitdem ohne konkretes Ergebnis diskutiert wurden. Der 16. Parteitag am 30. November und 1. Dezember 2002 in Düsseldorf schließlich sollte über die Erarbeitung eines Entwurfs beraten und beschließen. Wie die DKP jedoch einräumen musste, zeigten sich auf dem Parteitag derart „*gravierende Meinungsunterschiede in wesentlichen programmatischen Fragen*“⁶⁰, dass offenbar wiederum kein Beschluss gefasst werden konnte, sondern der neu gewählte Parteivorstand - dem zwei Mitglieder aus Baden-Württemberg angehören - nun vor „*schwierigen Aufgaben und Problemen*“ stand. Dem Parteitag gelang es nicht einmal, eine neue „*Handlungsorientierung*“ zu verabschieden. Er überließ auch dieses Feld dem Parteivorstand. Ende 2003 soll schließlich ein neuer Entwurf vorgelegt und dieser Ende 2004 als Programm beschlossen werden.

Neben anderen, traditionell vor allem im sozialpolitischen Bereich liegenden Agitationsfeldern war das Thema „30 Jahre Berufsverbot“ ein spezifischer Schwerpunkt der Parteiarbeit. Der in Einzelfällen durchaus erfolgreiche Kampf um die Rehabilitierung von Kommunisten im öffentlichen Dienst ist in beständige Bemühungen einzuordnen, jegliche Ausgrenzung von Linksextremisten in der deutschen Politik und Gesellschaft aufzuheben und deren politische Akzeptanz weiter voranzutreiben.

Mit besonderem Nachdruck widmete sich die DKP darüber hinaus jedoch einem möglichen militärischen Vorgehen der USA gegen den Irak. Dieser Punkt diente unter dem Stichwort „Friedenspolitik“ das ganze Jahr über als Agitationsthema mit zahlreichen

⁶⁰ Hier und im Folgenden: UZ Nr. 49 vom 6. Dezember 2002, S. 1.

Möglichkeiten, klassische Bündnispolitik im Zusammengehen mit anderen linksextremistischen oder linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen und bürgerlichen Organisationen zu praktizieren.

4.3 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Gründung:	1947		
Sitz:	Berlin		
Mitglieder:	ca. 1.400	Baden-Württemberg	(2001: ca. 1.400)
	ca. 9.000	Bund	(2001: ca. 5.000)
Publikationen:	„Antifa Nachrichten“		
	„antifa-rundschau“		

Die linksextremistisch beeinflusste „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) hatte 2002 für sich einen Erfolg zu verzeichnen, auf den sie lange Jahre hingearbeitet hatte. Als eine Wegmarke in ihrer Geschichte wurde am 5./6. Oktober 2002 in Berlin die Verschmelzung der VVN-BdA (West) mit dem in Ostdeutschland aktiven „**Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener - Bund der Antifaschisten**“ (VVdN-BdA) vollzogen. Die nunmehr insgesamt ca. 9.000 Mitglieder zählende Organisation, deren Name dem des ehemaligen Westverbands entspricht, wird von einem elfköpfigen „Geschäftsführenden Vorstand“ vertreten, dem auch zwei Funktionäre aus Baden-Württemberg angehören. Der Zusammenschluss beider Organisationen fand in mehreren linksextremistischen Publikationen Resonanz. Besonders angetan gab sich bezeichnenderweise die DKP. Ihr Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) formulierte, es sei „*Realität*“, dass mit der „*Bündelung ihrer Kraft durch Antifaschistinnen und Antifaschisten ein wichtiger Akzent für die Entwicklung dieses Landes gesetzt worden ist.*“ Durch die Verschmelzung werde die „*Bedeutung des Antifaschismus für das ganze Land, für seine Zukunft, aktiviert.*“⁶¹

⁶¹ UZ Nr. 41 vom 11. Oktober 2002, S. 2.

Dass sich mit der neuen Gesamtvereinigung Veränderungen in der politischen Ausrichtung und Agitation ergeben werden, ist nicht zu erwarten. Eine Funktionärin bestätigte in der linksextremistischen Tageszeitung „junge Welt“ vom 5./6. Oktober 2002 erneut, dass man „zu autonomen Gruppen und lokalen Antifa-Initiativen (...) keinerlei Berührungspunkte“ habe. Kontakte und Zusammenarbeit dieser Art wurden auch 2002 unvermindert fortgesetzt. So hob die Grußadresse der „**AG Antifa in der RAS (Revolutionären Aktion Stuttgart)**“ an die **Karlsruher** Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA vom 27. und 28. April 2002 hervor, dass man trotz Kontroversen „immer wieder gern mit Euch zusammengearbeitet“ habe und die VVN-BdA „nach wie vor ein gern gesehener Bündnispartner“⁶² sei. Als ein solcher Bündnispartner trat die VVN-BdA auch im Jahr 2002 gemeinsam mit linksextremistischen beziehungsweise linksextremistisch beeinflussten, aber auch mit demokratischen Organisationen, mit Zielsetzung der Schaffung eines „breiten antifaschistischen Bündnisses“ in Erscheinung.

Auf der Konferenz wurden ein weiteres Mal die Bedeutung des „Antifaschismus“ und die für die VVN-BdA damit verbundene traditionelle politisch-ideologische Zielsetzung betont. Im „Leitantrag“ zum Abschnitt „Zukunft Antifaschismus“ hieß es u.a.:

„Zum Vermächtnis des Widerstandes gehören die in der Illegalität und im Exil diskutierten und entwickelten Zukunftsmodelle über die Entwicklung Deutschlands nach der Befreiung vom Faschismus. Die antifaschistischen Zielvorstellungen von KPD, SPD, der ‚Weißen Rose‘, des ‚Nationalkomitees Freies Deutschland‘, des ‚Kreisauer Kreises‘, auch der Schwur von Buchenwald zielten darauf ab, das bisherige kapitalistische Gesellschaftssystem zu überwinden oder in seiner Machtausübung einzuschränken. Sie regen dazu an, gegenwärtige Zustände in Frage zu stellen, Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren und Alternativen zu entwerfen...“⁶³

„Antifaschistische“ (Gegen-)Demonstrationen wurden u.a. dazu genutzt, um öffentlich das auch an anderer Stelle immer wieder formulierte sofortige Verbot und die Auflösung der rechtsextremistischen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zu for-

⁶² „Antifa Nachrichten“ Nr. 3 vom August 2002, S. 8.

⁶³ Ebd., Sonderseiten „Beschlüsse der LDK“, S. III.

dem. Die angebliche „*Verquickung von Verfassungsschutz und NPD*“ dürfe dabei nicht als „*Vorwand*“ für eine Einstellung des Verfahrens „*herhalten*“⁶⁴. Die VVN-BdA benutzte die Entwicklungen im NPD-Verfahren als willkommene Gelegenheit, um die Nachrichtendienste, insbesondere den Verfassungsschutz, zu diffamieren und mittels politischer Unterstellungen verächtlich zu machen. Sie richtete ihre Angriffe im gleichen Zusammenhang aber auch gegen die Bundesregierung, indem behauptet wurde, diese wolle weitere Klärungen im NPD-Verfahren bewusst verhindern, um damit die „*Neonazis*“ zu schützen.

Auch für die VVN-BdA wurde schließlich im Laufe des Jahres der „Antifaschismus“ von den Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 überlagert. In der politischen Interpretation des Kampfes gegen den Terrorismus zeigte sich eine grundlegende Übereinstimmung mit dem Tenor des gesamten linksextremistischen Lagers: Die Anschläge seien lediglich der Vorwand, um einen ohnehin bereits erwogenen Krieg zu führen, um „*von der kapitalistischen Ursache der bereits seit 2000 weltweit einsetzenden Überproduktionskrise abzulenken*“ und um den „*Demokratieabbau weiter voran zu treiben*“⁶⁵. Bereits vor dem Hintergrund des Afghanistan-Kriegs hatte die Landessprecherin der VVN-BdA Baden-Württemberg - deutlich imperialismustheoretisch gefärbt und dabei stark antiamerikanisch akzentuiert - öffentlich Stellung bezogen: Wer - wie der Bundeskanzler - den US-Präsidenten Bush einen guten Freund Deutschlands nenne, spreche ebenso wenig in ihrem Namen, wie wenn Schröder „*den Front Mann der amerikanischen Öl- und Kriegsindustrie in unserem Land ‚hochwillkommen‘*“ heiße. Bush, der an anderer Stelle ihrer Rede als „*hemmungsloser Kriegsabenteurer*“ bezeichnet wurde, sei „*der Chef der bombenden US-Administration, die in dem schon 8 Monate dauernden Afghanistankrieg erbarmungslos Tausende von Kindern, Frauen, Männern hat umbringen lassen und offensichtlich weiter umbringen lassen will*“⁶⁶. Es gehe in diesem Krieg „*nicht um Menschenrechte, ...weder um BIN LADIN noch Al-Quaida*“, sondern um die „*ureigensten geopolitischen Machtinteressen*“ der amerikanischen Regierung. Ebenso verurteilte sie die positive Haltung des „*deutschen Finanz- und Industriekapitals*“ gegenüber dem amerikanischen Präsidenten. Die gleichen Motive wurden in

⁶⁴ „Antifa Nachrichten“ Nr. 2 vom April-Juli 2002, S. 11.

⁶⁵ Ebd., S. 8.

⁶⁶ Rede in **Waiblingen** am 22. Mai 2002.

den „Antifa Nachrichten“ auch einem drohenden Krieg gegen den Irak unterstellt. Während um die Verabschiedung einer weiteren Irak-Resolution der Vereinten Nationen zur Durchsetzung der Waffeninspektion gekämpft werde, sei die Öffentlichkeit nicht mehr bereit, „eine derart gespenstisch offen vorgetragene Publikumsverarschung“⁶⁷ hinzunehmen.

4.4 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Gründung:	1982		
Sitz:	Gelsenkirchen		
Mitglieder:	ca. 700	Baden-Württemberg	(2001: ca. 700)
	unter 2.000	Bund	(2001: unter 2.000)
Publikationen:	„Rote Fahne“ (RF)		
	„Lernen und Kämpfen“ (LuK)		
	„Rebell“		

Die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) feierte 2002 ihr 20jähriges Bestehen. Hervorgegangen aus dem „**Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands**“ (KABD) hatte sie sich 1982 als „*politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und in West-Berlin*“ bezeichnet. An ihren damaligen Zielen, dem „*revolutionären Sturz*“ der „Monopolkapitalisten“ und der „*Errichtung der Diktatur des Proletariats*“, hat sich bis heute nichts geändert. Nach Darstellung der „Roten Fahne“, des Zentralorgans der Partei, nahmen am 18. Juni 2002 in Gelsenkirchen 250 Personen an einem kurzfristig terminierten Festakt teil. Dort hielt auch der Parteivorsitzende Stefan ENGEL eine Rede. Weiter richteten Vertreter des parteieigenen Jugendverbands „**REBELL**“ und des MLPD-beeinflussten „**Frauenverbands Courage**“ Grußworte an die Anwesenden.

Anlässlich des 10. Todesjahres von Willi DICKHUT, eines Mitbegründers der Partei, begann im Jahr 2002 außerdem eine für die MLPD bedeutsame „Studienbewegung“. Dazu fanden verschiedene bundesweite Großveranstaltungen sowie Studientage, u.a. in **Stuttgart**, statt, an denen neben Parteimitgliedern auch Mitglieder des „Frauenver-

⁶⁷ Onlineausgabe der „Antifa Nachrichten“ Nr. 4 vom Oktober 2002.

bands Courage“ teilnahmen. Im Rahmen dieser Studientage befassten sich die Anwesenden vor allem mit dem „*Kampf um die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung und für den Sozialismus*“. Als Quintessenz der überregional durchgeführten Veranstaltungen sollte deutlich werden:

„Nur wenn der Kapitalismus beseitigt ist, kann auch der Faschismus ausgerottet werden.“⁶⁸

Während die MLPD im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Sachsen-Anhalt alle Kräfte - u.a. auch Parteimitglieder aus **Villingen-Schwenningen**, **Sindelfingen** und **Weingarten** - mobilisiert hatte, verzichtete sie bei der Bundestagswahl nicht nur auf eine Kandidatur, sondern plädierte für einen „aktiven Wahlboykott“ verbunden mit der Aufforderung „*stimmt ungültig! Neue Politiker braucht das Land - stärkt die MLPD!*“ Der „aktive Wahlboykott“ sollte darin bestehen, „den **Stimmzettel ungültig zu machen**, z. B. indem ‚ein großes Kreuz‘ auf dem ganzen Stimmzettel gemacht wird“, denn „einfach von der Wahl weg zu bleiben“, sei „eine passive Haltung“. Richtig sei vielmehr, „den eigenen **politischen Willen mit dem ungültig Stimmen bewusst zum Ausdruck zu bringen**. Jede solche ‚Stimme‘ ist eine **Stimme gegen die herrschende volksfeindliche Politik**“⁶⁹, denn das Parlament diene „in Wahrheit der Verschleierung der Alleinherrschaft der Monopole in diesem Gesellschaftssystem“⁷⁰.

Für die MLPD gab es unter den zur Wahl antretenden Parteien „**keine für die Massen wählbare Alternative**“⁷¹. Dies galt auch für die PDS, die die MLPD wegen ihres „Anpassungskurses“ sogar bereits eher zum bürgerlichen Lager als „*verlässliche, staatstragende Regierungspartei*“ zählt. Die Verluste der PDS bei der Bundestagswahl kamen für die MLPD nicht unerwartet und wurden in einer Erklärung des Zentralkomitees der Partei als Chance und Herausforderung interpretiert, „den links frei werdenden Platz

⁶⁸ „Rote Fahne“ Nr. 20 vom 17. Mai 2002, Seite 11.

⁶⁹ „Rote Fahne“ Nr. 36 vom 6. September 2002, Seite 4; Übernahme wie im Original.

⁷⁰ „Rote Fahne“ Nr. 30 vom 26. Juli 2002, Seite 4.

⁷¹ „Rote Fahne“ Nr. 36 vom 6. September 2002, Seite 4; Übernahme wie im Original.

als echte sozialistische Alternative auszufüllen und das Kräfteverhältnis zwischen MLPD und PDS nachhaltig zu Gunsten der MLPD zu verändern.“⁷²

Auch 2002 setzte die MLPD unter dem Motto „Aktiver Widerstand gegen Bushs ‚New War‘“ ihre „Friedens“- beziehungsweise „Antikriegsdemonstrationen“ fort. In Baden-Württemberg zeigte sie in zahlreichen Orten, u.a. in **Stuttgart, Ludwigsburg, Karlsruhe, Ulm** und **Mannheim**, mit „Montagsaktionen“ auf öffentlichen Plätzen Präsenz. Die Tatsache, dass eine mögliche Intervention im Irak unter den Bündnispartnern der USA kontrovers diskutiert wurde, interpretierte die MLPD dahingehend, dass „Bushs ‚New War‘ als **Kampf um die Neuaufteilung der Welt** zwischen den größten imperialistischen Mächten“⁷³ zu sehen sei. Demnach schreke auch die deutsche Bundesregierung nicht davor zurück, „militärisch in der Welt die Interessen des deutschen Finanzkapitals zu wahren“.

Neben den genannten „Montagsaktionen“ beteiligte sich die Vorfeldorganisation der MLPD, „**Solidarität International**“ (SI), an den Aktionen der „Antiglobalisierungsbewegung“ und engagierte sich weiterhin beim Thema Asyl.

4.5 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründung:	1975		
Sitz:	Dortmund		
Mitglieder:	ca. 300	Baden-Württemberg	(2001: ca. 260)
	ca. 4.000	Bund	(2001: über 4.000)
Publikation:	„Die Rote Hilfe“		

Die Bedeutung der „Roten Hilfe e.V.“ als Hilfs- und Unterstützungsorganisation für die linksextremistische Szene ist unverändert groß. Gleichwohl ist sie im zurückliegenden Jahr kaum mehr öffentlich in Erscheinung getreten. Kampagnen zur „Freilassung der politischen Gefangenen aus der RAF“⁷⁴, wie sie von der „Roten Hilfe e.V.“ zuletzt im

⁷² „Rote Fahne“ Nr. 39 vom 27. September 2002, Seite 10.

⁷³ Erklärung des Zentralkomitees der MLPD vom 12. August 2002; Übernahme wie im Original.

⁷⁴ Kürzel für die 1998 aufgelöste „Rote Armee Fraktion“.

Jahr 2000 gestartet worden, aber damals schon auf geringe Resonanz gestoßen waren, blieben aus. Die noch heute einsitzenden letzten fünf RAF-Inhaftierten haben für die nachgewachsene Generation, die offenbar nicht mehr willens und in der Lage ist, sich mit dem politischen Ansatz der früheren Terrorgruppe zu identifizieren, in der links-extremistischen Szene keine wirkliche Bedeutung mehr. Auch andere Aktionsfelder wie die Solidarität mit dem in den USA wegen Polizistenmordes einsitzenden farbigen Linksextremisten Mumia ABU-JAMAL haben, wie in diesem Fall durch die im Dezember 2001 erfolgte Aufhebung des jahrelang bekämpften Todesurteils, an Brisanz und damit entscheidend an Attraktivität für die Szene verloren.

Entsprechend fehlten auch Mobilisierungserfolge wie am traditionellen bundesweiten Aktionstag, dem 18. März. Zum siebten bundesweiten Aktionstag „18.3. für die Freiheit der politischen Gefangenen“ gaben die „Rote Hilfe e.V.“ und die linksextremistische Initiative „Libertad“ unter dem Motto: „*Unsere Antwort heißt Solidarität - Gegen staatliche Repression, Sicherheitsgesetze und Abschiebungen! Freiheit für alle politischen Gefangenen!*“ eine gemeinsame Erklärung heraus, deren Tenor im wesentlichen dem der Jahre zuvor entsprach. Des Weiteren erschien, wie schon in den letzten beiden Jahren, in der linksextremistischen Tageszeitung „junge Welt“ am 13. März 2002 als Beilage eine vom Bundesvorstand der „Roten Hilfe e.V.“ veröffentlichte Sonderzeitung mit dem Titel „*MAUERN EINSAMKEIT SCHIKANEN*“. Inhaltlich befassen sich die darin enthaltenen Beiträge mit dem „Maßnahmenpaket zur Inneren Sicherheit“, dem Stand im Verfahren gegen die „Revolutionären Zellen“⁷⁵, der Lage „politischer Gefangener/Verfolgter“ in der Türkei, in Tunesien, Iran und Spanien sowie mit der aktuellen Situation von ABU-JAMAL.

Im Juni 2002 veröffentlichten die „Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Heilbronn“ und die „Bunte Hilfe Stuttgart“ gemeinsam eine Ausgabe der Publikation „nix vergessen? BulleTäng!“ unter dem Titel „*Keine Gene für den Staatsschutz*“. Einziges Thema waren die kriminaltechnische Methode der DNA-Entnahme, Analyse, Verwertung und die damit vermeintlich verbundene „politische Repression“. Am 11. Juni 2002 war eine Angehörige des antiimperialistischen Widerstands **Stuttgart** anlässlich eines gegen sie eingeleiteten

⁷⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2000, S. 98f.

Ermittlungsverfahrens nach §129a Strafgesetzbuch (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu einer DNA-Entnahme vorgeladen worden. Am Abend desselben Tages hatte unter dem gleichen Motto („*Keine Gene für den Staatschutz*“) auf dem Schlossplatz in **Stuttgart** eine Kundgebung unter Beteiligung von ca. 100 Personen des linksextremistischen Spektrums stattgefunden.

Seit Ende Mai 2002 ist die „Rote Hilfe e.V.“ mit einer neuen Homepage im Internet vertreten. Auf dieser Seite finden sich u.a. eine Selbstdarstellung, Spendenkonten, Presseerklärungen sowie Darstellungen zu aktuellen Themen. Mit Stand vom August 2002 wurde unter der Überschrift „*Geld her! Dafür wird's gebraucht!*“ eine Auswahl von Unterstützungsfällen veröffentlicht. Den Angaben zufolge lagen die Hauptausgaben in den Bereichen „*Verfolgung von AntifaschistInnen*“ und „*AtomkraftgegnerInnen*“.

4.6 Sonstige Organisationen

Der insbesondere im Zusammenhang mit der „Antiglobalisierungsbewegung“ festzustellende Aufwärtstrend trotzkistischer Organisationen hat sich im Jahr 2002 nicht in gleichem Maße fortgesetzt. Dies gilt vornehmlich für den „**Linksruck**“, dessen organisationsinterne Streitigkeiten noch aus dem Jahr 2001 sich auf die Anziehungskraft der Organisation ausgewirkt haben dürften.

Andere Organisationen traten hingegen kaum öffentlich in Erscheinung. Eine Vertreterin der „**Sozialistischen Alternative Voran**“ (**SAV**) trat bei der Bundestagswahl in **Stuttgart** unter dem Kennwort „Sozialistische Alternative (SAV)“ als nominell parteilose Einzelkandidatin an und erreichte 0,2% der Erststimmen. Der von der SAV 2001 gegründete und als Träger einer neuen Jugendbewegung konzipierte Zusammenschluss „**Widerstand International**“ (**WI**) hat nur wenige öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten entwickelt.

5. Aktionsfelder

5.1 „Friedens-“ beziehungsweise „Antikriegsbewegung“

Spätestens seitdem die Frage einer deutschen Beteiligung an einem möglichen Krieg gegen den Irak selbst im Bundestagswahlkampf eine wesentliche Rolle eingenommen hatte, wurde diesem Thema auch im linksextremistischen Spektrum höchste Priorität eingeräumt. US-Präsident Bushs fortgesetzte militärische Aktivitäten unter der Parole „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ sei, so hieß es schon im Zusammenhang mit dem Afghanistankrieg, ein „*Kreuzzug*“ zur Durchsetzung der „*Alleinherrschaft des Kapitals*“. Es gehe ihm nämlich ebenso um den Zugriff auf Rohstoffe und deren erweiterte Kontrolle in den entsprechenden Regionen wie um eine Absicherung von Reichtum und Macht. Relativ einheitlich ist der Grundtenor, dass die USA den Kampf gegen den Terror lediglich als Deckmantel benutzen, um massive Eigeninteressen weltweit durchzusetzen. Problematisiert wurde auch der Begriff „Terrorist“, den die „Herrschenden“ in Deutschland angeblich gerne verwendeten, um damit in Wahrheit nach innen Angehörige des „*fortschrittlichen Lagers*“ zu diffamieren und gegen diese vorgehen zu können.

Linksextremistische beziehungsweise linksextremistisch beeinflusste Parteien und Organisationen wie die MLPD, die DKP, die VVN-BdA oder die PDS unterstellten mehr oder weniger alle den Kampf um Öl als wahres Motiv für das Handeln der USA. „*Bush führt Krieg*“, so hieß es etwa in einem Flugblatt der baden-württembergischen DKP, „*um strategisch wichtige Regionen der Welt im Interesse der USA und der großen transnationalen Konzerne neu zu ordnen und widerspenstige Regimes durch willfährige zu ersetzen*“.⁷⁶ Die USA seien „*entschlossen, ihre militärstrategischen und Rohstoffinteressen weltweit durchzusetzen - koste es, was es wolle*“ - und die Verbündeten, so auch Deutschland, drängelten nach vorne, um an der Beute beteiligt zu werden. Andere interpretierten die Kriegshandlungen als „*Reorganisierungskriege*“, um eine „*neue Ordnung der Ausbeutungsverhältnisse herzustellen*“. Dieser Prozess habe „*in den Metropolenländern, in denen sich der Wohlstand anhäuft, auch eine ‚innere Kriegsfront‘, die sich am deutlichsten in der Verschärfung der sozialen Kontrolle*“ äußere. In diesem „*post-*

⁷⁶ „antikriegs-info der DKP Baden-Württemberg“ vom 23. Mai 2002.

modernen globalen Krieg“ reichten die Waffen „von Bombenteppichen über Überwachungsmechanismen bis hin zu neuen Abschiebungsgesetzen“, wobei „der wichtigste Kriegsschauplatz... die öffentliche Meinung in den Metropolenländern“ sei, ein Kriegsschauplatz, auf dem „die Herstellung sozialer Angst die wichtigste Waffe“ sei.⁷⁷

Lob und Anerkennung zollten Stimmen, namentlich aus der DKP und der VVN-BdA, drei ehemaligen Bundestagsabgeordneten der PDS. Diese hatten während des Auftritts von Präsident Bush vor dem Deutschen Bundestag im Rahmen seines Besuchs in Berlin am 22. und 23. Mai 2002 ein Transparent gegen die „Kriegspolitik“ der USA mit der Aufschrift „Mr. Bush + Mr. Schröder: Stop your wars!“ entrollt. Die Aktion war offenbar nicht mit der Fraktion abgestimmt, die den Bush-Besuch zuvor durchaus kontrovers diskutiert hatte. Der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, Roland CLAUS, hatte sich daraufhin bei Bush für diese Spontanaktion entschuldigt.

Der Besuch des amerikanischen Präsidenten im Mai wurde zum Kristallisationspunkt eines wiedererwachten Antiamerikanismus. Die rege Beteiligung an Großdemonstrationen unter dem Motto „Achse des Friedens“, die aber auch, wie anlässlich der Kundgebung vom 22. Mai 2002, von Gewalttaten mit einem erheblichen Sachschaden begleitet waren, wurde als hoffnungsvolles Zeichen für einen weiteren Aufschwung der „Friedensbewegung“ interpretiert. Die hohe Teilnehmerzahl dürfte jedoch wesentlich auf das Aufgreifen gleich mehrerer politischer Themen wie die „militärische Globalisierung“ und die eskalierende Situation im Nahen Osten zurückzuführen gewesen sein. In einem globalisierungskritischen Internetaufruf aus dem autonomen Spektrum beispielsweise hieß es:

„Wer in dieser Zeit für ein friedliches Zusammenleben der Menschen eintreten will, muss gegen das gesamte System des Kapitalismus protestieren.“

Dem Vorwurf eines „*plumpen Antiamerikanismus*“ wurde u.a. aus der autonomen Szene entgegengehalten, man richte sich „*explizit nicht*“ gegen die USA, „*sondern gegen den normalen kapitalistischen Kriegszustand*“⁷⁸.

⁷⁷ „Koraktor“ (Grenzcampbeilage) vom Juni 2002, S. 4.

⁷⁸ Linksextremistische Zeitung „Jungle World“ Nr. 21 vom 15. Mai 2002.

Auch in Baden-Württemberg kam es zu Protestaktionen. So wurde u.a. - neben einer Demonstration am 22. Mai 2002 in **Heidelberg** und einem „Aktionstag“ in **Mannheim** am gleichen Tag - eine Kundgebung in **Konstanz** am 23. Mai 2002 durchgeführt. Das „**Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg**“ veranstaltete am 5. Juni 2002 eine Diskussion zum Thema „*Kriegsopfer Demokratie*“. Auf dieser Veranstaltung wurden im Grundtenor ebenfalls die „*Kriegspolitik*“ der USA sowie ihre angeblichen imperialistischen Interessen verurteilt. Aber auch an dem unter dem „Vorwand“ der Terrorismusbekämpfung in Deutschland vermeintlich betriebenen Abbau bürgerlicher Rechte und Freiheiten bei gleichzeitiger Aufrüstung von Geheimdiensten und Polizei übte man Kritik. Darüber hinaus jedoch tat sich die Szene allerdings schwer. So verhallte ein Mobilisierungsaufruf zu bundesweiten dezentralen Aktionstagen „*gegen Krieg und Militarismus*“ am 31. Mai und 1. Juni 2002 zumindest in Baden-Württemberg ungehört. Stärkere Resonanz mit Kundgebungen und Demonstrationen in verschiedenen Städten Baden-Württembergs fand wiederum der „globale Aktionstag“ gegen einen möglichen Irak-Krieg am 26. Oktober 2002.

5.2 Nahostkonflikt und Antisemitismusdebatte

Seit Jahren hat kein Thema den deutschen Linksextremismus derart entzweit wie der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Die neue Dimension dieses an sich alten Themas bestand einerseits in der Eskalation der Gewalt zwischen beiden Gegnern, andererseits aber auch darin, dass dieser Konflikt einen zentralen Bezugspunkt der Attentäter des 11. September 2001 darstellte. Die nicht abreißende Kette von Selbstmordattentaten der Palästinenser, wahllos die israelische Zivilbevölkerung treffend, und zugleich eine in der deutschen Öffentlichkeit entfachte Antisemitismusdebatte stellten nunmehr die „traditionell“ einseitige Parteinahme von Linksextremisten für die palästinensische Seite und die Einordnung Israels „*als Brückenkopf der USA, als strategischer Pfeiler des Imperialismus*“, in Frage.

Bei der mit großer Intensität und Heftigkeit geführten Debatte ging es zunächst vorrangig um das Problem, sich überhaupt zu diesem Konflikt zu positionieren. Die Bandbreite, in der sich die überaus kontroversen Stellungnahmen bewegten, reichte von einer aus der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit erwachsenen besonderen

Verantwortung gegenüber Israel bis zur „linken“ Solidarität mit „nationalen Befreiungskämpfen“ - in diesem Fall denen der Palästinenser. Neben einem Teil der ansonsten pro-palästinensisch geprägten autonomen Szene forderte ein „antideutsches“ beziehungsweise „antinationales“ Spektrum bedingungslose Solidarität mit Israel. Verurteilt wurden aus deren Sicht all diejenigen, die in irgendeiner Form Kritik an der Politik des Staates Israel übten. Die Zurückhaltung mit Kritik am Vorgehen Israels aus der Befürchtung heraus, auf gleicher Linie mit Rechtsextremisten zu liegen oder selbst des „linken Antisemitismus“ bezichtigt zu werden, stieß wiederum bei solchen auf Widerspruch, die argumentierten, Kritik an Israel müsse zulässig sein, ohne gleich als Antisemitismus zu gelten. Noch andere bestritten gar rundum, dass es überhaupt einen „linken Antisemitismus“ gibt. Dies sei vielmehr *„ein Kampfbegriff des modernen Antikommunismus“*. Für Kritiker eines „linken Antisemitismus“ dagegen wurden öffentliche Sympathiebekundungen für die Palästinenser faktisch zu *„Pro-Antisemitismus-Demos“*.

Die MLPD beispielsweise verurteilte ohne Umschweife den *„israelischen Staatsterror“* und unterstützte *„den berechtigten Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung“*. Zurückhaltung gegenüber der Politik Israels hingegen bedeute eine *„Schonung des rassistischen Zionismus ... unter dem Gewand des ‚Kampfs gegen den Antisemitismus‘“*⁷⁹. Aus historischer Verantwortung gegenüber Israel den Palästinensern die Solidarität zu verweigern, so argumentierte die antiimperialistisch orientierte Initiative **„Libertad!“**, mache jeden unglaubwürdig, der sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung weltweit einsetze. Die Verweigerung dieser Solidarität komme einer Parteinahme für die Politik des israelischen Ministerpräsidenten Sharon gleich.⁸⁰

Geradezu kompromisslos forderte hingegen die autonome Szeneschrift „Interim“ (allerdings nicht von der gesamten Redaktionsgruppe getragen) *„Solidarität mit Israel“* und positionierte sich damit bewusst *„gegen den sowohl weltweit, aber vor allem in Deutschland virulenten Antisemitismus“*, eine Haltung, die *„historisch und aktuell im Land der Auschwitz-Betreiber, -Leugner und -Verdränger notwendig“* sei.⁸¹ Pro-israelische Stimmen kritisierten außerdem aufs Schärfste Forderungen wie diejenige nach einem

⁷⁹ „Rote Fahne“ Nr. 21 vom 24. Mai 2002, S. 21.

⁸⁰ Erklärung *„Schluss mit der Besatzung! Solidarität mit Palästina!“*.

⁸¹ Interim Nr. 551 vom 6. Juni 2002, S. 3.

„Rückkehrrecht“ aller 1948 und 1967 vertriebenen Palästinenser als den „*politisch korrekte(n) Aufruf zur Zerstörung des jüdischen Staates*“. Unter anderem genau diese Forderung hatten die VVN-BdA und das „**Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg**“ in einem gemeinsamen Aufruf zur Demonstration „*Frieden und Gerechtigkeit für Palästina! Schluss mit der Besatzung!*“ am 13. April 2002 in **Heidelberg** erhoben. Antisemitisch musste auch jede Solidarisierung mit dem palästinensischen Volk für diejenigen sein, die den Palästinensern als eigentlichen politischen Beweggrund den Willen zur Vernichtung Israels unterstellen.

Die ausdrückliche Betonung des Existenzrechts Israels bedeutete jedoch keineswegs allein eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des israelischen Volkes:

*„Wer meint, Israel wie jeden anderen Staat kritisieren zu dürfen, ... der spielt damit den Antisemiten in die Hände. Israel hat nicht nur ein Existenzrecht, das es zu verteidigen gilt, in dieser Welt ist die Existenz Israels geradezu eine Pflicht... . Solange die Verhältnisse nicht revolutioniert sind, muss es Israel geben.“*⁸²

Im Wissen darum, dass man es im Falle Israel eben nicht mit einer „*emanzipatorischen Kraft*“ zu tun habe, müsse es darum gehen, „*für den jüdischen Staat gegen alle Angriffe von außen einzustehen*“, doch ohne sich deshalb mit diesem zu identifizieren. Die eigentlich richtige Lösung des Problems wäre „*die Revolution, die eine befreite Gesellschaft hervorbringt, die Staat, Nation und Kapital ein für alle Mal ein Ende setzt und damit die Bedingungen aufhebt, die den Antisemitismus als objektive Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft fortwährend aus sich heraus produzieren*.“⁸³ Gleichzeitig aber sei der Zionismus „*die dem augenblicklichen Zustand der Welt einzig angemessene Antwort*“. Eine ähnliche Position nahm auch das „**KTS Montagsplenum**“ des **Freiburger** Alternativtreffs „Kulturtreff in Selbstverwaltung“ (KTS) ein. Obwohl die Gruppierung ebenfalls „*der Existenz von Staaten an sich ablehnend gegenüber(stehe)*“, halte sie es für abwegig, angesichts des weltweiten Antisemitismus ausgerechnet die Daseinsberechtigung Israels in Frage zu stellen. Wenn die Existenz Israels „*eine Konsequenz aus*

⁸² Flugblatt „Solidarität mit Israel“, unterschrieben von „*Einige(n) Linke(n), die Antifaschismus noch ernst nehmen*“.

⁸³ „Jungle World“ Nr. 24 vom 5. Juni 2002, S. 5.

dem weltweiten Antisemitismus“ sei, „der in der Shoah⁸⁴ gipfelte, aber mit der Niederschlagung des Nationalsozialismus nicht beseitigt“ worden sei, wären Äußerungen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellten, „nicht antinational, sondern antisemitisch und damit nicht tolerierbar“⁸⁵.

Dass dieser Konflikt sceneintern teilweise sogar handgreiflich ausgetragen wird, beweist ein Vorfall am 13. April 2002 in **Heidelberg**. Im Rahmen einer unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit für Palästina - Schluss mit der Besatzung“ durchgeführten Demonstration des „Heidelberger Forums gegen Militarismus und Krieg“ entrollten Angehörige der „**Antifaschistischen Initiative Heidelberg**“ (AIHD) ein Transparent mit der Aufschrift „Frieden und Gerechtigkeit auch für Israel“. Dies führte zu Tumulten und gegenseitigem Anspucken, wobei die Verantwortlichen der Demonstration eine weitere Eskalation verhindern konnten. In einem Interview in der (der linksextremistischen Berliner Szene zuzurechnenden) Broschüre „Gegen Antisemitismus und Antizionismus - Reader für linksradikale Kritik“ wurde der Zustand der linksextremistischen Szene sehr treffend beschrieben:

„Die gegenwärtige Debatte um Antisemitismus, Antiamerikanismus, den Nahostkonflikt und die Position zu Kriegen ist keine Debatte mehr, sondern eine erbitterte Fehde mit geradezu klassischer gruppenpsychologischer Eigendynamik. Sie scheint den Bedeutungsverlust der radikalen Linken weiter zu vollenden...“

Weiter hieß es:

„Wie viele Menschen durch die Fehde frustriert und zerstört werden, hängt davon ab, wie viele Linke gesprächsfähig bleiben und zur Gewalt erst als letztem Mittel greifen.“

⁸⁴ Hebräische Bezeichnung für die Massentötung von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus.

⁸⁵ „Koraktor“ vom Juni 2002, S. 3.

5.3 Innere Sicherheit

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Terrorismusbekämpfung und zur Erhöhung der Inneren Sicherheit seit den Ereignissen des 11. September 2001 wurden je nach politischer Schwerpunktsetzung von Linksextremisten als Zeichen dafür gewertet, dass *„die Faschisierung des Staatsapparates beschleunigt vorangetrieben“* werde. Oder es wurde interpretiert, sie seien eine „Repression“ nach innen als systembedingte Ergänzung zur Militarisierung nach außen im Sinne der Imperialismustheorie Lenins.

„Politische Repression“ nach innen als Gegenstück zur Aggressivität nach außen wurde in den Augen der Szene praktisch-exemplarisch dokumentiert anhand der umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen wegen der Proteste anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz vom 1.-3. Februar 2002. Der bayerische Staat habe hier *„mit überzogener, absolut unverhältnismäßiger Polizeigewalt“* den Ausnahmezustand durchgesetzt, um den Protest *„gegen die in München abgestimmte, als globale ‚Anti-Terror-Maßnahme‘ ummantelte Kriegspolitik der so genannten ‚zivilisierten Welt‘ bereits im Keim zu ersticken.“*⁸⁶ „Insbesondere nach dem 11. September“, bestätigten andere Stimmen, *„herrscht ein Klima, in dem Einschränkungen von Grundrechten ohne Probleme umsetzbar sind, solange sie mit ‚Sicherheit‘ assoziiert werden. (...) Die Kontrollmöglichkeiten der Behörden wachsen bereits seit Jahrzehnten, wobei jeweils aufs Neue mehr oder weniger diffuse Bedrohungsszenarien wie die ‚Organisierte Kriminalität‘ und - neuerdings - der ‚internationale Terrorismus‘ zur Legitimierung herhalten müssen.“* In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich auch die Rasterfahndung als *„repressives Moment im Rahmen eines sich fortsetzenden Polizei- und Überwachungsstaates“* thematisiert.⁸⁷

Das nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 geschaffene Instrumentarium sei *„keine ‚Zäsur‘, sondern die als Notwendigkeit verkaufte Fortführung einer Tendenz hin zu einem autoritären Staat, der wieder direkt repressiv vorgeht.“*⁸⁸

⁸⁶ Flugblatt zu einer Veranstaltung „Politische Repression in der BRD“ der „Roten Hilfe e.V.“ in **Heidelberg** am 4. Juni 2002.

⁸⁷ „rassismus, nationalismus & antisemitismus an der universität heidelberg“. Broschüre des „antifa ak an der uni heidelberg“.

⁸⁸ Aufruf zu einer Demonstration am 9. März 2002 in **Heilbronn**.

Welche Bandbreite an politischen Teilaspekten unter dem Begriff der Inneren Sicherheit thematisiert wurde, zeigt der Aufruf der „**Antifaschistischen Initiative Heidelberg**“ (**AIHD**) zu einer Demonstration in **Heidelberg** am 22. Juni 2002 unter dem Motto „*Freiheit stirbt mit Sicherheit - Gegen Überwachungsgesellschaft und Polizeistaat!*“. Der Protest richtete sich ausdrücklich gegen die „*Überwachung, Kommerzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Raums*“, das „*Konzept der ‚sauberen Innenstädte‘*“, das alle nicht primär konsumorientierten Individuen ausgrenze, gegen die systematische „*Verdrängung alternativer Konzepte*“, d.h. „*linke(r) Treffpunkte, die sich der Verwertungslogik bewusst widersetzen und Freiräume zu schaffen versuchen*“ - gemeint sind so genannte Autonome Zentren -, aber auch gegen die „*restriktive rassistische Flüchtlingspolitik Deutschlands*“. „*Innere Sicherheit*“, so hieß es auf Flugblättern, die an Passanten verteilt wurden, sei stets nur „*die Sicherheit der Herrschenden und des kapitalistischen Profitsystems*“. Demonstriert werde u.a. deshalb,

„weil wir gegen ein Gesellschaftssystem stehen, in dem der Mensch nur dann zählt, wenn er produziert, konsumiert oder selbst zur Ware wird. - weil diese Stadt uns allen gehört; weil wir uns den Raum nehmen werden, zu leben, zu diskutieren, zu reden und zu feiern, wann, wo und mit wem wir wollen; ganz gleich, ob das den Verwertungsstrategen und Sicherheitsfanatikern passt oder nicht!“⁸⁹

Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze und ein vermeintlicher „*Sicherheitswahn*“ der „*Herrschenden*“ waren Thema einer Demonstration am 9. März 2002 in **Heilbronn**. Die Installierung von Überwachungskameras wurde als Beleg für die Tendenz zur „*Totalüberwachung in der BRD*“ gewertet. Was als Sicherheitsgesetz gegen den Terrorismus verkauft worden sei, habe in Wirklichkeit dazu gedient, politische Widersacher wie etwa Globalisierungsgegner ausfindig zu machen, festzusetzen und deren politische Aktivitäten zu lähmen. Ein Aktionstag „*Reclaim the Streets*“ (RTS) in **Karlsruhe**, veranstaltet von der „**Ex-Steffi**“, also den Angehörigen eines ehemals besetzten Hauses in Karlsruhe, widmete sich unter Federführung der „**Roten Antifa Karlsruhe**“ (**RAK**) ebenfalls der vermeintlich wachsenden „*Ausgrenzung*“ und „*Überwachung*“. Man be-

⁸⁹ Übernahme wie im Original.

klagte das Fernhalten von Armen, Obdachlosen und Flüchtlingen aus den Innenstädten, da diese angeblich aus Sicht des Staates in einer auf Konsum getrimmten Gesellschaft fehl am Platz seien.

Vor dem Hintergrund dieser angeblichen Entwicklung zum „Überwachungsstaat“ befassten sich Linksextremisten daneben sowohl im Hinblick auf die Virenproblematik als auch hinsichtlich der Anonymität zunehmend mit dem Thema „Sicherheit im Internet“. Auch Verschlüsselung und Steganographie⁹⁰ wurden von einem breiten Nutzerkreis problematisiert. Die steigende Nutzung des Internets durch Angehörige der linksextremistischen Szene weckte auch in diesem Spektrum das Bedürfnis, sich sicher in diesem Medium bewegen und kommunizieren zu können. Insbesondere die Diskussionen um die gesetzgeberischen Maßnahmen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 im Zusammenhang mit der Neuregelung des Telekommunikationsgesetzes erhöhten das Interesse an diesem Thema. Auf verschiedenen linksextremistischen Webseiten wurden Sicherheitstipps und Programme, mit denen man anonym surfen kann, zum Herunterladen angeboten. Beispielsweise wurde auf der Webseite der **„Antifa Bruchsal“** ein erweiterter Artikel (*„Die elektronische Mutter der Porzellankeise“*) der **„Roten Hilfe e.V.“** eingestellt. Inhaltlich werden der sichere Umgang mit E-Mails durch das Verschlüsselungsprogramm „Pretty Good Privacy (PGP)“, das Codieren der Festplatte, das Auswählen des richtigen Passwortes, das anonyme Surfen und das sichere Verichten von Daten beschrieben.

5.4 Antirassismus

Das Themenfeld „Antirassismus“ hat seit dem 11. September 2001 eine deutliche Aufwertung erfahren. Erkennbar wird der Stellenwert in der linksextremistischen Szene nicht zuletzt daran, dass im Jahr 2002 erstmals gleich mehrere so genannte Grenz-camps in Deutschland und dem Ausland veranstaltet wurden. Ein internationales „Bordercamp“ vom 19. bis 28. Juli 2002 etwa fand nicht zufällig in Straßburg statt, sondern weil sich dort das „Schengener Informationssystem“ (SIS) befindet, das von Linksex-

⁹⁰ Steganographie hat den Zweck, Nachrichten in anderen Nachrichten zu verstecken, um die bloße Existenz einer geheimen Botschaft zu verbergen. Neuerdings verbirgt man geheime Nachrichten auch in graphischen Darstellungen (Stichwort „Geheime Botschaft im Pornobild“).

tremisten als „*Kontroll- und Unterdrückungsinstrument*“ gegen „MigrantInnen“ verstanden wird.

Der „11. September“, so lautete eine verbreitete Grundthese, liefere dem Staat den Rechtfertigungsgrund für ein weiter verstärktes Vorgehen gegen Ausländer. Doch wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, dass nicht nur seit diesem Datum *„der Begriff ‚Ausländer‘ fast schon als Synonym für ‚Sicherheitsrisiko‘ verwendet“* werde. Die *„imaginierte Bedrohung durch den ‚islamistischen Terrorismus‘“* füge sich dabei *„nahtlos in die Reihe bewährter wahlkampf-tauglicher Konstruktionen wie der ‚organisierten Kriminalität‘, die in der Öffentlichkeit eigentlich nur als Ausländerkriminalität denkbar ist, wodurch alle als nicht-deutsch Wahrgenommenen automatisch zu Verdächtigen werden.“*⁹¹ Als „rassistisch“ wurde auch das von der Bundesregierung verabschiedete „Anti-Terror-Programm“ verstanden, weil es u.a. als eine der Maßnahmen die Einführung der Regelanfrage bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern bei den Verfassungsschutzbehörden beinhaltet.

Ein zweiter Angriffspunkt war die angeblich rassistisch motivierte Politik der Bundesregierung im Umgang mit Flüchtlingen und „MigrantInnen“ in der täglichen Praxis. Der Flüchtling als solcher galt dabei als *„das exponierte Beispiel eines unterdrückten Menschen in der BRD. Doch betreffen Ausgrenzung, Entrechtung oder Ausbeutung nahezu die Gesamtheit der in der BRD lebenden Menschen. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Flüchtlinge ist somit immer auch stellvertretender Ausdruck eines emanzipatorischen Kampfes aller Unterdrückten.“*⁹² Die auch als *„Klassenkampf von oben“* bezeichnete „rassistische“ Politik des Staats manifestiere sich im Umgang mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden (*„Sachleistungen statt Geldleistungen, verordnete Abfütterung statt Selbstbestimmung, Zuteilung statt Bedarfsdeckung“*). Entscheidendes Kriterium sei nur noch die Frage der wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Eine solche Einteilung nach *„Nutzbarkeit“* beziehungsweise *„Nützlichkeit“* degradiere Ausländer in menschenunwürdiger Weise.

⁹¹ Monatsschrift der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ „break-out“ Nr. 5/2002, S. 5.

⁹² „aus/Grenzen Auf/brechen. Flüchtlinge in der BRD“, eine Broschüre der „Roten Antifa Karlsruhe“, S. 22.

Nicht neu, aber gleichfalls aktuell geblieben ist der Blick auf die „Festung Europa“, die sich mit „staatenübergreifenden Überwachungs- und Repressionsinstrumenten wie dem Schengener Informationssystem gegen Flüchtlinge und MigrantInnen“ abschotte. Zusätzlich zu den offiziellen Staatsgrenzen gebe es in Deutschland „aufgrund der Residenzpflicht für Flüchtlinge weitere Grenzen. (...) Zusammen mit anderen repressiven Maßnahmen ... soll den Flüchtlingen innerhalb der EU-Staaten der Alltag unerträglich gemacht“ werden, um gleichzeitig weitere Asylanten abzuschrecken.⁹³

Protest gegen verstärkte Grenzkontrollen, gegen die vermeintlich menschenverachtende Abschiebep Praxis der Behörden und den daraus angeblich ersichtlichen Umstand, dass „der rassistische Umgang mit Minderheiten alltäglich geworden“ sei, bildeten auch den Hintergrund einer Demonstration im Dreiländereck Schweiz-Frankreich-Deutschland am 15. Juni 2002. Adressaten des Protests waren - neben dem Staat - ein Abschiebegefängnis und der Bundesgrenzschutz. Dazu hieß es u.a., „Kriminalisierung und Ausgrenzung“ führten „zu einer Spaltungspolitik, zur Trennung von Menschen in ‚wir‘ und ‚die anderen‘. Durch Abschottung, Polizeiaufrüstung und Aufbau einer Gefängnis Kultur“ begegne somit die europäische Politik „verfolgten Menschen und MigrantInnen. Das ist Europas Antwort auf die zunehmende soziale Ungerechtigkeit weltweit und die Verarmung und Ausbeutung der ‚Dritt-Welt-Länder“⁹⁴.

Unbekannte Täter verübten in den frühen Morgenstunden des 28. Dezember 2002 in **Tübingen** einen Brandanschlag auf vier Dienstkraftfahrzeuge des Hauptzollamts **Reutlingen**. An allen Fahrzeugen entstand Totalschaden in Höhe von insgesamt rund 35.000 Euro. Dazu gingen am 30. Dezember 2002 bei vier regionalen Tageszeitungen textidentische Selbstbeichtigungsschreiben ein. In dem Text mit der Überschrift „FÜR EINE ORGANISIERTE MILITANZ!“⁹⁵ hieß es, beim Zoll habe sich eine „NEUE EINHEIT“ mit polizeilichen Befugnissen zur „KONTROLLE UND STEUERUNG DER MIGRATIONSTRÖME“ gebildet. Sie richte sich „VOR ALLEM GEGEN ILLEGALISIERTE ARBEITER/INNEN UND DAMIT HAUPTSÄCHLICH GEGEN AUSLÄNDISCHE MENSCHEN“. Diese „POLIZEITRUPPE“ bekämpfe nicht in erster Linie die Unterneh-

⁹³ „break-out“ Nr. 5/2002, S. 5.

⁹⁴ Flugblatt zur Demonstration am 15. Juni 2002 im Dreiländereck Deutschland, Frankreich, Schweiz.

⁹⁵ Hier und im Folgenden: Übernahme wie im Original.

men „ALS DIE NUTZNIEßER UND PROFITEURE DER SOGENANNTEN ‚ILLEGALEN‘ BESCHÄFTIGUNG“, sondern ihre „RAZZIEN“ richteten sich „ZUM GROßTEIL GEGEN DIE MARGINALISIERTEN“ und seien „EIN WEITERES RAD IN DER ABSCHOT-TUNGSPOLITIK DER BRD UND EU“. Durch die „KRIMINALISIERUNG ILLEGALI-SIERTER BESCHÄFTIGTER“ werde die „EXISTENZ UNGESCHÜTZTER ARBEITS-VERHÄLTNISSE ERST ERMÖGLICHT“. Das Schreiben endete mit der Parole:

„GRENZEN SPRENGEN !
IM DENKEN UND HANDELN !“

5.5 „Antiglobalisierungsbewegung“

Linksextremistisch motivierter Protest gegen die Globalisierung richtete sich unverändert gegen *„die ungehemmte Umverteilung von unten nach oben. Global, total, radikal. Alle politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Hindernisse einer schrankenlosen Steigerung der Gewinne wollen sie beseitigen.“*⁹⁶ Jegliche positive Wirkung solcher weltumspannender Tendenzen wird von Linksextremisten bestritten. „Globalisierung“ bedeute, so formulierte die **„Rote Antifa Karlsruhe“ (RAK)**, wenn auch sehr plakativ, nichts anderes als *„Durch die westliche Zivilisation die Welt vermarkten!“* Die *„neoliberale Globalisierung“* fördere weder *„die Entwicklung, noch die gerechte Nutzung der Ressourcen, fördert keine Befreiung von Armut, sondern schafft dauernd neue Geographien von Armut und Ausbeutung.“*⁹⁷

Die mit dem Antiglobalisierungsprotest entstandene neue „soziale Bewegung“ ist für Linksextremisten von besonderem Interesse, da sie auf die Initiierung und Förderung von potenziellen Massenbewegungen abzielen, die geeignet sind, das bestehende System aus den Angeln zu heben. So formulierte beispielsweise der DKP-Vorsitzende Heinz STEHR in dem Zentralorgan der Partei, „Unsere Zeit“ (UZ):

„Kampf im Land und international - beides bedingt einander. Unter diesen Bedingungen gewinnen politische Bewegungen als Protest- oder Alternativ-

⁹⁶ Flugblatt des „Revolutionär Sozialistischen Bundes“ (RSB) **Mannheim**.

⁹⁷ „aus/Grenzen Auf/brechen. Flüchtlinge in der BRD“. Broschüre der „Roten Antifa Karlsruhe“, S. 11, 13.

bewegungen eine große Bedeutung. Die Bewegungen gegen den Abbau im Bildungswesen, im sozialen Bereich..., für Frieden, gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung ... sind eine große Chance. Neue Politisierungen in diesen Bewegungen sind von uns wahrzunehmen, daran ist anzuknüpfen durch Mitarbeit und Einbringen von Beiträgen.“⁹⁸

Die „globalisierungskritische“ Bewegung Attac ist dabei die für Linksextremisten derzeit ohne Zweifel attraktivste Gruppierung. Zum einen wegen ihres Selbstverständnisses als Teil einer außerparlamentarischen Bewegung, die nicht nur auf nationaler Ebene präsent ist, sondern sogar mit internationaler Dimension, und andererseits wegen ihres - zumindest derzeit noch anhaltenden - hohen Zulaufs und der großen Anziehungskraft für unterschiedlichste politische und gesellschaftliche Kräfte, darunter insbesondere junge Menschen. In Baden-Württemberg wurde im Februar 2002 ein sich als „*Plattform globalisierungskritischer Gruppen*“ verstehendes „**Social Forum Tübingen/Reutlingen**“ gegründet.

Obwohl solche globalisierungskritischen Zusammenschlüsse für sich genommen nicht linksextremistisch sind, erleichtern sie Linksextremisten durchaus Zugang, Mitarbeit und Einflussnahme. So wird auf eindeutige und verbindliche politische Aussagen bewusst verzichtet und statt dessen an „auslegungsfähigen“ Formulierungen festgehalten, die ein breites politisches Spektrum mit jeweils für sich unterschiedlicher Interpretation mittragen kann. Differierende politische Positionen bleiben nebeneinander bestehen. Das bedeutet etwa im Falle des „Social Forums Tübingen/Reutlingen“ - dass „*auf der einen Seite diejenigen, die sich die Verteidigung des fordistischen Wohlfahrtsstaates zur Aufgabe gemacht haben*“, stehen, und auf der anderen Seite diejenigen, die „*die Krise des Fordismus als Ausgangspunkt für eine umfassende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehen*.“⁹⁹ Eine eindeutige Distanzierung gibt es lediglich gegenüber Globalisierungskritikern „von rechts“. Die bewusste Tolerierung von Linksextremisten in den eigenen Reihen wird ergänzt durch eine mangelnde Abgrenzung gegenüber Extremis-

⁹⁸ UZ Nr. 26 vom 28. Juni 2002, S. 2.

⁹⁹ Linksextremistische Zeitung „analyse + kritik“ (ak) Nr. 463 vom 21. Juni 2002, S. 26.

Fordismus: Produktions- und Verteilungsweise, die auf Henry Ford und die 1914 von ihm erfundene Fließbandproduktion zurückgeht. Sie basiert auf der industriellen Massenerzeugung von Gebrauchsgütern unter rationellster Nutzung menschlicher Arbeitskraft.

ten auch nach außen. Schließlich sollte auch das zwiespältige Verhältnis zur Gewaltfrage zu Denken geben, wenn man sich weigert, „*sich ... in einen bösen und guten, militanten und konstruktiven Protest spalten zu lassen*“.

Diese prinzipielle Offenheit wissen Linksextremisten zu nutzen: Bezeichnenderweise verwandte die UZ in ihrer Sonderausgabe „UZ-Special“ als Titelüberschrift den ursprünglich von Attac „erfundenen“ Slogan „*Eine andere Welt ist möglich!*“ mit dem Zusatz „*Das denken auch wir Kommunistinnen und Kommunisten. Wir sind Teil der Bewegung und stellen auch dort unsere Vorstellungen einer ‚anderen‘, nämlich sozialistischen Zukunft zur Diskussion.*“¹⁰⁰ Analog der DKP hat auch die linksextremistisch beeinflusste VVN-BdA diesen Slogan übernommen. Im Hintergrund dieser von Attac anscheinend unwidersprochenen Verbreitung dürfte die Absicht von Linksextremisten stehen, diesen Slogan quasi als Identifikationsmedium für die angestrebte, einheitliche antikapitalistische Bewegung zu etablieren. Nicht minder interessant ist Attac indes auch für trotzkistische Gruppierungen wie dem „Linksruck“, der unter Anwendung der für Trotzlisten charakteristischen Entrismustaktik¹⁰¹ versucht, Einfluss zu gewinnen, aber auch für die PDS oder „Solidarität International“ (SI).

5.6 Antifaschismus

Die „klassische“ Antifaschismuserbeit, insbesondere der „autonomen Antifaschisten“, orientierte sich auch 2002 am Primärziel der Bekämpfung von „Nazis“ beziehungsweise der Verhinderung von „Faschoaufmärschen“. Wie das Beispiel der Gegendemonstration gegen eine Kundgebung von Rechtsextremisten in **Karlsruhe** am 15. Juni 2002 zeigte, sind solche Veranstaltungen immer wieder mit Gewaltanwendung verbunden: Im Anschluss an die genehmigte Demonstration wurden bei „spontanen“ Aktionen im Bereich des Hauptbahnhofs sowohl rechtsextremistische Demonstranten als auch Einsatzkräfte der Polizei direkt angegriffen, geschlagen und mit Gegenständen, u.a. Steinen, beworfen.

¹⁰⁰ „UZ-Special“, S. 1.

¹⁰¹ Entrismus: Eindringen in demokratische Organisationen, um so Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

In den gleichen Zusammenhang ist auch das Ziel eines „nazi-freien“ 1. Mai einzuordnen, der Verhinderung eines „Missbrauchs“ dieses traditionellen Feiertags der „Linken“ zu Zwecken rechtsextremistischer Propaganda. „*Nazis am 1. Mai im Doppelpack*“ gab es in Ludwigshafen beziehungsweise **Mannheim**. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) hatte geplant, tagsüber eine Kundgebung durch Ludwigshafen und am Abend einen Fackelzug in **Mannheim** zu veranstalten. Die Verhinderung des Umzugs zunächst in Ludwigshafen feierten linksextremistische „Antifaschisten“ als einen ihrer - wenigen - „Erfolge“. Dass die Rechtsextremisten schließlich immerhin, wenn auch stark eingeschränkt, im **Mannheimer** Stadtteil **Seckenheim** aufmarschieren konnten, war schließlich nur unter starkem Polizeischutz möglich. Zuvor schon, am 23. Februar 2002, hatten linksextremistische „Antifaschisten“ einen ähnlichen „Erfolg“ verbuchen können, indem die starke „Antifapräsenz“ den Ausschlag für den gelungenen Versuch der Polizei gab, den rechtsextremistischen „Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘, Pforzheim e.V.“¹⁰² von seinem geplanten Vorhaben eines Fackelmarsches auf den **Pforzheimer** Wartberg abzuhalten.

Zu einem „*wichtigen Fixpunkt linksradikaler Politik*“ ist das „*antifaschistische Straßenfest*“ am 30. April in **Heidelberg** geworden. Seitdem die **Heidelberger** Burschenschaften aufgrund der alljährlichen Protestaktionen von Linksextremisten auf das öffentliche Maiansingen weitestgehend verzichten, hat freilich auch das Interesse der Szene nachgelassen.

Die größte „antifaschistische“ Aktion des Jahres waren die vielfältigen Proteste gegen eine von der NPD angemeldete Demonstration („*Gegen Globalisierung und Meinungs-diktatur in der BRD - für ein freies Deutschland und Europa*“) am 14. September 2002 in **Freiburg**. Dort hatte sich ein vom Deutschen Gewerkschaftsbund initiiertes und von der Stadt Freiburg unterstütztes Aktionsbündnis „Für eine offene Stadt - gegen Fremdenhass und Rassenwahn“ u.a. erfolgreich die Verhinderung der NPD-Demonstration zum Ziel gesetzt. Dem Bündnis gehörten auch linksextremistische beziehungsweise linksextremistisch beeinflusste Organisationen wie die DKP, MLPD, PDS, der „Linksruck“ oder die VVN-BdA an.

¹⁰² Vgl. S. 59.

Stimmen aus der linksextremistischen Szene äußerten sich nach dieser Aktion im Internet „erfreut“, wengleich unterstellt wurde, es sei dabei eigentlich nur um das „saubere Image“ der Stadt Freiburg gegangen, da sich die „bürgerlichen“ Demokraten „in keinster Weise mit den Ursachen von Faschismus auseinandergesetzt und auch kein Wort über staatlichen Rassismus verloren“ hätten. Erst recht wurde die ausbleibende Solidarität mit von der Polizei eingekesselten Autonomen als Beweis dafür gewertet, „wie sehr faschistisches Verhalten eben nicht unbedingt nur von den kleinen, als ‚extremistisch‘ eingestuften Parteien ausgeht, sondern allen voran von der Staatsgewalt, die die ‚Gefahr‘ des rechten Extremismus (und damit zwangsläufig auch des linken) als willkommenen Anlass nimmt, um politischer Kritik mit der helfenden Hand ‚solidarischer‘ und ‚engagierter‘ Bürger den Hahn abzdrehen. Wenn euch also das nächste mal ein ‚gutmeinder‘ und ‚tolanter‘ Bürgermeister, Stadtrat oder Innenminister zu einem Bündnis gegen ‚Rechts‘ aufruft, versäumt es nicht Allen klarzumachen, dass wir uns ‚gegen jede Art von rechter Gewalt und Staatsgewalt‘ richten.“¹⁰³

Während Autonome ihre prinzipielle Gegnerschaft gegenüber dem Staat offen bekundeten und die gängige These wiederholten, der tendenziell faschistische deutsche Staat benutze den Kampf gegen Extremismus, um in Wahrheit gerade die „linke“ Opposition mundtot zu machen, fühlten sich linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen durch ihre Mitwirkung bei dem **Freiburger** Aktionsbündnis politisch aufgewertet. Die VVN-BdA bezeichnete die **Freiburger** Aktion als eine „durchweg gelungene“, die beispielhaft zeige, „was möglich ist, wenn der ‚Aufstand der Anständigen‘ auf den ‚Anstand der Zuständigen‘ trifft und dadurch verstärkt wird“. Sie sei ein „großartiges Beispiel auch dafür, dass große Bündnisbreite und inhaltliche Klarheit durchaus zusammen gehen können.“¹⁰⁴ Dies spielte auf die Tatsache an, dass in **Freiburg** erstmals eigene Zielsetzungen durch ein „bürgerliches“ Bündnis verwirklicht wurden. Bislang hatten ausschließlich „linke“ Gruppen für sich das „Verdienst“ beansprucht, aktiv Rechtsextremisten Widerstand entgegengesetzt zu haben. Hinzu trat der bündnispolitische Erfolg. Die Mitwirkung von Extremisten im **Freiburger** „Aktionsbündnis“ hat aus Sicht linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen Maßstäbe für künftige ähnliche Situationen gesetzt.

¹⁰³ Übernahme wie im Original.

¹⁰⁴ Onlineausgabe der „Antifa Nachrichten“ Nr. 4 vom Oktober 2002.

5.7 Proteste gegen Kernkraftnutzung

Der Versuch, das Rezept der Globalisierungsgegner, nämlich mit massenhaftem, spektakulärem Protest gegen politische Gipfelveranstaltungen Öffentlichkeitswirksamkeit zu entfalten, auch auf den Bereich der Kernkraft zu übertragen, hat sich bislang nicht ausgezahlt. Der Protest gegen die „Jahrestagung Kerntechnik“ vom 14. - 16. Mai 2002 in **Stuttgart** und damit gegen die „Spitzen der Atomindustrie“ fiel für die Veranstalter eher enttäuschend aus. Die Aktionstage waren von einem politisch breit gestreuten „Bündnis gegen das Atomforum“, in das auch Linksextremisten eingebunden waren, organisiert worden. Im Internet zitierte die „Linke Seite“ aus einem öffentlich gehaltenen Redebeitrag, in dem es u.a. hieß:

„Wir sind gegen das Atomforum! Und gegen die Atomenergie! Und gegen das System von Herrschaft und Verwertung, Zwang und Ausbeutung - Nur ohne das kann es ein Leben ohne Atomkraft und Ausbeutung, ohne Krieg und Arbeit... geben!“

In anderem Zusammenhang wurden die Proteste als „*Aktionstage gegen Herrschaft und Atomstaat*“ bezeichnet. Die „Revolutionäre Aktion Stuttgart“ (RAS) behauptete in einem Flugblatt unter dem Motto „*KAPITALISMUS ABSCHAFFEN! ATOMKRAFT ABSCHALTEN! ... das Atomforum ausschalten!*“:

„Umweltschutz muss letztendlich die Überwindung des Kapitalismus als Ziel haben.“

Die Anti-CASTOR-Bewegung im engeren Sinne zeigte deutliche Ermüdungserscheinungen. Die Kampagne „Trainstopping 2002“, die mit Protesten gegen einzelne Atommülltransporte die Kräfte bündeln sollte und deren Bestandteil auch die Aktivitäten gegen die **Stuttgarter** „Jahrestagung Kerntechnik“ waren, erfuhr nicht die erhoffte Resonanz.

Die - auch hier weitestgehend vergeblichen - Bemühungen, über das Herausstellen der globalen und militärischen Aspekte der Nutzung von Kernenergie Verbindung zu ande-

ren Protestbewegungen herzustellen, um auch deren Potenzial einbinden zu können, werden aus der folgenden Veröffentlichung deutlich:

„Aktionen gegen Atomtransporte sind ein gutes Mittel, unser politisches Interesse, die Abschaffung der zivilen und militärischen Atomenergienutzung, in die Öffentlichkeit zu tragen. Durch die europaweite Mobilisierung zu vier Atomtransporten in diesem Jahr wollen wir die globale Atomspirale in den Fokus der Öffentlichkeit stellen, da wir uns als Teil einer weltweiten Widerstandsbewegung gegen dieses menschenverachtende, hierarchische System verstehen.“¹⁰⁵

Lediglich vom CASTOR-Transport von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben am 12. und 13. November 2002 ging ein deutlicherer Mobilisierungseffekt aus. Der Zug konnte in **Mannheim** durch an die Gleise festgekettete Kernkraftgegner aufgehalten werden, passierte Baden-Württemberg ansonsten jedoch ohne nennenswerte Störungen. Insgesamt erreichten die Proteste auch hier bei weitem nicht mehr das Niveau vergangener Jahre.

¹⁰⁵ „neckarwestheimer anti-atom-info“ Nr. 36 vom 22. April 2002.

E. SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

1. Allgemeiner Überblick

Organisationen von Ausländern werden als extremistisch eingestuft und vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Hierzu zählen vor allem die islamistischen Gruppierungen, die verstärkt die Durchsetzung ihrer Weltanschauung in Deutschland anstreben und damit wesentliche Grundsätze unserer Verfassung außer Kraft setzen wollen. Der gesetzlichen Beobachtung unterliegen außerdem Bestrebungen, die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Heimatland angestrebt wird.

Anhänger extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Ausländerorganisationen in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2000 - 2002

	2000		2001		2002	
	Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund
Kurden (linksextremistisch)	960	12.400	960	12.350	910	11.850
Türken	6.840	40.200	6.930	40.600	6.900	38.950
hiervon: linksextremistisch	940	4.250	930	3.950	900	3.650
rechtsextremistisch	2.100	7.800	2.100	8.000	2.100	8.000
religiös-nationalistisch	3.800	28.150	3.900	28.650	3.900	27.300
Araber	465	3.250	495	3.250	505	3.300
hiervon: linksextremistisch	40	150	25	150	25	150
religiös-nationalistisch	425	3.100	470	3.100	480	3.150
Iraner	135	1.000	110	1.000	100	1.350
hiervon: linksextremistisch	110	900	110	900	100	1.300
religiös-nationalistisch	25	100	-	100	-	50
Sonstige	330	1.950	295	1.900	270	1.900
Gesamt	8.730	58.800	8.790	59.100	8.685	57.350

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2002

In Baden-Württemberg waren von den rund 1,253 Millionen¹⁰⁶ gemeldeten Ausländern 8.685 (2001: 8.790) Personen in Vereinigungen mit extremistischer oder terroristischer Zielsetzung aktiv. Dies entspricht einem konstanten Anteil von lediglich 0,69%. Nennenswerte Änderungen zwischen den einzelnen politischen Lagern ergaben sich im Lauf des Jahres 2002 nicht.

Ausländerextremistische Straftaten in Deutschland und Baden-Württemberg im Jahr 2002

	Baden-Württemberg ¹ 2002 (2001)	Bund ² 2002 (2001)
Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Ausländer insgesamt	102 (198)	845 (1.020)
davon: ausländerextremistische Straftaten	74 (143)	573 (511)

¹ Zahlen des LKA Baden-Württemberg

² Zahlen des Bundesministeriums des Innern

Grafik: LfV BW

Die Gesamtzahl der im Phänomenbereich Ausländer von Mitgliedern extremistischer Ausländerorganisationen verübten Straftaten sank 2002 auf bundesweit 845¹⁰⁷ (2001: 1.020). In Baden-Württemberg ging die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Phänomenbereich Ausländer auf 102¹⁰⁸ zurück (2001: 198). Davon entfielen 74 (2001: 143) auf Straftaten mit extremistischem Hintergrund.¹⁰⁹ Die Anzahl der Gewaltdelikte sank in diesem Bereich auf 13 (2001: 18). Ursächlich für die Halbierung der extremistischen Straftaten war im Wesentlichen der überproportionale Rückgang der Gesetzesverstöße im Zusammenhang mit den Reaktionen auf die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001. Außerdem sind die Vergehen mit Bezug zu der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beziehungsweise dem „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) weiter rückläufig.

¹⁰⁶ Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stand: 31. Dezember 2002.

¹⁰⁷ Quelle: Bundeskriminalamt, Stand: 31. März 2003.

¹⁰⁸ Quelle: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stand: 31. Januar 2003.

¹⁰⁹ Zu den Erfassungsmodalitäten der Straftaten mit extremistischem Hintergrund vgl. Teil B (S. 9).

Die aktuellen Zahlen spiegeln nur sehr eingeschränkt die von Islamisten begangenen Straftaten wider, da die Mehrzahl der Ermittlungsverfahren dem allgemein kriminellen Bereich zuzuordnen ist oder die umfangreichen Vorfeldermittlungen noch nicht abgeschlossen waren.

2. Organisationen aus dem arabischen Raum

2.1 Islamistische Szene in Baden-Württemberg

Nach Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg leben rund 1,253 Millionen ausländische Staatsangehörige in Baden-Württemberg.¹¹⁰ Da Personen islamischen Glaubens bisher unter der Rubrik „Verschiedene“ geführt und ausländische Staatsangehörige lediglich nach der Staats-, nicht aber nach der Religionszugehörigkeit erfasst werden, lässt sich keine genaue Zahl der Muslime ermitteln. Aus verschiedenen Quellen im Internet ergibt sich für das Jahr 2002 ein muslimischer Bevölkerungsanteil von 3 bis 4%. Damit dürften rund 315.000 bis 415.000 Muslime in Baden-Württemberg leben. Allerdings sagt diese Schätzung nicht aus, ob es sich bei diesen Personen um Menschen mit islamisch-kulturellem Hintergrund, bekennende Muslime oder Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften handelt.

Der Anteil der in Baden-Württemberg ansässigen Islamisten beträgt nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein bis zwei Prozent der Gesamtzahl aller Muslime. Derzeit werden rund 4.500 Personen dem **islamistischen Spektrum** zugerechnet.

Die islamistische Szene in Deutschland und auch in Baden-Württemberg ist in sich sehr unterschiedlich organisiert. Neben Strukturen, die sich im Rahmen des Vereinsgesetzes entwickelt haben, gibt es andere aktive Gruppierungen ohne eine vereinsrechtliche oder entsprechende Verankerung. Auch sind trotz tendenziell gemeinsamer weltanschaulicher Ausrichtung feine bis deutliche Unterschiede in der Ideologie und insbesondere im Akti-

¹¹⁰ Stand: 31. Dezember 2002.

onsfeld islamistischer Extremisten nicht zu übersehen. Dabei spielen Aspekte des Herkunftslandes, der Volkszugehörigkeit oder der „Konfession“¹¹¹ eine wichtige Rolle.

Charakteristisch für alle islamistischen Organisationen ist der allumfassende und absolute Anspruch, mit dem religiöse Anschauungen des Islam zur politischen Ideologie erhoben werden. Daraus folgern Anhänger des islamistischen Extremismus, dass Gesellschaftsmodelle der westlichen Welt in ihren Kernbereichen abzulehnen sind. Dagegen streben sie eine islamische Gesellschaftsordnung an, deren zentrales Merkmal die Einführung des islamischen Rechts, der **Scharia**, ist.

Ein weiteres wichtiges Spektrum islamistischer Organisationen repräsentieren jene Gruppen, die gesellschaftspolitische Veränderungen in ihren Herkunftsländern anstreben. Viele dieser islamistischen Organisationen, die auch in Baden-Württemberg mit eigenen Stützpunkten vertreten sind, haben ihren Ursprung in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Angehörige dieser Gruppierungen, die von Deutschland aus ihre jeweilige Heimatorganisation unterstützen, sind bestrebt, die aus ihrer Sicht zu sehr vom „Westen“ abhängigen Regierungen in ihren Heimatländern durch ein islamistisches Staatsgefüge zu ersetzen. Um ihr Ziel zu erreichen, greifen sie zu unterschiedlichen Mitteln bis hin zu Terrormaßnahmen und bewaffneten Aktionen, die als Teil des „Befreiungskampfs“ angesehen werden.

Für einen Großteil der Anhänger islamistischer Organisationen gilt, dass sie inzwischen in Deutschland fest ansässig, teilweise sogar deutsche Staatsbürger sind. Dementsprechend haben sie einen Strategiewechsel vorgenommen und konzentrieren sich immer stärker auf die Durchsetzung islamistischer Positionen in der Mehrheitsgesellschaft, wie zum Beispiel beim Schächtungsurteil¹¹² geschehen. Die Geltendmachung von behaupteten Grundrechtsverletzungen dient auch der öffentlichen Selbstdarstellung und wird von islamistischen Organisationen entsprechend unterstützt und befördert. Mitglieder

¹¹¹ Obgleich man nicht von „Konfessionen“ im christlichen Sinne sprechen kann, unterscheiden sich Muslime durch ihre Zugehörigkeit zu einer der zwei Hauptrichtungen: den Sunniten mit weltweit ca. 850 Millionen Gläubigen und den Schiiten mit etwa 150 Millionen Glaubensanhängern.

¹¹² Das Schächtungsurteil beruht auf der Verfassungsbeschwerde eines türkischen Metzgers islamischen Glaubens gegen die Versagung einer Ausnahmegenehmigung zum Schlachten warmblütiger Tiere ohne Betäubung („Schächten“) nach § 4a Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 Tierschutzgesetz. Das Bundesverfassungsgericht entschied in seinem Urteil vom 15. Januar 2002 (Az.: 1 BvR 1783/99) zugunsten des türkischen Metzgers und bejahte hiermit eine Grundrechtsverletzung aus Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz (Berufsfreiheit von Ausländern).

dieser Gruppierungen versuchen inzwischen immer stärker, auf verschiedenen Ebenen Einfluss zu nehmen, sei es in der Politik und in gesellschaftlichen Institutionen oder an Universitäten.

Die in den letzten Jahren spürbar gewachsene Anziehungskraft islamistischer Organisationen auf Zuwanderer muslimischen Glaubens geht vorrangig von deren Anspruch aus, neben spiritueller Leitung auch vorbildlich Sozialarbeit zu leisten. Der hier lebenden Minderheit wird darüber hinaus ein positives Selbstbildnis vermittelt, das eine besondere muslimische Identität schafft. Auf diese Weise soll eine zu weit gehende, mit religiöser Entfremdung einhergehende Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft verhindert werden. Daneben betrachten Anhänger islamistischer Gruppierungen den „Dialog“ mit der nicht-muslimischen Öffentlichkeit als eine Form der „Da‘wa“, also Missionstätigkeit¹¹³, und stehen ihm deshalb skeptisch bis ablehnend gegenüber.

2.2 Organisationen aus dem sunnitischen Bereich

Die einflussreichste sunnitische islamistische Organisation in Deutschland, die **„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)**, besteht bereits seit 1960 und unterhält auch in **Stuttgart** eine Zweigstelle. Die IGD hat bei der bereits 1928 gegründeten und international tätigen **„Muslimbruderschaft“ (MB)** ihre ideologische Heimat. Die Aktivitäten der MB im Gründungsland Ägypten, wo die Organisation gerade in 2002 trotz staatlicher Unterdrückung zunehmend an Einfluss und Gefolgschaft gewann, führten dort im September 2002 dazu, dass über 30 ihrer Anhänger verhaftet wurden, da sie das islamische Kalifat¹¹⁴ als Ersatz für das gegenwärtige Regierungssystem einführen wollten. In Saudi-Arabien, das wegen der nachhaltigen Unterstützung islamistischer Kreise starker Kritik ausgesetzt ist, wurde die MB offiziell als *„die Wurzel aller Probleme in Saudi-Arabien“* bezeichnet. Diese Gruppierung sei *„in der Vergangenheit zu stark*

¹¹³ Siehe auch S. 157.

¹¹⁴ Von Arabisch „khalifa“, das heißt Nachfolger, Stellvertreter. Hiermit ist der Nachfolger beziehungsweise Stellvertreter des Propheten Muhammad (arabische Schreibweise für Mohammed) gemeint. Die Institution selbst heißt auf Arabisch „khalifa“ (auf Türkisch „Hilafet“ und auf Deutsch „Kalifat“). Sie umfasst die Leitung der islamischen Gemeinde. Über die Eigenschaften, Befugnisse und Wege der Amtseinsetzung bestehen bei Sunniten und Schiiten unterschiedliche Auffassungen.

gefördert“ worden. Der Umstand, dass der Stellvertreter¹¹⁵ von Usama BIN LADIN der MB entstammen soll, scheint diese These zu unterstützen.

In Baden-Württemberg verfügt die MB über ca. 190 Mitglieder (2001: 190). Vier „Islamische Zentren“ (in **Stuttgart**, **Karlsruhe**, **Heilbronn** und **Ulm**) stehen unter ihrem Einfluss.

Die MB verfolgt ihre Interessen in der deutschen Gesellschaft über einen als „unabhängig“ bezeichneten Dachverband, den „**Zentralrat der Muslime in Deutschland**“ (ZMD) mit Sitz in Köln. Dies wurde einmal mehr durch eine als „Islamische Charta“ bezeichnete Grundsatzerklärung deutlich, in welcher der ZMD versuchte, die eigene Position zur deutschen Verfassung zu klären. Diese Charta wurde im Februar 2002 verabschiedet und kurz darauf der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie besteht aus 21 Thesen. Darunter finden sich theologische Schlagworte und politische Bekenntnisse. Außerdem werden Forderungen u.a. nach einer Einführung des islamischen Religionsunterrichts, der Beteiligung an den Medien sowie der Erlaubnis von lautsprecherverstärkten Gebetsrufen erhoben. Allerdings beinhaltet die „Islamische Charta“ - wohl bewusst - unscharfe, zum Teil mehrdeutige Formulierungen. So lässt sich der Verdacht nicht ausräumen, dass einige der vertretenen Positionen nicht oder nur bedingt mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind. So wird etwa die rechtliche Stellung der Muslime in These 10 der Charta folgendermaßen erläutert:

„Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora, sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten. In diesem Sinne gelten Visumserteilung, Aufenthaltsgenehmigung und Einbürgerung als Verträge, die von der muslimischen Minderheit einzuhalten sind.“

Mit „islamischem Recht“ ist nichts anderes als die Scharia gemeint, die über jeder anderen Rechtsordnung steht. Eine „lokale Rechtsordnung“ darf allenfalls zeitweilig befolgt werden. Das Spannungsverhältnis zwischen der (weltlichen) deutschen Grundordnung und der (islamischen) Scharia wird durch die in der „Islamischen Charta“ abgegebenen

¹¹⁵ Bei dieser Person handelt es sich um den Ägypter Dr. Ayman AL ZAWAHIRI, Stellvertreter von Usama BIN LADIN in der „Al-Qaida“, vgl. S. 129ff.

Erklärungen keineswegs gelöst. Die angebotene rechtliche Hilfskonstruktion könnte ohnehin allenfalls für Muslime Geltung beanspruchen, die sich lediglich vorübergehend in Deutschland aufhalten. Wesentliche Unstimmigkeiten bleiben ungeklärt. Stattdessen bestimmen ausweichende Stellungnahmen zahlreiche Artikel der Charta. In These 13 heißt es etwa:

„Zwischen den im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechten und dem Kernbestand der westlichen Menschenrechtserklärung besteht kein Widerspruch.“

Problematisch bleiben nach dieser Aussage aber weiterhin das Verbot des Glaubensabfalls¹¹⁶ im Koran und die dort ebenfalls festgesetzten drakonischen Körperstrafen für Kapitalverbrechen. Ungelöste Widersprüche beinhalten auch diejenigen Positionen der „Islamischen Charta“, die sich auf den Gleichheitsgrundsatz zwischen Mann und Frau beziehen. So wird in These 6 lediglich betont:

„Der Muslim und die Muslima haben die gleiche Lebensaufgabe.“

Von gleichen Rechten ist dagegen in der gesamten Erklärung nicht die Rede. Die Anerkennung der Gleichheit von Mann und Frau, wie sie im Grundgesetz festgehalten ist, verträgt sich nämlich nicht mit der Auffassung des Korans, der zufolge die Männer über die Frauen gestellt werden.

Mit der Aussage *„Wir zielen nicht auf Herstellung eines klerikalen ‚Gottesstaates‘ ab“* (These 12) bleibt ebenso die Frage offen, welches System der ZMD für die Muslime Deutschlands vorsieht. Kritik an den ungenauen Formulierungen der „Islamischen Charta“ wurde nicht zuletzt aus den eigenen Reihen geübt. Dadurch lässt sich der Verdacht erst recht nicht ausräumen, hier würde eine andere als die hiesige Gesellschaftsordnung angestrebt, dies aber bewusst verschleiert. In der deutschsprachigen Zeitschrift „Al-Islam“, die vom „Islamischen Zentrum München“ herausgegeben wird, das wieder-

¹¹⁶ Die Möglichkeit eines Abfalls vom Glauben ist im Islam grundsätzlich nicht vorgesehen. Der Koran sieht dafür die Todesstrafe vor.

rum selbst Mitglied im ZMD ist, wurde nämlich Stellung zur Beteuerung bezogen, man ziele nicht auf die Errichtung eines Gottesstaats ab:

„Aber niemand wird ernsthaft glauben, was der Zentralrat hier vorträgt. An der Forderung des Korans, danach zu streben, dass nach Allahs Wort zu entscheiden ist (...) kann kein Zweifel bestehen. Mit seinem ‚Begrüßen‘ des Systems der Bundesrepublik Deutschland wo ‚Staat und Religion harmonisch aufeinander bezogen sind‘ rückt der Zentralrat aber eindeutig von dieser koranischen Maßgabe ab und stellt sich auf die Seite derjenigen, die mit dem ‚harmonischen Bezug‘ zwischen Staat und Religion die säkulare Gesellschaft meinen. Natürlich anerkennt jeder Mensch, der in Deutschland lebt, die Tatsache als Realität an, dass er hier in einer säkularen Demokratie lebt. Aber das bedeutet doch nicht, wie der ZMD es hier behauptet, dass damit diese Tatsache und Realität als begrüßenswert oder gar erstrebenswert anerkannt wird. Im Gegenteil ist diese Einsicht für die Muslime ein Ansporn, sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, diese Gesellschaft in eine islamgemäße umzuwandeln. (...) Es ist gelinde gesagt, zumindest unfair, die Menschen, mit denen man hierzulande zusammenlebt, darüber hinwegzutäuschen, wie das hier versucht wird.“¹¹⁷

Die „Islamischen Zentren“ wie hier das „Islamische Zentrum München“ verbreiten zum Teil eigene Schriftenreihen. Das Islamverständnis, das dort zugrundegelegt wird, sieht den Islam als alle Lebensbereiche umfassend an. In einem Faltblatt des „Islamischen Zentrums München“ heißt es:

„Er (der Islam) erweitert den geistigen Horizont des individuellen und des gemeinschaftlichen Lebens des Menschen - seine häuslichen Beziehungen, sein Verhalten als Mitglied der Gesellschaft und seine Aktivitäten auf politischem, wirtschaftlichem, juristischem, erzieherischem und sozialem Gebiet. Er erstreckt sich von zu Hause bis hin zur Gesellschaft, vom Esstisch bis zu den Schlachtfeldern und den Friedenskonferenzen, buchstäblich von der

¹¹⁷ „Al-Islam“. Zeitschrift von Muslimen in Deutschland, Nr. 2/2002, S. 14, Übernahme wie im Original.

Wiege bis zur Bahre.“

In diesem Flugblatt wird neben dem allumfassenden Anspruch gleichzeitig die Vormachtstellung erwähnt, die dem Islam und seinen Anhängern zukommt:

„Der Islam sieht für die Menschen eine Lebensweise vor, die auf dem Guten begründet und von allem Übel frei ist. Er veranlasst die Menschen nicht nur, Tugend zu praktizieren, sondern die Tugend auch durchzusetzen und Untugend auszurotten, Gutes zu gebieten und Verwerfliches zu verbieten. Nach dem Willen des Islam soll das Urteil des Gewissens die Oberhand gewinnen und die Tugend darf nicht unterdrückt und nach dem Übel die Nebenrolle spielen. Diejenigen, die diesem Ruf folgen, sind in einer Gemeinschaft (Ummah) zusammengeschlossen und werden Muslime genannt. Und das einzige Ziel, das der Gründung dieser Gemeinschaft zugrunde liegt ist, dass sie eine organisierte Anstrengung unternehmen sollte, um die Tugend durchzusetzen und geltend zu machen, und das Übel zu verwehren und auszurotten.“¹¹⁸

Der Betonung der Pflichten des Individuums entspricht die Pflicht der Gemeinschaft, das Individuum in allen Bereichen auf den richtigen Weg zu bringen. Dies geschieht innerhalb des Rahmens eines islamischen Staats. Individuelle Freiheitsrechte bestehen nicht. Diese werden vielmehr als „Rechte gegen den Staat“ aufgefasst.

Welches ideologische Erbe die Gründer der „Islamischen Zentren“ antreten, wird deutlich, wenn man die einschlägigen Internetseiten mit Bezug zu diesen Organisationen heranzieht. Über die frühen Konvertiten, das heißt die zum Islam Übergetretenen, und deren arabische Lehrer in Deutschland ist ein Bericht zu finden, der als ein offenes Bekenntnis zum Ägypter Hasan al-Banna (1906-1949), dem Gründer und Führer der MB, und zu seiner Weltanschauung zu lesen ist. Er wird darin als herausragende Persönlichkeit, als Leitfigur dargestellt:

¹¹⁸ Übernahme wie im Original.

„Sie hatten sich als Gymnasiasten dazu entschlossen, praktizierende Muslime zu sein und sie hatten sich in diesem Zuge vom Islam erziehen lassen. Ihr Lehrer (Murschid) war Hassan al-Banna. Da ich an ihrem Leben und ihren Idealen partizipierte, betrachte ich uns heute gemeinsam als die Söhne von Hassan al-Banna.“¹¹⁹

Bis heute finden die „Sendschreiben“ al-Bannas in Form offener Briefe weite Verbreitung bei Islamisten. In den Kernpunkten basiert seine Theorie auf dem Islam, der als ein auf sich selbst beruhendes umfassendes System dargestellt wird. Dieses basiere auf dem Koran und der Sunna¹²⁰. Es sei unabhängig von Zeit und Ort anwendbar und auf keine bestimmte Staatsform festgelegt.

Dass Hasan al-Banna nichts an einer demokratischen Ordnung lag, wird mit einem Blick in die „Sendschreiben“ klar. Als wichtigste Ziele *„der auf den wahren Geist des Islam gegründeten Reform“* formulierte er:

„1) Beendigung des Parteienwesens und Orientierung der politischen Kräfte der Nation in einer Richtung als einer einzigen Front. 2) Reform des Rechts in dem Sinn, dass es mit der islamischen Gesetzgebung in allen ihren Ableitungen in Einklang steht. 3) Stärkung der Armee und Erhöhung der Zahl der Jugendabteilungen; moralische Aufrüstung der Jugend auf der Grundlage des Dschihad.“¹²¹

Als Ziele, die im Bereich des Sozialen und der Bildung liegen, nannte al-Banna:

„1) Gewöhnung des Volkes an die Respektierung der öffentlichen Sitten; Aufstellung diesbezüglicher Instruktionen unter dem Schutz des Gesetzes und Verschärfung der Strafen für moralische Vergehen. (...) 6) Erziehung

¹¹⁹ Übernahme wie im Original.

¹²⁰ Die von islamischen Gelehrten gesammelten und als maßgebende Richtschnur für Muslime dienenden Überlieferungen aus dem Leben des Propheten Muhammad. Hierzu zählen seine Aussprüche und Handlungen sowie seine Duldung von Handlungen anderer.

¹²¹ Auszüge aus Hasan al-Banna, Nahwa an-nur („Aufbruch zum Licht“), in: Andreas Meier: Der politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der arabischen Welt. Wuppertal 1994, S. 180.

*der Frauen in den Regeln weiblichen Anstandes, um das flirt- und gefallsüchtige Verhalten zu unterbinden. (...) 27) Beendigung der ausländischen Verfremdung in den Haushalten im Blick auf Sprache, Sitten, Kleidung, Kinder mädchen, Ammen usw.*¹²²

Eine Rückbesinnung auf islamistische Vordenker wie al-Banna oder den pakistanischen Gründer und Führer der „Djamaat-e Islami“ (Islamische Gemeinschaft), Abu'l Ala al-Maududi (1903-1979), zieht sich wie ein roter Faden durch die Argumentationslinie der heutigen Vertreter der MB. Auf den Flugblättern des „Islamischen Zentrums München“ finden sich zahlreiche Literaturverweise auf die Vordenker des Islamismus, so auch auf Abu'l Ala al-Maududi. Dieser vertritt mit seinem Konzept der „Hakimiyat Allah“ (Herrschaft Gottes) ein System totalitärer Herrschaft.

*„Die Souveränität in ihrem vollen Sinn kommt allein Gott zu. (...) Kein anderer als er allein darf mit Recht beanspruchen, der ursprüngliche Souverän zu sein. (...) Zwar hat Gott die Menschen unter bestimmten Bedingungen zur Ausübung seiner göttlichen Souveränität mittels der politischen Gewalt ermächtigt, doch handelt es sich hierbei immer nur um die treuhänderische Ermächtigung der Menschen zur Wahrnehmung des göttlichen Rechtes, ohne dass der Grundsatz der ausschließlichen Souveränität Gottes als solcher angetastet wird. (...) Jedoch besteht der Unterschied zwischen uns und ihnen darin, dass sie ihr Verständnis der Demokratie auf das Prinzip ungezügelter Freiheit des Menschen gründen, während wir glauben, dass das demokratische Kalifat an das Gesetz Gottes gebunden ist.“*¹²³

Neben den „Klassikern“ des Islamismus kursieren auch revisionistische Werke wie die des französischen Philosophen Roger GARAUDY in den Reihen von Islamisten in Deutschland. Großer Beliebtheit erfreut sich vor allem sein antiisraelisches Buch „Der Fall Israel“¹²⁴, das im Umfeld der „Islamischen Zentren“ ins Arabische übersetzt und verbreitet wurde. Es bietet Islamisten Zündstoff in der Nahostproblematik und greift

¹²² Ebd., S. 181.

¹²³ Abu'l Ala al-Maududi, Vorlesung über islamisches Staatsrecht in Marrakesch (1952), in: Andreas Meier, a.a.O., S. 189-193.

¹²⁴ Roger Garaudy, Der Fall Israel. Diepholz: dialogpress, ohne Jahresangabe.

antisemitische Denkmuster auf. Unmissverständlich heißt es im Schlusswort dieses Buchs:

„Der zionistische Staat Israel hat da, wo er sich eingenistet hat, keinerlei Legitimität: weder historische noch biblische noch juristische noch moralische: Sein inneres und äußeres Verhalten (Rassismus, Expansionismus, Staatsterrorismus), im Grunde ein Staat wie andere, sogar einer der schlimmsten, vergleichbar mit denen, denen er am engsten verbunden ist (...).“¹²⁵

Zu der MB ist auch die „Harakat **Al-Muqawama Al-Isamiya**“ zu zählen, abgekürzt **HAMAS**¹²⁶ („**Bewegung des islamischen Widerstands**“), die hierzulande unter den Bezeichnungen „**Islamischer Bund Palästinas e.V.**“ (**IBP**) und „**Al-Aqsa e.V.**“ in Erscheinung tritt. Auch wenn beide Organisationen bisher immer den Bezug zur HAMAS bestritten haben, hat der Bundesminister des Innern im August 2002 den „Al-Aqsa e.V.“ (Sitz: Aachen) mit der Begründung verboten, dass der Verein unter dem Deckmantel angeblicher humanitärer Ziele Spenden sammelte, um damit Gewalt und Terror im Nahen Osten zu unterstützen. Mit der Unterstützung politischer Gefangener und insbesondere so genannter Märtyrerfamilien förderte der Verein die Bereitschaft zu Selbstmordattentaten, da potenzielle Attentäter so sicher sein konnten, dass Hinterbliebene versorgt würden.

Zahlreiche Anschläge in Israel gehen auf das Konto der HAMAS, die den bewaffneten Kampf auch weiterhin als legitimes Mittel zur Vertreibung der israelischen Besatzung ansieht und jegliche israelisch-palästinensische Friedensverhandlungen ablehnt. Wie viele andere islamistische Organisationen nutzt die HAMAS das Internet intensiv für eigene Ziele. Im November 2002 erklärte die Organisation jüdischen Websites sogar den „elektronischen Dihad“¹²⁷. Durch Botschaften in arabischer Sprache wies sie ihre Mitglieder an, wie diese entsprechende Seiten „hacken“ könnten.

¹²⁵ Ebd., S. 166. Übernahme wie im Original.

¹²⁶ HAMAS ist ein Akronym. Die Anfangsbuchstaben der Wörter formen einen neuen Begriff: „Eifer“.

¹²⁷ Dihad: Allumfassende Anstrengung für die Sache Gottes, nach der enggefassten islamistischen Lehrmeinung konzentriert sich diese Bemühung auf den Einsatz von Gewalt; siehe auch S. 136ff.

Zu den Vertretern algerischer Islamisten, deren Ursprünge ebenfalls auf das ideologische Wirken der MB zurückgehen, zählen die „**Islamische Heilsfront**“ (**FIS**), ihr bewaffneter Arm „**Islamische Armee der Errettung**“ (**AIS**) sowie die wegen ihrer unkontrollierten Gewalt an der Zivilbevölkerung in Erscheinung getretene „**Islamische Bewaffnete Gruppe**“ (**GIA**). Während die AIS jedoch 1999 die Waffen niederlegte, setzen die GIA und die sich aus GIA-Anhängern rekrutierende „**Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf**“ (**GSPC**) das Morden in Algerien bis heute fort.¹²⁸

Der tunesische Ableger der MB, „**An-Nahda**“ („**Bewegung der Erneuerung**“), sowie die ägyptische Organisation „**Al-Djamaa al-Islamiya**“ („**Islamische Gruppe**) sind in Deutschland nur durch Einzelpersonen vertreten.

Die „**Hizb at-Tahrir**“ („**Partei der Befreiung**“) ist besonders in Studentenkreisen aktiv und macht in Baden-Württemberg vor allem mit Flugblattaktionen auf sich aufmerksam. Anfang 2002 war als Überschrift eines der Schreiben, das auch auf der Homepage der Organisation im Internet abgerufen werden konnte, die Koransure 2, Vers 191 zu lesen:

„Und tötet sie, wo immer Ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie Euch vertrieben haben!“

Dieser mit einem Koranzitat legitimierte Aufruf zum Mord richtete sich gegen „*die Juden*“, von denen es im nachfolgenden Text hieß:

„Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wort-sinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte der anderen, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen. Allah (...) untersagte uns, sie zu Freunden zu nehmen...“

Hier wird besonders deutlich, dass diese Art von Propaganda gegen den Staat Israel mit starken antijüdischen Vorstellungen einhergeht. Anlass für eine derartig religiös verbräm-

¹²⁸ Bei dem seit fünf Jahren schwersten Anschlag starben am 5. Januar 2003 mehr als 40 algerische Soldaten bei einem Überfall im Aures-Gebirge.

te und undifferenzierte Polemik war für die „Hizb at-Tahrir“ die neuerliche Eskalation der Gewalt in Palästina. Die Selbstmordattentate der Palästinenser bezeichnete die „Hizb at-Tahrir“ im selben Text dagegen als „*islamisch legitim*“. Diese Aussage steht im klaren Widerspruch zu dem durch mehrfache Beteuerungen erwähnten offiziellen Gewaltverzicht der Gruppierung.

Die scharfe Hetze gegen den Staat Israel und die antijüdische Propaganda, die in den obigen Zitaten erkennbar werden, nahm der Bundesminister des Innern zum Anlass, am 10. Januar 2003 ein Betätigungsverbot zu verfügen, das die Publikation von Zeitschriften einschließt. Am 15. Januar durchsuchten daraufhin Polizeibeamte 30 Wohnungen mutmaßlicher Mitglieder der Organisation in Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen und beschlagnahmten u.a. Propagandamaterial und Computer.

In ihren Publikationen, der deutschsprachige Zeitschrift „explizit“, der arabischsprachigen „Al-Wai“ (Das Bewusstsein) sowie der auf Türkisch erscheinenden „Hilafet“ (Kalifat) fordert die „Hizb at-Tahrir“ immer wieder die Einführung der Scharia, des Kalifats und der islamischen Lebensweise. Ein weiteres Ziel der Organisation ist die Auslöschung des Staats Israel. In dem Presseorgan „explizit“, das auch im Internet veröffentlicht wird, erging an die Muslime der Aufruf:

„Es ist eure unbedingte Pflicht, der blindwütigen und vampirischen Existenz der Juden ein Ende zu bereiten.“

Weiter hieß es dort:

„Dieser zionistische Fremdkörper im Herzen der islamischen Welt darf unter keinen Umständen bestehen bleiben.“

Unverhohlen fordert die „Hizb at-Tahrir“ im Rahmen ihrer Veranstaltungen und in ihren Schriften zum Dihad gegen „*die gewalttätigen Juden*“ auf, „*ebenso wie gegen jeden, der sie in ihrer Feindseligkeit unterstützt.*“

Antijüdische sowie antiamerikanische Haltungen vereinen Islamisten und deutsche Rechtsextremisten, wie sich bei einem Vortrag eines Vertreters der „Hizb at-Tahrir“ an der Technischen Universität Berlin am 27. Oktober 2002 zeigte. Dort zog die Organisation die Aufmerksamkeit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD)¹²⁹, deren Anwalt Horst MAHLER und Vorsitzender Udo VOIGT anwesend waren, auf sich. Im Vordergrund des Vortrags standen die Irak-Politik und der Konflikt in Palästina. Der Redner wörtlich:

„Es ist eine göttliche Pflicht, Palästina vollständig zu befreien, ohne einen Fußbreit übrig zu lassen. (...) In Deutschland oder in einem anderen Land sind diese Aktionen (Selbstmordanschläge) verboten, denn der Islam lehnt ja Gewalt gegen Zivilisten ab, aber in Israel gibt es keine Zivilisten. Alle, Frauen und Männer, sind Teil des Militärs, und die Gründung des Staats Israel war ein Akt der Aggression. (...) Ein Anschlag auf eine Institution, in der sich Erwachsene befinden, ist ein Akt der Selbstverteidigung. Wenn dabei Kinder sterben, tragen deren Eltern dafür die Verantwortung.“¹³⁰

Nach Darstellung des NPD-Vorsitzenden VOIGT *„waren unsere Ansichten, was die Einschätzung der Thematik angeht, fast deckungsgleich. (...) Wir kamen als Fremde und gingen als Freunde!“¹³¹*

Aus Sicht der „Hizb at-Tahrir“ gründet sich das Regieren im Westen auf „*Unglauben*“ und „*Sünde*“, weshalb es sich für Muslime verbiete, dort an Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeinderatswahlen teilzunehmen.

2.3 Organisationen aus dem schiitischen Bereich

Die islamistischen Organisationen im schiitischen Bereich sind in Deutschland mit den **„Gruppen des libanesischen Widerstands“ (Amal)** und der **„Hizb Allah“ („Partei Gottes“)** vertreten. Beide Organisationen spielen eine Rolle in der libanesischen Politik,

¹²⁹ Vgl. Teil C Kap. 5, S. 41ff.

¹³⁰ Interview des Redners mit dem Berliner Lokalsender AYPATV.

¹³¹ „Deutsche Stimme“ Nr. 12 vom Dezember 2002.

wobei sich insbesondere die bedeutendere „Hizb Allah“ mit ihrem militärischen Arm **„Al-Muqawama al-Islamiya“ („Islamischer Widerstand“)** als wichtigste politische und militärische Kraft im südlichen Libanon etabliert hat. Aufgrund ihres sozialen Engagements besitzt die „Hizb Allah“ starken Rückhalt in der libanesischen Bevölkerung. Vor allem die ärmeren Schichten im Libanon profitieren von den zahlreichen sozialen Einrichtungen und Infrastrukturprojekten, welche die „Hizb Allah“ schuf. Sogar der libanesisch-präsident Lahoud bekannte sich offen zu seiner Unterstützung für die „Hizb Allah“. In einem Spiegel-Interview¹³² bezeichnete er das Recht auf Widerstand als *„nationales Recht“* und als *„Bürgerpflicht“*. Außerdem stehe, so Lahoud, ohnehin die gesamte Bevölkerung hinter der Widerstandsbewegung der „Hizb Allah“.

Diese hat den bewaffneten Kampf zwar ausdrücklich auf das Heimatland beschränkt. Doch in einem Interview mit der in London erscheinenden arabischen Zeitung Al-Sharq Al-Awsat¹³³ (Der Mittlere Osten) sagte der Führer der „Hizb Allah“, Hassan NASRALLAH, dass die Organisation es sich nicht nehmen ließe, das palästinensische Volk zu unterstützen. Für den Fall, dass [der israelische Ministerpräsident] Sharon damit beginne, die Palästinenser von der West-Bank zu vertreiben, stehe die „Hizb Allah“ bereit und werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um Israel Widerstand zu leisten. Die Eröffnung einer *„zweiten Front“* im Südlibanon diene dann dazu, dem *„israelischen Feind“* möglichst hohe Kosten und Verluste zu verursachen.

Finanzielle Unterstützung und militärische Ausbildung erhält die „Hizb Allah“ unvermindert aus dem Iran, der die Organisation auch politisch steuert. Neben dem regulären Budget, das die „Hizb Allah“ aus dem Iran bezieht, übermitteln religiöse, wirtschaftliche und Regierungsorganisationen im Iran wie beispielsweise „Al-Shahid“ (der Märtyrer), „Imdad Al-Imam“ (Imam-Hilfe) und „Al-Mostazafin“ (die Bedürftigen) monatlich große Beträge an die Angehörigen von „Märtyrern“ aus den Reihen der „Hizb Allah“ sowie an ihre Verwundeten und Versehrten.¹³⁴ Es ist davon auszugehen, dass Organisationen wie das in Baden-Württemberg vertretene „Waisenkinderprojekt Libanon e.V.“ ebenfalls

¹³² DER SPIEGEL Nr. 19/2002 vom 6. Mai 2002.

¹³³ Al-Sharq Al-Awsat vom 9. April 2002.

¹³⁴ Al-Sharq Al-Awsat vom 8. Juni 2002.

im Sinne der „Hizb Allah“ Gelder sammeln und diese in den Libanon transferieren.

Im Ausland versucht sich die seit 1992 parlamentarisch wirkende Partei vom Geruch einer „Terrororganisation“ zu befreien. Dennoch gab es im Mai 2002 Berichte über eine geheime Zusammenkunft, die Mitglieder der „Hizb Allah“ gemeinsam mit Führern der „HAMAS“ und der „Al-Qaida“ in der Bekaa-Ebene im Libanon abgehalten haben sollen, um Angriffe u.a. gegen die USA und Großbritannien zu planen. Die „HAMAS“ sowie der libanesischer Informationsminister dementierten diese Darstellungen nachdrücklich.¹³⁵

Am 13. April 2002 nahmen etwa 50 Mitglieder der „Hizb Allah“ an einer Demonstration in **Mannheim** teil, die vom dort ansässigen „Islamischen Arbeiterverein e.V.“ organisiert wurde und insgesamt ruhig verlief. Allerdings wurde aus einer Protestkundgebung gegen den Krieg im Nahen Osten schnell eine antiisraelische Veranstaltung. Anhänger der „Hizb Allah“ störten die friedliche Kundgebung durch Zwischenrufe von „Hizb Allah“-Parolen zum Teil massiv. Außerdem hatte die Organisation einen ihrer Wortführer ans Rednerpult geschickt und einem der offiziellen Redner das Mikrofon entrissen. Dieser musste sich schließlich vor dem gesamten Publikum für seine vorherige „Hizb-Allah“-kritische Äußerung entschuldigen, um mit der Rede fortfahren zu können. Seine Kritik hatte sich vor allem darauf bezogen, dass die „Hizb Allah“ als militante Gruppierung auf dem Demonstrationzug mit ihren organisationseigenen Fahnen (grüne Kalaschnikow in gereckter Faust auf gelbem Grund) sowie Fotos ihrer Führer Muhammad Husain FADLALLAH und Hassan NASRALLAH auftrat. Während der gesamten Veranstaltung skandierten Anhänger der „Hizb Allah“ nahezu ununterbrochen gewaltverherrlichende und antisemitische Parolen beziehungsweise führten entsprechende Transparente mit sich („*Gestern Hitler, heute Sharon*“, „*Israel Kindermörder*“, „*Terrorist USA*“, „*Weder östlich noch westlich, Palästina ist islamisch*“).

Die politischen Aktivitäten der „Hizb Allah“ in Deutschland zeigten sich außerdem an den Reisebewegungen libanesischer Geistlicher, die anlässlich zahlreicher „Aschura-

¹³⁵ Al-Sharq Al-Awsat vom 22. Mai 2002.

Feiern“¹³⁶ und des Quds-Tags¹³⁷ schiitische Gemeinden im gesamten Bundesgebiet besuchten. Darüber hinaus warben die „Hizb Allah“-Presseorgane „Ar-Risala“ (die Botschaft) und „Al-Ahd / al-Intiqad“ (die Verpflichtung / die Kritik) für die weltweit stattfindenden Veranstaltungen mit den Predigern.

Beim „Quds-Tag“ am 30. November 2002 demonstrierten etwa 1.200 Anhänger der „Hizb Allah“ in Berlin gegen die israelische Politik in den besetzten Gebieten Palästinas. Im Verlauf dieser Veranstaltung wurden amerika- und israelfeindliche Parolen skandiert. Mit ihren Rufen forderten die Demonstrationsteilnehmer u.a. *„Keine Milliardenwiedergutmachung an Israel!“*.

Im Einzugsbereich der Städte **Freiburg**, **Mannheim** und **Stuttgart** befinden sich unverändert die Schwerpunkte der „Hizb Allah“ in Baden-Württemberg, der hier ungefähr 90 Personen zuzurechnen sind.

2.4 Islamistischer Terrorismus

2.4.1 Geistige Grundlagen

Seit dem 11. September 2001 ist bei den Anschlagzielen islamistischer Gruppierungen eine deutliche Akzentverschiebung festzustellen. Sie beschränken sich nicht mehr auf den Nahen Osten und andere Krisengebiete. Der Schwerpunkt in der ideologischen Begründung der Anschläge liegt mehr denn je auf einem von Islamisten wahrgenommenen Interessenkonflikt zwischen „dem Westen“, in erster Linie vertreten durch die Vereinigten Staaten, Israel und Großbritannien, und „dem Islam“. Neu ist dieses Phänomen nicht, im Gegenteil, diese Vorstellung wurde gerade von Islamisten seit Jahrzehnten gepflegt. Die Mudjahidin¹³⁸ und ihre Sympathisanten treten für eine gewaltsame Bekämpfung des Westens und seiner Werte ein. Dieser Kampf beschränkt sich

¹³⁶ Jahrestag des „Märtyrer“-Tods Husains bei Kerbela im heutigen Irak im Jahr 680.

¹³⁷ Eine *„traditionelle Demonstration zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk in seinem Befreiungskampf gegen die zionistische Besatzungsmacht“*. Der „Quds-Tag“ wurde vom iranischen Revolutionsführer Khomeini begründet.

¹³⁸ Arabische Schreibweise, vgl. S. 189. Mudjahid (Singular), der arabische Plural lautet Mudjahidun. Aufgrund sprachlicher Eigenheiten in Afghanistan hat sich daneben der Begriff Mudjahidin eingebürgert, zu Deutsch „Kämpfer für den Glauben“.

nicht nur auf die islamischen Krisengebiete wie Afghanistan, Kaschmir, Tschetschenien und Bosnien-Herzegowina, sondern schließt auch gezielte Anschläge etwa auf Militäreinrichtungen der Vereinigten Staaten oder auf israelische und westliche Touristen in der ganzen Welt mit ein. Die Ablehnung des westlichen Einflusses geht so weit, dass Islamisten Teile der Gesellschaft in ihren islamisch geprägten Ländern als „verwestlicht oder vom Westen vergiftet“ betrachten. So heißt es in einem einschlägigen Handbuch für die Ausbildung von Kämpfern in der programmatischen Einleitung:

„Der Kolonialismus und seine Anhänger, die vom Glauben abgefallenen Regierenden, haben damals ganz offen Kreuzfahrer-Zentren eröffnet: Gesellschaften und Organisationen wie die Freimaurerlogen, Lions- und Rotary-Klubs und ausländische Schulen. Sie beabsichtigten damit, eine verlorene Jugend hervorzubringen, die alles anstrebt, was westlich ist und sie brachten Regierende, Minister, Führer, Ärzte, Ingenieure, Geschäftsleute, Politiker, Journalisten und Computerspezialisten hervor. [Koranzitat:] ‚Gottes Feinde intrigierten und planten, und Gott plante auch, und der Beste aller Planer ist Gott.‘“

Diesen westlichen Einfluss wollen die Mudjahidin beenden. Über ihre bevorzugten Mittel lassen sie niemanden im Zweifel:

„Die Konfrontation mit diesen gottlosen und vom Glauben abgefallenen Regimen, zu der der Islam aufruft, kennt weder sokratische Debatten, platonische Ideale noch aristotelische Diplomatie. Aber sie kennt den Dialog der Kugeln, die Ideale des Mordanschlags, des Bombens, der Zerstörung und der Diplomatie der Kanone und der Maschinenpistole. (...)

Islamische Regierungen wurden nie und werden nie durch friedliche Lösungen und Beraterstäbe etabliert. Sie etablieren sich seit jeher durch Stift und Pistole, durch das Wort und die Kugel, durch Zunge und Zähne.“

Der Begriff „Mudjahidin“ wird in diesem Zusammenhang für Personen verwandt, die in islamischen Krisengebieten auf der Seite ihrer Glaubensbrüder kämpfen. Die Mudjahidin

erhielten ihr Militärtraining u.a. in sudanesischen, pakistanischen und afghanischen Ausbildungslagern, einhergehend mit einer religiös-ideologischen Indoktrinierung. Das Islamverständnis der Mudjahidin zeigt exemplarisch die Aussage eines Angeklagten, der Ende 2002 wegen mutmaßlicher Unterstützung der Attentäter vom 11. September 2001 in Hamburg vor Gericht stand. Er begründete seine Schießausbildung in einem afghanischen Ausbildungslager der „Al-Qaida“ mit religiösen Motiven. Der Koran schreibe vor, dass man das Schießen beherrschen müsse.¹³⁹ Einschlägige Ratgeber, die auch über das Internet abrufbar sind, weisen auf die Möglichkeiten zum Erwerb militärischer Fertigkeiten hin:

„Es gibt einige Länder, wo man Jihad¹⁴⁰ Training bekommt, aber wir sind nicht in der Stellung, dass wir über die Angemessenheit und Ungemessenheit eines einzelnen Landes kommentieren können. Kontaktiert einzelne, die ihr kennt und denen ihr vertraut und sie werden dazu imstande sein, euch einen besseren Rat zu geben. Wenn du wahrhaftig bist zu Allah, so wird Allah zu die wahrhaftig sein. Und Er wir dir einen Weg geben, so dass du das machen kannst, was du machen willst.“¹⁴¹

2.4.2 Das Netzwerk der Mudjahidin

Das Kontaktnetz der Mudjahidin erstreckt sich über viele Länder und lebt von den in den Ausbildungslagern geknüpften Verbindungen. Dadurch sind die „Glaubenskämpfer“ in ihren vielfältigen Aktivitäten sehr flexibel. Es kann davon ausgegangen werden, dass solche Personen - ausgestattet mit legalem Aufenthaltsstatus - unauffällig bürgerlichen Tätigkeiten nachgehen. Daneben werden Spenden für Krisengebiete gesammelt, Gelder transferiert, Unterkünfte, Logistik und gefälschte Pässe bereitgestellt, die der Vorbereitung und Ausführung von Terroranschlägen dienen können.

Die Verflechtungen der Mudjahidin wurden in den Ermittlungen nach dem Anschlag im tunesischen Djerba¹⁴² vom 11. April 2002 sichtbar, wo ein zum Islam übergetretener

¹³⁹ Berliner Zeitung vom 30. Oktober 2002.

¹⁴⁰ Vgl. Fußnote 127.

¹⁴¹ Übernahme wie im Original.

¹⁴² Vgl. S. 131f.

Deutscher von dem mutmaßlichen Attentäter, den er aus Afghanistan kannte, kurz vor dem Anschlag angerufen wurde. Es gibt denn auch im Bundesgebiet sowohl Mudjahidin deutscher Nationalität als auch solche unterschiedlicher Herkunft, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Hinzu kommen die erst vor kurzer Zeit aus vornehmlich arabisch-islamischen Ländern eingereisten Mudjahidin.

2.4.3 Usama BIN LADINS „Al-Qaida“

Zur bekanntesten und gefährlichsten aller terroristischen islamistischen Gruppierungen mit transnationaler Struktur hat sich die „Al-Qaida“ entwickelt, die Ende der 80er Jahre¹⁴³ von Usama BIN LADIN gegründet wurde. „Al-Qaida“ bedeutet auf Deutsch Basis, Plattform und Stützpunkt auch im militärischen Wortsinn. Dieser Organisation fühlen sich sowohl die so genannten non-aligned¹⁴⁴ Mudjahidin als auch Angehörige weiterer islamistischer Gruppierungen verbunden. „Al-Qaida“ vertritt den Kampf gegen die „Unterdrücker“ mit einem globalen Anspruch, so dass unter der Führung ihres Gründers der Djihaad als bewaffneter Kampf gegen „Kreuzzügler“ und „Zionisten“ weit über die Grenzen von Krisengebieten mit muslimischer Bevölkerung hinausgetragen wurde. Damit sind alle Staaten der westlichen Hemisphäre mit einer bislang nicht gekannten Bedrohung durch terroristische Anschläge von Islamisten konfrontiert.

Das Vermögen von „Al-Qaida“ ist nur schwer zu beziffern, vorhandene Schätzungen schwanken erheblich. In einer Studie der Vereinten Nationen (UN) wird vermutet, dass die Gruppierung unter dem Namen von Mittelsmännern Konten u.a. in Dubai, Hongkong, London, Malaysia und Wien unterhält und auch andere Methoden zur Verschleierung ihrer Geldgeschäfte anwendet. Wie aus der Studie hervorgeht, entging „Al-Qaida“ mit Erfolg den Bemühungen, das Millionenvermögen der Gruppierung einzufrieren. Diesem Bericht zufolge fließen ihr Geldmittel u.a. aus Schmuggelgeschäften und Kreditkartenbetrug zu. „Al-Qaida“ nimmt demnach zusätzlich ungefähr 16 Millionen US-Dollar Spendengelder im Jahr ein. Unter den Spendern sollen sich vielfach Angehörige der Wirtschaftseliten aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten befinden, die im Rahmen ihrer religiösen Verpflichtungen für Bedürftige spenden. Dabei erreichen Gelder wesentlich

¹⁴³ 1987, anderen Angaben zufolge 1989.

¹⁴⁴ „Ungebundene“ Mudjahidin, die sich keiner bestimmten islamistischen Gruppe angeschlossen haben.

oder ohne Kenntnis der Spender islamische Hilfsorganisationen, die zur finanziellen Unterstützung gewaltbereiter Gruppierungen beitragen und für den Transfer von Geldern wie auch zum Zweck der Geldwäsche unerlässlich sind. Die UN-Studie erklärt Misserfolge bei der Fahndung folglich mit den Schwierigkeiten, gegen zunächst scheinbar rein religiöse und wohltätige Organisationen vorzugehen. Dies gilt jedoch vermutlich nicht nur für „Al-Qaida“, sondern für das gesamte Mudjahidin-Netzwerk und islamistische Gruppierungen allgemein.

Am 12. November 2002 strahlte der Nachrichtensender Al-Jazeera mit Sitz in Katar eine vierminütige Videobotschaft BIN LADINs aus, die nach umfangreichen Untersuchungen als authentisch gilt. Darin lobte er den am 6. Oktober 2002 durchgeführten Anschlag auf den französischen Öltanker „Limburg“, das am 8. Oktober 2002 ausgeführte Attentat auf US-Soldaten in Kuwait und die Explosion vor der Synagoge von Djerba, „wo Deutsche getötet wurden“. Diese Angriffe seien „eine Reaktion von Söhnen, die eifrig ihre Religion verteidigen“, und damit eine Antwort auf die Politik der USA. Zum ersten Mal erwähnte BIN LADIN namentlich die Bundesrepublik Deutschland in seiner Botschaft:

„Was bezwecken eure Regierungen damit, sich mit der Verbrecherbande im Weißen Haus gegen die Muslime zu verbünden? Wissen eure Regierungen nicht, dass die Verbrecher im Weißen Haus die größten Schlächter dieser Zeit sind? (...) Ich nenne im Besonderen Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Deutschland und Australien. (...)

Warum sollten Angst, Tod, Zerstörung, Vertreibung, Verwaisung und Verwittung weiterhin unser Schicksal bleiben, während Sicherheit, Stabilität und Glück euer Schicksal sind? Das ist ungerecht. Es ist Zeit, abzurechnen. Ihr werdet getötet werden, so wie Ihr tötet, und Ihr werdet bombardiert werden, so wie Ihr bombardiert! Seid auf weitere Erschütterungen gefasst!“

„Al-Qaida“ ist nicht das einzige Mudjahidin-Netzwerk, das Terroranschläge verübt. Die so genannten ungebundenen Mudjahidin schließen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Zellen mit einem „Projekt“ zusammen und wickeln die Anschlagplanung selbstständig ab. Als Folge einer religiösen Indoktrination, die jede Form von Gewalt gegen ver-

meintlich Ungläubige zu legitimieren vermag, bestehen keine Skrupel, die Anschlagsvorbereitungen durch Straftaten der Allgemeinkriminalität wie Fälschung von Kreditkarten und Dokumenten sowie Drogenhandel zu finanzieren. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass „Al-Qaida“ auch diesen Mudjahidin Unterstützung organisatorischer oder finanzieller Art zukommen lässt.

Auf Initiative von „Al-Qaida“ fand 1998 ein Zusammenschluss islamistischer Organisationen zur „Islamischen Front für den Dihad gegen die Juden und die Kreuzritter“¹⁴⁵ statt. Zu den Unterzeichnern gehörten die „Djamiatul-Ulema-e Pakistan“ (Gemeinschaft der islamischen Rechtsgelehrten aus Pakistan), die „Dihad-Bewegung“ aus Bangladesch sowie die Gruppierungen „Al-Dihad al-Islami“ (Islamischer Dihad) und „Al-Djamaa al-Islamiya“ (Islamische Gruppe) aus Ägypten. Ziele dieses Bündnisses sind die Bekämpfung der westlichen Regierungen und die Etablierung der „wahren“ islamischen Herrschaftsordnung in den islamischen Ländern. In einer Fatwa¹⁴⁶, die zugleich Gründungserklärung dieses Bündnisses war, erklärte BIN LADIN am 23. Februar 1998:

„...das Töten von Amerikanern und deren Verbündeten - von Militärs und Zivilisten - ist eine vorgeschriebene Pflicht eines jeden Muslims, auszuführen in jedem Land, wo es ihm möglich erscheint.“

2.4.4 Die Chronologie der Gewalt

Seit dem 11. September 2001 kam es weltweit zu Anschlägen und Anschlagsvorbereitungen in Tunesien, Marokko, im Jemen, in Kuwait, Indonesien, Kenia und Pakistan:

- ❑ Am 11. April 2002 wurde vor der Ghriba-Synagoge auf Djerba/Tunesien ein Anschlag auf eine Touristengruppe verübt, bei dem 20 Menschen starben, darunter 14 Deutsche. Bei der arabischen Zeitung Al-Quds al-Arabi Arabi (Arabisches Jerusalem) ging ein Schreiben ein, in dem sich eine Gruppierung mit dem Namen „Al-Djaisch al-Islami li-Tahrir al-Muqaddasat“ (Die islamische Armee für die Befrei-

¹⁴⁵ Mit dem Begriff „Kreuzritter“ sind US-Amerikaner und deren Verbündete gemeint.

¹⁴⁶ Islamisches Rechtsgutachten beziehungsweise eine Handlungsanweisung. BIN LADIN hat keine theologische Ausbildung absolviert und ist daher im strengen Sinne nicht befugt, ein islamisches Rechtsgutachten zu erlassen.

ung der heiligen Stätten) zu dem Anschlag bekannte. Unter diesem Namen wurde bereits 1998 ein Bekenner schreiben zu den Anschlägen auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi in der arabischen Zeitung Al-Hayat (Das Leben) veröffentlicht. Im Zusammenhang mit dem Djerba-Attentat gab es auch Hinweise auf Verbindungen nach Deutschland. Der mutmaßliche Attentäter wählte wenige Stunden vor dem Anschlag die Mobilfunknummer eines zum Islam übergetretenen Deutschen. Dieser soll sich mehrfach - zuletzt von Oktober bis Dezember 2001 - in Afghanistan aufgehalten haben und führende Mitglieder der „Al-Qaida“ kennen. Zu seinen Aufgaben zählte offenbar die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation.¹⁴⁷

- ❑ In Marokko deckte man am 11. Mai 2002 Planungen zu einem Anschlag auf, eine Terrorzelle von drei Saudis wurde festgenommen. Offenbar hatte die Gruppe im pakistanischen Karatschi den Auftrag erhalten, Anschläge auf amerikanische und britische Schiffe in der Straße von Gibraltar zu verüben und soll sogar versucht haben, Bomben an einem touristischen Zentrum zu legen.
- ❑ Am 6. Oktober 2002 wurde auf den französischen Öltanker „Limburg“ vor der jemenitischen Küstenstadt Mukalla ein Bombenanschlag verübt, dem ein Besatzungsmitglied zum Opfer fiel. Zu dem Anschlag bekannte sich die jemenitische Gruppierung „Islamische Armee Aden-Abyan“.
- ❑ Seit Oktober 2002 kam es wiederholt zu Feuergefechten und Attentaten auf Angehörige US-amerikanischer Militäreinrichtungen in Kuwait, bei denen mehrere Menschen getötet oder verletzt wurden.
- ❑ Am 12. Oktober 2002 wurde auf der indonesischen Ferieninsel Bali ein Bombenattentat auf ein Touristenzentrum durchgeführt, dem ca. 200 Personen zum Opfer fielen, darunter mehr als 100 australische Touristen. Die USA, Indonesien und Australien bezichtigten die indonesische „Djamaa“¹⁴⁸ Islamiya“, im Auftrag und mit

¹⁴⁷ Süddeutsche Zeitung vom 18. Oktober 2002.

¹⁴⁸ Es gibt in der islamischen Welt zahlreiche islamistische Gruppierungen, welche die Bezeichnung „djamaa“ in ihrem Namen führen. Der arabische Begriff „djamaa“ bedeutet u.a. Gruppe, Gemeinschaft oder Einheit. Letzten Endes handelt es sich bei jeder islamistischen Gruppierung um eine „djamaa islamiya“ (islamische Gemeinschaft). Zwischen den einzelnen Gruppierungen, die inzwischen in vielen Ländern agieren, besteht daher meist keine organisatorische Verbindung.

Hilfe des Terrornetzwerks „Al-Qaida“ gehandelt zu haben. Dem festgenommenen Hauptverdächtigen wird vorgeworfen, ein führendes Mitglied dieser Organisation zu sein.

- In Kenia wurden am 28. November 2002 nahezu zeitgleich Anschläge auf ein israelisches Passagierflugzeug und ein überwiegend von Israelis besuchtes Hotel in Mombasa verübt. In dem Gebäude kamen 11 Personen ums Leben, weitere 80 Personen wurden verletzt. Die auf das Flugzeug abgefeuerten Raketen verfehlten ihr Ziel und beschädigten die Maschine nur leicht. Beobachter gingen von der Urheberschaft der „Al-Qaida“ aus, Ziel der Ermittlungen ist allerdings auch eine Gruppe somalischer Islamisten („Al-Ittihad al-Islami“).

- In Pakistan ermordeten muslimische Extremisten im Januar 2002 den amerikanischen Journalisten Daniel Pearl. Außerdem kamen bei Bombenanschlägen auf ein Hotel und das amerikanische Konsulat 11 Franzosen und 15 Pakistani ums Leben. Im September 2002 wurde in der pakistanischen Hafenstadt einer der mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001, Ramzi BINAL-SHIBH, gefasst. Am 5. Dezember 2002 ermordeten Terroristen im mazedonischen Konsulat in Karatschi drei Menschen und schrieben vor der Sprengung des Gebäudes „Al-Qaida“-Slogans an die Wände. Pakistan seinerseits hatte die „Soldaten der Gefährten des Propheten“ (SSP), die u.a. auf der „Terrorliste“ der US-Regierung stehen, am 12. Januar 2002 verboten. Die SSP gilt als die gewalttätigste der pakistanischen Dihad-Organisationen.¹⁴⁹ Ihr werden 400 Morde allein im Jahr 2002 angelastet.

Die meisten Anschläge seit dem 11. September 2001 galten so genannten weichen Zielen (soft targets), die aufgrund ihrer Vielzahl kaum geschützt werden können.

¹⁴⁹ Die Tageszeitung (taz) vom 29. November 2002.

2.4.5 Bezüge nach Baden-Württemberg

Aus dem international organisierten und agierenden islamistischen Terrornetzwerk gibt es auch Beziehungen nach Baden-Württemberg. Im September 2002 wurde ein ägyptischstämmiger Deutscher, der sich zeitweilig auch in Baden-Württemberg aufhielt, in Indonesien festgenommen. Gegen ihn bestand der Verdacht, Mitglied der „Al-Qaida“ zu sein. Im Januar 2003 wurde er von einem indonesischen Gericht zu 10 Monaten Gefängnis wegen Verstoßes gegen die Einreisebestimmungen verurteilt. Der Verdacht, dass er während seines Aufenthalts in Kontakt zu „Al-Qaida“-Zellen stand, konnte aber nicht vollständig ausgeräumt werden.¹⁵⁰

Am 1. Juli 2002 wurde in **Stuttgart** ein Algerier verhaftet, der am 14. März 2002 in Paris wegen Beteiligung an der Planung eines Terroranschlags in Abwesenheit zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt worden war. Die französische Justiz warf ihm vor, als hochrangiges Mitglied der algerischen „Groupe Islamique Armée“ (GIA) 1998 an der Planung eines Mordanschlags auf den Vorsteher der Großen Moschee in Paris beteiligt gewesen zu sein, der als zu gemäßigt galt. Der Beschuldigte hatte bis 1997 in Deutschland gelebt, wo er sich nach dem geplanten Anschlag in Paris 2002 wieder befand. Nach seiner Festnahme in **Stuttgart** musste er zunächst freigelassen werden, wurde aber im November 2002 erneut festgenommen, da er unter Verdacht stand, in Drogengeschäfte verwickelt zu sein.

Aufgrund verschärfter Sicherheitsüberprüfungen im Bereich der Flugsicherheit wurde ein Algerier, der auf dem **Stuttgarter** Flughafen Gepäck und Fluggäste kontrollierte, entlassen, da er der „ideologischen Nähe zum islamistischen Terrorismus“ verdächtigt wurde. Der Algerier hatte nach Presseberichten in seinem Asylverfahren 1994 angegeben, als aktiver Sympathisant der „Islamischen Heilsfront“ (FIS) in seiner Heimat von der Polizei verfolgt worden zu sein.¹⁵¹

Im Herbst 2002 wurden zwei islamistische „Glaubenskämpfer“ in Tschetschenien getötet, die ihren Wohnsitz zuvor in Deutschland hatten. Einer der beiden, ein 40-jähriger

¹⁵⁰ Stuttgarter Zeitung vom 17. Januar 2003.

¹⁵¹ Südwestpresse vom 29. November 2002.

Deutscher tunesischer Herkunft, zuletzt wohnhaft nahe **Stuttgart**, ist wahrscheinlich am 8. Oktober 2002 im Kampf gegen russische Soldaten in Tschetschenien gefallen. In seinem Pass befand sich ein Testament, in dem u.a. stand:

„Dies soll zum Ausdruck bringen, dass das Sterben im Namen Gottes bedeutet, in das Paradies einzugehen. Gott, lass mich ein Märtyrer werden und vergib mir meine Sünden.“

In den Todesanzeigen zu den beiden Gefallenen hieß es:

„Die Menschen schlafen, aber wenn sie sterben, erwachen sie.“¹⁵²

Und:

„Wenn Gott beschließt, dass ein Mensch an einem bestimmten Ort sterben soll, gibt er ihm einen Grund, dorthin zu gehen.“¹⁵³

Beide Anzeigentexte sind deutliche Beispiele für die religiöse Legitimierung des Kampfes muslimischer Glaubensbrüder und ihrer terroristischen Aktivitäten. Gemäß ihrer Glaubensvorstellungen sind sich die Mudjahidin gewiss, nach ihrem Tod als „Märtyrer“ für die Sache Gottes unmittelbar ins Paradies einzugehen. In von islamistisch motivierten Terroristen benützten Handbüchern werden neben konkreten Handlungsanleitungen zur Planung und Durchführung von Anschlägen¹⁵⁴ auch die religiöse Legitimation für Spionage und die Misshandlung und Tötung von Geiseln ausführlich belegt.

Im Jahr 2002 blieb die Rekrutierung von Tschetschenien-Kämpfern in Deutschland wie auch ihre Anwerbung für Trainingslager, Kämpfe und wie man diese Aufenthalte organisiert, weitgehend ungeklärt. Es ist zu unterstellen, dass es im Bundesgebiet dafür eine Infrastruktur gibt. Als Begegnungsstätten für Muslime, die bereit sind, für den Dihad zu sterben, dürften auch Moscheen und Gebetsräume in Frage kommen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand dürften etwa 10 bis 20 Freiwillige pro Jahr von

¹⁵² Stuttgarter Zeitung vom 7. November 2002.

¹⁵³ „DER SPIEGEL Nr. 45/2002 vom 4. November 2002.

¹⁵⁴ Für die Durchführung so genannter Spezialoperationen (Tötung, Entführungen, Beschlagnahmungen, Gefangenbefreiung, Bombenexplosionen etc.) werden als Waffen Messer, Gifte, Pistolen, Gewehre und Sprengstoffe empfohlen.

Deutschland aus in islamische Krisengebiete fahren, um dort als Mudjahidin zu kämpfen. Eine der als „Werber“ verdächtigten Personen ist Deutscher, eine weitere Nordafrikaner. Daraus ist zu schließen, dass die Organisatoren des Mudjahidin-Netzwerks unterschiedliche Staatsangehörigkeiten haben. Überdies ist davon auszugehen, dass neben einigen (wenigen) Kämpfern vor allem Hilfsgüter beziehungsweise Unterstützungsgelder, die auf deutschem Boden für die „Brüder im Dihad“ gesammelt werden, den Weg in den Kaukasus finden.

2.4.6 Vordenker des Dihad

Unter den Mudjahidin gibt es ideologische Vordenker auf hohem intellektuellem Niveau. In einem im September 2002 über das Internet verbreiteten Statement formulierte Dr. Ayman Al-ZAWAHIRI - Stellvertreter von Usama BIN LADIN - eine Botschaft von „Al-Qaida“ an ihre Feinde und „*deren Agenten*“:

„Was unsere Botschaft an unsere Feinde betrifft: Amerika und seine Verbündeten sollten wissen, dass deren Verbrechen nicht ungesühnt bleiben - so Gott will. Wir raten ihnen, sich zu beeilen und Palästina, die arabische Halbinsel, Afghanistan und andere islamische Länder zu verlassen, bevor sie alles verlieren. Wir haben den Verbündeten Amerikas einige Botschaften geschickt, so dass sie ihre Beteiligung an diesem Kreuzzug beenden. Die Mudjahidin-Jugend hat Botschaften an Deutschland und Frankreich gerichtet. Wenn dies nicht genug sein sollte, dann sind wir bereit, noch weiter zu gehen - mit Gottes Hilfe.“

Der inzwischen festgenommene palästinensische Islamist Umar Mahmud Umar UTHMAN (Pseudonym: Abu QUTADA) hat sich auf einer Internetseite in einer Tondatei u.a. zur Globalisierung und zu den „*Schwadronen des Jihad*“ geäußert. Diese Internetseite zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Sache der „Al-Qaida“ in propagandistischer Manier zu ihrer eigenen macht. Die USA sperrten QUTADAs Konten, da er zu den 39 Organisationen und Einzelpersonen gehört, denen Beteiligung an der Finanzierung des internationalen Terrorismus vorgeworfen wird. In der Tonbandaufnahme ä-

ßerte sich QUTADA lobend über Mullah OMAR¹⁵⁵, Usama BIN LADIN, Aiman AL-ZAWAHIRI¹⁵⁶ und Muhammad ATTA¹⁵⁷. Er kritisierte außerdem die Globalisierung, unter der die islamische Welt zu leiden habe. Auch die Demokratie in den westlichen Staaten bewertete er negativ. Hinter diesem Schlagwort verberge sich in Wirklichkeit ein Abgrund an Willkürherrschaft, Tyrannei, Gewaltanwendung und Unterdrückung all derer, die sich dagegen zur Wehr setzten.¹⁵⁸

Auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Baden-Württemberg ist von einem gewissen Potenzial islamistischer Kämpfer auszugehen. Eine präzise quantitative Festlegung ist deswegen schwierig, weil dieser Personenkreis überaus mobil ist. Zudem weist er, soweit es sich um ausgebildete Kämpfer handelt, einen hohen Grad an Disziplin bei der Einhaltung konspirativer Regeln auf.

Abdallah Azzam, der das Denken Usama BIN LADINs mitgeprägt hat, schreibt in seinem Buch „Join the Caravan“¹⁵⁹, dass der Dji had „*der Zenit des Islam*“ sei.

„Dji had ist derzeit fard ayn¹⁶⁰ - eine individuelle Pflicht - persönlich auszuführen oder durch Spenden, an jedem Ort, den die Ungläubigen besetzt haben. Es bleibt solange fard ayn, bis das letzte Stück Land, das einst islamisch war, wiedergewonnen wurde. (...)

Die Aussage ‚Wir sind vom kleinen Dji had¹⁶¹ (Kampf) zum großen Dji had¹⁶² (Dji had der Seele) zurückgefallen‘, für welche die Leute einen Hadith¹⁶³ als Grundlage nehmen, der in Wahrheit falsch ist, ist erfunden und bar jeder

¹⁵⁵ Führer der Taliban.

¹⁵⁶ Siehe S. 114 und dort insbesondere Fußnote 115.

¹⁵⁷ Führender Kopf der Attentäter auf das New Yorker World Trade Center.

¹⁵⁸ Al-Sharq Al-Awsat vom 16. Oktober 2002.

¹⁵⁹ Abdallah Azzam, „Join the Caravan - Al-Jihaad Fesibillah - The Forgotten Obligation“, Peshawar 1987.

¹⁶⁰ Eine religiöse Pflicht (fard) kann im Islam individuell (fard ayn) oder kollektiv (fard kifaya) sein. Die „individuelle Pflicht“ ist für jeden Muslim zwingend vorgeschrieben. Der „kollektiven Pflicht“ dagegen wird auch Genüge getan, wenn ihr eine ausreichende Anzahl von Gläubigen nachkommt. Die individuelle Pflicht ist daher von größerer Bedeutung als die kollektive Pflicht, da sie für jeden Muslim verbindlich ist, ungeachtet seiner Nationalität und Lebensumstände.

¹⁶¹ Der „kleine Dji had“ ist ein Dji had (Bemühung), der Gewalt als Mittel ausdrücklich mit einschließt und die Verteidigung der islamischen Religionsgemeinschaft zum Ziel hat.

¹⁶² Der „große Dji had“ ist ein innerer Dji had (Bemühung) und beinhaltet die Bemühung nach einem gottgefälligen Leben. Diese Bemühungen schließen die Gewalt als Mittel aus.

¹⁶³ Überlieferte Aussage des Propheten Muhammad.

Grundlage. Es handelt sich dabei lediglich um eine Aussage des [eher unbedeutenden Islamgelehrten] Ibrahim Ibn Abi 'Abalah..., und sie widerspricht der Literatur und der Realität. (...)

Der Dihad heute ist individuelle Pflicht (fard ayn) jedes Muslims, er ist persönlich auszuführen und durch Spenden. Die islamische Gemeinschaft bleibt sündig, bis das letzte Stück Land aus den Händen der Ungläubigen befreit ist, und es ist niemand frei von Sünde außer den Mudjahidin.“

Die so genannten Dihadisten sehen den Dihad als sechste Grundpflicht des Islam. Mit ihrer Interpretation widersprechen sie ausdrücklich den auch in Europa verbreiteten Erklärungsmodellen zum Wesen des Dihad. Die orthodoxe Lehrmeinung schreibt jedoch nur fünf dieser Grundpflichten vor. Diese „fünf Säulen des Islam“ bestehen aus:

1. Glaubensbekenntnis,
2. Gebet,
3. Fasten,
4. Pilgerfahrt,
5. Almosensteuer.

Die Ausführungen Abdallah Azzams zum Dihad erinnern sehr stark an die Unterscheidungen, die Sayyid Qutb, einer der „Väter des Islamismus“, der bis heute die islamistischen Kreise prägt, in einer seiner bekannten Schriften¹⁶⁴ vornahm: Sündig, also vom Islam abtrünnig galten ihm alle, die nicht seinen Vorstellungen vom Islam nachkamen. Viele „Ungläubige“, für ihn die islamischen Gesellschaftssysteme seiner Zeit, wären „pflichtvergessen“, „barbarisch“, „antiislamisch“ und verdienten die Todesstrafe. In diesem Sinne trifft er sich mit Azzam, der die islamischen Länder auch von „Ungläubigen“ befreien will. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass mit dieser Bezeichnung erstrangig Muslime gemeint sind, welche die Weltanschauung dieser Ideologen nicht teilen. Qutb hat damit bereits in den 60er Jahren als Multiplikator für die „Takfir-Ideologie“ gewirkt, die willkürlich einen Großteil der muslimischen Glau-

¹⁶⁴ „Wegzeichen“ (1964).

bensbrüder zu „Ungläubigen“ erklärte, wenn sie nicht mit den enggefassten Vorstellungen der „Strenggläubigen“ übereinstimmten.

Für einige Islamisten gilt dies auch hinsichtlich der Unterstützung von muslimischen „Brüdern“, die der Verfolgung durch „Ungläubige“ ausgesetzt sind. Sofern man sich mit den „Ungläubigen“ auseinandersetzen müsste, diese gar in der Mehrheit wären, bedeutete dies:

„... außer in der Situation, wenn Ihr euch unter ihrer Herrschaft befindet und Ihr um euer Leben fürchtet, dann bringt ihnen gegenüber eure Scheinfreundschaft zum Vorschein, und verbergt in euch die Feindschaft gegenüber zu ihnen, und schließt euch ihnen nicht in Sachen des Kufrs (Unglaubens) an, und helft ihnen nicht gegen die Muslime.“¹⁶⁵

2.4.7 Fragen der materiellen und ideologischen Unterstützung

Etliche Beobachter halten die Bank „Al-Taqwa“ (A.T.) für ein Instrument der „Muslimbruderschaft“ (MB). Sie soll eine nicht unbedeutende Rolle bei der finanziellen Unterstützung militanter islamistischer Strukturen spielen. Ghalib HMMAT, der bei der Gründung der Islamischen Zentren in Aachen, Köln, Frankfurt und Nürnberg mitwirkte und dessen Name bisweilen auf Hochglanzbroschüren der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ zu finden ist, war gemeinsam mit Youssef NADA Besitzer der A.T.-Bank. Diese hatte ihren Sitz in der Schweiz. In Medienberichten wurde dargelegt, dass verschiedene islamistische Organisationen wie die „Islamische Heilsfront“ (FIS), die „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA) und die „Al-Djamaa al-Islamiya“ („Islamische Gruppe“) ihre Geldgeschäfte über die A.T.-Bank abgewickelt haben sollen, ebenso wie Mitglieder der „Al-Qaida“. Nach der ägyptischen Tageszeitung Al-Ahram gilt die Bundesrepublik Deutschland als diplomatische und finanzielle Drehscheibe der MB, da immer wieder prominente Muslimbrüder hier unterkamen.

¹⁶⁵ „Fatwa bezüglich des Unterstützens der Kuffar („Ungläubigen“) im Kampf gegen die Muslime in Afghanistan“.

Ein Zeuge im Prozess gegen den mutmaßlichen Finanzchef BIN LADINs in den USA scheint diese Stimmen zu bestärken: Er berichtete über die engen finanziellen und logistischen Bande, die zwischen „Al-Qaida“ und Terrororganisationen wie der GIA, der „Al-Djamaa al-Islamiya“, aber auch der FIS, bestehen. Die Finanzierung verschiedener Terrororganisationen¹⁶⁶ werde über den Umweg humanitärer Hilfsprogramme in mehreren arabischen Ländern gesichert. Die A.T.-Bank, zu deren Aktionäre auch Vertreter des arabischen Hoch- und des saudischen Geldadels (beispielsweise Geschwister von BIN LADIN) zählen sollen, spiele bei den Geldtransfers und Geschäften dieser Gruppierungen ebenfalls eine Rolle.

Der 11. September 2001 hat über die engen Kreise der Mudjahidin hinaus bei Muslimen weltweit Widerhall gefunden. Die Beschäftigung mit religiös motivierter Gewalt findet nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch in den islamischen Gemeinden nicht-islamischer Staaten statt. Einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Islamismus geht man jedoch in der Regel aus dem Weg. Nur eine Minderheit der Muslime stellt sich die Frage, welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Phänomene in der islamischen Welt zu dieser terroristischen Ausprägung des Islamismus geführt haben. Die Ursachen der bestehenden Konflikte werden von der Mehrheit freilich anderswo gesucht.

BIN LADIN wird von einem nennenswerten Teil besonders der jüngeren Generationen zum Helden stilisiert oder zumindest als guter Muslim und „Bruder“ dargestellt. Teilweise wird jegliche Beteiligung BIN LADINs und seiner Gesinnungsgenossen an den Anschlägen vom 11. September 2001 abgestritten, anderslautende Aussagen werden im Internet als „Verschwörung“ abgetan.

„Vielleicht waren Muslime - und sogar das ist fraglich - die Werkzeuge, derer man sich bei diesen Anschlägen bediente, die Drahtzieher dieser teufligen“

¹⁶⁶ Die islamistischen Organisationen definieren „Terror“ anders, als es der Mehrheitsmeinung im Westen entspricht. Als Terror wird beispielsweise das Vorgehen der US-Amerikaner in Afghanistan gesehen. Dagegen wird die Gewalt, zu der die Islamisten aufrufen, religiös legitimiert. Es handelt sich dabei um ein religiöses Recht, wenn nicht sogar um eine religiöse Pflicht, wie man den vorausgegangenen Ausführungen Abdallah Azzams entnehmen kann.

schen Operation sind aber zweifelsohne woanders zu suchen.“

Verlage mit islamistischem Programm zögern denn auch nicht, Bücher europäischer Verschwörungstheoretiker zu vertreiben. Hier sieht man willkommene Unterstützung für das eigene Weltbild, demzufolge üble Ereignisse und Taten nur einen bestimmten Urheber, eine bestimmte materialistische Triebfeder, nämlich den „US-Imperialismus“, haben können.

Man pflegt auch tatsächliches oder vermeintliches Unrecht, das „der Westen“ der „islamischen Welt“ angetan habe, gegen die Anschläge islamistischer Terroristen aufzurechnen. Es wurden beispielsweise Artikel in das Internet eingestellt, die dem ersten Jahrestag der Anschläge vom 11. September gewidmet waren. So wurden in einem Beitrag die Zahlen der nach dieser Sichtweise tatsächlich zählenden Opfer genannt: die irakisch-muslimischen Säuglinge, die in den letzten 12 Monaten aufgrund der von den Amerikanern auferlegten Sanktionen gestorben seien, die afghanisch-muslimischen Zivilisten, die man seit Oktober 2001 auf brutalste Art und Weise ermordet habe, und andere Todesopfer in der islamischen Welt, deren Tod durch Nichtmuslime verschuldet worden sei. Der Artikel endete mit einem Appell an die muslimischen Glaubensbrüder:

„An diesem Tag gedenken wir den toten Herzen von 1,2 Mrd. Muslimen weltweit, die blind gegenüber den o. g. Punkten, aber hellwach gegenüber den in Relation ‚wenigen‘ Menschen sind, die am 11. September 2001 getötet wurden.“

Zwar ging man hier nicht so weit, islamistisch motivierte Terroranschläge ausdrücklich gutzuheißen beziehungsweise als Vergeltung zu rechtfertigen. Der Versuch der Relativierung war aber unverkennbar. Eine ähnliche Tendenz war bei der angeblich kritischen Auseinandersetzung mit der „westlichen“ Presse festzustellen. Anlässlich des Anschlags auf Bali wurde der westlichen Presse im Internet „gleichgeschalteter Einheitsjournalismus“ vorgeworfen. Es sei übersehen worden, dass es bei diesem Anschlag weit mehr als 50 einheimische muslimische Opfer gegeben habe. Die Deutschen hätten über „ihre Hand voll Opfer“, die Schweizer über „ihre drei Toten“ getrauert, und die Leu-

te im Westen täten so, als ob der Anschlag ausschließlich ihnen - dem „Westen“ - gegolten habe. Der eigentliche Übeltäter stand wieder fest:

„Schon morgen könnten die USA im Irak einfallen, und viele westliche Journalisten werden ihre Teilschuld an der bevorstehenden Brutalität tragen, die allen bisherigen Terror übertreffen könnte.“

2.5 Palästinensische Aktivisten

Die Anhänger der in Deutschland vertretenen revolutionär-marxistischen palästinensischen Widerstandsorganisationen wie die „**Volksfront für die Befreiung Palästinas**“ (**PFLP**) und die „**Demokratische Front für die Befreiung Palästinas**“ (**DFLP**) agieren in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren ausschließlich politisch. Der von diesen Organisationen als Mittel der Auseinandersetzung durchaus propagierte „bewaffnete Kampf“ wird auf die Krisenregion Israel/Palästina begrenzt.

In einer gemeinsamen Erklärung¹⁶⁷ betonten die beiden Gruppen erneut, dass die Ausübung aller Formen des politischen und bewaffneten Kampfs sowie des Widerstands der Volksmassen im Rahmen der so genannten Intifada ein legitimes Recht sei, um der „israelischen Aggression und Besatzung“ zu begegnen.

Im April 2002 bekundeten insgesamt mehrere zehntausend Personen in verschiedenen deutschen Städten ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Es fanden u.a. Demonstrationen und Kundgebungen in **Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Ulm, Heidelberg, Göppingen** und **Tübingen** statt, an denen jeweils einige hundert Personen teilnahmen. Bei einer am 13. April 2002 in Berlin durchgeführten, gegen Israel gerichteten Demonstration stellte ein Vater seine kleine Tochter mit Sprengstoffattrappen von Selbstmordattentätern zur Schau. Diese Handlung ist ein Beleg für die Billigung der Attentate auf Zivilisten in Israel durch eine offenbar nicht geringe Zahl der hier lebenden Palästinenser. Sie dokumentiert darüber hinaus auch eine bedenkliche Erziehung von

¹⁶⁷ Erschienen in der arabischen Zeitung „Al-Hayat“ (Das Leben) vom 2. Oktober 2002.

Kindern, die sogar in großer räumlicher Distanz zum Krisenherd auf Gewalt als Mittel des Widerstands eingeschworen werden.

3. Türkische Vereinigungen (ohne kurdische)

3.1 Islamistische Vereinigungen

3.1.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Gründung: 1985 als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT)
1995 Aufteilung in die beiden unabhängigen juristischen Personen
„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) und die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG).

Sitz: Bonn / Kerpen

Mitglieder: ca. 3.600 Baden-Württemberg (2001: ca. 3.600)
ca. 26.500 Bund (2001: ca. 27.000)

Publikationen: „Milli Görüs & Perspektive“ (in türkischer Sprache, vereinzelte Artikel in Deutsch),
als Sprachrohr dient auch die türkische Tageszeitung „Milli Gazete“

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) ist in Baden-Württemberg wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland die zahlenmäßig größte und bedeutendste Vertreterin des türkischen politischen Islam. In Baden-Württemberg sind in über 50 IGMG-Vereinen rund 3.600 Mitglieder organisiert, wobei ein Mehrfaches an Anhängern existiert. Die Vereine sind hierzulande in vier regionale Verbände - **Stuttgart, Freiburg, Schwaben** (hierzu gehören auch bayerische Ortsvereine) und **Rhein-Saar** (erstreckt sich bis nach Rheinland-Pfalz) - eingegliedert.

Von April 2001 bis Oktober 2002 hatte Mehmet Sabri ERBAKAN den Vorsitz der IGMG inne. Am 15. Oktober 2002 meldete die türkische Tageszeitung Hürriyet¹⁶⁸, dass

¹⁶⁸ Internetausgabe der Hürriyet vom 15. Oktober 2002.

ERBAKAN über eine angebliche Affäre mit einer „Orientalistin“ gestolpert sei. Die IGMG dementierte diese Mitteilung am darauffolgenden Tag in ihrem Sprachrohr, der „Milli Gazete“, und gab gesundheitliche Gründe für den Rücktritt ERBAKANs an. Bis auf Weiteres übernahm daraufhin der Vizevorsitzende Yavuz Celik KARAHAN den Vorsitz der Organisation. In einer Presseerklärung stellte die IGMG sich und ERBAKAN als Opfer einer Kampagne „*bestimmter Kreise*“ dar, die „*seit einiger Zeit auf verschiedene Gerüchte gestützte Nachrichten über unsere Organisation, unseren Vorsitzenden und seine Familie, die jeder Grundlage entbehren, [verbreiten]*“.¹⁶⁹

□ **Ideologie und Selbstdarstellung**

Der IGMG als Organisation liegt die „Milli Görüs“ als Weltanschauung zugrunde. Wörtlich übersetzt bedeutet „Milli Görüs“ „Nationale [islamische] Sichtweise“. Da hier der Begriff „millet“ (im Sinne von „Religionsgemeinschaft“ zu Zeiten des Osmanischen Reiches gerade im Hinblick auf den staatsbürgerlichen Status des Einzelnen) mitschwingt, wird die Konfession zu einem Unterscheidungskriterium.

Die „Milli Görüs“ ist das Ergebnis einer in den 60er Jahren in der Türkei geführten Debatte über einen religiös fundierten Nationalismus als Alternative zum klassischen, westlich geprägten kemalistischen Nationalismus. Diese ideologische Bewegung ist geprägt durch das von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Professor Necmettin ERBAKAN, dem Onkel von Mehmet Sabri ERBAKAN und Leitfigur der „Milli Görüs“-Bewegung, vertretene Konzept der „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“). In diesem Gedankengebäude geht es um die Grundlagen und Strukturen einer „gerechten“ Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. In ihrem Zentrum soll die islamische Religion so stehen, wie sie die islamistische Bewegung interpretiert. In seinen Thesen zur „Gerechten Ordnung“, die ERBAKAN 1991 in einer gleichnamigen Schrift zusammengefasst hat, wird „der Westen“ als ein System von „*Sklavenhaltern*“ beschrieben, das durch den „*Zionismus*“ gelenkt werde. Der entscheidene „Antizionismus“ ist ein zentraler Aspekt dieses Konzepts, in dem „*die Juden*“ als „*Imperialisten*“ bezeichnet werden, die mit Hilfe des von ihnen gesteuerten Kapitalismus die Welt erobern wollten. Diese Denkweise stimmt weitgehend mit der europäischen Antisemiten überein. Zusammenfassend lässt

¹⁶⁹ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 16. Oktober 2002.

sich folgern, dass die aus diesen Thesen abgeleitete Gesellschaftsordnung antipluralistische, undemokratische und totalitäre Tendenzen aufweist.

Mit „Adil Düzen“ entwickelte ERBAKAN eine „islamische Ordnung“ (arabisch „nizam“), die auf unveränderbaren „wahren“ (haqq) Werten fußt und in der jeder Einfluss menschlich fehlerhafter (batil) Systeme ausgeschlossen ist. So kann sich jedoch ein Volk, das in Gott seinen „höchsten Richter“ auch auf Erden sehen soll, nach dem hier hervorgehobenen Motto kaum als Souverän begreifen, von dem alle Legitimation im Staat ausgeht. Wer nämlich fest im Glauben ist, kann sich nach dieser Logik keine Gesetzgebung von „unwissenden“ Menschen wünschen, die von einem anderen Souverän als Gott abhängen. Diesem Ideal entspräche so nur ein Volk, das ausschließlich die Wahl hätte, einen islamischen Herrscher zu wählen, der gemäß der Scharia regieren würde.

Dass diese Form der Religion als politische Ideologie nicht nur auf dem Papier existiert oder lediglich für Anhänger der Thesen Necmettin ERBAKANs in der Türkei Geltung hat, sondern auch im hiesigen Vereinsleben präsent ist, zeigt beispielhaft eine Fotografie, die in der „Milli Gazete“ vom 18. Mai 2002 abgedruckt wurde. Darauf ist zu sehen, dass bei einer in **Stuttgart** durchgeführten Versammlung von Vereinsfunktionären des IGMG-Verbands **Stuttgart** folgender Koranvers in deutscher Sprache an die Wand projiziert war:

„Wünschen Sie etwa die Rechtsprechung [aus den Tagen] der Unwissenheit zurück? Und wer ist ein besserer Richter als Allah für ein Volk, das fest im Glauben ist?“¹⁷⁰

Eindeutig mahnt dieses Motto den Versammlungsbesucher, außer der auf Gottes Gesetzen fußenden Rechtsprechung, das heißt hier der islamischen Scharia, keine weitere Rechtsprechung anzuerkennen, schon gar nicht, wenn sie „djahil“, also „vor“- oder „un-islamisch“, „unwissend“ heidnisch ist. Die Wahl eines solchen Denkspruchs kann auch als Indiz dafür gewertet werden, dass innerhalb der IGMG das „djahiliya-Konzept“ im

¹⁷⁰ Koran („Der Tisch“ - 5, 50).

Sinne des 1966 in Ägypten hingerichteten radikalen Denkers Sayyid Qutbs¹⁷¹ durchaus Eingang gefunden hat.

Welche Rolle Necmettin ERBAKAN immer noch für die „Milli Görüs“-Bewegung und vor allem für die IGMG spielt, war am 15. Juni 2002 beim von der IGMG organisierten „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ im niederländischen Arnheim zu beobachten. An dieser Großveranstaltung nahmen ca. 20.000 Muslime (statt der erwarteten 30.000) aus ganz Europa teil. Neben dem damaligen Vorsitzenden Mehmet Sabri ERBAKAN, der für seine Rede zur Situation der Muslime in Europa nur mäßigen Beifall erntete, trat auch Necmettin ERBAKAN auf. Dieser konnte in gewohnter Weise die Gemüter der Anwesenden bewegen und ihre Sympathien gewinnen, indem er u.a. von einer „islamfeindlichen Nato“ und der „Opferrolle der Muslime nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion“ sprach. An die Teilnehmer der Veranstaltung appellierte er:

„Ihr lebt zwar in Europa, aber im Herzen seid Ihr Türken geblieben.“¹⁷²

Dass Necmettin ERBAKAN weiterhin als „Führer“ beziehungsweise „geistiger Führer“ der „Milli Görüs“-Bewegung und damit auch der IGMG angesehen wird, belegt nicht nur sein Auftritt in Arnheim. So besuchte er zusammen mit einem aus der Türkei angereisten Abgeordneten der „Saadet Partisi“¹⁷³ die Kölner IGMG-Bezirkszentrale. In seiner dortigen Ansprache rief er die zahlreich anwesenden Zuhörer dazu auf, kämpferisch zu sein, zu ihrer Sache und Organisation zu stehen, ihre Ziele zu verwirklichen und sich nicht von der Gemeinde zu distanzieren.¹⁷⁴

Ausdrücklich als „Führer“ wurde Necmettin ERBAKAN in einem Artikel der „Milli Gazete“ beschrieben, in dem es um den Besuch jugendlicher IGMG-Mitglieder bei ihm in der Türkei ging.

„Wir haben jedem gezeigt, dass wir unser Wort ‚Treue dem Versprechen‘, welches wir unserem Führer gegeben haben, halten werden, dass wir bis

¹⁷¹ Vgl. S. 138f.

¹⁷² Die Tageszeitung (taz) vom 17. Juni 2002.

¹⁷³ Siehe S. 148f.

¹⁷⁴ „Milli Gazete“ vom 4. Juli 2002.

zum Tode in den Spuren des geistigen Architekten schreiten werden. [...] Wir flehen also darum, dass unser Führer wieder in unsere Mitte zurückkehrt und unserem Vaterland viele goldene Jahre¹⁷⁵ beschert.“¹⁷⁶

Einen Beitrag zur Selbstdarstellung der IGMG leistete das Vereinsmitglied Mustafa YOLDAS. Unter dem Titel *„Plädoyer für Milli Görüs - Innenansichten eines Mitgliedes der Islamischen Gemeinschaft“¹⁷⁷* erschien ein Aufsatz von ihm, in dem er die IGMG als *„...die erste Organisation aus den Reihen der ‚Gastarbeiter‘“* darstellte, *„die auf breiter Front die Gleichberechtigung mit allen anderen Glaubensgemeinschaften einfordert und die personellen sowie ideellen Kapazitäten am ehesten dazu besitzt.“*

Und obwohl die IGMG immer wieder betont, dass sie keine politische Organisation sei, spricht YOLDAS von ihr als einer *„Protestbewegung gegen ein Regime in der Türkei, das im Hinblick auf den Laizismus ‚päpstlicher als der Papst war‘.“* Für ihn ist die IGMG die *„größte Opposition außerhalb der Türkei“*, weshalb das dortige Regime großes Interesse daran habe, dass diese Organisation vom Verfassungsschutz beobachtet werde.

Allerdings wird in der „Milli-Görüs“-Bewegung weit über die Türkei hinaus gedacht. Europa und die ganze Welt werden in ihr religiös-politisches Programm einbezogen:

„Wenn ein Einziger von sechs Milliarden Menschen auf dieser Erde kein Muslim wäre, würde uns dies traurig machen und wir werden alles daran setzen, mit unserem Leben und dem gesamten Vermögen, dass dieser [Mensch] Muslim wird, damit er nicht in der Hölle verbrennt.“¹⁷⁸

Offensichtlich sind solche Ideologen der Überzeugung, dass auch die vermeintlichen „abrahamitischen Brüder und Schwestern“, also Juden und Christen, ohne Hinwendung

¹⁷⁵ Gemeint ist hier die Zeit von Juni 1996 - Juni 1997, als Necmettin ERBAKAN türkischer Ministerpräsident war.

¹⁷⁶ „Milli Gazete“ vom 14. Juni 2002.

¹⁷⁷ Mustafa Yoldas: Plädoyer für Milli Görüs - Innenansichten eines Mitgliedes der Islamischen Gemeinschaft, in: epd-Entwicklungspolitik 9/10/2002.

¹⁷⁸ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 5. Dezember 2002.

zum Islam für die Hölle bestimmt sind. Sie lassen somit einen erheblichen Mangel an Respekt und Toleranz gegenüber anderen Religionen erkennen.

❑ **Verflechtungen mit der Mutterpartei**

Die IGMG beteuert stets, keine politischen Verbindungen in die Türkei zu haben. In ihrer Presseerklärung anlässlich des Rücktritts von Mehmet Sabri ERBAKAN als Generalvorsitzender und den in der Presse vermuteten Gründen hieß es jedoch:

„Es verwundert niemanden, dass solche hässlichen Behauptungen ausgerechnet im Vorfeld der Wahlen vom 3. November [2002] in der Türkei in der Presse verbreitet werden. Bestimmte Kreise, die es sich zur Pflicht gemacht haben, unsere Organisation bei jeder Gelegenheit anzuschwärzen, haben wieder denselben Weg eingeschlagen und verhalten sich weiterhin wie Gegner.“¹⁷⁹

Diese Äußerung lässt sich klar dahingehend interpretieren, dass sich die IGMG mit der „Saadet Partisi“ (SP, Partei der Glückseligkeit) Necmettin ERBAKANs identifiziert und die angebliche Affäre Mehmet Sabri ERBAKANs als einen wahlkampfaktischen Zug der politischen Gegner betrachtet. Die SP vertritt die „Milli Görüs“-Ideologie in der Türkei. Sie ging neben der „AK-Partisi“ (AKP, Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) aus der „Fazilet Partisi“ (FP, Tugendpartei) hervor, nachdem diese im Juni 2001 verboten wurde. Der SP-Vorsitzende Recai KUTAN betonte im Januar 2002, dass seine Partei weiterhin der „Milli Görüs“-Linie treu bleiben werde.¹⁸⁰

Ein weiterer Anhaltspunkt dafür, dass die IGMG in Deutschland nicht nur Werbung für die SP macht, sondern diese auch tatkräftig unterstützt, ist die Nachricht, dass die Organisation anlässlich der türkischen Parlamentswahlen für ihre Mitglieder Sonderflüge

¹⁷⁹ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 16. Oktober 2002.

¹⁸⁰ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 31. Januar 2002.

in die Türkei organisiert haben soll.¹⁸¹ In der „Milli Gazete“ wurde zu diesem Thema ausgeführt:

*„Das Volk ist mobil für die Milli Görüs. Diese Mobilität ist nicht nur in der Türkei zu beobachten. Auch die Landsleute in Europa, vorrangig in Deutschland, sind mobil für die SP. Wie wir erfahren konnten, werden 500 von ihnen mit ihren privaten Pkws in die Türkei reisen und für den Erfolg der SP tätig sein. (...) Darüber hinaus bereisen bereits 700 Prediger aus Europa die Kreise und Gemeinden in der Türkei und halten Ansprachen über die SP und die Milli Görüs. Die Unterstützung der Türken aus Europa geht noch weiter. Sie sollen sogar 100 Flugzeuge gechartert haben, um von ihrem Wahlrecht in der Türkei Gebrauch zu machen. Es heißt ‚Wer arbeitet, der wird gewinnen‘. Die Milli-Görüs-Anhänger sind fleißig, und die SP wird gewinnen.“*¹⁸²

Was die Unterstützung der „islamischen Bewegung“ in der Türkei anbelangt, wurde die Islamische Zeitung noch deutlicher:

*„Viele deutsche Bürger kennen einen weiteren Hintergrund nicht: Die IGMG-Mitglieder waren und sind das finanzielle Rückgrat der islamischen Oppositionsparteien in der Türkei.“*¹⁸³

Mit etwas über zwei Prozent der Stimmen, was nicht einmal zum Einzug ins Parlament reichte, gehörte die SP letztendlich zu den großen Verlierern der Parlamentswahlen. Doch Necmettin ERBAKAN sah die „Milli Görüs“ dennoch als Siegerin dieser Wahl. In einem Interview, das er nach den Parlamentswahlen einem türkischen Fernsehsender gab, betonte er zwar, dass die SP die wahre Vertreterin der „Milli Görüs“ sei. Allerdings repräsentiere auch die AKP, die mehr als dreißig Prozent der Stimmen gewinnen konnte, weiterhin diese Ideologie. Nur so lasse sich ihr Wahlerfolg erklären. Daher ermahnte ERBAKAN die AKP, eine Politik im Sinne der „Milli Görüs“ zu machen. Gleichzeitig wies

¹⁸¹ Hürriyet vom 14. September 2002.

¹⁸² „Milli Gazete“ vom 21. Oktober 2002.

¹⁸³ Islamische Zeitung vom Juli 2002.

er darauf hin, dass im Falle eines Scheiterns der AKP-Regierung die Verantwortung nicht bei der „Milli Görüs“-Ideologie zu suchen sei, sondern bei den Vertretern der AKP.¹⁸⁴

Dass die IGMG in Deutschland nicht losgelöst von der jeweiligen „Milli Görüs“-Partei in der Türkei existiert, lässt sich auch aufgrund verschiedener personeller Verflechtungen zwischen diesen beiden Organisationen aufzeigen. Beispielsweise trat eine Pädagogin aus der Türkei, die dort bereits Vorstandsmitglied in der später verbotenen „Refah Partisi“ (RP, Wohlfahrtspartei) war und danach in der dann ebenfalls verbotenen FP eine leitende Funktion innehatte, auch 2002 wieder mehrmals bei IGMG-Veranstaltungen als Referentin und Predigerin auf.¹⁸⁵

□ **Jugendarbeit und Bildungsinitiative**

Die Jugendarbeit, deren Kern das Schulungsangebot darstellt, hat seit jeher einen hohen Stellenwert bei der IGMG. Ihr Erziehungsprogramm zielt jedoch trotz andersartiger Beteuerungen keineswegs auf Integration, sondern klar auf Ab- und Ausgrenzung. In mehreren Medien¹⁸⁶ kündigte die Organisation an, ab dem Schuljahr 2002/03 europaweit in all ihren Gemeinden ein umfassendes Bildungssystem einführen zu wollen, das *„die Kinder und Jugendlichen dazu befähigen [soll], innerhalb einer multikulturellen Gesellschaft ihre eigene Religion und Kultur zu bewahren und zu leben.“*¹⁸⁷ So formulierte Mehmet GEDIK, der Vorsitzende der Bildungskommission der IGMG, das Ziel des umfangreichen Vorhabens. GEDIK führte dazu weiter aus:

*„Unser Volk will, was äußerst natürlich ist, vermeiden, dass die nachfolgenden Generationen zu Generationen werden, die ganz und gar von ihrem eigenen Glauben und ihrer eigenen Kultur abgespalten und assimiliert sind.“*¹⁸⁸

¹⁸⁴ „Arena“ auf „Kanal D“ am 28. November 2002.

¹⁸⁵ „Milli Gazete“ vom 4. Oktober und 27. November 2002.

¹⁸⁶ Beispielsweise „Milli Görüs & Perspektive“, 8. Jahrgang, Nr. 89 vom Mai 2002.

¹⁸⁷ „Milli Gazete“ vom 27./28. April 2002.

¹⁸⁸ „Milli Gazete“ vom 27./28. April 2002.

Mit ihrem Bildungssystem, das für türkische Kinder und Jugendliche vom 6. bis zum 18. Lebensjahr konzipiert ist, sieht sich die IGMG in diesem von GEDIK formulierten Vorhaben als Vorreiterin. Die Praxis beschrieb der Vorsitzende der IGMG-Bildungskommission wie folgt:

„Den Schülern wird innerhalb der Kurse vermittelt, wie sie sich im Rahmen ihrer eigenen Sitten, Traditionen und Kultur vergnügen und erholen können. [...] Während der Teilnahme an den Sommerkursen lernen die Kinder auch, sich einen neuen Freundeskreis zu erschließen.“¹⁸⁹

GEDIKs Angaben zufolge nahmen an den Sommerkursen insgesamt 19.142 Kinder und Jugendliche teil (8.699 Mädchen und 10.443 Jungen).¹⁹⁰

Dass die Jugendlichen in der IGMG insbesondere auch mit der Politik und den Parteien in der Türkei, speziell mit der SP, vertraut gemacht werden sollen, zeigt ein Aufenthalt der „Frankfurt-West Jugend“ in Ankara, in dessen Mittelpunkt der Besuch bei Necmettin ERBAKAN stand. Außerdem nahmen die Jugendlichen an einer Fraktionssitzung der SP teil, besuchten den Generalvorsitzenden der „Milli Gençlik Vakfı“ (MGV, „Nationale Jugendstiftung“ der „Milli Görüş“ in der Türkei) und trafen sowohl mit dem Generalvorsitzenden der SP, Recai KUTAN, als auch mit dem SP-Vorsitzenden für Bildungsfragen zusammen. Die „Milli Gazete“ kommentierte diese Reise mit folgenden Worten:

„In unserer globalisierten Welt, in der sich das Internet netzartig ausgebreitet hat, und in einer Umwelt, in der geistige Verbundenheiten ihrem Ende zugehen, hat die ‚Frankfurt-West Jugend‘ unter dem Motto ‚Nein, unsere geistigen Verbundenheiten sind nicht abgerissen‘ eine sehnsuchtsvolle und herzliche Reise zum Führer organisiert. [...] Der einzige Gedanke war ‚Treue‘. [...] Diese Reise sollte denjenigen eine Mahnung sein, die zu einem irdischen Weg, zu Abwegen neigen. Sie stand unter dem Motto ‚Eine Liebe endet niemals‘. [...] Diese Sache wird ein Leben lang Bestand haben und den nachfolgenden Generationen ein absolut reines Geschenk hinterlas-

¹⁸⁹ „Milli Gazete“ vom 2. Oktober 2002.

¹⁹⁰ „Milli Gazete“ vom 2. Oktober 2002.

sen. *Wie kann man ihr bloß untreu werden? Unser Eindruck war folgender:
[...] Unser Führer ist mehr denn je moralisch gestärkt und energiegeladen.
[...] Wie kann man diesen Menschen bloß verraten?*¹⁹¹

Offensichtlich war die Anspielung mit dem „irdischen Weg“ und den „Abwegen“ auf einen ehemaligen Funktionär der IGMG gemünzt, der für die RP und die SP im türkischen Parlament saß, dann aber zur AKP des ehemaligen Oberbürgermeisters von Istanbul wechselte. Gerade die Bildung einer Partei wie der AKP, die sich angeblich einem konservativen Weltbild verpflichtet sieht und die auf islamistische Ideologien nach eigenem Bekunden verzichten will, wirft ein bezeichnendes Licht auf die türkischen Islamisten auch in Deutschland, die der Ideologie Necmettin ERBAKANs verhaftet bleiben. Denn eine „reformistische“ Strömung innerhalb der türkisch-islamistischen Bewegung hätte sich jedenfalls dann nicht ausbilden müssen, wenn die demokratischen Defizite der Ursprungspartei nicht so eklatant gewesen wären.

Zu allgemeinbildenden Themen, wie sie „Milli Görüs“ bevorzugt, erhalten Außenstehende über die Kulturseiten der „Milli Gazete“ einen Einblick. So finden sich dort identitätsfördernde Geschichten über die imperiale Größe des Osmanischen Reichs, die nichts anderes als unkritische Heldenepen in einer antiquierten Sprache darstellen. Kriegerische Ereignisse, Schlachten und militärische Überlegenheit werden in positiver Weise vermittelt. Entsprechendes Bildmaterial soll diesen Eindruck bei Lesern unterschiedlichen Alters, den „*Enkeln der Eroberer*“, verstärken.

Für Kinder ist eine spezielle Seite eingerichtet. Es fällt auf, dass die in ihrer Tendenz gegen „westliche“ Aufklärung gerichteten „Forschungsergebnisse“ von Harun YAHYA¹⁹² (Pseudonym für Adnan OKTAR) einer größeren Leserschaft in der Türkei und Europa vorgestellt werden, allerdings in Form einer Anregung, sich mehr mit den Werken dieses Autors zu beschäftigen. Hierzu werden entsprechende Fundstellen im Internet angegeben. Immerhin pflegt man auf der Kinderseite die antijüdischen Verschwörungstheorien der Originalwerke YAHYAs wegzulassen. Dass dessen „Botschaft“ jedoch auch in Deutschland Verbreitung finden soll, zeigt sich am Beispiel der Werbeanzeige

¹⁹¹ „Milli Gazete“ vom 14. Juni 2002.

¹⁹² Siehe auch S. 158f.

einer Firma, die hier ansässig ist. In dieser werden Videos für Kinder in einem Paket angeboten, deren Inhalte unschwer in der „Milli Gazete“ und in den Schriften YAHYAs wiederzufinden sind.

□ **Politische Stellungnahmen**

Im Juni 2002 stellte die IGMG eine Presseerklärung mit dem Titel „*Stoiber's Spiel mit dem Feuer*“ auf ihre Internetseite, in der die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten über verfassungsfeindliche Organisationen von Ausländern kritisiert wurden. Man warf ihm in diesem Zusammenhang „rechtsradikalen Populismus“ vor. Weiter behauptete die IGMG, Ministerpräsident Stoiber würde den bayerischen Verfassungsschutz für seine politischen Ziele „*instrumentalisieren und missbrauchen*“. Dadurch schaffe und fördere die CSU ein geistiges Klima in Deutschland, in dem Ausländerhass und Rechtsextremismus gedeihten. Bezeichnenderweise war von der IGMG keinerlei Reaktion zu verzeichnen, als im Juni 2002 das Verwaltungsgericht München in zwei Fällen Anträge der IGMG auf einstweilige Anordnung gegen Behauptungen des bayerischen Innenministeriums ablehnte.¹⁹³

Bei der IGMG lassen sich auch Äußerungen über die Arbeit der Behörden für Verfassungsschutz finden. So gab beispielsweise ihr damaliger Vorsitzender Mehmet Sabri ERBAKAN anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2001 durch den Bundesminister des Innern der türkischen Tageszeitung Zaman ein Interview. ERBAKAN nahm darin Bezug auf eine Stelle im Verfassungsschutzbericht, an der anhand exemplarischer Zitate aus einem Buch der türkischen Autorin Emine SENLIKOGLU, die in Deutschland auch schon auf IGMG-Veranstaltungen referiert hat, deren extremistische Haltung verdeutlicht werden sollte. Mit folgenden Worten spielte er die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden herunter:

¹⁹³ Mit Beschluss vom 11. Juni 2002 (Az.: M 29 E 02.1580) lehnte das Verwaltungsgericht München den Antrag der IGMG ab, bestimmte Feststellungen zu unterlassen. Die dagegen von der IGMG eingelegte Beschwerde wurde vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 10. Oktober 2002 abgewiesen (Az.: 24 CE 02.2028).

„Tausende deutsche Bedienstete haben bis ins kleinste Detail geforscht. Und das Ergebnis? In jenem Buch auf jener Seite steht dieser Satz geschrieben.“¹⁹⁴

ERBAKAN wollte damit den Eindruck erwecken, als ob im Verfassungsschutzbericht des Bundes nur ein einziges Argument gegen seine Organisation vorgebracht worden wäre. Unerwähnt ließ er allerdings den Inhalt des Werks, in dem die Autorin ihre extreme Auffassung darlegte, wonach „*Halbmuslime*“, also Menschen islamischen Glaubens, die an Reformen mitwirken wollten, schlimmer als „*Kommunisten, Juden, Freimaurer, Atheisten und Nichtgläubige*“ seien. In der „*Milli Gazete*“ wurde vor den Parlamentswahlen in der Türkei ein über drei Ausgaben verteiltes Interview mit Frau SENLIKOGLU abgedruckt, in dem sie u.a. ausführte:

„Wenn die Muslime erst einmal ihre Komplexe überwunden haben und etwas mutiger werden, werden sich viele Dinge verbessern. [...] Mein Verstand sagt mir, dass Erbakans Linie die Türkei retten wird. Ich werde meine Stimme, so wie immer, seiner Linie geben. Seit meiner Jugend bin ich gefesselt von Erbakan.“¹⁹⁵

Das vollständige Interview war auch auf einer Internetseite des zur IGMG gehörenden „*Muslimischen Jugend- und Kulturvereins Bremen e.V.*“ nachzulesen. Von dieser konnte man auch zu Internetseiten des Holocaust-Leugners und Ideologen Harun YAHYA sowie der SP gelangen. Das ist besonders erstaunlich, weil gerade bei diesem Ortsverband IGMG-Vertreter die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugen wollten, dass die Kritik an ihrer Organisation unzeitgemäß sei:

„Es gibt einen Sinneswandel [bei der IGMG] und das ist kein politisches Kalkül.“¹⁹⁶

Zur Teilnahme an den Bundestagswahlen vom 22. September 2002 hatte die IGMG

¹⁹⁴ Zaman vom 5. Juni 2002.

¹⁹⁵ „*Milli Gazete*“ vom 20. und 21./22. September 2002.

¹⁹⁶ Internetausgabe der taz vom 25. November 2002.

eine klare Haltung eingenommen. In einem über das Internet verbreiteten „Wahlaufruf der IGMG an alle stimmberechtigten MigrantInnen“ appellierte der Generalsekretär der Organisation, Oguz ÜCÜNCÜ, vom Stimmrecht Gebrauch zu machen:

„Nach wie vor ist die überwiegende Zahl der in Deutschland dauerhaft lebenden MigrantInnen von direkter demokratischer Partizipation ausgeschlossen. Umso wichtiger ist es, dass die stimmberechtigten Männer und Frauen mit Migrationshintergrund ihre Chance wahrnehmen, Einfluss auf die gesellschaftliche Zukunft Deutschlands und damit ihre persönliche Zukunft zu nehmen.“

□ **Nutzung der Medien**

Als Sprachrohr wurde von der IGMG weiterhin die türkische Zeitung „Milli Gazete“ genutzt. Neben Nachrichten aus der Vereinigung brachte die Zeitung in 2002 auffallend viele Meldungen über die „Saadet Partisi“ (SP), in denen die Partei stets ins positive Licht gerückt wurde. Fast täglich erschien auf der Titelseite ein Bericht über die SP zusammen mit einem Bild von Necmettin ERBAKAN oder von Recai KUTAN, dem Vorsitzenden der SP. Die Zusammenhänge zwischen der „Milli Görüs“-Bewegung, der SP und der „Milli Gazete“ sollen von Necmettin ERBAKAN im Juli 2002 auf einer SP-Veranstaltung im türkischen Balıkesir bestätigt worden sein:

„Die SP ist eine Fabrik. Sie nimmt die Muslime und macht sie zu bewussten Muslimen. Wie produziert sie diese bewussten Muslime? Sie hämmert ihnen drei Nägel in den Kopf. Der erste Nagel ist der Nagel des Dihad. Der zweite Nagel ist der Nagel für wöchentliche Versammlungen. Der dritte Nagel schließlich ist mit der Milli Gazete gleichzusetzen. Aus einem Muslim, der diese drei Nägel trägt, wird ein bewusster Muslim. [...] Während von der Milli Gazete vierzig tausend Exemplare verkauft werden, verkaufen sich ih-

re¹⁹⁷ religionsfeindlichen Zeitungen sechs Millionen Mal. [...] Daher ist unser Kampf um die Milli Gazete ein sehr wichtiger.“¹⁹⁸

Die politische Linie der „Milli Gazete“ wird stark von ihren Kolumnisten wie Mehmet Sevket EYGI bestimmt, wenn er beispielsweise über die so genannten Sabbatäer schreibt. Unter dieser Bezeichnung versteht man Muslime, die vom Judentum zum Islam übergetreten sind, denen aber vorgeworfen wird, im Grunde noch an ihrem jüdischen Glauben zu hängen. Deshalb werden sie nicht als „richtige“ Muslime anerkannt. In seinen Artikeln behauptet EYGI, dass die „Sabbatäer“ Mitglieder einer „*international agierenden zionistischen Organisation*“ seien, die eine „*Israel-Steuer bei den Juden in aller Welt [erhebt]*“ und dass es nicht neu sei, „*dass sich die Sabbatäer und die Juden unter den Muslimen eingeschleust und sie gesteuert haben.*“¹⁹⁹

EYGI thematisierte auch das islamische Rechtssystem, welches er dem europäischen und dem englischen gegenüberstellte. Von diesen drei Rechtssystemen favorisierte er das islamische, weil es am besten die Aufgabe eines Rechtssystems, nämlich die „*wirksame Abschreckung*“ vor Straftaten erfülle - nicht zuletzt durch die in ihm enthaltene Todesstrafe.²⁰⁰ Ferner führte EYGI zur Bedeutung des Islam aus:

„Es muss deutlich gemacht werden, dass die islamische Religion das einzige System ist, das die Türkei und die Menschheit erretten kann. [...] Das Licht der Religion, des Glaubens, des Korans, der Scharia und Sunna muss offen und klar für jedermann verständlich der gesamten türkischen Bevölkerung und insbesondere der Jugend nahegebracht werden. [...] Besonders im Hinblick auf die Frauen und Mädchen müssen Abhandlungen herausgegeben werden; darin müssen die Bedeutung von Verschleierung, Sittsamkeit, Anstand und Ehrenhaftigkeit erläutert werden.“²⁰¹

¹⁹⁷ Damit sind die Inhaber der republiktreuen Zeitungen gemeint, welche die Trennung von Staat und Religion verfechten.

¹⁹⁸ Internetausgabe der türkischen Zeitung „Radikal“ am 28. Juli 2002.

¹⁹⁹ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 15. März 2002.

²⁰⁰ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 29. Januar 2002.

²⁰¹ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 22. Oktober 2002.

Als Ausdruck für die politische Linie der „Milli Gazete“ kann auch ein Artikel gewertet werden, in dem der Autor die Geiselnahme in einem Moskauer Theater im Oktober 2002 kommentierte. Darin hieß es:

„Ich ehre meine tschetschenischen Brüder, die in Moskau das Theater gestürmt haben. Ich liebe sie! [...] Ich bete für diejenigen, die in Moskau die Fahne hochhalten. Und Allah ist allbeherrschend und unerbittlich!“²⁰²

Im Mai 2002 erschien in der „Milli Gazete“ ein Gedicht, dessen Autor angab, aus **Heidenheim** zu stammen. Darin wurden die „Milli Gazete“, die „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung), die „Milli Görüs“, die Parteien Necmettin ERBAKANs, die „Märtyrer“ und der Islam als zu einer gemeinsamen Sache, als zur „Da’wa“ zugehörig beschrieben.²⁰³ Es ist an dieser Stelle herauszuheben, dass Islamisten in Europa die „Da’wa“, den „Aufruf [zum Islam] oder die Mission“ als ein wichtiges Element des so genannten Dialogs mit anderen Konfessionen ansehen. Ziel ist dabei weniger das Finden von Kompromissen beim Zusammenleben unterschiedlicher Gemeinschaften als vielmehr die Durchsetzung der eigenen Anliegen und der eigenen Standpunkte.

Als weiteres Medium nutzt die IGMG das Internet, wobei über ihre Homepage nur wenige vereinsinterne Informationen vermittelt werden. Stark frequentiert ist allerdings das offen zugängliche so genannte Forum, in dem per E-Mail über Themen aus den Bereichen „IGMG“, „Religiöses Leben“ und „Gesellschaft und Politik“ diskutiert wird. Zwar handelt es sich bei den dortigen Beiträgen um subjektive Meinungen von Einzelpersonen, dennoch lassen sich anhand dieser Ansichten und Einschätzungen Aspekte des Innenlebens der Organisation und zu den Verankerungen islamistischer Prinzipien erkennen.

Auf dieser Plattform fand auch eine Diskussion zum Thema „Hizb at-Tahrir“²⁰⁴ statt, in deren Verlauf mehrseitige Erklärungen von Vertretern dieser Gruppe und Links zu Internetseiten dieser arabischen Organisation beziehungsweise deren Sprachrohr „Expli-

²⁰² Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 25. Oktober 2002.

²⁰³ „Milli Gazete“ vom 17. Mai 2002.

²⁰⁴ Vgl. S. 121ff.

zit“ ihren Weg in das „Forum“ der IGMG-Homepage fanden. Aus der Tatsache, dass man Beiträge mehrere Wochen nicht aus dem „Forum“ nahm, in denen Thesen der „Hizb at-Tahrir“ verteidigt und Anhänger dieser Organisation ausführlichst zitiert wurden, kann zumindest geschlossen werden, dass sich die IGMG nicht grundsätzlich an den Inhalten solcher Diskussionen stört. Dass der im „Forum“ stattfindende Meinungsbildungsprozess von der Organisation mitverfolgt wird, steht außer Zweifel, da sie Beiträge zum Teil kommentiert oder herausnimmt.

Eine Verknüpfung zwischen der IGMG und der „Hizb at-Tahrir“ lässt sich außerdem über die Internetseite der zur IGMG gehörenden Fatih-Moschee in Bremen herstellen. Auf ihr war nämlich ein Link zu „Explizit“ eingestellt. Über die Homepage der Fatih-Moschee gelangte man auch auf eine Seite von Harun YAHYA, einem schon in den vergangenen Jahren in IGMG-Kreisen geförderten Autor, der unter diesem Pseudonym in seinen Büchern u.a. den Holocaust leugnet.

Zwar sind die auf Deutsch erscheinenden Texte YAHYAs von ursprünglich scharfen antisemitischen Stellen bereinigt. Geblieben ist aber eine generelle antiaufklärerische Tendenz, die eine Verachtung der Juden offenbart. In einer „Kulturgeschichte“ zu „untergegangenen Völkern“ werden „die Juden“ als ein Volk charakterisiert, *das „im Laufe der Jahrhunderte heimatlos und staatenlos hin- und herwanderte“*; sie hatten zu Zeiten Salomons *„wieder deshalb, weil sie zu weit gingen, Unheil anrichteten und sich ungehorsam verhielten, eine Katastrophe erlitten.“* Auch Minderheiten, die den sittlichen Vorstellungen YAHYAs nicht entsprechen, wie zum Beispiel Homosexuelle, werden von ihm dargestellt, als wären sie Menschen zweiter Klasse. In Italien macht er ein *„Paradies der Homosexuellen“* aus, woraus er folgert:

„Nicht nur auf Capri und Italien sondern fast auf der ganzen Welt ist eine ethische Degeneration am Werk und die Menschen bestehen geradezu darauf, aus den Katastrophen, die die Menschheit in der Vergangenheit heimgesucht haben, keine Lehren zu ziehen.“²⁰⁵

²⁰⁵ Übernahme wie im Original.

Homosexuelle werden somit dafür verantwortlich gemacht, dass göttliche Strafen in Form von Katastrophen die Menschheit heimsuchten.

Die IGMG nutzt das Internet ebenfalls für ein organisationseignes Radio. So ist seit dem 1. Juli 2002 das „IGMG-Radio“ zu empfangen. Ausgestrahlt wurden bisher vorwiegend Sendungen mit religiösem Inhalt. Geworben wird für dieses Radio u.a. auf der Homepage der IGMG und in der „Milli Gazete“²⁰⁶.

□ **Zusammenarbeit mit anderen Organisationen**

Wohl weil die IGMG vom Verfassungsschutz beobachtet wird, gibt es Vereine, die sich trotz einer Zusammenarbeit mit der Organisation nicht zu dieser bekennen und sich stattdessen in der Öffentlichkeit von ihr distanzieren. Ein Beispiel hierfür ist die „Islamische Solidarität“, die sich in **Stuttgart-Wangen** in Räumlichkeiten der IGMG befindet. Dort betreibt sie die Quba Moschee. Im Rahmen des am 3. Oktober 2002 abgehaltenen „Tags der Offenen Moschee“ wurde in diesen Räumen u.a. für das so genannte Islamobil, ein ca. 15 Meter langes Fahrzeug mit Infotafeln und modernster Mediene Ausstattung, geworben. Auf Büchertischen wurden auch Werke von Konvertiten wie dem Franzosen Roger GARAUDY²⁰⁷, dem Schweizer Ahmed HUBER und den Deutschen Murad HOFFMANN und Ahmad von DENFFER präsentiert. Auch eine Fülle kostenloser - von der Quba-Moschee herausgegebener - Informationsbroschüren über die verschiedenen Aspekte islamischer Gesellschaftsvorstellungen lagen aus. Unter den weiteren Herausgebern der Infoblätter fanden sich auch das der „Muslimbruderschaft“ zuzurechnende „Islamische Zentrum München“ und die „Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland e.V.“. Weiterhin waren die „Mevlana Moschee Nürtingen“ und das „Islamische Zentrum Hamburg“ vertreten.

Zur Zusammenarbeit mit der IGMG äußerte sich ein Vorstandsmitglied der „Islamischen Solidarität“ wie folgt:

²⁰⁶ Beispielsweise „Milli Gazete“ vom 5. Juli 2002.

²⁰⁷ Vgl. S. 119f.

„Wir arbeiten zwar mit der Milli Görüs genauso wie mit anderen islamischen Vereinen zusammen, aber wir stehen in keiner rechtlichen Verbindung.“²⁰⁸

Allerdings wurde diese Person in der „Milli Gazete“ vom 20. Juli 2002 auch als ein Vorstandsmitglied der IGMG bezeichnet.

Bereits 2001 hatte sich die „Islamische Gemeinde Heilbronn“ in der Öffentlichkeit von der IGMG distanziert. Damals hieß es, dass zwar einige ihrer Mitglieder auch der IGMG angehörten, doch das sei nur ein Bruchteil. Schließlich könne man seinen Mitgliedern nicht verbieten, sich auch in der IGMG zu engagieren, so ein Vorstandsmitglied der „Islamischen Gemeinde Heilbronn“.²⁰⁹ Zwei Monate zuvor waren bei demselben Verein der damalige IGMG-Vorsitzende Mehmet Sabri ERBAKAN und ein Abgeordneter der türkischen FP aufgetreten, flankiert von allen Leitern der IGMG-Regionen in Baden-Württemberg.

Für die Teilnahme an einer am 13. April 2002 in **Mannheim** durchgeführten „Palästina-Demonstration“ wurde an der IGMG-Moschee in Walldorf geworben. Auf dieser Demonstration, an der auch ein IGMG-Vertreter als Redner auftrat, wurden u.a. Symbole der radikalen palästinensischen Organisationen HAMAS und der „Al-Aqsa Brigaden“ gezeigt.²¹⁰

²⁰⁸ Stuttgarter Zeitung vom 15. Oktober 2002.

²⁰⁹ Heilbronner Echo vom 30. September 2001.

²¹⁰ Vgl. S. 125.

3.1.2 „Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti), auch „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB)

Gründung: 1985 als Abspaltung aus der „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT) hervorgegangen

Sitz: Köln

Mitglieder: ca. 800 Bund (2001: ca. 1.100)
ca. 300 Baden-Württemberg (2001: ca. 300)

Verboten durch den Bundesminister des Innern am 12. Dezember 2001

Nachdem bereits im Rahmen des bundesweiten Verfahrens vom 12. Dezember 2001 in Baden-Württemberg Vereinigungen in **Blumberg**, **Rastatt** und **Winnenden** verboten worden waren, folgte u.a. in Baden-Württemberg am 19. September 2002 das Verbot fünf weiterer Vereine in **Bruchsal**, **Esslingen**, **Heidenheim**, **Schorndorf** und **Tübingen**.

Die Klagen gegen das Verbot, die u.a. auch vom Verein in **Blumberg** eingereicht wurden, blieben vor dem Bundesverwaltungsgericht erfolglos.²¹¹ Dieses bestätigte das Verbot mit dem Hinweis, dass sich die Ziele des „Kalifatsstaats“ in kämpferisch-aggressiver Weise gegen die Demokratie und den Rechtsstaat richteten. Ihre Missachtung gegenüber dem politischen System in Deutschland brachten die Anhänger des „Kalifatsstaats“ dadurch zum Ausdruck, dass sie erst nach den Richtern den Gerichtssaal betraten, um sich nicht vor diesen erheben zu müssen.

Im Rahmen des Vollzugs der Verbotsmaßnahmen konnte festgestellt werden, dass der „Kalifatsstaat“ versucht, seine Aktivitäten fortzusetzen. Offenbar dienen die wöchentlich erscheinende „Beklenen ASR-I SAADET“ (Das Zeitalter der Glückseligkeit wird kommen) und die deutschsprachige monatlich verteilte Hochglanzbroschüre „D.I.A.“ (Der Islam als Alternative) als Nachfolgepublikationen der „Ümmet-i Muhammed“ (Die Gemeinde Muhammads). Ausgaben der „Beklenen ASR- I SAADET“ und der „D.I.A.“ konn-

²¹¹ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. November 2002, Az.: 6 A 1/02, 6 A 3/02, 6 A 4/02, 6 A 9/02.

ten in teils hohen Stückzahlen festgestellt werden. Die Verteilung erfolgte nach dem Verbot vom 12. Dezember 2001 per Postvertrieb aus den Niederlanden. Auch der vorübergehend eingestellte Betrieb des verbandseigenen Satellitensenders „Hakk-TV“ wurde aus dem Ausland fortgeführt, um weiteren exekutiven Maßnahmen deutscher Sicherheitsbehörden zu entgehen.

Die Verfasser der „Beklenen ASR-I SAADET“ nahmen in der Ausgabe vom 3. Juli 2002 den Bundesminister des Innern ins Visier. Dessen Aussagen zu Integration oder gar Assimilation erteilten sie eine Absage. Sein Werdegang wurde unter der Überschrift *„Er verwandelte sich von Tag zu Tag mehr in einen ‚braunen Wolf‘“* von seiner Zeit, in der er als Anwalt auch RAF²¹²-Mitglieder verteidigte (*„Der junge Schily, dieser ‚rote Kater‘...“*), bis zu seinem „Angriff“ gegen „den Islam“ und „die Muslime“ skizziert (*„...hatte sich in seinen alten Jahren in einen ‚braunen Wolf‘ verwandelt“*).

Inhaltlich unterschieden sich die in der „Beklenen ASR-I SAADET“ verbreiteten Artikel von den in der „Ümmet-i Muhammad“ publizierten ebenso wenig wie die über Satellit verbreiteten Sendungen vor und nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“.

So wurden in der „Beklenen ASR-I SAADET“-Ausgabe Nr. 15 vom 10. April 2002 unter der Überschrift *„Die Herrschaftspläne der Juden“* die auch in deutschen rechtsextremistischen Kreisen verbreiteten „Protokolle der Weisen von Zion“²¹³ inhaltlich ausführlich und umfangreich wiedergegeben. Damit pflegte man das Feindbild des Juden. Diese menschenverachtende Lehre ist ein zentraler Bestandteil der Botschaft des „Kalifatsstaats“, die er seinen Anhängern vermitteln will.

Die Ausgabe vom 17. Juli 2002 widmete sich u.a. dem Djjihad. Dort mahnte man an:

²¹² Kürzel für die 1998 aufgelöste „Rote Armee-Fraktion“.

²¹³ Die „Protokolle der Weisen von Zion“ wurden nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland verbreitet. Der NS-Ideologe Alfred Rosenberg spielte dabei eine erstrangige Rolle. Rosenberg (1893-1946) entwickelte Vorstellungen von einer jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung und verbreitete antisemitische Hetzschriften wie „Unmoral im Talmud“ oder „Die Spur der Juden im Wandel der Zeit“. Adolf Hitler zitierte sie in „Mein Kampf“ zustimmend, was als ein weiterer Beweis für seine rassistischen Anschauungen über jeglichen Ausdruck jüdischen Lebens gewertet wird.

„Es ist eine islamische Pflicht, alles, was sich der Scharia und dem Islam widersetzt, aus der Welt zu schaffen!“

Unter Dihad versteht der „Kalifatsstaat“ durchaus den bewaffneten Kampf gegen die „Ungläubigen“. So wurde der *„ruhmreiche Aufstand“* eines Scheichs in Diyarbakir geschildert und darauf hingewiesen, dass ein *„ehrenhafter Tod“* in einem *„heldenhaft geführten Kampf“* viel besser als *„die Kapitulation vor den niederträchtigen und gemeinen Tyrannen“*²¹⁴ sei.

In einer am 20. September 2002 ausgestrahlten, verbandseigenen TV-Sendung wurde im Rahmen einer Jugendversammlung aus dem Jahr 1993, die noch vom verstorbenen ICCB-Führer Cemaleddin KAPLAN geleitet wurde, ein Marschlied präsentiert, in dem es heißt:

„Wir sind keine Laizisten, wir sind Scharia-Anhänger. (...) Eines Tages werden wir ihre Zungen, die sie (die „Ungläubigen“) nach dem Islam ausstrecken, in einzelne Scheiben zerschneiden.“

Moscheen, so Cemaleddin KAPLAN, seien sowohl Universitäten als auch Kasernen. In diesem Zusammenhang zitierte „Beklenen ASR-I SAADET“ auch den Gründer der „Muslimbrüder“ Hassan al-Banna²¹⁵:

„Versuche mit allen dir zur Verfügung stehenden Kräften die islamischen Sitten und Gebräuche auf allen Gebieten des Lebens am Leben zu erhalten und die fremden Gewohnheiten aus der Welt zu schaffen! Was zum Beispiel die Begrüßung, die Sprache, die Geschichte, die Bekleidung... die Freude und die Trauer angeht, verhalte dich entsprechend den Aussprüchen Muhammads!

Breche deine Beziehungen vollkommen ab zu den nichtislamischen Gerichten, zu den Urteilen und Beschlüssen dieser Gerichte und zu den Klubs,

²¹⁴ „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 24. Juli 2002.

²¹⁵ Vgl. S. 117ff.

Schulen, Zeitungen und anderen Institutionen, deren Auffassungen deinen islamischen Auffassungen zuwiderlaufen!

*Trage in deinem Herzen ständig die Absicht, den Dihad zu führen! Trage in deinem Herzen ständig die freudige Erwartung, den Märtyrer-Tod zu finden!*²¹⁶

Alle Systeme mit Ausnahme des Islam werden als „batil“ (falsch) bezeichnet. *„Kommunismus, Faschismus, Kemalismus, Demokratie und die politischen Parteien, die untrennbare Teile der Demokratie sind, gelten zum Beispiel als batil“*, hieß es in der „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 27. Juli 2002. Diese Bewertung erklärt auch die ablehnende Haltung der „Kalifatsstaat“-Anhänger zu Wahlen. Eine Teilnahme an Wahlen wird als mit dem Islam nicht vereinbar gesehen. „Feinde“ sieht der „Kalifatsstaat“ auch unter zwei „islamischen Bewegungen“, nämlich der „Fazilet Partisi“ (FP, Tugendpartei), welche die „Milli Görüs-Linie“ vertritt²¹⁷, sowie dem türkischen staatlichen DIYANET.²¹⁸

Die zwischenzeitlich als „Saadet Partisi“ (SP, Partei der Glückseligkeit) und „AK-Partisi“ (AKP, Gerechtigkeits- und Aufschwungpartei) gegründeten Nachfolger der FP unterschieden sich nach Ansicht des „Kalifatsstaats“ nicht mehr von anderen, da beide das Ziel der Gründung eines islamischen Staats aus den Augen verloren hätten.²¹⁹

Das Ziel des „Kalifatsstaats“ bleibt dagegen unverändert:

„Der Koran muss zur Verfassung, die Scharia muss zum Gesetz und der Islam muss zum Staat werden!“

²¹⁶ „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 10. Juli 2002.

²¹⁷ Die FP wurde am 22. Juni 2001 in der Türkei verboten, siehe auch S. 38.

²¹⁸ Die DITIB („Diyamet Isleri Türk Islam Birligi“, die deutsche Selbstbezeichnung lautet: „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“) ist die Tochterorganisation des türkischen DIYANET („Diyamet Isleri Baskanligi“-„Amt für Religionsangelegenheiten“) und wurde 1984 in Köln als Gegenpol zu islamistisch-extremistischen Organisationen gegründet. Es ist die Europa-Filiale des DIYANET, der obersten Religionsbehörde der Türkei, und der größte Dachverband der organisierten türkischen Muslime in Deutschland. DIYANET ist die Nachfolgeeinrichtung des Amtes des „seyhü'l-islam“, der höchsten theologischen Autorität im Osmanischen Reich. Die DITIB lehnt konkurrierende türkisch-islamische Gruppen ab. Sie ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

²¹⁹ „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 31. Juli 2002.

Nachdem die Scharia die Macht übernommen habe, müssten „*die islamischen Länder von den heidnischen Gesetzen*“ gereinigt werden. Heidnische Bilder und heidnische Schulsysteme seien zu entfernen. Die Presse müsse von „*schamlos agierenden Menschen*“ gesäubert werden, der Staat dürfe keine Freudenhäuser und Kneipen mehr betreiben.

Für den „Kalifatsstaat“ sind die Medien die „*Vollstrecker*“ im Krieg der Imperialisten gegen die Muslime, da sie willkürlich „*einseitige Nachrichten*“ erfänden und dadurch die Meinung gegen die Muslime beeinflussten.²²⁰

Die Erläuterungen zum Dihad und die Darstellungsweise des Lebens eines „*wahren Muslim*“ ziehen sich durch die Publikationen des „Kalifatsstaats“, wie der folgende Hinweis:

„Dort, wo die islamische Religion herrscht, kann es weder Demokratie (...) noch ein anderes System, das mit dem ‚ismus‘ endet, geben. (...) Denn in einem Land kann nur eine einzige Religion herrschen (...) Entweder werden sie [„die wahren Muslime“] es schaffen, dafür zu sorgen, dass diese Religion die Herrschaft erlangt oder sie werden sich für die Erreichung dieses Ziels opfern und den Märtyrertod finden. (...) Wenn sie an den Islam aufrichtig glauben, können sie dort, wo eine andere Religion herrscht, nicht einmal in Ruhe schlafen.“²²¹

Als Lösung für die Türkei wird ein Regimewechsel mit Einführung der Scharia und Errichtung des islamischen Kalifatsstaats propagiert.²²²

Bei den im Rahmen des Vollzugs des Vereinsverbots am 19. September 2002 erfolgten Durchsuchungen wurde in verschiedenen Fällen ein Flugblatt sichergestellt, in dem für die Ausbildung muslimischer Kinder an einem religiösen Institut geworben wurde. Zu diesem Institut („Dar’ül-Erkam Medresesi“) teilte man lediglich mit, es befinde sich „*in*

²²⁰ „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 31. Juli 2002.

²²¹ „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 31. Juli 2002.

²²² „Beklenen ASR-I SAADET“ vom 21. August 2002.

einem arabischen Land“. Weiter hieß es darin, dass man Anmeldungen für das Studienjahr 2002/03 ab sofort annehme, wobei im ersten Studienjahr lediglich Jungen im Alter zwischen 10 und 12 Jahren aufgenommen würden. Als Unterrichtsfächer wurden arabische Wissenschaften, praktisches Arabisch sowie - je nach Fähigkeit der Schüler - das auswendige Vortragen des Korans genannt. Im Rahmen der 7 - 8-jährigen Ausbildungszeit sollten auch Mathematik, Physik, Chemie, Biologie sowie Informationstechnik gelehrt werden. Nach Besuch eines einjährigen Kurses, der dem Abschluss der Ausbildung folgt, soll es den Absolventen möglich sein, jedes gewünschte Studium an einer europäischen Universität aufzunehmen. Für die Anmeldung war eine Kontaktadresse in den Niederlanden angegeben. Dass den Kindern ein Studium an europäischen Universitäten in Aussicht gestellt wurde, zeigt, dass deren Lebensmittelpunkt keinesfalls in den Nahen Osten verlegt werden sollte, sondern eine Verwendung in den „Heimatländern“ vorgesehen war.

Mit dem Flugblatt in Zusammenhang stehen dürfte die hier bekannt gewordene Erkenntnis, dass in das obige Profil passende Kinder eines baden-württembergischen ICCB-Funktionärs vom Schulbesuch in Deutschland abgemeldet wurden. Offenbar wurden sie zum Koranstudium in ein Internat nach Jordanien verbracht. Ein Funktionär soll als Koranlehrer dorthin gegangen sein, Erkenntnisse über einen gleichartigen Fall liegen auch aus Bayern vor.

Nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“ ist in der Zusammenschau festzustellen, dass die ohnehin nur schwach ausgeprägte Zurückhaltung in dieser Organisation aufgegeben wurde. Eine solch nachdrückliche und unverblümete Haltung gegen Demokratie und westliche Regierungssysteme war in den letzten Jahren sonst nicht zu beobachten.

3.2 Extrem-nationalistische Organisationen

□ „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF)/„Deutsche Türk Föderation“ (ATF)

Gründung:	1978		
Sitz:	Frankfurt am Main		
Mitglieder:	ca. 2.100	Baden-Württemberg	(2001: ca. 2.100)
	ca. 8.000	Bund	(2001: ca. 7.800)
Publikation:	„Türk Federasyon Bülteni“ (türkisch)		

Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ („Avrupa Demokratik-Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“, ADÜTDF), entstand am 18. Juni 1978 in Frankfurt am Main durch den Zusammenschluss zahlreicher extrem-nationalistischer türkischer Vereine. In Baden-Württemberg existieren über 40 Ortsvereine, die in drei Verbänden organisiert sind. Die zahlenmäßig stärksten Vereine mit bis zu 100 Mitgliedern befinden sich in **Stuttgart, Ulm** und **Mannheim**.

Das Symbol der Bewegung ist der „Graue Wolf“, der mystischen Überlieferungen zufolge den Stammvater der Türken vor dem Verhungern bewahrt und nach Anatolien geführt haben soll. Seit ihrem Bestehen wird die ADÜTDF als Auslandsorganisation der türkischen „**Partei der Nationalistischen Bewegung**“ („**Milliyetçi Hareket Partisi**“, **MHP**) betrachtet. Gegründet wurde die MHP im Jahr 1969 vom Ex-Oberst Alparslan TÜRKEKES (1917-1997), dem Mitorganisator des blutigen Militärputschs von 1960.

Die MHP strebt - rassistisch begründet und islamisch geschönt - die Errichtung eines nach dem Führerprinzip „BASBUG“²²³ organisierten großtürkischen Reiches vom Balkan bis nach Zentralasien an. Die Denkweise der ADÜTDF folgt zwei ideologischen Strängen im Sinne einer gesteigerten „türkisch-islamischen Synthese“. Dazu gehört ein übersteigerter Nationalismus, der sich durch ausgeprägten Rassismus gegenüber Minderheiten wie Kurden, Armeniern und anderen in der Türkei zeigt. Hinsichtlich des Islam

²²³ Andere Bezeichnung für Alparslan TÜRKEKES.

ist eine von Nützlichkeitsabwägungen bestimmte Haltung unverkennbar. In der Anfangszeit wurde er als „Religion der Araber“ abgelehnt, es gab eine Rückbesinnung auf die vorislamische Zeit mit ihren schamanistischen Riten. Mittlerweile hat der Verband jedoch die in der Türkei erfolgte „türkisch-islamische Synthese“ nachvollzogen und betreibt in seinen Mitgliedsvereinen neben Kultur- und Sportvereinen auch religiöse Einrichtungen wie Gebetsstätten und Korankurse.

Die rechtsextremistischen und antisemitischen Tendenzen sowie die dogmatische Feindschaft zu „Linken“ und Minderheiten gehören nach wie vor zu der Ideologie dieser Bewegung. Auf der Internetseite des Kulturvereins „Alparslan Türkeş Ülkü Ocagi in Augsburg“ wurden die Juden vor allem als Erzfeind der türkisch-islamischen Welt beziehungsweise der gesamten Menschheit und als verantwortlich für die Zerrüttung der gesamten islamischen Welt dargestellt.

Dort präsentierte man den Lesern außerdem die in Deutschland verbotenen „Protokolle der Weisen von Zion“²²⁴. Unter der Überschrift *„Zionismus, Juden, Freimaurer, Logen und Protokolle“* wurde folgende rhetorische Frage gestellt:

„Warum herrscht das Chaos in der türkisch-islamischen Welt?“

Diese Website wies auch auf den türkischen Kamer-Verlag hin, über den die „Protokolle“ erhältlich sind. Derselbe Verlag gibt u.a. „Mein Kampf“ von Adolf Hitler in türkischer Übersetzung heraus, die ebenfalls auf dieser Website abgerufen werden konnte.

Die ADÜTDF organisierte verschiedene Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, um ihre Mitglieder zur Stimmabgabe für die Mutterorganisation MHP bei den am 3. November 2002 in der Türkei durchgeführten Parlamentswahlen zu mobilisieren. Außerdem wurden auch aus Baden-Württemberg Anhänger als Wahlhelfer für die MHP in die Türkei geschickt. Diese scheiterte jedoch an der 10%-Hürde und ist seitdem nicht mehr im Parlament vertreten. Der MHP-Vorsitzende Devlet BAHCELI gab unmittelbar nach

²²⁴ Vgl. Fußnote 213.

der Wahlniederlage bekannt, dass er beim nächsten Parteitag im Jahr 2003 nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren wolle.

Ob das bisherige defensive Verhalten nach diesem verheerenden Wahldebakel beziehungsweise die Option für die Militanz beibehalten wird oder aber es zur Spaltung der Bewegung kommt, bleibt abzuwarten.

3.3 Linksextremisten

3.3.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C - Devrimci Sol)

Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und die „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C) sehen sich in der politischen Erbfolge nach wie vor jeweils als die wahre Nachfolgerin der aus der linken Studentenbewegung hervorgegangenen, 1978 in der Türkei gegründeten „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“). Diese verfolgte insbesondere das Ziel, einen Umsturz der dortigen politischen Verhältnisse herbeizuführen und eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Als terroristisch-linksextremistische Organisation wurde sie bereits zwei Jahre später in der Türkei und am 27. Januar 1983 (bestandskräftig seit 1989) durch den Bundesminister des Innern verboten, nachdem von ihr in der Bundesrepublik Deutschland massive und äußerst gewalttätige Ausschreitungen ausgegangen waren.

Jahrelange innerorganisatorische Streitigkeiten und persönliche Zwistigkeiten führender Funktionäre spalteten die konspirativ agierende „Devrimci Sol“ Ende 1992 in zwei konkurrierende, alsbald verfeindete Flügel, obwohl beide bis heute die gleichen ideologischen Grundlagen und politischen Ziele aufweisen. Fortan bezeichneten sich die beiden rivalisierenden Fraktionen nach ihren Führungsfunktionären Dursun KARATAS und dem im März 1993 in der Türkei von Sicherheitskräften erschossenen Bedri YAGAN als „KARATAS“- beziehungsweise „YAGAN“-Flügel. Mit dem am 30. März 1994 in Damaskus abgehaltenen „Parteigründungskongress“ hat der „KARATAS“-Flügel, der sich seit-

dem DHKP-C nennt, organisatorisch endgültig die Trennung vollzogen. Der „YAGAN“-Flügel verwendet seit Mitte 1994 die Bezeichnung THKP-C.

Die von März 1993 bis Anfang des Jahres 1999 mit hoher krimineller Energie bis hin zu Mord ausgetragenen Flügelkämpfe und die im gleichen Zeitraum durchgeführten Anschläge gegen staatliche und vor allem gegen private türkische Einrichtungen belegen, dass beide Gruppierungen ihre politischen Ziele auch im Bundesgebiet durch Gewalt zu verwirklichen versuchten. Am 13. August 1998 erließ daher der Bundesminister des Innern gegen die THKP-C ein Betätigungsverbot. Die DHKP-C bewertete er zeitgleich als Ersatzorganisation der 1983 verbotenen „Devrimci Sol“ und bezog sie in das frühere Verbot mit ein. Die Anfechtungsklage der DHKP-C hiergegen wies das Bundesverwaltungsgericht am 1. Februar 2000 letztinstanzlich ab.

Das beharrliche und konsequente Vorgehen der deutschen Strafverfolgungsbehörden gegen zahlreiche Führungsfunktionäre führte auch im Jahr 2002 vor allem zu einer Schwächung der DHKP-C. Gerade sie hat erhebliche Mühe, in der eigenen Anhängerschaft noch qualifizierte Führungskräfte zu finden, welche die Organisation gegenwärtig auf allen Ebenen benötigt.

3.3.1.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Gründung:	30. März 1994 in Damaskus (Syrien)		
Leiter:	Generalsekretär Dursun KARATAS		
Mitglieder:	ca. 120	Baden-Württemberg	(2001: unter 150)
	ca. 750	Bund	(2001: ca. 850)
Publikationen:	„DEVIRIMCI SOL“ (Revolutionäre Linke)		
	„VATAN“ (Vaterland/Heimat) bis 18. März 2002		
	„Ekmek ve Adalet“ (Brot und Gerechtigkeit) ab 25. März 2002		

Die „**Revolutionäre Volksbefreiungspartei**“ (DHKP), politischer Flügel der „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C), strebt gemäß ihrem Programm eine revolutionäre Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Türkei und die Errichtung einer „*Volksmacht*“ - einer „*Gesellschaft und einer Welt ohne Ausbeutung und ohne*

Klassen“ - auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus an. Hauptfeind ist hiernach der türkische Staat, dessen Bekämpfung legitim und Pflicht sei. In Erwiderung auf Berichte einiger Verfassungsschutzbehörden bekundete dies die **„Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC)**, die „Frontorganisation“ der DHKP-C, in einem Internetbeitrag vom 18. Juni 2002 wie folgt:

„...Es ist für uns eine Ehre, wegen der Erfüllung dieser Pflicht beschuldigt zu werden. Es wäre für uns eine große Beleidigung, wenn es umgekehrt wäre...“

Laut dem Programm der DHKP sind neben der „faschistischen“ Türkei „*zuerst der US-Imperialismus und alle imperialistischen Kräfte*“ - hierzu zählt insbesondere Deutschland - die „*Feinde des Volkes*“. Die hier in Deutschland geschaffenen, geheim operierenden eigenen Einheiten hält die DHKP für „*einen Teil der Befreiungsbewegung auf der Welt und der internationalen Solidarität*“. Diese „*Hinterfront*“ habe die Aufgabe, die „*Kampffront*“ in der Türkei zu stärken. Hierzu wird in dem Internetbeitrag vom 18. Juni 2002 angeführt:

„...Wenn unser Volk hier ist, sollten auch seine Gedanken und Organisationen vorhanden sein. Die Existenz der DHKP-C hier hängt damit zusammen. Wenn es auf der einen Seite Menschen aus der Türkei gibt, wird es auch ihre politischen Einrichtungen geben. Genau darum sind wir auch hier. Unsere Existenz hier stellt weder für Deutschland noch für Europa eine Gefahr dar. Unser Kampf ist klar definiert. Wir kämpfen gegen den Hunger und Ungerechtigkeit in unserem Land. Wir werden, solange es in unserem Land Folter, Massaker und Staatsterror gibt, diese Tatsache auch irgendwie zum Ausdruck bringen...“

Vornehmlich tagespolitische Ereignisse nahm die DHKC auch in Deutschland zum Anlass für Demonstrationen, Veranstaltungen und Protesterklärungen. Alle im Jahr 2002 durchgeführten Aktionen verliefen - zumindest in Deutschland - friedlich und ohne jegliche Gewalt. Dies ist nicht zuletzt auf den am 12. Februar 1999 von dem Generalsekretär Dursun KARATAS für Westeuropa verfügten Gewaltverzicht zurückzuführen.

In der Türkei hingegen operiert die DHKP-C weiterhin terroristisch. So beteiligten sich im Mai 2002 DHKP-C-Aktivisten gemeinsam mit Mitgliedern anderer linksextremistischer Organisationen an einem Feuergefecht mit türkischen Sicherheitskräften, wobei eine Person getötet wurde. Einen Monat später versuchte eine DHKP-C-Angehörige den türkischen Justizminister durch ein Selbstmordattentat zu töten.

In Baden-Württemberg ist die DHKP-C vor allem in den Ballungsräumen **Stuttgart**, **Ulm** und **Mannheim** vertreten, auch wenn sie im Jahr 2002 praktisch nie über eigene Vereinsräume verfügte. Sie hatte zwar entsprechende Räumlichkeiten verschleiert und unter Zuhilfenahme unverfänglicher, jedoch zweifelsohne gesteuerter örtlicher Gruppierungen zunächst angemietet, musste diese jedoch meist aus finanziellen Gründen bald wieder schließen. Versammlungen, Zusammenkünfte und eine mehrwöchige Schulungsveranstaltung wurden äußerst konspirativ, zumeist in zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten sich mit der DHKP-C solidarisierender linksextremistischer türkischer Organisationen abgehalten. Wenige Zentralveranstaltungen waren vordergründig als Musik- oder Folklorefestivals getarnt, wobei populäre türkische Musikgruppen und bekannte Gesangsinterpreten mehrere Hundert Zuhörer anlockten. Überregionale, der DHKP-C unschwer zuzuordnende Versammlungen fanden nur im benachbarten Ausland statt.

Die DHKC agitierte in Deutschland vorrangig mit ihren beiden Vorfeldorganisationen „**Verein für Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei**“ (**TAYAD**) und „**Komitee gegen Isolationshaft**“ (**IKM**), die insbesondere die Protestaktionen gegen die Änderungen im türkischen Strafvollzug und den damit verbundenen Hungerstreik unterstützten. Obwohl die DHKP-C aufgrund des seit dem 20. Oktober 2000 andauernden Hungerstreiks beziehungsweise „Todesfastens“ in ihren eigenen Reihen zahlreiche Tote zu beklagen hat, blieben die in Deutschland durchgeführten Demonstrationen und Kundgebungen gewaltfrei. In der Türkei hingegen führte die DHKP-C den Hungerstreik unvermindert fort, obgleich Gefangenenvvertreter von acht bislang am „Todesfasten“ beteiligten linksextremistischen türkischen Organisationen diese Protestaktion am 28. Mai 2002 für beendet erklärten. Sie begründeten dies im Wesentlichen damit, dass das Todesfasten seine revolutionäre Aufgabe erfüllt habe; ideologisch und moralisch sei damit ein Sieg erzielt worden.

Neben diesem Agitationsschwerpunkt bezog die DHKP-C ferner zu vielfältigen Themen Stellung, indem sie Erklärungen vorzugsweise in das Internet einstellte.

- ❑ Unter der Überschrift *„In unserem Land leben nicht nur Türken“* unterstützte die DHKC in ihrer am 19. Januar 2002 verbreiteten Interneterklärung die Forderung nach Unterricht in kurdischer Sprache. Das kurdische Volk gehöre zur Realität der Türkei. Die Sprache eines Volkes verbieten zu wollen, sei *„faschistisch“*.
- ❑ In einem erstmals am 14. Februar 2002 im Internet veröffentlichten Beitrag unter dem Titel *„Die Organisation hat Amerika und sein Vorgehen in Afghanistan offen kritisiert“* wandte sich die DHKC gegen die Aufnahme der DHKP-C in die von den USA geführte Liste terroristischer Organisationen. Die Ziele der USA seien nicht terroristische islamistische Gruppierungen, sondern alle Organisationen und Völker, die sich gegen Imperialismus und die kapitalistische Ausbeutung auflehnten, insbesondere Revolutionäre, Sozialisten und Antiimperialisten.
- ❑ In gleicher Weise reagierte die DHKC, nachdem am 2. Mai 2002 die DHKP-C in die für alle Mitgliedsstaaten der Europäische Union (EU) gültige Liste terroristischer Personen und Organisationen aufgenommen wurde. Als Antwort auf die *„Diffamierung“* kündigte sie an, künftig auch die europäischen Staaten als *„Folterer“* und *„Mordgehilfen“* anzuklagen. Am Ende dieser in das Internet eingestellten Verlautbarung wurde die EU beschuldigt, für Morde und Folterungen in der Türkei mitverantwortlich zu sein.
- ❑ Im Rahmen der Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei sah die DHKC in ihrer Internetantwort vom 10. Juli 2002 kaum einen Unterschied zwischen den EU-Befürwortern und den -Gegnern: Die *„Verteidigung der Demokratie und des Faschismus, die Unabhängigkeitsanhänger und die IWF-Anhänger, Wahres und Unwahres“* würden dem Volk gemischt präsentiert. Diesen Zwiespalt verdeutlichte die DHKC wie folgt: *„Wer nicht gegen die F-Typen²²⁵, Folterungen, Exekutionen*

²²⁵ Für die so genannten F-Typ-Gefängnisse ist ein Überwiegen von Einzel- und kleinen Gemeinschaftszellen statt der bisher bei türkischen Gefängnissen üblichen großen Gemeinschaftszellen mit mehreren Dutzend Haftplätzen kennzeichnend.

ist, dessen Demokratiebetuerungen sind unecht! Wer nicht gegen den IWF, die NATO, die USA, die Plünderung des Imperialismus ist, dessen Verteidigung der Unabhängigkeit ist unecht.“

- In der Ausgabe ihres Sprachrohrs „Ekmek ve Adalet“ (Brot und Gerechtigkeit) vom 8. April 2002 griff die DHKP-C das Vorgehen der israelischen Armee gegen die Palästinenser propagandistisch auf und solidarisierte sich mit dem palästinensischen Volk. Sie forderte die Beendigung der Besetzung Palästinas; die USA und Israel bezeichnete sie in diesem Zusammenhang als „*Terroristen*“.

- Die DHKC-Vorfeldorganisation TAYAD rief 2002 in einem öffentlich verbreiteten Flugblatt zur Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Bush in Berlin vom 22. Mai auf. Hierzu wurde angeführt:

*„...Die Mobilisierungen gegen den Bush-Besuch in Berlin sind ein weiterer Baustein der Globalisierung des demokratischen und revolutionären Widerstands gegen eine vom US-Imperialismus dominierte Politik der ‚freien westlichen Welt‘. (...)
Die US-Politik verdient nur eine Antwort: Sie ist grundsätzlich zu kritisieren und kollektiv zu bekämpfen...“*

- Anlässlich des 1. Jahrestags der Terroranschläge in New York und Washington verbreitete die DHKP seit dem 11. September 2002 im Internet eine Erklärung unter der Überschrift „*Die Wahrheit: Der amerikanische Imperialismus bedeutet Ausbeutung und Massaker*“. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hätten „*Terror*“ und „*Aggressionen*“ des „*US-Imperialismus*“ neue Dimensionen erreicht. Die „*europäischen Imperialisten*“ hätten sich den USA untergeordnet, die unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung auf eine Versklavung der Weltbevölkerung zielten. Die DHKP beteuerte in dieser Erklärung, dass sie sich im Kampf gegen die USA auf der Seite der antiimperialistischen Kräfte, „*der Islamisten, Revolutionäre, Globalisierungsgegner, Umweltschützer*“, befinde.

- Unter der Überschrift „*Verweigere Deine Stimme! Die Revolution ist der einzige Weg der Befreiung!*“ rief die DHKP-C Anfang Oktober 2002 zum Boykott der am 3. November 2002 durchgeführten türkischen Parlamentswahlen auf. Sie behauptete in dieser Presseerklärung, seit Jahrzehnten würden während der Wahlkampfphasen nur Lügen verbreitet und leere Versprechungen gemacht. Sie appellierte an das türkische Volk, sich unter ihrer Führung gegen den Imperialismus zu vereinen und für Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zu kämpfen.

3.3.1.2 „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol“)

Gründung: um 1992 als Abspaltung aus der „Devrimci Sol“

Mitglieder: etwa ein Dutzend in Baden-Württemberg (2001: ca. 10-15)
ca. 50 Bund (2001: ca. 100)

Publikationen: „Devrimci Cözüm“ (Revolutionäre Lösung)
„Devrimci Cizgi“ (Revolutionäre Linie)

Die überwiegend im norddeutschen Raum agierende „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C) entwickelte kaum noch öffentliche Aktivitäten. Terroristische Aktionen wurden auch in der Türkei nicht mehr bekannt. Insgesamt verlor diese Gruppierung weiterhin an Bedeutung.

3.3.2 „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)/ „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

- **„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)**

Gründung: 1972 (in der Türkei)

Anhänger: ca. 320 Baden-Württemberg (2001: ca. 360)
ca. 1.500 Bund (2001: ca. 1.600)

Militärische Teilorganisation: „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO); verübt auf dem Gebiet der Türkei Guerillaaktionen

Publikationen: „Isçi Köylü“ (Arbeiter und Bauer auf dem Weg zur Revolution)
„Partizan“ (Der Partisan)

Die 1972 gegründete „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) zählte auch im Jahr 2002 zu den mitgliederstarken Organisationen der türkischen Linksextremisten in Deutschland. Interne Machtkämpfe unter den Funktionären führten zunächst 1987 zu einer Teilung der Organisation in die beiden Flügel „**Partizan**“ und „**Ostanatolisches Gebietskomitee**“ (**DABK**)²²⁶. Die 1992 erfolgte Wiedervereinigung hielt nur zwei Jahre, ehe 1994 erneut innerparteiliche Zerwürfnisse zu der bis heute andauernden Trennung führten. Anlässlich des 30. Jahrestages ihrer Gründung verbreitete die TKP/ML eine Broschüre, in der sie für sich in Anspruch nimmt, einzige bewährte Partei und Vertreterin der türkischen Arbeiterklasse in Sachen Revolution und Guerillakampf zu sein. Ideologisch basierend auf dem Marxismus-Leninismus, ergänzt um maoistische Aspekte, ziele sie seit ihrer Gründung auf den Sturz des „*Imperialismus*“, „*Feudalismus*“ und „*Kapitalismus*“ ab, um unter der „*Diktatur des Proletariats*“ statt dessen einen „*demokratischen Volksstaat*“ einzuführen. Auch aus kämpferischer Sicht gehöre die TKP/ML zur Avantgarde. In dieser Broschüre propagiert sie den Bürgerkrieg als strategisches Mittel.

Zur Finanzierung ihrer propagandistischen Aktivitäten, ihres Parteiapparats und des Guerillakampfs in der Türkei führen beide Flügel jeweils jährlich Spendenkampagnen durch. Weitere Einnahmequellen stellen Erträge aus Großveranstaltungen sowie Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen dar. In Deutschland sind unter den Großveranstaltungen die jährlichen Gedenkfeiern zu Ehren des Parteigründers Ibrahim KAYPAKKAYA hervorzuheben. An den Feiern des Partizan-Flügels am 25. Mai 2002 in Wuppertal beziehungsweise des DABK-Flügels am 18. Mai 2002 in Frankfurt am Main beteiligten sich jeweils ca. 4.000 Personen.

Neben den konspirativen Parteistrukturen existieren in Europa auch offen arbeitende Basisorganisationen. Für den Partizan-Flügel sind dies auf europäischer Ebene die „**Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V.**“ (**ATIK**) und in Deutsch-

²²⁶ Das DABK änderte auf einem im September 2002 in der Region Dersim/Türkei abgehaltenen Kongress seinen Namen in „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP).

land die „**Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.**“ (ATIF); entsprechend für den DABK-Flügel auf europäischer Ebene die „**Konföderation für demokratische Rechte in Europa**“ (ADHK) und in Deutschland die „**Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V.**“ (ADHF). Diese Basisorganisationen leisten überwiegend Unterstützung durch das Aufgreifen aktueller politischer Tages-themen, insbesondere solche mit Bezug zur Türkei und zu Deutschland. Neben der Verbreitung von Flugblättern ist zwischenzeitlich das Internet zum wichtigsten Propa-gandainstrument für diese Organisationen geworden. So griff die ATIK in einem Inter-netbeitrag unter der Überschrift „*Ein kurzer Überblick der Weltlage*“ neben sozialpoliti-schen deutschen Themen auch folgende Inhalte auf:

„IMPERIALISMUS BEDEUTET: KRIEG, HUNGER UND BESETZUNG. DESHALB MÜSSEN WIR DEM ANGRIFFSKRIEG DER USA GEGEN DEN IRAK EIN ENDE SETZEN. (...) DIE GESETZE, DIE DIE HERRSCHENDE KLASSE IN DER TÜRKEI FÜR DEN EU-BEITRITT VERABSCHIEDET HAT, BRINGEN AUCH KEINE LÖSUNG FÜR DIE ANDAUERENDE KRI-SE.“²²⁷

□ **Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)**

Gründung:	1994 (in der Türkei)		
Anhänger:	ca. 245	Baden-Württemberg	(2001: ca. 250)
	ca. 600	Bund	(2001: ca. 600)
Publikation:	„Yeniden Atilim“ (Erneuter Angriff)		

Die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) entstand 1994 durch den Zusammenschluss einer Abspaltergruppe der TKP/ML mit der Bezeichnung „**Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten**“ (TKP/ML-Hareketi) und der „**Türki-schen Kommunistischen Arbeiterbewegung**“ (TKIH). Auch 2002 zählte die MLKP in Deutschland zu den mitgliederstarken Organisationen im linksextremistischen türki-schen Spektrum. Ziele dieser Gruppierung sind die Zerschlagung des türkischen

²²⁷ Übernahme wie im Original.

Staatsgefüges und die Etablierung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Ideologisch bekennt sie sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus. Zur Finanzierung der Parteiarbeit und der Guerillaaktivitäten in der Türkei führt die Organisation jährlich eine europaweite Spendenkampagne unter ihren Anhängern durch.

Einem Internetbeitrag der Organisation zufolge führte die MLKP in der Zeit vom 3. bis 18. April 2002 ihren „III. Kongress“ durch. Der Veranstaltung wurden in dieser Verlautbarung folgende Parolen zugeordnet:

„Hoch lebe der Marxismus-Leninismus!“, „N i e d e r mit dem Imperialismus, Kapitalismus und der globalen Barbarei!“, „Hoch lebe die Freiheit und der Sozialismus!“, „Hoch lebe der proletarische Internationalismus!“, „Für den Sieg der Revolution, MLKP!“ und „Mit dem dritten Kongress zur führenden Partei und zum Sieg!“²²⁸

Mit der „**Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V.**“ (**AGIF**) verfügt die MLKP über eine bundesweite Vorfeldorganisation, die überwiegend für die Mitgliedsvereine publizistisch tätig ist. Thematische Schwerpunkte einer von der AGIF vom 14. bis 15. September 2002 organisierten Konferenz in Duisburg waren der „11. September, politische Reaktion, Sicherheitspakete und Immigration“, die „ArbeitsimmigrantInnenpolitik“, „Organisierung und Kampfperspektiven“ sowie „Probleme der antifaschistischen Bewegung und ImmigrantInnen“. Die MLKP nutzt die AGIF, um ihre ideologischen Vorstellungen zu verbreiten.

Ihren Nachwuchs rekrutiert die MLKP aus ihrer Jugendorganisation „**Kommunistische Jugendorganisation**“ (**KGÖ**). Schwerpunktmäßig indoktriniert die KGÖ ihre Mitglieder im Verlauf ihres jährlich durchgeführten „Jugendcamps“. In der Werbekampagne für das diesjährige „Jugendcamp“ in Belgien verbreitete die KGÖ erstmals eine parallel in deutsch und türkisch verfasste Reklamebroschüre. Darin bekennt sie sich unter der Überschrift „*Kämpfe auch du für deine Zukunft - mit der KGÖ!*“ eindeutig zur MLKP. Schwerpunkte des 2002 durchgeführten „Jugendcamps“ waren die Themen „*Globalisie-*

²²⁸ Übersetzung des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg; Sperrung im Original.

rung“, „Imperialismus und Jugend“, „Aktuelle Aufgaben des antiimperialistischen Widerstandes“ und „Entwicklungsgeschichte der MLKP“.

□ **Beendigung des „Todesfastens“**

In Baden-Württemberg führten die Anhänger des linksextremistischen türkischen Spektrums in den ersten Monaten des Jahres 2002 - wie auch 2000 und 2001 - schwerpunktmäßig in den Städten **Stuttgart**, **Ulm** und **Mannheim** Solidaritätsaktionen zum Thema Hungerstreik beziehungsweise „Todesfasten“ politischer Gefangener in türkischen Haftanstalten durch.²²⁹ Mit den überwiegend störungsfreien demonstrativen Aktionen sollte die Öffentlichkeit auf den seit Bestehen der Türkei längsten Hungerstreik aufmerksam gemacht werden. Um so mehr verwunderte es die Anhänger an der Basis, als am 28. Mai 2002 acht Organisationen, darunter die TKP/ML, die MLKP und die TKP(ML), ihre Beteiligung an dem „Todesfasten“ beendeten. In einem Internetbeitrag vom 4. Juni 2002 verkündeten die betroffenen Organisationen:

„Wir verkünden nochmals, was beendet wird, ist nur das Todesfastenaktion. Gegen die fortdauernden Angriffe mit Isolation und Zellen wird unsere Widerstand ununterbrochen weitergehen.“²³⁰

Die seit Beginn des „Todesfastens“ sehr aktiven Aktionsbündnisse DETUDAK²³¹ und ÖZTUDAK²³² traten im Lauf des Jahres 2002 immer weniger in Erscheinung.

Das überraschende Ende der Beteiligung an der Aktion lässt den Schluss zu, dass die Organisationsverantwortlichen davon ausgehen, ihre Forderungen gegenüber der türkischen Regierung auch bei weiteren Todesfällen im Rahmen des „Todesfastens“ nicht mehr durchsetzen zu können, weitere Anhänger dann also sinnlos sterben würden.

Offen bleibt in dem Internetbeitrag, wie die künftigen Aktionsformen des Widerstands gegen die Isolation der Gefangenen aussehen sollen. Eine Abkehr von dem bisher annä-

²²⁹ Vgl. S. 172.

²³⁰ Übernahme wie im Original.

²³¹ „Solidaritätskomitee mit den revolutionären Gefangenen“.

²³² „Solidaritätskomitee mit den freien Gefangenen in der Türkei und Kurdistan“.

hernd gewaltlosen Kurs hin zu gewaltsamen Solidaritäts- und Protestaktionen kann nicht ausgeschlossen werden.

4. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beziehungsweise „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)

Gründung: 1978 (in der Türkei)
Betätigungsverbot in Deutschland seit 26. November 1993
(rechtskräftig seit 26. März 1994)
nennt sich seit April 2002 KADEK

Sitz: Nord-Irak

Vorsitzender: Abdullah ÖCALAN; seit seiner Festnahme am 15. Februar 1999
wird die Organisation vom Präsidialrat geleitet

Anhänger: ca. 850 Baden-Württemberg (2001: ca. 900)
ca. 11.500 Bund (2001: ca. 12.000)

Publikationen: u.a. „Serxwebun“ (Unabhängigkeit);
Sprachrohr: Tageszeitung „Özgür Politika“ (Freie Politik)

Die von Abdullah ÖCALAN gegründete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die sich seit April 2002 „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) nennt, definiert sich als einzig legitime Vertretung der vor allem aus der Türkei stammenden Kurden. Sie ist unter den Kurdenorganisationen die mitgliederstärkste. Ursprüngliches Ziel der PKK war die Errichtung eines unabhängigen Staats „Kurdistan“. Deshalb begann die straff hierarchisch organisierte Kaderpartei 1984 mit Hilfe ihres bewaffneten Arms „**Befreiungseinheiten Kurdistans**“ (HRK), der im Oktober 1986 in die „**Volksbefreiungsarmee Kurdistans**“ (ARGK) umgewandelt wurde, einen Guerillakrieg gegen den türkischen Staat. In Deutschland versuchte sie durch politische, aber auch durch gewalttätige Aktionen den Kampf im Heimatland zu unterstützen. Deswegen wurde der PKK und ihrer im März 1985 gegründeten Propagandaorganisation „**Nationale Befreiungsfront Kurdistans**“ (ERNK) sowie weiteren Nebenorganisationen im November 1993 die Betätigung im Bundesgebiet durch den Bundesminister des Innern untersagt. Das Betätigungsverbot umfasst auch den KADEK.

Nach der am 15. Februar 1999 in Nairobi/Kenia erfolgten Verhaftung des Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN und den sich hieran anschließenden Gewaltphasen verkündete die PKK im September 1999 ihre so genannte Friedensstrategie, deren konkrete Ziele auf dem 7. Parteikongress im Januar 2000 beschlossen wurden. Nach eigenem Bekunden fordert sie nun auf politischem Weg und ohne Gewaltanwendung die Anerkennung der kurdischen Identität und kulturelle Autonomie in der Türkei. Dies soll dort vor allem durch einen „*demokratischen Wandel*“ verwirklicht werden.

Trotz der nach außen propagierten „Friedenslinie“ wird der KADEK noch so lange die innere Sicherheit Deutschlands gefährden, bis innerhalb der Organisation tatsächlich statt des bedingungslosen Gehorsams gegenüber der Führung freie Meinungsbildung herrscht und der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der Ziele endgültig und bedingungslos abgeschworen wird. Bisher hat sich an dem strikt hierarchischen Aufbau und an der autoritären Führung der Organisation substanziell und personell jedoch nichts geändert. Eine Mobilisierung der Mitglieder und Anhänger auch für gewalttätige Aktionen ist nach wie vor selbst kurzfristig über die ihr nahe stehenden Organisationen möglich.

□ **Umwandlung der PKK in den KADEK**

Schwerpunkt im Jahr 2002 war die Umwandlung der PKK in den KADEK, die aus Sicht der Organisation als Höhepunkt des seit ca. drei Jahren andauernden „Friedenskurses“ anzusehen ist. Bereits seit dem Jahr 2000 wurden verschiedene organisationsbezogene Veränderungen durchgeführt, um die friedliche politische Neuausrichtung nach außen zu dokumentieren. Neben der Verwendung neuer Embleme wurden unter anderem auch mehrere Teilorganisationen umbenannt beziehungsweise formal aufgelöst und unter neuem Namen wieder gegründet. Die ehemalige Propagandaorganisation ERNK wird zum Beispiel als „**Kurdische Demokratische Volksunion**“ (YDK) fortgeführt, und der militärische Arm ARGK wurde in „**Volksverteidigungskräfte**“ (HPG) umbenannt. Auch die obersten Führungsorgane erhielten mehrmals neue Bezeichnungen.

Die Ankündigung einer tiefgreifenden Neustrukturierung der Organisation war Inhalt einer Erklärung des Parteirats, die der PKK nahe stehende Medien am 6. Februar 2002

veröffentlichten. Demnach hätten auf der Ende Januar 2002 durchgeführten 5. Generalversammlung dieses wichtigen Führungsorgans richtungweisende Vorentscheidungen für den 8. PKK-Parteikongress, der laut Satzung das höchste Beschlussorgan der PKK ist, gefasst worden sein sollen. Die konkrete Umgestaltung der Organisation wurde jedoch erst in der Abschlusserklärung dieses Kongresses dargelegt, der nach Aussage der PKK vom 4. bis 10. April 2002 in den Bergen im Nordirak stattfand. Dort sei laut der Erklärung vom 15. April 2002 festgestellt worden, „dass die PKK ihre historische Mission erfüllt hat.“ Deshalb sei beschlossen worden, „mit dem 4. April²³³ alle Aktivitäten im Namen der PKK einzustellen.“ Anschließend sei „als legitimer und einziger Nachfolger der PKK“ der KADEK gegründet worden, der folgende Ziele verfolge:

„Der KADEK strebt eine Lösung der kurdischen Frage an, ohne bestehende Staatsgrenzen in Frage zu stellen. Weiterhin strebt er eine Demokratisierung der jeweiligen Staaten an, ohne die existierenden Staaten zu zerstören.“

Seine Aufgabe sei es, bei „einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage“ eine koordinierende Funktion auszuüben. Dies solle insbesondere durch die Unterstützung bestehender und die Gründung neuer Organisationen in „allen Teilen Kurdistans“ und in den entsprechenden Ländern erfolgen. Gewalt werde als Mittel zur Durchsetzung der Ziele abgelehnt. „Als die einzige Aktionsform“ werde der „friedliche Volksaufstand“ („Serhildan“) angesehen. Dennoch werde an der Guerilla festgehalten. Wie die PKK fordert auch der KADEK die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes, die von internationalen Rechtsnormen gedeckt seien. Weiter besteht er auf der vollständigen Abschaffung der Todesstrafe, dem Recht auf muttersprachlichen Unterricht und dem Gebrauch der kurdischen Sprache in den Medien, dem Recht auf freie politische Betätigung in einem demokratischem Rahmen und der Möglichkeit, sich an der Machtausübung beteiligen zu können.

Im Programm des KADEK, das sich wie eine Fortschreibung und zum Teil auch Präzisierung der von der PKK zuletzt vertretenen Ideologie liest, wird ausführlich dargelegt, dass auf Grund der geschichtlichen Entwicklung für das Kurdenproblem nur die „demo-

²³³ Geburtstag des PKK/KADEK-Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN.

kratische Lösung“ in Frage komme. Wesentliche Voraussetzung hierfür seien „*die Demokratisierung des Staats und der Gesellschaft in der Türkei sowie die Demokratisierung im Iran, im Irak und in Syrien*“²³⁴, auf deren Territorien die kurdischen Siedlungsgebiete liegen. Mit der Einbeziehung der Nachbarländer begründet der KADEK indirekt wieder einen Führungsanspruch unter den kurdischen Organisationen.

Die Satzung des KADEK vom 19. April 2002 stimmt zum überwiegenden Teil mit der vorhergehenden der PKK überein. Damit werden die bestehenden Prinzipien und Strukturen grundsätzlich weitergeführt, was Zweifel am Demokratieverständnis und an der Demokratiefähigkeit der Organisation weckt. Auch das Emblem der PKK wird weiter verwendet.

Die Umwandlung der PKK stellt nicht nur einen markanten Punkt innerhalb der „Friedensstrategie“ dar, die Abdullah ÖCALAN, der auf dem 8. Kongress in Abwesenheit wieder zum Generalvorsitzenden der Organisation gewählt wurde, nach seiner Verurteilung zum Tode auf der Gefängnisinsel Imrali entwickelt hat. Sie ist auch im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 11. September 2001 in den USA und der sich daran anschließenden internationalen Terrorismusbekämpfung zu sehen. Die PKK befürchtet noch immer, dass die türkische Regierung diese Situation nützen könnte, um gegebenenfalls vor allem gegen ihre Guerilla-Kämpfer vorzugehen, die sich derzeit überwiegend in den Bergen im Nordirak aufhalten. Mit der Umwandlung in den KADEK beabsichtigte die PKK deshalb zunächst, sich von dem über viele Jahre hinweg geprägten Image einer Terrororganisation zu befreien und unter einem neuen unbelasteten Namen den „Friedenskurs“ fortzuführen. Darüber hinaus erhofft sie sich von der Umgestaltung wohl auch, bei den derzeitigen Diskussionen über eine Änderung der Machtverhältnisse im Irak und die damit zusammenhängende Rolle der Kurden als international anerkannter Gesprächspartner akzeptiert zu werden. Bei einem Erfolg dieser Strategie stiegen die Chancen, sich weltweiten Sanktionen zu entziehen. Speziell auf Deutschland bezogen, bot sich die - nicht Wirklichkeit gewordene - Möglichkeit, das hinsichtlich der PKK ausgesprochene Betätigungsverbot zu umgehen.

²³⁴ Übersetzung des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

□ **Aufnahme der PKK in die „EU-Terrorliste“**

Mit großer Empörung reagierten sowohl die Anhänger als auch die Führungsfunktionäre des KADEK auf den Beschluss des Rats der Europäischen Union (EU) vom 2. Mai 2002, die PKK in die mit entsprechenden restriktiven Maßnahmen verbundene Liste der terroristischen Organisationen aufzunehmen. In zahlreichen Erklärungen und vielfältigen demonstrativen Aktionen drückten sie ihr Unverständnis über die Entscheidung aus, da sie diese im Hinblick auf den „Friedenskurs“ und die ihrer Ansicht nach viel versprechenden Bemühungen um eine Wandlung in eine politische Organisation nicht hatten nachvollziehen können. Häufig wurde unter den Anhängern auch die Forderung laut, dass der Beschluss der EU dadurch bestätigt werden solle, dass man nun tatsächlich wieder wie früher auch gewalttätige Aktionen durchführe. Den Funktionären vor Ort gelang es jedoch, diese Anhänger zurückzuhalten und sie davon zu überzeugen, dass solche Aktionen kontraproduktiv seien. Ein anderes Bild hätte sich Verlautbarungen der Organisation zufolge ergeben, wenn neben der PKK auch der KADEK als herausragendes Symbol des „Friedenskurses“ in der Liste erwähnt worden wäre.

□ **Räumliche Umstrukturierung**

Mit der Umwandlung in den KADEK wurde auch eine räumliche Neustrukturierung in Europa vorgenommen. Die als „Region“ oder „Provinz“ („Eyalet“) bezeichnete Hierarchieebene wurde abgeschafft. Statt dessen wurden die „Gebiete“ („Bölge“) gestärkt. So wurde auch die Region Baden aufgelöst, die fast ganz Baden-Württemberg umfasste und aus fünf Gebieten bestand. In Baden-Württemberg existieren jetzt die drei Gebiete **Stuttgart, Mannheim und Freiburg**.

Derzeit können in Baden-Württemberg ca. 850 Personen zu dem Kreis gerechnet werden, der sich regelmäßig aktiv für den KADEK beziehungsweise für die ihm nahe stehenden Organisationen engagiert. Das mobilisierbare Potenzial beträgt jedoch mehrere tausend Kurden, die überwiegend über die dem KADEK nahe stehenden Vereine mobilisiert werden. Diese bieten der Organisation nach wie vor eine Plattform für ihre Agitation.

□ **Veranstaltungen**

Der KADEK nutzte auch 2002 jeden parteibezogenen Anlass, um friedlich zentrale und dezentrale Aktionen durchzuführen und so die Öffentlichkeit auf seine Belange aufmerksam zu machen und seine Anhänger zu mobilisieren. Es fanden jedoch im Vergleich zu den Vorjahren weniger Veranstaltungen statt, an denen sich zudem auch eine geringere Anzahl von Kurden beteiligte. Dies deutet darauf hin, dass die Funktionäre Schwierigkeiten haben, ihre Landsleute zu motivieren. Viele haben zwar den „Friedenskurs“ nach anfänglichen Protesten und Unmutsbezeugungen weitgehend akzeptiert. Sie sind aber nicht mehr bereit, im gleichen Maß wie früher die Aktivitäten der Organisation zu unterstützen. Es konnte auch beobachtet werden, dass sich einige Kurden enttäuscht von der Organisation zurückgezogen haben. Sie sahen offenbar im „Friedenskurs“ und der damit verbundenen Wandlung der PKK einen Verlust der Werte, für die sie bisher jahrelang gekämpft und auch viele persönliche Opfer bis hin zum Tod von Verwandten erbracht haben, die für die kurdische Sache ihr Leben gaben. Im Falle einer Strategieänderung des KADEK dürfte sich dieser Personenkreis aber weitgehend auch kurzfristig wieder reaktivieren lassen. Eine ernstzunehmende innerparteiliche Opposition gegen den „Friedenskurs“ hat sich bislang nicht gebildet.

Am 15. Februar 2002 wurde mit zahlreichen Veranstaltungen an den dritten Jahrestag der Verhaftung des PKK/KADEK-Vorsitzenden erinnert, den seine Anhänger noch immer als große Führungsgestalt ansehen und entsprechend verehren. Unter anderem fanden in **Stuttgart, Mannheim, Heilbronn, Ulm, Freiburg** und **Singen** friedliche Kundgebungen mit bis zu 230 Teilnehmern statt. Außerdem beteiligten sich auch zahlreiche Personen aus Baden-Württemberg am 16. Februar 2002 an der Großdemonstration in Straßburg, zu der etwa 6.000 Kurden unter dem Motto *„Freiheit für ÖCALAN, Frieden für Kurdistan - Treffen wir uns mit unserer nationalen Sonne“* friedlich zusammenkamen.

Neben verschiedenen kleineren örtlichen Veranstaltungen fand anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes (21. März) erstmals auch eine zentrale europaweite Demonstration am 23. März 2002 in Düsseldorf statt, die unter dem Motto *„Newroz - Fest des Friedens, der Freiheit und der Völkerverständigung“* stand und zu der ca. 38.000 Kurden

aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland anreisen. Aufgerufen hatte hierzu die PKK/KADEK-nahe „**Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.**“ (**YEK-KOM**). Neben Redebeiträgen gab es Musik- und Folkloreaufführungen sowie Tanzdarbietungen. Vereinzelt wurden verbotene PKK- beziehungsweise ERNK-Fahnen und Plakate mit ÖCALAN-Bildern gezeigt sowie Parolen wie „*Hoch lebe APO*²³⁵, *hoch lebe Kurdistan*“ skandiert. In einer telefonisch übertragenen Grußbotschaft erklärte ein Mitglied des PKK-Präsidialrats, eine Lösung des Kurdenkonflikts sei über eine Anerkennung der Identität und der kulturellen Rechte der Kurden möglich.

Eine Flut demonstrativer Aktionen fand im Zusammenhang mit der Aufnahme der PKK in die „EU-Terrorliste“ Anfang Mai 2002 statt. In **Stuttgart** zum Beispiel wurde im Anschluss an die Feierlichkeiten zum 1. Mai eine spontane Kundgebung organisiert, an der sich rund 200 Personen friedlich beteiligten. An den folgenden Tagen führte der „Mesopotamische Kulturverein e.V.“ **Stuttgart** verschiedene angemeldete Demonstrationen unter dem Motto „*Sorge um die Aufnahme der Kurden (KADEK) in die EU-Terrorliste*“ ohne besondere Vorkommnisse durch. An dem Aufzug mit Kundgebung am 4. Mai 2002 in der **Stuttgarter** Innenstadt nahmen ca. 750 Personen teil.

Das alljährliche familiär geprägte „Internationale Kurdistan Kultur Festival“ wurde unter dem Motto „*Frieden braucht Gerechtigkeit*“ am 7. September 2002 in einem Gelsenkirchener Fußballstadion durchgeführt. An der von der YEK-KOM organisierten Veranstaltung nahmen ca. 45.000 überwiegend kurdische Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland teil. Neben kulturellen Darbietungen bildeten politische Beiträge, die sich auf die am 3. November 2002 in der Türkei durchgeführten Parlamentswahlen bezogen, den Schwerpunkt. Außerdem begrüßten die Redner die aktuelle, von verschiedenen Reformen geprägte politische Entwicklung in der Türkei. Im Rahmen dieser Veranstaltung bewertete der KADEK das vom türkischen Parlament Anfang August 2002 im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU verabschiedete Gesetzespaket, das auch den Kurden als Minderheit im Land mehr Rechte zubilligt, als Erfolg der eigenen Bemühungen im Rahmen des „Friedenskurses“. Im Anschluss an diese Beschlüsse, die auch die grundsätzliche Abschaffung der Todesstrafe beinhalteten, wandelte ein türkisches Gericht Medienberichten zufolge am 3. Oktober

²³⁵ Deutsch: Onkel, hier Bezeichnung für den PKK/KADEK-Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN.

2002 das Todesurteil ÖCALANs in eine lebenslange Freiheitsstrafe ohne Begnadigungsmöglichkeit um. Dies wurde von der Organisation gelassen und wie selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

□ **Finanzierung**

Nach Verkündung des „Friedenskurses“ reduzierte die KADEK-Guerilla ihre Aktivitäten stark, so dass hierfür deutlich weniger Gelder aufzuwenden waren. Gleichwohl fielen nach wie vor Kosten für den laufenden Unterhalt der Lager und der sich dort aufhaltenden Kämpfer an. Daneben wurden erhebliche finanzielle Mittel auch für die europaweite Propagandatätigkeit und den Parteiapparat benötigt. Die Finanzierung erfolgte über Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikationen und über Gewinne aus Großveranstaltungen. Zusätzlich mussten die angesprochenen Landsleute bei der jährlichen Spendenkampagne den Betrag in Höhe eines Monatseinkommens abliefern.

Wie in den Vorjahren entrichteten auch bei der Kampagne 2002/2003 viele Kurden den geforderten Betrag entweder gar nicht oder - was meist der Fall war - nur zum Teil. Als Begründung wiesen sie darauf hin, dass der bewaffnete Kampf mit dem „Friedenskurs“ beendet sei und die Guerilla somit wesentlich weniger Mittel für ihre Ausstattung benötige. Entgegen der offiziellen Friedensbekundungen wurden auch wieder Bestrafungsaktionen durchgeführt. Denn viele Kurden konnten selbst mit dem Argument, dass die in den Bergen Nordiraks stationierten KADEK-Guerillakämpfer wegen eines drohenden Irak-Kriegs beziehungsweise eines dortigen möglichen Einmarsches des türkischen Militärs optimal ausgerüstet werden müssten, sonst nicht zur Zahlung der für sie festgesetzten Beiträge bewegt werden.

□ **Ausblick**

Das zukünftige - friedliche oder gewaltgeprägte - Verhalten des KADEK hängt im Wesentlichen vom Vorgehen der Türkei ab. Es bleibt abzuwarten, welche Haltung die am 3. November 2002 neu gewählte türkische Regierung gegenüber den Kurden und dem KADEK einnehmen wird. Obwohl der KADEK ausdrücklich „jede Form des Terrorismus“ verurteilt und es für richtig hält, „jegliche Art von militärischen Auseinandersetzungen zu

beenden“, wird an der Guerilla zur „legalen Selbstverteidigung“ festgehalten. Sie soll den „Friedenskurs“ flankieren und im Falle eines Scheiterns sofort einsatzbereit sein. Damit hält sich die Organisation die Option auf Gewaltanwendung offen, um einerseits Druck auf die türkische Regierung auszuüben, ihren Forderungen nachzukommen. Andererseits hofft sie damit ihre den Friedensbemühungen skeptisch gegenüberstehenden Anhänger weiter für sich gewinnen zu können.

Die Organisation droht trotz „Friedenskurses“ unverändert mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes. Bereits im Spätsommer 2001 diskutierte man innerhalb der PKK diese Option anscheinend ernsthaft, weil die türkische Regierung auf die „Friedensstrategie“ nicht angemessen reagiert habe. Nach dem 11. September 2001 verstummte diese Diskussion jedoch weitgehend. Auch vor der Entscheidung über die Aufnahme in die „EU-Terrorliste“ drohte ein Mitglied des PKK-Präsidialrats, dass „mit der Aufnahme der kurdischen Freiheitsbewegung“ die EU eine „neue Kriegsphase“ einleite, die „das Blut von Hunderttausenden kosten wird.“ Da bislang lediglich die PKK, nicht aber der KADEK in der Liste aufgeführt ist, bestand für ihn keine Notwendigkeit, derartige Drohungen zu verwirklichen. Ein wichtiges Mitglied des KADEK-Präsidialrats sprach Medienberichten zufolge im Rahmen des Wahlkampfes im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen eine weitere Kriegsdrohung für den Fall aus, dass die türkischen Behörden ein Bündnis, das auch kurdische Interessen im zukünftigen Parlament vertreten wollte, von der Wahl und somit von der politischen Betätigung ausschließen sollten, was dann jedoch nicht geschah.²³⁶

Diese Äußerungen machen einerseits die Nervosität und das Misstrauen der Organisation gegenüber den türkischen Behörden deutlich. Andererseits zeigen sie auch, dass der KADEK trotz seines nach außen propagierten Bestrebens, sich in eine politisch agierende Organisation zu wandeln, nicht in der Lage oder nicht Willens ist, sich bei Schwierigkeiten demokratischer Mittel zu bedienen. Statt dessen fällt man in alte Verhaltensmuster zurück und offenbart damit das bereits in der Vergangenheit mehrfach zu beobachtende taktische Verhältnis zur Gewaltanwendung.

²³⁶ Das Bündnis scheiterte allerdings entgegen aller Erwartungen der KADEK-Führung, dass der Einzug ins Parlament ganz sicher gelänge, mit einem Stimmenanteil von 6,2% an der dortigen 10%-Hürde.

5. Iranische Gruppen

Am 2. Mai 2002 wurden auf Beschluss des Rats der Europäischen Union (EU) die „Volksmodjahedin“²³⁷ unter der Bezeichnung „**Modjahedin-E-Khalq Organisation**“ (**People's Mojahidin of Iran, PMOI**) in die Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen. Die „**National Liberation Army of Iran**“ (**NLA**) als der militante Flügel der PMOI, der „**National Council of Resistance**“ (**NCR**) und die „**Muslim Iranian Student's Society**“ sind dort ebenfalls aufgelistet.

Die Volksmodjahedin haben ihre Basis in Bagdad/Irak und verfügen dort in mehreren Lagern mit der „Nationalen Befreiungsarmee“ (NLA) über einen militärischen Arm. Angriffe und Anschläge auf Einzelpersonen sowie Einrichtungen im Iran, die häufig Tote und Verletzte forderten, wurden und werden von dieser iranischen Oppositionsgruppe in Pressemitteilungen legitimiert.

In der Vergangenheit führte die PMOI auch gewalttätige Aktionen gegen iranische Einrichtungen in Deutschland durch, was etwa der Unterhalt der „Befreiungsarmee“ und die Anwerbung von Rekruten für ihre Truppen die Militanz dieser Organisation verdeutlicht.

Die Volksmodjahedin entstanden bereits 1965, als junge Intellektuelle sie im Iran im Geheimen gründeten. Sie entwickelte sich als eine Gruppe der Anti-Schah-Bewegung zu einer revolutionär-marxistischen Kaderorganisation mit einer eigenen Ideologie, die islamistisches Gedankengut schiitischer Prägung mit sozialistischen Ideen und iranischer nationaler Symbolik verknüpfte. Vor allem die Lehren des bekannten zeitgenössischen Gelehrten, Dr. Ali Schariati, der die revolutionären Wesenszüge des schiitischen Islam betonte, beeinflussten die Gründer der Volksmodjahedin.

Die Strukturen der Organisation unter der derzeitigen Leitung von Masud RADJAWI sind totalitär und undemokratisch. Darauf weist insbesondere die streng hierarchische Kaderstruktur mit entsprechendem Führerkult um das Ehepaar Masud und Maryam RADJAWI hin. Doch trotz großen propagandistischen Aufwands scheint die Bedeutung

²³⁷ Persische Schreibweise, vgl. S. 126.

der PMOI zurückgegangen zu sein. Sie versteht sich als „*einzigste demokratische Alternative*“ zur Regierung im Iran und lehnt jede Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsgruppen ab. In ihnen sieht die PMOI lediglich „*Handlanger*“, „*Söldner*“ oder „*Agenten des Regimes*“. Dadurch ist sie innerhalb der iranischen Opposition seit längerem isoliert.

Besonders nach Veröffentlichung der EU-Liste war die PMOI bestrebt, ihren extremistischen Ruf dadurch zu entkräften, dass sie sich über den von ihr gelenkten und international tätigen „**Nationalen Widerstandsrat Iran**“ (NWRI) an die Öffentlichkeit wandte. Diese Organisation bildet den politischen Arm der Organisation und wurde als scheinbar parteiübergreifende demokratische Sammlungsbewegung 1981 in Paris gegründet. 1993 rief das vom NWRI geschaffene Exilparlament Maryam RADJAWI zur „*künftigen Präsidentin des Iran*“ aus. Bei entsprechenden Großveranstaltungen werden ihre Reden auf Großleinwand übertragen.

In Deutschland ist der NWRI seit 1994 vertreten. In Baden-Württemberg engagieren sich etwa 70 Aktivisten, die bei Veranstaltungen durch zahlreiche Sympathisanten unterstützt werden.

Zu den wichtigsten Aktivitäten des NWRI in der Bundesrepublik Deutschland zählten auch in 2002 die Geldbeschaffung und die politische Agitation. Mittels Scheinorganisationen und -vereinen führte man Spendensammlungen durch. Dabei wurden die Spender, nachdem Sammlungen in der Öffentlichkeit zuletzt kaum noch eine Genehmigung fanden, häufig zu Hause besucht. Man legte diesem Personenkreis schockierendes Informationsmaterial vor und missbrauchte so das Elend iranischer Kinder für eigene Zwecke. Es ist zu vermuten, dass die angeblich für humanitäre Zwecke wie Flüchtlinge oder iranische Waisenkinder gesammelten Gelder in die politische Arbeit und in den bewaffneten Kampf der PMOI-Zentrale in Bagdad fließen.

Immer wieder gelingt es dem NWRI, eine größere Zahl an Sympathisanten für Großdemonstrationen zu mobilisieren. Mehrere Tausend Demonstranten, darunter auch Teilnehmer aus Baden-Württemberg, versammelten sich in Köln, Brüssel, Kopenhagen und zuletzt im Oktober 2002 in Luxemburg, um gegen die „EU-Terrorliste“ zu protestieren. Mit

Unterschriftenaktionen gegen den Besuch deutscher Politiker in Iran versuchte die PMOI, Sympathisanten für ihre Sache zu gewinnen. Verstärkt bemühte sich der NWRI aber auch um Solidaritätsbekundungen europäischer Politiker, um wieder von der „Terrorliste“ gestrichen zu werden. Im Rahmen dieser Kundgebungen wurden auch Bilder von Hinrichtungen im Iran gezeigt, um auf die dortige Situation der Menschenrechte aufmerksam zu machen. Auf diese Weise will sich der NWRI schon seit Jahren als Alleinvertreter der Opposition etablieren.

Ein weiteres wichtiges Ziel des NWRI ist die Aufdeckung von Aktivitäten des „*Geheimdienstministeriums des klerikalen Regimes*“. Man sieht sich als Opfer einer Desinformationskampagne, die sich an die im Exil lebenden Iraner richtet. Mit großem Aufwand werden daher Pressekonferenzen abgehalten. Am 16. und 17. Oktober 2002 wurde eine solche Konferenz in Washington organisiert, wo man vermeintlich geheime Laboratorien und Waffendepots sowie Stätten zur Herstellung und zum Test von Massenvernichtungswaffen im Iran der Öffentlichkeit vorstellte.

Aufgrund der inneriranischen Flügelkämpfe zwischen Reformkräften um den Staatspräsidenten Khatami und den Konservativen um Khamenei sah die PMOI erneut eine Chance zum Eingreifen in das Geschehen im Iran. In ihren Publikationen und im Internetauftritt der PMOI wurde das „Mullahregime“ als kurz vor dem Zusammenbruch stehend geschildert. Die bewaffneten Kräfte der NLA führten auch in 2002 einen Guerillakampf im Iran und versuchten, Anhänger für einen gewaltsamen Umsturz zu mobilisieren. Die Unruhen im November 2002 in der Umgebung der Universitäten und die zahlreichen Todesurteile im Iran geben den Sicherheitsbehörden Anlass zur Beunruhigung. Hiervon fühlten sich auch die PMOI-Aktivisten in Baden-Württemberg betroffen. Die drohende Kriegsgefahr im Irak birgt für die PMOI zahlreiche bedrohliche Unwägbarkeiten, die in der Organisation diskutiert werden. Denn möglicherweise würde ihr bei einem amerikanischen Angriff auf Bagdad die Basis im Irak entzogen werden, womit die Zukunft dieser iranischen Organisation auf dem Spiel stünde.

6. Volksgruppen aus dem ehemaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien

Die im Jahr 2002 im ehemaligen Jugoslawien stattgefundenen

- Präsidentschaftswahlen in Serbien
- Parlamentswahlen in Mazedonien
- Parlamentswahlen in Bosnien-Herzegowina
- Parlamentswahlen in Montenegro und die
- Kommunalwahlen im Kosovo

wurden von den in Baden-Württemberg²³⁸ lebenden Angehörigen der betroffenen Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien lediglich in internen Gesprächszirkeln kommentiert und analysiert. Auffallend war die öffentliche Zurückhaltung bei negativen Äußerungen gegenüber den sich politisch konträr gegenüberstehenden Volksgruppen. So gehen sich Serben und Kosovo-Albaner nach wie vor aus dem Weg. Für beide Nationalitätengruppen gilt Baden-Württemberg seit Jahren als Ruheraum. Im Vordergrund steht die finanzielle Unterstützung für die in der Heimat in Not geratenen Landsleute und Familienangehörigen.

Auch die in Baden-Württemberg lebenden Mitglieder und Anhänger extremistischer kosovo-albanischer Emigrantenorganisationen haben sich im Jahr 2002 überwiegend unauffällig verhalten. Wichtigstes öffentlichkeitswirksames Ereignis war eine am 23. Januar 2002 durchgeführte Gedenkveranstaltung in **Stuttgart-Bad Cannstatt** auf dem Steinhaldenfriedhof²³⁹, in deren Rahmen die sterblichen Überreste dreier „Volkshelden“ exhumiert und in die Heimat überführt wurden. Teilnehmer waren sowohl Anhänger der **„Volksbewegung von Kosovo“ (LPK)**, der **„Nationaldemokratischen Liga der Albanischen Treue“ (B.K.D.SH.)** sowie Mitglieder verschiedener kosovo-albanischer Parteien im Ausland.

²³⁸ Insgesamt leben in Baden-Württemberg 248.251 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und der Bundesrepublik Jugoslawien, bestehend aus Serbien und Montenegro). Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stand: 31. Dezember 2002.

²³⁹ Dort befinden sich die Gräber von drei am 17. Januar 1982 in **Untergruppenbach/Kreis Heilbronn** ermordeten Exiljugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit. Sie wurden vermutlich von Angehörigen des damaligen jugoslawischen Geheimdienstes erschossen. Die Getöteten waren Mitglieder der ehemaligen „Bewegung für eine albanische sozialistische Republik in Jugoslawien“ (LRSSHJ), die später in „Volksbewegung von Kosovo“ (LPK) umbenannt wurde.

Die „Volksbewegung von Kosovo“ (LPK), Sitz Pristina/Kosovo, die in Baden-Württemberg über ca. 30 und bundesweit über etwa 150 Mitglieder verfügt, weist in Baden-Württemberg keine arbeitsfähigen Strukturen mehr auf. Viele Kader sind in ihr Heimatland zurückgekehrt und widmen sich dort ihrer Parteiarbeit. Die meisten der hier lebenden Aktivisten haben sich der politischen Arbeit entzogen. Sie sind der Meinung, dass Politik in der Heimat gemacht werden müsse, schließlich habe man jahrzehntlang erfolglos vom Ausland aus versucht, das Hauptziel der Organisation - ein unabhängiges Kosovo - zu erreichen. Dennoch wird die politische Entwicklung in der Heimat intensiv beobachtet. Vor allem die Situation der albanischen Minderheit in Mazedonien wird mit großem Interesse verfolgt. So sympathisieren einige Aktivisten mit der im mazedonischen Grenzgebiet agierenden **„Albanischen Nationalarmee“ (AKSH)**. Diese „Kampfgruppe“, die sich aus ehemaligen Kämpfern der mazedonischen „Nationalen Befreiungsarmee“ (UCK)²⁴⁰, „Hardlinern“ der LPK und anderen „Befreiungskräften“ rekrutiert, hat sich im Lauf des Jahres 2002 mehrfach zu Terroranschlägen auf mazedonische Sicherheitsstellen bekannt. Die AKSH wird von einer im Sommer 2002 in Albanien gegründeten **„Front für die Albanische Nationale Vereinigung“ (FBKSH)** ideologisch und finanziell unterstützt. Ziel dieser Gruppierung ist die Vereinigung aller albanisch besiedelten Gebiete. Zur Finanzierung dieses „großalbanischen Traums“ wurde der „Albanische Nationalfonds“ (FKSH) eingerichtet. In einer „Anweisung für Regional- und Lokalräte“ dieses Fonds heißt es:

„Der Albanische Nationalfonds (FKSH) ist ein Solidaritätsfonds der Angehörigen des albanischen Volkes, in erster Linie unserer Migrantenschaft überall in der Welt mit dem Ziel der Hilfe, Unterstützung und Finanzierung einer jeden Alternative für die allseitige Konsolidierung der albanischen Nation in den eigenen ursprünglichen Gebieten, die ungerechtfertigterweise vom Stamm des Mutterstaats - Albanien - abgetrennt worden sind.“²⁴¹

Die FBKSH war im Jahr 2002 bemüht, Strukturen in Europa aufzubauen. In Baden-Württemberg konnten Aktivitäten erkannt werden, die darauf hindeuten, dass Funktionä-

²⁴⁰ Diese ist jedoch nicht mit der bekannteren „Befreiungsarmee Kosovos“ (UCK) identisch. In Mazedonien steht „K“ für das albanische „kombetar“, das so viel wie national bedeutet.

²⁴¹ Übersetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz.

re dieser Organisation versuchen, erste Kontakte zu Gleichgesinnten zu knüpfen und für die Unterstützung des „Fonds“ bei den hier lebenden Kosovo-Albanern zu werben.

Im Internet wurden Aufrufe von Funktionären aus Deutschland, der Schweiz, Österreich, den Beneluxländern und aus Italien zu Versammlungen am 6. Oktober 2002 und am 17. November 2002 in **Freiburg** veröffentlicht. Tagesordnungspunkte waren unter anderem die Organisation von Spendensammlungen und die Verteilung von Spendenblöcken. Inwieweit es den Verantwortlichen gelingen wird, Akzeptanz für die Notwendigkeit dieses „Fonds“ sowie für organisierte Spendengeldsammlungen bei den im Ausland lebenden Kosovo-Albanern zu erlangen, bleibt abzuwarten. Bereits im Vorjahr scheiterten Versuche von „Hardlinern“, organisierte Spendensammlungen für unterschiedliche Fonds²⁴² durchzuführen, am Desinteresse der Adressaten.

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der extrem nationalistischen „Nationaldemokratischen Liga der Albanischen Treue“ (B.K.D.SH.) mit Sitz in **Donzdorf**, Kreis **Göppingen** (ca. 25 Mitglieder in Baden-Württemberg, bundesweit ca. 50) wurden nicht bekannt. Durch Rückkehr weiterer Mitglieder in ihre Heimat sind die Strukturen dieser Organisation noch schwächer geworden. Außerdem ist bei nicht wenigen Aktivisten eine gewisse Politikverdrossenheit eingetreten, nachdem die Organisation nunmehr im Kosovo offiziell als Partei anerkannt worden ist.

²⁴² Es handelt sich dabei um die von der LPK initiierten Fonds „Nationale Freiheit“ und „Stimme der Heimat“.

7. Sikh-Organisationen

□ „Babbar Khalsa International“ (BK)

Gründung: 1978 in Indien

Sitz: Merzenich/Kreis Düren

Mitglieder: ca. 30 Baden-Württemberg (2001: 30)
ca. 200 Bund (2001: 200)

□ „International Sikh Youth Federation“ (ISYF)

Gründung: 1984 als weltweite Auslandsorganisation der „All India Sikh Student Federation“ (AISSF)

1985 Gründung der „Deutschen Sektion der ISYF“ in Frankfurt am Main

1997 Anmeldung einer Teilorganisation der ISYF als Ausländerverein in **Tübingen**

Sitz: Frankfurt am Main

Mitglieder: ca. 80 Baden-Württemberg (2001: 80)
ca. 600 Bund (2001: 600)

Publikation: „Des Pardes“

Nationale und internationale Antiterrorprogramme haben im Jahr 2002 die Operationenmöglichkeiten der im nordindischen Bundesstaat Pandschab²⁴³ agierenden extremistischen Sikh-Gruppierungen wie der „**International Sikh Youth Federation**“ (ISYF) und der „**Babbar Khalsa International**“ (BK)²⁴⁴ sowie deren Auslandssektionen weiter eingeschränkt. Nachdem bereits im Vorjahr Großbritannien und Indien mit neuen „Anti-Terror-Gesetzen“ auf die aktuelle Lage reagierten und beide Organisationen als terroristisch eingestuft wurden.

²⁴³ Im nordindischen Bundesstaat Pandschab kämpfen seit Jahrzehnten verschiedene Sikh-Gruppierungen mit Waffengewalt für einen eigenen unabhängigen Staat „Khalistan“ (Land der Reinen). Militärische Erfolge indischer Sicherheitsstellen hatten allerdings bereits in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass die Sikh-Terroristen erheblich an Einfluss verloren haben.

²⁴⁴ Diese Bezeichnung wird von der „Babbar Khalsa“ für die Auslandsorganisation verwendet.

tische Gruppierungen einstufen²⁴⁵, hat nunmehr auch der „Rat der Europäischen Union“ am 2. Mai 2002 die Namen der in die „EU-Terrorismusliste“ neu aufgenommenen Personen und Gruppierungen, darunter die ISYF und die BK, bekannt gegeben.

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit existieren in Deutschland Zweigstellen dieser extremistischen Sikh-Organisationen.²⁴⁶ Je nach ideologischem und persönlichem Zugehörigkeitsgefühl haben sich ungefähr 800 Sikhs entweder der BK oder der in mehrere Flügel gespaltenen ISYF angeschlossen. Kennzeichnend für diese Vereinigungen ist die überregionale Vernetzung durch intensive Kontakte ihrer Führungsfunktionäre zu Gesinnungsfreunden in aller Welt.

Den kulturellen, religiösen, aber auch politischen Mittelpunkt der Sikhs bildet der „Gurdwara“ oder „Tempel“. Solche Zentren bestehen in mehreren großen deutschen Städten. Die wichtigsten Versammlungsorte für die politische Betätigung der extremistischen Sikh-Gruppierungen sind die Tempel in Frankfurt am Main und Köln. Weitere Einrichtungen dieser Art befinden sich u.a. in Duisburg, Leipzig, München, **Stuttgart** und **Mannheim**. Funktionäre der einzelnen extremistischen Organisationen versuchen zunehmend - derzeit aber in Baden-Württemberg noch ohne durchschlagenden Erfolg - ihren Einfluss vor allem in den Tempelkomitees²⁴⁷ auszuweiten. Massive verbale Auseinandersetzungen sind dabei keine Seltenheit.

Die in Baden-Württemberg lebenden ca. 110 Sikhs der BK und der ISYF agieren aus kleinen, oftmals konspirativen Zirkeln mit häufig wechselnden Personenzusammensetzungen. Auch im Jahr 2002 initiierten diese Gruppierungen vor allem im **Stuttgarter** Tempel zahlreiche Spendenkampagnen. Insbesondere bei Gedenkveranstaltungen für getötete „Sikh-Kämpfer“ versuchten die Aktivisten in teilweise aggressiven Reden ihre Landsleute regelmäßig zu großzügigen Geldspenden für den „Befreiungskampf“ und die Unterstützung von Familienangehörigen der „Märtyrer“ aufzurufen.

²⁴⁵ Siehe Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2001, S. 187.

²⁴⁶ Weitere bevorzugte Exilländer der Sikhs außerhalb Indiens sind Kanada, die USA, Großbritannien und Frankreich.

²⁴⁷ Zu den Aufgaben des Komitees gehören unter anderem die Verwaltung des Tempelvermögens, die Einhaltung und Überwachung der Religionsrituale und -inhalte sowie Schlichtungsverhandlungen bei Streitigkeiten im Tempel.

Angehörige der BK initiierten außerdem bereits am 3. August 2002 anlässlich des Jahrestags der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 in **Stuttgart** einen Informationsstand²⁴⁸, mit dem die Öffentlichkeit über die Unterschiede zwischen Sikhs und Moslems informiert sowie auf politische und wirtschaftliche Benachteiligungen ihrer Bevölkerungsgruppe in Indien aufmerksam gemacht werden sollte.

Weiterhin beteiligten sich Anhänger der ISYF und BK aus Baden-Württemberg an Protestkundgebungen gegen die indische Regierung am 26. Januar 2002 (indischer Nationalfeiertag) und am 14. August 2002 (indischer Unabhängigkeitstag) in Frankfurt am Main.

Darüber hinaus nutzten die Organisationen zu ihrer Agitation auch ihre Publikationen. Beispielsweise wurden in der wöchentlich erscheinenden Sikh-Zeitschrift „Des Pardes“ Veranstaltungshinweise der verschiedenen Sikh-Vereinigungen sowie politische Erklärungen der Führungskader abgedruckt.

Anhänger extremistischer Sikhvereinigungen in Baden-Württemberg konnten in den Landkreisen **Reutlingen, Tübingen, Ludwigsburg, Waldshut** sowie in den Räumen **Mannheim** und **Stuttgart** festgestellt werden.

²⁴⁸ Ausschlaggebend für diese Aktion war, dass Sikhs im Zusammenhang mit den verstärkten Fahndungsmaßnahmen nach dem 11. September 2001 aufgrund ihres talibanähnlichen Aussehens in der Öffentlichkeit mehrfach als Terroristen titulierte wurden.

8. „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)

Gründung:	1972 auf Sri Lanka als „Tamil New Tigers“ (TNT)
	1976 Umbenennung in LTTE
Sitz:	Oberhausen/Nordrhein-Westfalen (Deutsche Sektion)
Mitglieder:	ca. 80 Baden-Württemberg (2001: 80)
	ca. 750 Bund (2001: 750)

„Trincomalee zwischen Hoffen und Bangen“²⁴⁹, „Tiger verzichten auf eigenen Staat“²⁵⁰ so oder ähnlich lautende Schlagzeilen belegen, dass die derzeitigen Friedensverhandlungen²⁵¹ zwischen der linksextremistischen, separatistischen Tamilenorganisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und der singhalesischen Regierung bislang zufriedenstellend verliefen. Trotz aller Prognosen, die ein Scheitern prophezeiten, haben die Konfliktparteien am 16. September 2002 in Thailand erste Voraussetzungen dafür geschaffen, den seit 19 Jahren andauernden Bürgerkrieg²⁵² beenden zu können. Bereits in der ersten Verhandlungsrunde gaben die LTTE bekannt, dass sie von ihrem bisherigen Ziel, der Errichtung eines eigenen unabhängigen Staates „Tamil Eelam“, Abstand genommen hätten und sich mit einer weitgehenden Autonomie zufrieden geben würden. Die jetzige Entwicklung lässt hoffen, dass der bewaffnete Konflikt auf Sri Lanka in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören könnte.

Obwohl alle Zeichen auf einen Frieden hindeuten, setzten die LTTE im Jahr 2002 ihre wohl organisierte Geldbeschaffungspolitik zur Unterstützung der Organisation weiter fort. Allerdings war deutlich zu erkennen, dass die LTTE-Zentrale die aktuelle Lage im Heimatland argumentativ für neue Schwerpunkte bei der politischen Propagandaarbeit nutzte. Mit Hinweis auf die Notwendigkeit, den Wiederaufbau im Heimatland tatkräftig mit finanziellen Mitteln unterstützen zu müssen, erging die Anweisung, dass die Aus-

²⁴⁹ Neue Züricher Zeitung vom 14./15. September 2002; bei Trincomalee handelt es sich um eine Stadt auf Sri Lanka, die als Hochburg der LTTE gilt.

²⁵⁰ Frankfurter Allgemeine vom 19. September 2002.

²⁵¹ Die erste von insgesamt vier geplanten Verhandlungsrunden begann am 16. September 2002, nachdem die sri-lankische Regierung das LTTE-Verbot aufgehoben hatte. Dies war eine der Bedingungen der LTTE, bevor sie ihre Zusage zur Teilnahme an den Verhandlungen bekannt gaben.

²⁵² Seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahre 1983 sind über 60.000 Menschen getötet worden.

landssektionen²⁵³ die seit mehreren Jahren ausgesetzten Sonderspendensammlungen wieder in verstärktem Maße zu forcieren hätten. LTTE-Kader versuchten deshalb vor allem die bestehenden persönlichen Kontakte zu ihren Landsleuten zu intensivieren und im Vorfeld um Verständnis für die neuen großangelegten Spendenaktionen zu werben.

Die deutsche Sektion leistete ihren finanziellen Beitrag, indem sie von allen hier lebenden Tamilen einen festgelegten monatlichen Mitgliedsbeitrag einkassierte und zusätzlich anlassbezogene Sonderspendenaktionen, zum Beispiel zur Unterstützung von „Minenräumkommandos“, durchführte.

Zudem setzten die LTTE unverändert subtilere Methoden der Geldbeschaffung ein. Sie schöpften Einnahmen aus den tamilischen Schulen und ihren eigenen Ladengeschäften²⁵⁴ und auch aus Kultur- und Sportveranstaltungen ihrer Neben- und Tarnorganisationen, zu denen die „**World Tamil Movement e.V.**“ (**WTM**), die „**Tamil Rehabilitation Organisation e.V.**“ (**T.R.O.**) und der „**Tamilische Studentenverein Deutschland e.V.**“ (**T.S.O.**) zählen. Hierbei tritt die Organisation offiziell als Veranstalter nicht in Erscheinung. Mit diesen Einrichtungen verknüpfen die LTTE darüber hinaus die Absicht, die hier lebenden Tamilen bis in den Privatbereich zu kontrollieren, sie zu indoktrinieren und enger an sich zu binden. Den Anspruch, für alle Tamilen - in der Heimat und im Exil - zu sprechen, hat die Organisation nicht aufgegeben.

In Baden-Württemberg wurden im Jahre 2002 unter anderem folgende Veranstaltungen bekannt:

- Am 20. Januar 2002 fand anlässlich des tamilischen Erntedankfests in **Sindelfingen** eine Gemeinschaftsveranstaltung der tamilischen Schulen **Stuttgart**, **Sindelfingen**, **Kirchheim/Teck**, **Mühlacker** und **Ludwigsburg** statt. Diese stehen den LTTE nahe.

²⁵³ Die LTTE unterhalten Vertretungen in rund 38 Ländern der Erde, unter anderem in Australien, Kanada, Italien, Frankreich, Großbritannien und der Schweiz.

²⁵⁴ Die von den LTTE betriebenen Ladengeschäfte werden in LTTE-Kreisen „Volksläden“ genannt. Niederlassungen existieren in Oberhausen, Neuss und **Stuttgart**.

- Am 11. Mai 2002 initiierte die LTTE-Nebenorganisation T.R.O. in **Stuttgart-Münster** eine Kulturveranstaltung.

Seit mehreren Jahren nutzt die Organisation neben diversen Publikationen und einem eigenen, über Satellit ausgestrahlten Nachrichtensender auch das Internet zu Propagandazwecken. Dort konnten interessierte Tamilen beispielsweise im März 2002 die Anfahrtshinweise zur alljährlichen Großdemonstration für das Selbstbestimmungsrecht der Tamilen am 25. März 2002 vor der UNO in Genf abrufen. An dieser Kundgebung nahmen ca. 10.000 Personen teil, darunter zahlreiche Teilnehmer aus dem Raum **Stuttgart**.

F. SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Gründung: 1954 in den USA, erste Niederlassung in Deutschland 1970, erste Niederlassung in Baden-Württemberg 1972

Gründer: Lafayette Ronald HUBBARD (1911-1986)

Sitz: Los Angeles („Church of Scientology International“)

Mitglieder: ca. 1.200 Baden-Württemberg (2001: ca. 1.200)
5.000 - 6.000 Bund (2001: ca. 5.000 - 6.000)
ca. 100.000 - 120.000 weltweit (2001: ca. 100.000 - 120.000)

Publikationen: „Dianetik-Post“, „Fakten aktuell“, „Freiheit“, „Impact“, „International Scientology News“ u.a.

1. Organisationsstruktur in Baden-Württemberg

„Die Missionen sind der Vorkämpfer von Scientology in die Gesellschaft hinein. (...) Schiebt jegliches ‚vernünftige‘ Denken beiseite, mit dem ihr es zu tun bekommt. (...) Ihr könnt Eure Bevölkerung klären!“²⁵⁵

Eine „**Class V Org**“²⁵⁶ in **Stuttgart** und vier aktive „**Missionen**“ in den Städten **Ulm**, **Karlsruhe**, **Göppingen** und **Heilbronn** zeigen, wie fest sich die SO in Baden-Württemberg etabliert hat. Mit etwa 1.200 Anhängern verfügt sie hierzulande über einen relativ stabilen Mitgliederstamm. Die „**Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte**“ (**KVPM**), eine Hilfs- und Tarnorganisation der SO, betreibt Vereine in **Stuttgart** und **Karlsruhe**. Bei dem KVPM-Verein in **Freiburg/Breisgau** und der „Mission“ in **Reutlingen** gibt es Ansätze einer Reaktivierung. In **Freiburg/Breisgau** wurde eine neu initiierte „Scientology-Gemeinde“ bekannt, die jedoch bislang vor allem als Briefkastenadresse für Werbeaktivitäten diente. Eine „**Feldauditorengruppe**“²⁵⁷ ist in **Kirchheim/Teck** aktiv. In **Göppingen** befindet sich als „Justiz“-Stelle für WISE²⁵⁸-Mitglieder ein „**WISE Charter Committee**“ (**WCC**).

²⁵⁵ L. Ron HUBBARD, zitiert in: „Theta News. Neuigkeiten aus der Scientology Mission Ulm e.V.“, Ausgabe 1, Februar/März 2002, Übernahme wie im Original.

²⁵⁶ Die einer „Mission“, d.h. SO-Basisorganisation, übergeordnete Einheit mit breiterem Dienstleistungsangebot.

²⁵⁷ Feldauditoren: Personen, die scientologische Verfahren zur Persönlichkeitsveränderung („*Auditing*“) außerhalb der „Org“ anwenden.

²⁵⁸ „World Institute of Scientology Enterprises“, der SO-Wirtschaftsverband, vgl. Kap. 4 und 5.

Die genannten SO-Institutionen in Baden-Württemberg sind Teil einer hierarchischen, straff geführten internationalen Organisation. Diese verfügt über eine hohe finanzielle Schlagkraft, klare Führungsstrukturen und ein umfassendes Berichtswesen. Gerade Letzteres macht auch vor der Intimsphäre des Einzelnen nicht Halt. Die Inhalte der Berichte machen die Mitglieder „gläsern“, zum Teil erpressbar und geben der Organisation ein relativ hohes Maß an Kontrolle. Bestimmte Berichte werden auch an die „**Sea Organization**“ („**Sea Org**“) weitergegeben. Bei der „Sea Org“ handelt es sich um eine paramilitärische Kadertruppe, deren Infrastruktur sich im Ausland befindet und die sich als Elite der SO versteht. Ihre uniformierten Mitglieder nehmen Führungsaufgaben wahr. Berichten zufolge können aus dem Ausland entsandte „Sea Org“-Mitglieder rigide in den Betrieb der SO-Einheiten vor Ort eingreifen. Auch in **Stuttgart** konnten wiederholt „Sea Org“-Angehörige in Uniform festgestellt werden.

2. Die täuschenden Werbestrategien der SO

2.1 Aktuelle Kampagnen

Im Mittelpunkt stand im Jahr 2002 die internationale PR-Kampagne von so genannten „Ehrenamtlichen Geistlichen“ („Volunteer ministers“) mit angeblich seelsorgerisch-therapeutischen Tätigkeiten. Hierzu führte die SO im Herbst u.a. in **Stuttgart, Karlsruhe** und **Göppingen** Straßenaktionen mit einem Großraumzelt durch. Während der Aktionen in **Stuttgart** betrieben Scientologen offensive und teils unerlaubte Straßenwerbung. Das zuständige Ordnungsamt reagierte mit Zwangsgeldandrohungen.

Kurze Zeit nach dem Zusammenstoß zweier Flugzeuge im Raum **Überlingen** im Juli 2002 traten „Ehrenamtliche Geistliche“ der SO aus Baden-Württemberg und der Schweiz in der Nähe der Absturzstelle in Erscheinung. Ein SO-Sprecher erweckte gegenüber den Medien wahrheitswidrig den Eindruck, die „Geistlichen“ würden in Abstimmung mit den Rettungskräften handeln. Unter dem Vorwand eines Betreuungsangebots suchten die einheitlich gelb gekleideten Scientologen den Kontakt zu Anwohnern, auch zu Kindern und Jugendlichen, und verteilten SO-Werbebrochüren. Das

Landratsamt des Bodenseekreises und die Stadt Überlingen sahen sich daraufhin veranlasst, vor den Aktionen der Scientologen zu warnen.

In der SO - auch in Baden-Württemberg - wurde dazu aufgerufen, anlässlich der Flutkatastrophe in Ostdeutschland aktiv zu werden. So traten im August 2002 in Perleberg/Brandenburg einige Scientology-Anhänger an jugendliche Katastrophenhelfer aus einer dortigen Waldorfschule heran und boten „Massagen“ an. In Pirna/Sachsen stellten sich mehrere „Ehrenamtliche Geistliche“ bei Altenheimbewohnern vor. Sie versuchten, den in Notunterkünften untergebrachten Menschen HUBBARD-Bücher zu verkaufen. Das Gesprächsangebot der Scientologen wurde als bedrängend bzw. belästigend beschrieben.

In Baden-Württemberg intensivierte die SO persönliche Ansprachen in der Öffentlichkeit (so genanntes „*Body Routing*“), z.B. in **Kirchheim/Teck**. Dabei nutzen die Mitglieder einen 200 Fragen umfassenden Persönlichkeitstest, „*Oxford-Kapazitäts-Analyse*“ genannt, der entgegen dem Eindruck, den die SO erweckt, nicht wissenschaftlich fundiert ist. Er erlaubt der SO jedoch in gewisser Weise Rückschlüsse auf persönliche Schwachstellen und die soziale Situation des Getesteten. Über die Auswertung dieser „Analyse“ will die SO die Testpersonen manipulieren²⁵⁹ und zur Belegung eines zunächst preisgünstig erscheinenden Einstiegskurses für „Lebenshilfe“ bewegen. Anschließend sollen die Geworbenen schrittweise auf das in sich geschlossene Gedankensystem HUBBARDs und auf die Ziele der SO eingeschworen werden. Auf diese Art warben Scientologen mehrere Jugendliche in einer „Mission“ in Baden-Württemberg an. Bereits kurz nach der Anwerbephase soll nach Angabe eines Betroffenen dieser mit verfassungsfeindlichen Thesen HUBBARDs, z. B. aus dem SO-Standardwerk „Einführung in die Ethik der Scientology“, konfrontiert worden sein. Durch den Hinweis auf ein angeblich sehr schlechtes Testergebnis soll auch Druck auf den Jugendlichen ausgeübt worden sein. Er sei angehalten worden, den Kontakt zur „Mission“ gegenüber den Eltern zu verheimlichen. Scientologen versuchten auch, entgegen dem Willen der Erzie-

²⁵⁹ Die Richtlinien für die Testauswertung offenbaren, dass eine seriöse Auswertung nicht beabsichtigt ist, sondern es darum geht, den Getesteten zur Belegung von Einstiegskursen zu bewegen. Gegebenenfalls wird das Testergebnis dramatisiert, um zu verunsichern: *„Es geht darum, eine Wirkung auf die Person zu erzielen. Je widerstrebender und rechthaberischer sie ist, desto deutlicher sollten ihr die einzelnen Punkte vorgehalten werden. (...) Kümmern Sie sich nicht übermäßig um die Punkte, bei denen die Person gut ist.“* (L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „Mustergespräch für die Testauswertung“).

hungsberechtigten den Kontakt zu dem Minderjährigen aufrechtzuerhalten, etwa durch nächtliche Telefonanrufe. Es liegen weitere Berichte über ähnlich gelagerte Fälle vor.

Insgesamt intensivierte die SO ihre Werbeaktivitäten gegenüber Kindern und Jugendlichen. Beispielsweise brachte eine Scientologin mehrere Kinder aus dem Raum **Stuttgart** mit einer der SO nahestehenden Privatschule in Zürich in Kontakt²⁶⁰. Die Lizenzierung derartiger Schulen erfolgt über die SO-Hilfsorganisation „**Applied Scholastics**“ (**ApS**).

2.2 Täuschung der Öffentlichkeit

„Der Zweck eines Public-Relations-Beauftragten besteht darin, EINE ÖFFENTLICHE MEINUNG ZU SCHAFFEN, ZU LENKEN UND ZU NUTZEN, UM DAS ANSEHEN UND DIE EXPANSION SEINER ORGANISATION ODER SEINES AUFTRAGGEBERS ZU FÖRDERN.“²⁶¹

Das PR-Konzept der SO basiert grundsätzlich darauf, die Öffentlichkeit zu täuschen, um ihr vorrangiges Ziel, die Erlangung von Macht und Einfluss zu verschleiern. PR-Beauftragte der SO sollen nur „eine akzeptable Wahrheit“²⁶² verbreiten. So warb die SO zum einen unverändert durch professionell gestaltete, in den USA verlegte Imagebrochüren, die sie gezielt an politische Entscheidungsträger versandte. In diesen Publikationen versucht die SO den Eindruck zu erwecken, sie sei eine unpolitische, am Gemeinwohl orientierte Erlösungsreligion. Zum anderen bringt sie vehement vor, sie würde in Deutschland „diskriminiert“. Sie zielt darauf ab, Kritik an ihrer Organisation mit dem Etikett einer angeblichen Religionsfeindlichkeit zu versehen und sich so einer kritischen Analyse der eigenen Programmatik zu entziehen.

Die SO verfolgt nach wie vor eine planmäßige Herabsetzung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Repräsentanten. Die Maßlosigkeit der Vorwürfe gip-

²⁶⁰ So laut „Zentrum für individuelles und effektives Lernen“ (Hrsg.), ZIEL-Post Nr. 12/2001, S. 7.

²⁶¹ L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „PRO-Aktionen“ in: „Die Management-Serien“, Band 3, Kopenhagen, 2001, S. 18, Übernahme wie im Original.

²⁶² L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „PR-Serie Nr. 2. Der fehlende Bestandteil“ in: „Die Management-Serien“, Band 3, Kopenhagen, 2001, S. 53.

felte im Vergleich der Situation deutscher Scientologen mit jener der Juden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Derartige Vergleiche führten in der Vergangenheit zu scharfen Protesten gegen die SO im In- und Ausland. Dennoch hält die Organisation im Internet diese Vergleiche weiterhin aufrecht. Die von der SO dazu bereitgestellten Bilder sollen Emotionen schüren und dem Betrachter auf subtile Art und Weise eine vergleichbare Situation von Scientologen mit Juden suggerieren, die während des Dritten Reiches in Vernichtungslager deportiert wurden.²⁶³

Die SO unterstellt der Medienberichterstattung, grundsätzlich weit überzogenen Sensationsjournalismus zu praktizieren. Dennoch besitzt sie den Zynismus, das eigene PR-Konzept an derartigen Vorstellungen auszurichten und die Medien zu instrumentalisieren:

„REGELN FÜR ARTIKEL (...) Die Regeln für das Schreiben in Zeitungen sind heutzutage sehr exakt. (...) Damit eine Story gedruckt wird, muss sie einen oder mehrere dieser Punkte enthalten: 1. UNHEIL (BLUT, GEWALT, SCHADEN, TOD, SKANDAL) 2. SEX 3. GELD 4. BEDEUTENDE PERSÖNLICHKEITEN 5. Die Story muss geschrieben sein, um irgendetwas ABZUWERTEN. 6. Die Story muss eine KONTROVERSE enthalten. 7. Eine Story muss ZWEI ENTGEGENGESETZTE KRÄFTE enthalten. (...) Deshalb beinhaltet eine großartige Story für einen Presseemann beinahe alle diese Punkte, (...) EINE GUTE STORY (...) Wir müssen nur ihr Schema beherrschen, unsere eigenen Artikel unter Verwendung dessen herausgeben und sicher sein, dass nicht wir es sind, die mit Blut, Sex, Geld und Beschimpfungen in Verbindung gebracht werden. Soll es gefälligst um das Blut, Sex, Geld und Beschimpfungen anderer Leute gehen. (...) Wenn Sie wirklich darauf aus sind, ‚gute‘ Presse zu bekommen, dann beschaffen Sie etwas, das auf alle sieben Punkte der obigen Anforderungen passt, planen Sie dann eine genaue Reihe von Aktionen, führen Sie sie in der genauen Rei-

²⁶³ Website der „Church of Scientology of Hamburg“, Stand Juni 2002.

henfolge durch und bringen Sie für jede Aktion eine Pressemitteilung heraus. Die Presse wird Sie lieben.“²⁶⁴

Ein weiteres Ziel der SO-Propaganda ist, das Zerrbild einer sich im Niedergang befindlichen Gesellschaft, welcher angeblich *„jeglicher moralische Wegweiser fehlt“²⁶⁵*, öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Auf diese Weise will sie sich anhand verschiedener Ereignisse oder politischer Probleme als „Retterin“ mit Führungsanspruch für eine ansonsten dem Untergang geweihte Gesellschaft darstellen:

„Eine Kampagne gegen Verdorbenheit ist immer eine gute Nachricht. Sie zahlt sich enorm aus. Weil sie gewöhnlich auf alle sieben Punkte hinausläuft. (...) Beispiel: Ein Mädchen im Teenageralter erscheint im HGC²⁶⁶, ist von Jungen im Teenageralter aus dem Gymnasium geschlagen und vergewaltigt worden und verschweigt das seither. Auditieren Sie es heraus, bekommen Sie die Eltern dazu, einer Ermittlung zuzustimmen, und informieren Sie die Presse. Geben Sie einen Artikel über Auswüchse und Verbrechen am örtlichen Gymnasium heraus, wobei die Organisation [d.h. die SO] die Ermittlung durchführt. An den darauffolgenden Tagen: Kritisieren Sie die Nachlässigkeit der Polizei. Kritisieren Sie den Schuldirektor; zuletzt finden Sie mehr Teenager-Sex-Fälle. Präsentieren Sie der Presse einfach jeden Tag eine neue Sache. (...) Setzen Sie Schüler ans E-Meter²⁶⁷. Setzen Sie Lehrer ans E-Meter. (...) Sie haben erreicht, dass aus etwas Schlechtem etwas Gutes gemacht wurde - Scientology in Schulen.“²⁶⁸

Auch die Bluttat am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt am 26. April 2002 nahm die SO zum Anlass, sich entsprechend in Szene zu setzen. Während der öffentlichen Trauerfeier für die Mordopfer des Gutenberg-Gymnasiums erschienen Scientologen und verteilten die SO-Broschüre „Der Weg zum Glücklichsein“.

²⁶⁴ L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „Scientology Fünf. Presserichtlinien“ in: „Die Management-Serien“, Band 3, Kopenhagen, 2001, S. 6 ff., Übernahme wie im Original.

²⁶⁵ So eine hochrangige SO-Funktionärin in: „International Scientology News“, Nr. 21/2002, S. 40.

²⁶⁶ „Hubbard Guidance Center“, Abteilung in einer „Org“, in der „Auditing“ durchgeführt wird.

²⁶⁷ „Hubbard Elektrometer“: Eine Art einfacher Lügendetektor, der von der SO meist im „Auditing“ und bei so genannten „Sicherheitsüberprüfungen“ („Security Checks“) verwendet wird.

²⁶⁸ L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „Scientology Fünf. Presserichtlinien“ in: „Die Management-Serien“, Band 3, Kopenhagen, 2001, S. 10.

Ein immer wiederkehrendes, angebliches Hilfsangebot der SO für Suchtkranke ist „Narconon“. Die SO versucht für das gesellschaftliche Problem des Drogenmissbrauchs die Psychiatrie verantwortlich zu machen und propagiert werbewirksam „Narconon“ als Drogenrehabilitation nach HUBBARD mit einer angeblich hohen Erfolgsquote von rund 80%. In diesem Zusammenhang wandten sich auch wiederholt SO-Mitglieder an staatliche Stellen in Baden-Württemberg und warben für HUBBARDs Konzepte. Tatsächlich konnte die inzwischen nicht mehr existierende „Narconon“-Niederlassung in Schliersee/Bayern bereits vor Jahren in einem Gerichtsverfahren gegen das Land Baden-Württemberg keinen einzigen Fall einer erfolgreichen Drogenrehabilitation nachweisen.²⁶⁹ Die Erfahrungen mit „Narconon“ in Deutschland ergeben ein gänzlich anderes Bild als die Behauptungen der SO.

2.3 Aufbau von Feindbildern

Eine weitere Richtlinie entlarvt die öffentliche Selbstdarstellung der SO als eine vom Management gesteuerte, überzogene Pose, die der Bevölkerung gleichsam „eingehämmert“ werden soll. Dabei werden insbesondere die Psychologie, aber auch Teile der Medizin als Feindbild aufgebaut:

„Das Image ist: SCIENTOLOGEN SIND DIE LEUTE, DIE MISSBRÄUCHE IM BEREICH GEISTIGER HEILUNG BESEITIGEN UND SICH AUF DEM PLANETEN EFFEKTIV FÜR DAS SEELISCHE WOHL DER MENSCHEN EINSETZEN. (...) Bei Scientologen bauen wir dieses Image stetig auf. Wir müssen uns eingehend damit auseinandersetzen, wie wir es außerhalb bewerkstelligen können. (...) Sie arbeiten die Story aus, die geschrieben werden wird, dann führen Sie es aus und sorgen dafür, dass die Presse vor Ort ist und darüber berichtet. Präsentieren Sie alle Punkte, um die es geht, brisant, aufregend, brutal oder aufsehenerregend. (...) Planen Sie ein Programm, lassen Sie es eine Weile laufen. Das Programm basiert auf der Richtlinie, die das Haupt-Target ist - dieses Image in der Öffentlichkeit zu kreieren. Wenn die Wirkung dieses Programms nachlässt, erstellen Sie ein

²⁶⁹ „Die vom Antragsteller [Narconon] vorgelegten Unterlagen erbringen keinen Nachweis über einen erfolgreichen Drogenentzug bei dem Antragsteller.“ (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Az. 1 S 3021/92).

*neues. (...) Verteidigen Sie nicht Scientology; greifen Sie schlechte Zustände und schlimme Leute an.*²⁷⁰

Mit hetzerischen Veröffentlichungen stellte die KVPM die Psychiatrie erneut als Feind der Menschheit und Scientologen als „Aufklärer“ angeblicher Menschenrechtsverletzungen dar. Ein SO-Aktivist nahm die „Pisa“-Bildungsstudie zum Anlass, im Internet für scientologische „Lernprogramme“ zu werben und für das Abschneiden des deutschen Bildungssystems die Psychiatrie verantwortlich zu machen:

*„Die Tatsache, dass deutsche Schulen in so hohem Maße versagt haben, wie im Schulleistungsvergleich ‚Pisa‘ nachgewiesen wurde, ist das Produkt der Einmischung von Psychologen und Psychiatern in die Gestaltung von Lehrplänen und die Durchführung des Schulunterrichts.“*²⁷¹

Derartige Kampagnen liegen in dem von L. Ron HUBBARD geschaffenen Weltbild begründet. Dieses besteht aus der Vorstellung einer umfassenden politischen Verschwörung: Ein weltweites Netzwerk, bestehend aus Psychiatern, manipulierten Journalisten, Geheimagenten, Vertretern der Pharmaindustrie und gelenkten Regierungsmitgliedern habe sich zum Ziel gesetzt, die Menschheit zu versklaven. Die SO habe die historische Mission, die Gesellschaft von dieser „Unterdrückung“ zu befreien. Diese Verschwörungstheorien mögen Außenstehenden wirklichkeitsfremd erscheinen, jedoch werden sie auf der „Kommandoebene“ der SO ernstgenommen. In einem Antrag auf einstweilige Anordnung gegen einen Internetbeitrag des Landesamts für Verfassungsschutz formulierte der prozessbevollmächtigte SO-Anwalt die Vorstellung, der Beitrag enthalte möglicherweise eine Botschaft des Verfassungsschutzes an Osama BIN LADIN, welche beinhalten könnte, dass die US-Behörden „eine Lizenz zum Töten“ hätten.²⁷²

Die KVPM ist offenkundig bestrebt, HUBBARDs Verschwörungstheorien in der Gesellschaft zu verbreiten. Resonanz finden solche Vorstellungen bislang nur bei Minderhei-

²⁷⁰ L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „Das Image in der Öffentlichkeit“ in: „Die Management-Serien“, Band 3, Kopenhagen, 2001, S. 15 ff., Fehler im Original, Hervorhebung im Original durch Kursivschrift.

²⁷¹ Internetauswertung, Stand Januar 2002.

²⁷² In erster Instanz wurde der Antrag vom Verwaltungsgericht Stuttgart mit Beschluss vom 13. Februar 2002 zurückgewiesen. Nachdem die SO Beschwerde beim VGH Baden-Württemberg eingelegt hatte, wurde das Verfahren nach Erledigterklärung der Beteiligten eingestellt (Az. 1S 815/02).

ten, die vorzugsweise das Internet als Kommunikationsplattform nutzen und ähnliche Feindbilder haben. Es mehren sich auch die Anhaltspunkte, dass Scientologen zur Expansion verstärkt im Bereich politischer Randgruppen oder auch in Einzelbereichen der Alternativmedizin aktiv werden.

Einerseits nutzt die SO das Internet als Propagandaplattform, andererseits versucht sie, kritische Informationen, die das erwünschte Bild stören, zu eliminieren. Berichten zufolge wird oftmals das Urheberrecht benutzt, um Klagen bzw. Klageandrohungen gegen Internet-Suchmaschinenanbieter oder auch Einzelpersonen vorzubringen. Gerichtliche Klagen sind Teil der aggressiven Kampfstrategie der Organisation, um Gegner und Kritiker zu zermürben.²⁷³

Um den „Krieg“ gegen Kritiker zu finanzieren, fordert die Mitgliederorganisation „**International Association of Scientologists**“ (IAS) über Spenden weiterhin erhebliche finanzielle Opfer von Scientologen. Im August 2002 soll es ihr während einer internen Veranstaltung in **Stuttgart** gelungen sein, unter den etwa 250 Teilnehmern Spenden in Höhe von rund 130.000 US-Dollar zu akquirieren. Eine Immobilie für die **Stuttgarter** SO-Niederlassung soll zum Großteil über Spenden finanziert werden.

Im Gegensatz zur öffentlichen Selbstdarstellung als friedliebende Religionsgemeinschaft war die mitgliederorientierte Propaganda der SO wiederholt kämpferisch und demagogisch. So formulierte der ranghöchste SO-Manager David MISCAVIGE in der Neujahrsansprache 2002 den bildlichen Vergleich, man habe im abgelaufenen Jahr Gegner der SO „*wie Enten auf einem Teich ab[ge]schossen*“. Deutschland gilt ebenso wie Frankreich für die Organisation als ein „Hauptfeind“. Mit der Aussage, Berlin sei berühmt für Stechschritt und Bunker, zog MISCAVIGE in derselben Ansprache den Vergleich zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die politischen Entscheidungsträger für die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz rückte MISCAVIGE in die

²⁷³ So wurde laut Berichten die SO in den USA zur Zahlung der Anwaltskosten eines Kritikers in Höhe von 2,9 Millionen US-\$ verpflichtet, weil die SO gegen ihn gerichtliche Klagen missbräuchlich zu dem Zweck angestrengt habe, seine Existenz zu vernichten („Santa Barbara Independent“, 23. Januar 1993).

Nähe von Kriminellen und berief sich dabei auf HUBBARD. Diese Verunglimpfungen entsprechen HUBBARDs Doktrin, dass alle Kritiker kriminell seien:

„Jene, die einen dafür kritisieren, ein Scientologe zu sein, oder spitze Bemerkungen machen, können einer persönlichen Überprüfung ihrer vergangenen Handlungen oder Motive nicht standhalten. (...) Wir finden keine Kritiker der Scientology, die keine kriminelle Vergangenheit haben. (...) Politiker A bäumt sich in einem Parlament auf seine Hinterbeine auf und schreit eselsgleich nach einer Verdammung der Scientology. Wenn wir ihn überprüfen, finden wir Verbrechen - veruntreute Gelder, moralische Fehltritte, eine Begierde nach kleinen Jungen - schmutziges Zeug. (...) Wir erteilen den Ruchlosen langsam und gründlich eine Lektion. Sie sieht folgendermaßen aus: (...) Wenn Sie sich der Scientology entgegenstellen, halten wir prompt nach Ihren Verbrechen Ausschau - und werden sie finden und enthüllen. Wenn Sie uns in Ruhe lassen, werden wir Sie in Ruhe lassen (...) Aber diejenigen, die versuchen, uns das Leben schwerzumachen, sind sofort in Gefahr.“²⁷⁴

Die Programmatik und das Verhalten der SO weisen auf eine aggressive Grundhaltung und einen radikalen Durchsetzungswillen hin. Etwa, wenn propagiert wird, die SO müsse „wie ein Rammbock“²⁷⁵ handeln und der „Preis der Freiheit“ sei „ständige Bereitschaft zurückzuschlagen“²⁷⁶.

3. Verfassungsfeindliche Zielsetzung

Die SO forderte ihre Mitglieder auch im Jahr 2002 zur Expansion auf. Sie will für ihre Ziele insbesondere politische und gesellschaftliche Entscheidungsträger gewinnen.²⁷⁷ Im August 2002 führte die SO unter dem Schlagwort „Clear Süddeutschland“ eine

²⁷⁴ L. Ron HUBBARD, HCO Bulletin „Kritiker der Scientology“ in: „Wie man Unterdrückung konfrontiert und zerschlägt. PTS/SP-Kurs“, Kopenhagen, 2001, S. 78 ff.

²⁷⁵ Zeitschrift „Impact“ Nr. 98/2001, S. 39 ff.

²⁷⁶ So zum Beispiel in: Zeitschrift „Source“ Nr. 138/2002, S. 26.

²⁷⁷ So zum Beispiel in: Zeitschrift „International Scientology News“ Nr. 16/2001, S. 10.

Großveranstaltung mit mehr als 300 Teilnehmern im Raum **Ulm** durch, für die auch SO-Repräsentanten aus den USA angekündigt worden waren. Im Rahmen ehrgeiziger Expansionspläne erklärten sich SO-Aktivisten bereit, so genannte „**Dianetik-Gruppen**“²⁷⁸ bzw. „Missionen“ im **Bodenseeraum** und im Raum **Mannheim** zu errichten. Insgesamt sollten allein in Baden-Württemberg zwei zusätzliche „Orgs“ und jeweils zehn nachgeordnete „Missionen“ errichtet werden. Bestehende SO-Niederlassungen, wie die in **Stuttgart**, sollen zu großen Service-Zentren („*Saint Hill Size*“) werden. Auch bei der bereits erwähnten IAS-Veranstaltung in **Stuttgart** war die Expansion der SO wesentliches Thema. Ein ranghoher SO-Repräsentant verdeutlichte, dass man einst in einer scientologischen Zukunft darüber berichten würde, wie es früher während der harten Zeit der scientologischen „*Kreuzzüge*“ gewesen sei, als die Welt noch nicht „*geklärt*“ gewesen sei.

Die SO verfolgt weiterhin das Ziel, eine „*neue Zivilisation*“ zu errichten und dafür auch Deutschland zu „*klären*“. Sie versteht unter Slogans wie „*Clear Deutschland*“ die Errichtung einer nach scientologischen Grundsätzen funktionierenden Gesellschaftsordnung. Hierfür will die Organisation langfristig die Programmatik des SO-Gründers HUBBARD, an der sie starr festhält, auf die Gesellschaft ausdehnen. HUBBARDs Lehre beinhaltet zahlreiche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen und für die Errichtung einer totalitären Staatsordnung. Scientologische Konzepte zur Durchsetzung von „Justiz“ oder Innerer Sicherheit weisen auf eine Willkürherrschaft hin. Das Menschenbild der SO, das zwischen scientologisch trainierten, vermeintlichen „Übermenschen“ und minderwertigen Gegnern (HUBBARD über Gegner: „*der Affe seines Psychologen*“²⁷⁹) unterscheidet, propagiert das Recht des Stärkeren, ist inhuman und mit der Werteordnung des Grundgesetzes unvereinbar.

Eine umfassende Umsetzung scientologischer Richtlinien und Verfahren würde zentrale Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie die Wahrung der Mei-

²⁷⁸ Hierbei dürfte es sich um Feldauditoren (vgl. Fußnote 257) handeln.

²⁷⁹ L. Ron HUBBARD, Aufsatz „Die Zukunft der Scientology“ in: „Wie man Unterdrückung konfrontiert und zerschlägt. PTS/SP-Kurs“, Kopenhagen, 2001, S. 291.

nungsfreiheit außer Kraft setzen. Die Bevölkerung, die erklärtermaßen dem „*Auditing*“²⁸⁰ unterworfen werden soll, wäre der scientologischen Ordnung weitgehend ausgeliefert. Auch die Wahrung der Menschenwürde und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären nicht mehr gewährleistet:

Am 22. Februar 2002 berichtete die belgische Zeitung „Le Soir“, dass bei Durchsuchungen im Rahmen einer Betrugsangelegenheit in Belgien seit 1999 Tausende von Dossiers von SO-Anhängern beschlagnahmt wurden. Danach erhob die SO gerichtliche Klagen, um die vollständige Herausgabe der Unterlagen zu erreichen. Dabei brachte sie unter anderem vor, die Akten seien ihr Eigentum und legte auch von Anhängern unterzeichnete Vollmachten vor. Die Anklagekammer von Brüssel stellte daraufhin fest, dass der Inhalt der bei der SO beschlagnahmten Dateien im Widerspruch zum belgischen Datenschutzgesetz stehe. In den Dossiers fanden sich der Anklagekammer zufolge ausführliche medizinische Informationen, Berichte über das Intimleben und das sexuelle Verhalten, sowie Angaben über die Familie und Geständnisse, welche unter Einsatz des „*E-Meters*“ erlangt worden seien. Darüber hinaus wurde enthüllt, dass sich die Datensammlungen der SO auch auf Berichte über Beamte der Ordnungskräfte sowie politische Persönlichkeiten und Journalisten erstreckten, die alle nach dem Grad ihrer Gefährlichkeit für die SO klassifiziert worden seien.

Es kann aufgrund der hier vorliegenden Informationen davon ausgegangen werden, dass die über deutsche Scientologen angelegten Akten hinsichtlich Inhalt und Umfang den belgischen Akten vergleichbar sind. Ergänzt werden „*Auditing*“- und „*Ethik*“²⁸¹-Akten zum Beispiel durch detaillierte Niederschriften persönlicher Schilderungen, die eigenes Fehlverhalten oder das Fehlverhalten anderer beinhalten.

In der Öffentlichkeit versucht die SO dagegen, ihr „*Clear*“-Programm als eine lediglich individuell-therapeutische „geistige Befreiung“ einzelner Menschen darzustellen und verschweigt die gesellschaftspolitische Stoßrichtung. Die Mitglieder sind jedoch Adres-

²⁸⁰ „*Auditing*“ ist die Methode zur ideologischen Umerziehung des Menschen, mit der die SO beansprucht, unerwünschte Empfindungen, Ängste und psychosomatische Leiden beseitigen und die Leistungsfähigkeit steigern zu können. So soll nach scientologischer Vorstellung eine perfekte Gesellschaft mit „geklärten“, nahezu perfekt funktionierenden „neuen Menschen“ errichtet werden.

²⁸¹ Scientologische „*Ethik*“ hat keinen Bezug zu den Grundsätzen sittlichen Handelns. „*Ethik*“ im Sinne der SO bedeutet rücksichtslose Durchsetzung eigener Ziele und Beseitigung von „*Gegenabsichten*“.

saten einer Flut von Rundschreiben, Werbe- und Propagandaschriften der Organisation, in denen immer wieder der politische Anspruch formuliert wird. So berief sich im Herbst 2002 ein SO-Funktionär auf eine Direktive HUBBARDs, in der die Gefahr von „*Polizeistaaten*“ beschworen wird. Die „*Abwärtsspirale*“ der Gesellschaft solle durch verschiedene SO-Verfahren aufgehalten werden. Die SO-Zentrale in den USA versandte an deutsche Scientologen Werbematerialien, in denen dargelegt wird, scientologische Verfahrensweisen würden „*auf einer hohen Stufe auf soziale, politische und Weltprobleme angewandt*“.²⁸²

Zwei neu veröffentlichte Gutachten bestätigen die Analyse, dass es sich bei der SO um eine verfassungsfeindliche Organisation handelt. Die Verfasser einer umfassenden Studie²⁸³ stellen fest, dass zahlreiche Aktivitäten und die innere Struktur der SO im Widerspruch zu zentralen Prinzipien unserer Rechtsordnung stehen. Das zweite fundierte politikwissenschaftliche Gutachten billigt der SO zwar durchaus eine religiöse Eigenschaft zu, qualifiziert sie jedoch als extremistische, verfassungsfeindliche Organisation: „*Um die langfristige Zielsetzung einer radikalen politischen Systemveränderung umzusetzen, ist Scientology bemüht, indirekten Einfluss auf politische Meinungsbildungsprozesse in Gesellschaft und Staat auszuüben. Sie lehnt jedoch die offene Teilnahme an demokratischen Prozessen ab.*“²⁸⁴

4. Die SO in der Wirtschaft

Der SO-Wirtschaftsverband „**World Institute of Scientology Enterprises**“ (**WISE**), dessen erklärtes Ziel es ist, HUBBARDs totalitäre Managementkonzepte „*in breiter Weise in jedem Geschäft, jeder Organisation und Nation*“²⁸⁵ einzuführen, verfügt in Baden-Württemberg über eine im Wesentlichen unveränderte Mitgliederzahl von schätzungsweise 40 - 60 Personen. WISE-Mitglieder in Baden-Württemberg sind Einzelpersonen oder kleinere Unternehmen, die häufig in der Managementberatung, der Informa-

²⁸² Werbematerial der „Church of Scientology International“, 2002.

²⁸³ H. Kufner, N. Nedopil, H. Schöch, „Gesundheitliche und rechtliche Risiken bei Scientology“, Lengerich, 2002. Auftraggeber der Studie war der Freistaat Bayern.

²⁸⁴ Dr. Stefan Braun, „Scientology. Eine extremistische Religion“, Chemnitz/Frankenthal, 2002, S. 397.

²⁸⁵ „WISE. The 2002/2003 International Directory of the WISE Membership“, S. 3 (Übersetzung durch das Landesamt für Verfassungsschutz).

tionstechnologie oder in der Finanzdienstleistungsbranche tätig sind. Insbesondere WISE-Managementtrainer, die oftmals den Hintergrund ihrer Konzepte zunächst nicht offenbaren, stoßen hierzulande auf erhebliche Probleme bei der Verbreitung von HUBBARDs Ideologie. Die Wirtschaft ist sensibilisiert und hat im Hinblick auf unerwünschte Einflussnahme von WISE-Management- und Personalberatern Schutzmaßnahmen ergriffen. Deshalb sind WISE-Mitglieder offenbar zunehmend bestrebt, nicht mehr auf offenen Mitgliederlisten, die unter den Mitgliedern gestreut werden, genannt zu werden. Dennoch gelingt es Scientologen über Geschäftskontakte vereinzelt, Unternehmer oder Personen in herausgehobener beruflicher Position als Multiplikatoren zu gewinnen.

Im Raum **Ravensburg** führte eine Managementtrainingsfirma Abendveranstaltungen zum Thema „Erfolg durch Kommunikation“ durch. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, einen „Persönlichkeitstest“²⁸⁶ auszufüllen. Dies diente angeblich dazu, die Seminare, die in der Firma im Raum **Stuttgart** durchgeführt wurden, auf der Grundlage des Testergebnisses „maßzuschneidern“. Während dieser Seminare verschwieg der Trainer, dass er scientologische Konzepte verwendete, unter anderem Übungen, wie sie in einführnden Scientology-Kursen ebenfalls zur Anwendung kommen.

5. Scientologische „Justiz“

Die organisationsinterne Gerichtsbarkeit, für die „*Streitfallkosten*“ erhoben werden, ist Teil des scientologischen „Parallelsystems“ in der Gesellschaft. Sie ist nicht lediglich ein Schlichtungsangebot. Scientologen werden bei Streitigkeiten untereinander auf eigene SO-„Gerichte“ verwiesen und dürfen andere Mitglieder nicht ohne Erlaubnis des „*International Justice Chief*“ der SO, der sich in den USA befindet, vor einem ordentlichen Gericht verklagen. Damit macht die SO eine Inanspruchnahme des grundgesetzlich garantierten Rechtswegs von der Entscheidung eines SO-Funktionärs im Ausland abhängig. Entscheidungen der scientologischen „Justiz“ können erhebliche Tragweite, wie zum Beispiel Vermögensübertragungen, haben.

²⁸⁶ Es handelte sich um den selben Test, den SO-Niederlassungen verwenden, vgl. Kapitel 2.1.

Im Jahr 2002 wurde bekannt, dass ein SO-Mitglied ein anderes Mitglied vor dem „WISE Charter Committee“ (WCC) **Stuttgart** wegen streitiger Provisionszahlungen aus einer Maklertätigkeit in Höhe von mehr als 45.000 Euro „verklagt“ hatte. Das WCC traf die Entscheidung („*Resolution*“), dass ausstehende Provisionen teils zu reduzieren oder mit anderen Ansprüchen zu verrechnen seien.

Die SO verfolgt weiterhin das Ziel, die eigene „Justiz“ auf die Gesellschaft zu übertragen. Hierzu wurde im April 2002 in den USA eine WISE-„*Charter Committee Conference*“ anberaumt, bei der die Aktivitäten der Mitglieder und die Expansion scientologischer „*Ethik*“ in die Gesellschaft im Vordergrund standen. Auch unter deutschen Scientologen propagiert WISE, dass sich der Mensch erstmals „*unter Verwendung von L. Ron Hubbards Ethik- und Rechtstechnologie aus dem Schlamm herausziehen*“ könne, „*wo andere Systeme versagten*“. WISE bezeichnet diese „Justiz“-Verfahren als „*neue Hoffnung für das Recht*“ und verspricht „*Wohlstand für alle*“.²⁸⁷

6. Aktivitäten des „Office of Special Affairs“ (OSA)

*„NACHRICHTENDIENST (...) Wenn irgendwo ein Angriff auf Scientology beginnt, schauen wir uns die Leute an, die daran beteiligt sind und legen sie lahm.(...) Wir kennen unsere Feinde, ehe sie zuschlagen, wir halten sie von wichtigen Positionen fern. (...) Wenn wir es für nötig erachten, jemandem nachzustellen, dann untersuchen wir.“*²⁸⁸

Wesentliche Aufgaben des SO-Geheimdiensts „**Office of Special Affairs**“ (OSA) sind die nachhaltige Diffamierung von Gegnern und ihre Aufklärung mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Das OSA hat ein eigenes, straff geführtes Netzwerk innerhalb der Organisation. Von der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des OSA erfahren Scientologen an der Basis in der Regel nur sehr wenig.

²⁸⁷ „Newsletter WISE wins“ Nr. 37/2002.

²⁸⁸ L. Ron HUBBARD, „Handbuch des Rechts“, Kopenhagen, 1979 (Copyright 1989), S. 2 ff., Übernahme wie im Original.

Im Jahr 2002 konnten wiederum umfangreiche Erkenntnisse über die nachrichtendienstliche Methodik des OSA gewonnen werden. Zum Beispiel wurde festgestellt, dass das OSA in Deutschland Privatdetektive gegen Kritiker einsetzte.

In der **Karlsruher** Fußgängerzone fand im November 2002 eine mehrtägige Werbeveranstaltung der SO statt. Dabei überwachte eine Person das Umfeld der Veranstaltung. Ein weiterer Mann fotografierte Passanten, die sich im Hinblick auf die SO ablehnend bzw. kritisch äußerten.

Im Jahr 2002 wurde ein gegen einen SO-Kritiker aus Baden-Württemberg gerichtetes „*Programm*“²⁸⁹ des OSA bekannt. Es wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre erstellt. Auf Grundlage dieses Aktionsprogramms führte das OSA Maßnahmen gegen den Kritiker durch. Es gibt auch Anhaltspunkte, dass dieses Programm nach wie vor umgesetzt wird. So werden gegen diesen Kritiker weiterhin heftige Diffamierungen vorgebracht. Aus dem Dokument ergibt sich folgende Vorgehensweise: Der Hauptverantwortliche für Ermittlungen, der „*Investigation Officer*“ bei der deutschen OSA-Zentrale in München, war bzw. ist für das Programm federführend tätig. Eine operativ einsetzbare Person sollte im Rahmen einer systematischen Informationssammlung unter Legende an den SO-Kritiker herantreten, um Hintergrundinformationen zu erlangen. Anschließend sollten die gewonnenen Informationen genutzt werden, um „*Feinde*“ des Kritikers zu identifizieren, diese zu instrumentalisieren und Diffamierungskampagnen (so genannte „*Dead Agenting*“-Aktionen) durchzuführen:

„Errichte eine gute Kommunikationslinie mit den Unternehmen, mit denen X Auseinandersetzungen hat, versorge sie mit Hintergrundinformationen. Arbeite mit ihnen aus, wie das Material [für Diffamierungen] verwendet werden kann und kriege sie dazu, es mit größtmöglichem Resultat zu benutzen.“

Die Planungen gipfelten darin, den Kritiker durch einen seiner Kontrahenten in einen Skandal zu verwickeln, der anschließend öffentlich gemacht werden sollte:

²⁸⁹ Das in englischer Sprache verfasste Dokument wird im Folgenden auszugsweise durch das Landesamt für Verfassungsschutz übersetzt.

„Arbeite mit dem Besten von ihnen einen Vorstoß aus, um X zu bestechen und führe es durch. Stelle es bloß.“

Zu dem weiteren Arsenal der Maßnahmen gehörte unter anderem die Anstrengung eines Gerichtsverfahrens gegen den Kritiker.

Das OSA-Programm zeigt beispielhaft auf, mit welcher Intensität das OSA bestrebt ist, auch mit verdeckten und „zersetzenden“ Aktionen Kritikern der SO auf unterschiedlichste Weise zu schaden und deren Glaubwürdigkeit zu beschädigen. Typisch erscheint auch, hierfür Personen zu gewinnen, die nach außen scheinbar unabhängig auftreten. Die Beobachtung zeigt, dass es unterschiedliche Geheimhaltungshierarchien²⁹⁰ innerhalb der SO gibt, die nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln aufgeklärt werden können.

7. Resümee und Ausblick

*„Wir befinden uns jetzt in einer Position, in der wir unsere Umwelt reibungslos auf breiter Ebene und gut in den Griff bekommen können. (...) Der persönliche Assistent einer Führungskraft einer Firma könnte seine Arbeit nicht völlig effektiv ausführen, ohne ein ausgebildeter Scientologe zu sein. Der Vorsitzende einer Firma, der kein Zertifikat [von Scientology] hat, wird eines Tages versagen. Falls Sie denken, dass ein ausgebildeter Scientologe jemand ist, der nur auditiert, dann haben Sie eine sehr eingeschränkte Sicht über Scientology“.*²⁹¹

Die SO versteht unter einem „geklärten“ Staat ein Gemeinwesen, das wirtschaftlich und politisch unter umfassender scientologischer Kontrolle steht. Der Anspruch, einzelne Menschen „klären“ zu wollen, ist nur Ausgangspunkt für das Ziel, langfristig radikale gesellschaftspolitische Veränderungen durchzusetzen. Die Stoßrichtung, Staat und Ge-

²⁹⁰ Zum Beispiel verlautbarte ein Rundschreiben der SO-Unterorganisation „New World Corps“ im Jahr 2002, dass ihre Aktivitäten vertraulich seien.

²⁹¹ L. Ron HUBBARD, Flugblatt „Der Wert von Ausbildung“; im Jahr 2002 von der „Church of Scientology Flag Service Organization“, der weltweiten Dienstleistungszentrale in Clearwater/USA, an deutsche Scientologen versandt.

sellschaft in Deutschland nach HUBBARDs Lehre zu formen, besteht unverändert fort. Die Organisation setzt auf der Grundlage ihrer dogmatischen Richtlinien²⁹² auf ihre klassische Strategie, in die Breite der Gesellschaft zu expandieren und Entscheidungsträger zu gewinnen, um langfristig HUBBARDs totalitäre Programmatik auf den Staat auszuweiten.

Die SO wird zukünftig in Baden-Württemberg noch stärker in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten, wobei sie weiterhin versuchen wird, verstärkt Jugendliche für Scientology zu interessieren. Hierfür wird sie medienwirksame Ereignisse oder mögliche krisenhafte Entwicklungen der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik auszunutzen versuchen.

Das Ziel, die Organisation zu einer Massenbewegung auszubauen, erscheint jedoch unrealistisch. Die mit hohem Aufwand betriebenen Werbeaktionen haben aufgrund der weitgehenden Ablehnung in der Bevölkerung bislang nur geringe Wirkung. Ohne dass eine dynamische Mitgliederentwicklung erkennbar wird, gelingt es der Organisation im Land dennoch, neue Mitglieder anzuwerben. Dabei zeichnet sich ab, dass nach Jahren des Niedergangs und der Stagnation erstmals wieder eine Trendwende mit leicht steigenden Anhängerzahlen prognostiziert werden kann.

Vertrauliches Telefon

Im Rahmen der Beobachtung der „Scientology-Organisation“ ist der Verfassungsschutz weiterhin auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen.

Rufen Sie uns an: 0711/9561994.

²⁹² Oberstes Ziel der SO ist die Expansion - andere Ziele sind gegebenenfalls nachrangig (L. Ron HUBBARD, Richtlinienbrief „Expansion. Die Theorie von Richtlinie“ in: „Die Managementserien“, Band 1, Kopenhagen, 2001, S. 170 ff.).

G. SPIONAGEABWEHR, GEHEIM- UND SABOTAGESCHUTZ

1. Allgemeiner Überblick

Die Ereignisse des 11. September 2001 und die dadurch ausgelöste Diskussion um die Notwendigkeit und die Mittel zur Abwehr terroristischer Gefahren haben dazu geführt, dass das Thema Spionage im öffentlichen Bewusstsein deutlich in den Hintergrund getreten ist. Unabhängig davon ist Deutschland auch weiterhin von Spionageaktivitäten bedroht. Fremde Staaten sind gerade in solchen Zeiten des Umbruchs daran interessiert, möglichst frühzeitig über politische, militärische oder wirtschaftliche Entwicklungen informiert zu sein.

Baden-Württemberg mit seiner leistungsfähigen industriellen und wissenschaftlichen Infrastruktur sieht sich vor allem nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Krisenländer²⁹³, und darüber hinaus der Volksrepublik China und der Russischen Föderation ausgesetzt, die damit vorrangig die Stärkung ihres militärischen Potenzials beziehungsweise die Verbesserung ihrer Wirtschaftskraft vorantreiben wollen.

Gemessen an der Anzahl der bearbeiteten Fälle und der eingegangenen Hinweise entwickelte sich im Jahr 2002 die Bearbeitung proliferationsrelevanter²⁹⁴ Sachverhalte eindeutig zum Schwerpunkt der Abwehrarbeit, die klassische Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage hat dagegen an Bedeutung verloren. Auch wenn in Rechnung gestellt werden muss, dass die Erkenntnislage der Spionageabwehr nicht immer ein absolut realistisches Spiegelbild der tatsächlichen Spionageaktivitäten darstellen kann, gibt es hierfür durchaus nachvollziehbare Gründe. Angesichts der aktuellen Weltlage sind einige, zumeist autoritär oder diktatorisch regierte Staaten unverändert darum bemüht, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und der erforderlichen Trägersysteme zu gelangen. Sie entfalten dementsprechend intensive und zum Teil äußerst konspirative

²⁹³ Länder, von denen zu befürchten ist, dass von dort aus ABC-Waffen in einem bewaffneten Konflikt eingesetzt werden oder ihr Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele angedroht wird (vgl. Kap. 2.1).

²⁹⁴ Proliferation: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen beziehungsweise der zu ihrer Herstellung verwendbaren Produkte einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen.

Beschaffungsaktivitäten zur Umgehung der Exportgenehmigungs- und -kontrollmechanismen. Viele, nicht nur in Deutschland bekannt gewordene Vorgänge deuten in diese Richtung. Dagegen wird bei der Ausspähung von Wirtschaft und Wissenschaft verstärkt auf die Informationsgewinnung mit legalen Methoden zurückgegriffen. Der grenzüberschreitende Aufkauf innovativer Unternehmen, die Vereinbarung von Joint Ventures, der Know-how-Transfer unter Einschaltung von Wissenschaftlern und Studenten sowie die Abschöpfung frei zugänglicher Quellen in einer offenen Informationsgesellschaft machen heutzutage nachrichtendienstliche Operationen teilweise überflüssig. Immer leistungsfähigere, global vernetzte Informations- und Kommunikationssysteme erleichtern nicht nur den Zugriff auf das weltweit verfügbare Wissen, sondern dieser hinterlässt auch deutlich weniger Spuren als der Einsatz von Agenten oder andere Formen traditioneller Spionage. Begünstigt wird dieses Vorgehen durch den Verzicht vieler Firmen auf leistungsfähige Verschlüsselungssysteme oder sonstige wirkungsvolle Schutzmaßnahmen. Darüber hinaus wird zunehmend darauf abgehoben, dass Wirtschaftsspionage gerade zwischen hochentwickelten Industriestaaten nur noch von begrenztem Nutzen sein könne, etwa weil angesichts immer kürzer werdender Entwicklungszyklen die von Nachrichtendiensten beschaffte Technologie zum Zeitpunkt der Umsetzung in marktreife Produkte durch den Nutznießer der Informationen mitunter bereits überholt sei.

Im Bereich der Proliferation fällt auf, dass die Beschaffung eines fertigen Produkts wegen der zunehmenden Verbesserung der industriellen und wissenschaftlichen Infrastruktur der Krisenländer wesentlich seltener stattfindet. Parallel hierzu sind deutliche Anzeichen dafür zu erkennen, dass sich die Krisenländer gegenseitig mit Know-how oder einzelnen Komponenten zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen beziehungsweise von entsprechenden Trägersystemen unterstützen.

Auch wenn medienwirksame Spionagefälle nur sporadisch an das Licht der Öffentlichkeit gelangen und es dementsprechend selten zur Verurteilung überführter Agenten kommt, sollte man sich keineswegs in einer falschen Sicherheit wiegen. Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage stellt nach wie vor ein ernsthaftes Gefährdungspotenzial für deutsche Unternehmen dar. Vor allem bei kleineren und mittelständischen Betrieben ist trotz vielfältiger Sensibilisierungsarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz das

Sicherheitsbewusstsein noch nicht ausreichend ausgeprägt. Bei den Zielbereichen und Methoden sind keine herausragenden Veränderungen festzustellen. Besonders begehrt erscheinen die zukunftssträchtigen und teilweise auch militärisch bedeutsamen Hoch- und Querschnittstechnologien wie die (Mikro-)Elektronik, Sicherungstechnik, Nuklearforschung, Produktionstechnik sowie der (Sonder-)Maschinenbau.

Die Spionageabwehr hat im Jahr 2002 den bereits früher begonnenen Weg konsequent fortgesetzt, angesichts der veränderten Rahmenbedingungen - etwa der Schwierigkeiten beim Nachweis nachrichtendienstlicher Aktivitäten - die präventiven Maßnahmen zu verstärken. Denn für ein Unternehmen macht es letztlich keinen Unterschied, ob modernstes Know-how durch konspirative nachrichtendienstliche Operationen oder durch die bloße Nutzung legaler Möglichkeiten abgeflossen ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat aus dieser Überlegung heraus nicht nur seine eigene Beratungstätigkeit sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nochmals intensiviert, sondern treibt auch die Kooperationen mit Verbänden, wissenschaftlichen Einrichtungen, Sicherheitsunternehmen etc. voran, um die eigenen Erkenntnisse und Erfahrungen möglichst effektiv weiterzugeben.

Das Hinweisaufkommen aus der Wirtschaft, den Behörden und aus der Bevölkerung ist erneut hinter den Erwartungen zurück geblieben. Zwar gab es auch diesmal wieder einzelne sehr konkrete Hinweise von externer Seite, dennoch ist eine stärkere Unterstützung durch die von Spionage unmittelbar betroffenen Bereiche für eine erfolgreiche Abwehrarbeit unverzichtbar.

Die bereits in der Vergangenheit zu beobachtende Entwicklung, dass die Nachrichtendienste unterschiedlicher Staaten - etwa bei der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus - eng zusammenarbeiten, aber zugleich Konkurrenten sein können, wenn es um die Verfolgung ehrgeiziger wirtschaftlicher Ziele geht, dürfte sich in der Zukunft verstärkt fortsetzen. Diese im Vergleich zu früheren Konstellationen als „Normalisierung“ anzusehende Entwicklung, die vor allem Nachrichtendienste aus Osteuropa sowie des Nahen und Mittleren Ostens betrifft, wird die Arbeit der Spionageabwehr sicherlich beeinflussen. So ist davon auszugehen, dass im Interesse einer möglichst intensiven Zu-

sammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus Zurückhaltung bei der Verfolgung von Spionageaktivitäten geübt wird.

2. Aktuelle Lage - Daten, Fakten, Hintergründe

2.1 Krisenländer

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält - ebenso wie viele andere Industrienationen - langjährige gute Handelsbeziehungen in den gesamten Nahen und Mittleren Osten. Unter Beachtung der Embargovorschriften der Vereinten Nationen werden auch mit dem Irak noch wirtschaftliche Kontakte gepflegt. Die Gesamtbeteiligung an der Industriemesse „International Fair 2002“ in Bagdad - der wichtigsten Ausstellung in dem isolierten Land - bewegte sich 2002 auf ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr (2001: 1.650 Aussteller aus 47 Nationen, darunter 112 deutsche Firmen). Das Interesse der nah-/mittelöstlichen Handelspartner beschränkt sich jedoch oftmals nicht auf rein zivile Produkte, sondern richtet sich immer wieder auch auf proliferationsrelevante Güter. Da dieses Waresegment strengen Exportbeschränkungen unterliegt, setzen die Krisenländer nicht selten ihre Nachrichtendienste oder andere Beschaffungsorganisationen, wie z.B. Tarnfirmen, ein, um zu dem gewünschten Produkt oder an das zu seiner Herstellung notwendige Know-how zu gelangen.

Im Zusammenwirken mit anderen Behörden wie dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), dem Zollkriminalamt (ZKA) oder dem Bundesnachrichtendienst (BND) sind die Verfassungsschutzbehörden bereits seit Anfang der 90er Jahre damit befasst, Aktivitäten und Methoden, die zur Proliferation führen, zu erkennen und zu ihrer Verhinderung beizutragen. Da ein nachrichtendienstlicher Hintergrund oft nicht zweifelsfrei erkennbar ist, genügt für ein Tätigwerden des Verfassungsschutzes der Verdacht, dass der Warentransfer im Sinne des Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetzes sowie der Außenwirtschaftsverordnung illegal ist, im Interesse eines fremden Staates erfolgt oder die beteiligten Beschaffungsorganisationen verdeckte Methoden anwenden, um den Endabnehmer oder den Verwendungszweck zu verschleiern. Ziel und Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist es, verdächtige Personen

und Unternehmen sowie die ständig wechselnden Beschaffungsbemühungen im Vorfeld zu beobachten, zur Verhinderung dieser illegalen Geschäfte beizutragen und neben der gewerblichen Wirtschaft auch wissenschaftliche Einrichtungen zu sensibilisieren. Von besonderer Bedeutung sind hierbei Informationen über die Missbrauchsmöglichkeiten von Gütern, die scheinbar für zivile Anwendungen exportiert werden, aber tatsächlich für die Waffenherstellung Verwendung finden (Dual-Use-Problematik).

Speziell die Krisenländer Iran, Irak, Syrien und Libyen setzten wie in den vergangenen Jahren ihre Proliferationsbemühungen unvermindert fort. Besonders begehrt waren im Berichtsjahr Maschinen und Maschinenteile (von Schweiß-Maschinen bis hin zum kompletten Mobilkran), Mess- und Prüfgeräte sowie Werkzeuge aller Art. Interesse bestand aber auch an Edelmetallen und chemisch-pharmazeutischen Komponenten. Es fiel auf, dass fertige Endprodukte immer seltener im Mittelpunkt des Beschaffungsinteresses stehen. Einerseits sind entsprechende Lieferungen unter Einhaltung der bestehenden Exportbeschränkungen nur äußerst schwierig durchzuführen und andererseits ist die eigene Rüstungsindustrie in vielen Krisenländern mittlerweile schon sehr leistungsfähig.

Durch konspirative Vorgehensweisen sollen die weltweit gültigen Kontrollmechanismen und Genehmigungsverfahren (siehe Grafiken) unterlaufen werden. Beliebte Methoden sind der Einsatz nachrichtendienstlich gesteuerter Beschaffungsorganisationen, die den tatsächlichen Endabnehmer verschleiern oder den Verwendungszweck falsch deklarieren, sowie die Nutzung von Tarnadressen für Umwegbeschaffungen über Drittländer wie Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate, verschiedene GUS-Staaten und die Volksrepublik China. Immer häufiger ist festzustellen, dass sich die Krisenländer beim Auf- und Ausbau ihres ABC-Waffenarsenals gegenseitig unterstützen. Dabei stellt der Wissenstransfer durch Postgraduierte, Studenten und Geschäftsleute aus diesen Ländern, die im Bundesgebiet an sensiblen Forschungsprojekten mitwirken oder (vorgebliche) Handelsbeziehungen pflegen, einen entscheidenden Faktor bei der Fortentwicklung ihrer Rüstungsindustrie dar.

- Eine iranische Firma beauftragte ein baden-württembergisches High-Tech-Unternehmen mit der Konstruktion und Fertigung einer Sondermaschine zur angeblichen Verwendung im Automobilbau. Da eine Bescheinigung über die rein

Internationale Gremien und Regelungen zur Bekämpfung der Proliferation

Atomwaffen

Biologische Waffen

Chemische Waffen

Trägertechnologie

Wassenaar-Vereinbarung

- Ziel: Meinungs- und Informationsaustausch sowie Koordinierung in Bezug auf die Exportkontrolle von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern
- 1996 in Kraft gesetzt
- 33 Mitgliedsstaaten

EG-Dual-Use-Verordnung / Verordnung (EG) Nr. 1334/2000

- Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern aus der EU
- 2000 erlassen
- 15 Mitgliedsstaaten (gesamte EU)

Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag

- Ziele:
 - Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen und Waffentechnologie
 - Förderung der Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Atomkraft
 - Abrüstung
- 1970 in Kraft gesetzt
- 187 Mitgliedsstaaten

Biotwaffenkonvention

- Ziel:
 - Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, und des Erwerbs biologischer Waffen
- 1975 in Kraft gesetzt
- Von 162 Staaten gezeichnet, von 144 ratifiziert

Chemiewaffen-übereinkommen (CWÜ)

- Ziele:
 - Weltweites Verbot chemischer Waffen
 - Vernichtung vorhandener Chemiewaffenbestände
- Umfangreiche Kontrollmechanismen
- 1993 beschlossen
- Von 169 Staaten gezeichnet, von 140 ratifiziert

Kontrollsystem für Raketentechnologie (Missile Technology Control Regime, MTCR)

- Ziel:
 - Verhinderung der Verbreitung von Raketen mit mehr als 300 km Reichweite
- Gemeinsame Exportkontrollpolitik und Güterliste
- 1987 beschlossen
- 33 Mitgliedsstaaten

Gruppe der Kerntechniklieferanten (Nuclear Suppliers Group, NSG)

- Ziel: Nichtverbreitung von Atomwaffen
- 1975 etabliert
- 39 Mitgliedsstaaten

Australische Gruppe

- Ziel:
 - Minimierung des Risikos für Ausfuhr- und Durchlieferänder, zur Verbreitung von chemischen und biologischen Waffen beizutragen
- 1985 erstes Treffen
- 34 Mitgliedsstaaten

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied bzw. Unterzeichner aller hier genannten Gremien und Regelungen. Grundlagen des Schaubildes:

- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle - „Exportkontrolle - Kurzdarstellung“ vom 1. September 2002,
- Internetseiten der genannten Einrichtungen.

Verbote, Genehmigungspflichten und Genehmigungsformen im Außenwirtschaftsverkehr

Verbote

- UN-Totalembargo Irak (wesentliche Ausnahmen: Oil-for-Food-Programm + medizinische Versorgung)
- UN-/EU-Teilembargos (z.B. Angola, Libyen)
- UN-/EU-/OSZE-Waffenembargos
- EU-Verbote der Begünstigung terroristusverdächtiger Personen und Organisationen

Genehmigungspflichten für

<div style="background-color: #cccccc; text-align: center; padding: 5px;">Ausführen aus der EU</div> <p>Prüfkriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Güterlisten • Verwendungszweck • Endverbleib • Unterrichtung durch das BAFA • Kenntnis des Ausführiers 	<div style="background-color: #cccccc; text-align: center; padding: 5px;">sonstige Aktivitäten</div> <ul style="list-style-type: none"> • Transithandels-geschäfte • Technische Unterstützung, z.B. <ul style="list-style-type: none"> ■ Reparatur ■ Wartung ■ Entwicklung ■ Weitergabe praktischer Fähigkeiten und Kenntnisse durch Beratung und Ausbildung
<div style="background-color: #cccccc; text-align: center; padding: 5px;">Verbringungen innerhalb der EU</div> <p>Prüfkriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Güterlisten • Verwendungszweck • Endverbleib • Unterrichtung durch das BAFA • Kenntnis des Ausführiers • Keine Allgemeingenehmigung • Ver-/Bearbeitung in einem Drittland 	

Genehmigungsformen

<div style="background-color: #cccccc; text-align: center; padding: 5px;">Einzel-/Höchstbetragsgenehmigung</div> <ul style="list-style-type: none"> • Grundform aller Genehmigungen • Lieferung aufgrund <u>eines</u> Auftrags an <u>einen</u> Empfänger • Sonderform: Höchstbetragsgenehmigung (Lieferungen an einen Empfänger bis zum genehmigten Höchstbetrag) 	<div style="background-color: #cccccc; text-align: center; padding: 5px;">Sammelgenehmigung</div> <ul style="list-style-type: none"> • Ausfuhr einer Gruppe von Gütern an mehrere Empfänger • Auf Antrag für zuverlässige Ausführer 	<div style="background-color: #cccccc; text-align: center; padding: 5px;">Allgemeingenehmigung</div> <ul style="list-style-type: none"> • Definierter Güter- und Länderkreis • Veröffentlichung im Bundesanzeiger • Registrierung erforderlich • Fristen für Inanspruchnahme
---	--	---

Grundlage: „Exportkontrolle - Kurzdarstellung“ des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Stand: 1. September 2002
 Nähere Auskünfte erteilt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Erreichbarkeit:

Frankfurter Str. 29-35, 65760 Eschborn
 Postfach 51 60, 65726 Eschborn

Tel.: (0 61 96) 908-0
 Fax: (0 61 96) 908-800

E-Mail: poststelle@bafa.de
 Internet: <http://www.bafa.de>

Grafik: LAV BW

zivile Verwendung vorgelegt wurde, konnte eine Exportgenehmigung erwirkt werden. Nach Fertigstellung der Maschine wollte sie der Auftraggeber so umkonstruiert haben, dass Werkstoffe, die in der Raketentechnik Verwendung finden, damit hätten bearbeitet werden können. Da die gewünschten Änderungen nicht vorgenommen wurden, kam es nicht zur Abnahme der Maschine.

- Ein Waffenhändler aus **Pforzheim** stand bereits seit 2001 wegen Proliferationsverdachts unter Beobachtung des Landesamts für Verfassungsschutz. Nach Abgabe des Falles an die Zollfahndung wurde er schließlich festgenommen. Die Anklageerhebung geht vom Handel mit Waffensystemen und Bohrtechnik zur Herstellung von Geschützrohren aus, die für den Irak bestimmt waren. Zur Verschleierung des Endverbleibs waren die Güter an einen jordanischen Zwischenhändler deklariert worden. Ein Angeklagter wurde im Januar 2003 vom Landgericht Mannheim zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt, ein zweiter Angeklagter erhielt eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren. Gegen das Urteil wurde teilweise Revision eingelegt.

- Ein Iraner absolvierte ein Praktikum bei einem baden-württembergischen Nutzfahrzeughersteller. Vor seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen kopierte er unberechtigt Firmen-Daten auf seinen Laptop und kehrte damit zu einer iranischen Konkurrenzfirma zurück, die laut Frühwarnliste²⁹⁵ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit als Beschaffungsstelle des Iran bekannt ist. Wer letztendlich Nutznießer dieser Informationen war, konnte nicht nachvollzogen werden.

- Einschlägig verdächtige Repräsentanten einer bekannten iranischen Beschaffungsorganisation traten einer baden-württembergischen Firma gegenüber als Mitarbeiter eines bisher noch nicht negativ in Erscheinung getretenen iranischen Unternehmens auf, um Waren zu bestellen, die auch für militärische Zwecke ge-

²⁹⁵ Rundschreiben zur Aufklärung deutscher Firmen und Behörden über die Proliferationsaktivitäten von Krisenländern. Diese enthalten - nach Krisenländern geordnet - konkrete Hinweise auf aktuelle Interessenlagen und einschlägige Beschaffungsstellen.

eignet sind. In Anbetracht der auffälligen Übereinstimmung involvierter Personen, Anschriften und Telefonnummern war davon auszugehen, dass sich hinter dem iranischen Unternehmen die bereits bekannte Beschaffungsorganisation verbarg. Die gewünschte Lieferung gelangte deshalb nicht zur Ausführung.

2.2 Volksrepublik China

Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China - das Wachstum lag 2002 bei rund 8 % - scheint ungebrochen. Der im November 2002 zurückgetretene chinesische Staatspräsident Jiang Zemin hatte sich in seiner dreizehnjährigen Amtszeit vorrangig auf die wirtschaftliche Öffnung des Landes konzentriert. Politische Reformen wurden dagegen verhindert. Wie seine Vorgänger setzte er auf den Polizeistaat, auf die Zensur der Medien und des Internets, auf Geheimdienste und Arbeitslager.

Bei seinem wirtschaftlichen Vorwärtsdrang baut China seit jeher schon auf die Unterstützung durch seine mächtigen Nachrichtendienste. Das MSS²⁹⁶ und das MID²⁹⁷ sollen durch gezielte Informations- und Güterbeschaffung aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Rüstungstechnologie mithelfen, den Abstand zu den führenden Industrienationen weiter zu verringern und damit die hohe Dynamik der eigenen Wirtschaft zu sichern. Die Koordinierung der Beschaffungsaufträge erfolgt über die Staatskommission für Wissenschaft und Technik. Chinesische Stellen versuchen aber auch, durch Einsatz von wirtschaftlichen Druckmitteln und durch gegenseitiges Auspielen potenzieller Investoren, an deutsche Hochtechnologie zu gelangen.

Bis Ende des Jahres 2002 waren in China über 1.500 deutsche Unternehmen vertreten. Bislang haben 110 baden-württembergische Firmen Niederlassungen in China gegründet, weitere rund 600 hiesige Betriebe unterhalten dorthin Beziehungen. In beachtlicher Zahl verlegen namhafte deutsche Firmen mittlerweile sogar ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach China. Daneben existieren zahlreiche Kooperationen mit chinesischen wissenschaftlichen Einrichtungen. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen, wenn sich der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisa-

²⁹⁶ „Ministry of State Security“, Ministerium für Staatssicherheit; zivile Aufklärung.

²⁹⁷ „Military Intelligence Department“, Militärischer Nachrichtendienst.

tion (WTO) voll auszuwirken beginnt. Den chinesischen Nachrichtendiensten eröffnen sich hierdurch gerade im technisch-wissenschaftlichen Bereich zahlreiche Möglichkeiten bei der Anwerbung geeigneter Informanten.

Die Volksrepublik China unternimmt schon seit einigen Jahren systematische Anstrengungen, ihre ehemaligen Auslandsstudenten in die Heimat zurück zu holen. Geschickt wird an den Patriotismus chinesisch-stämmiger Forschungsingenieure und Manager appelliert, um sie zum Transfer ihres Wissens und ihrer Fertigkeiten zu bewegen. Die entsprechenden Aktivitäten verschiedener chinesischer Stellen sind sorgfältig zu beobachten, insbesondere unter dem Aspekt einer nicht auszuschließenden Einbindung chinesischer Nachrichtendienste. Wer (noch) nicht zurückkehren will, wird aufgefordert, seine Heimat vom Ausland aus zu unterstützen. Wie ein in Deutschland lebender chinesischer Wissenschaftler gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz bestätigte, sei er bereits kurz nach seiner Einreise ins Bundesgebiet zusammen mit weiteren Landsleuten von Botschaftsangehörigen zu einer Feier eingeladen und verpflichtet worden, sämtliche interessanten Informationen aus Industrie und Technik dem Heimatland zukommen zu lassen. Neben den zahlreichen hier lebenden Praktikanten, Stipendiaten etc. studierten im Wintersemester 2001/2002 an baden-württembergischen Hochschulen rund 1.800 chinesische Studenten, davon verteilte sich mehr als die Hälfte auf die Fächer Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften.

Als ein weiterer Weg zur Informationsbeschaffung durch Angehörige chinesischer Nachrichtendienste konnte der Aufbau von Beziehungen zu Personen aus der Wirtschaft und zu wissenschaftlichen Einrichtungen beobachtet werden. Dabei wurde eine teilweise konspirative Reisetätigkeit nachrichtendienstlich involvierter Botschaftsangehöriger festgestellt, die mehrfach Geschäftskontakte zu Unternehmen in Baden-Württemberg gesucht hatten.

Die Überwachung von Regimekritikern, insbesondere von Angehörigen der seit dem 22. Juli 1999 in China verbotenen Falun-Gong-Bewegung²⁹⁸, stellt eine weitere Aktivität chinesischer Nachrichtendienste in Deutschland dar. Auch deutsche Staatsangehörige,

²⁹⁸ Internationale Bewegung chinesischen Ursprungs, die eine aus dem Buddhismus entwickelte spezielle Meditationsmethode praktiziert.

die sich an Protestveranstaltungen von Falun-Gong-Anhängern in China beteiligten, wurden vor Ort inhaftiert und später abgeschoben.

2.3 Russische Föderation und andere Länder der GUS

Vor westlichen Medien-Vertretern betont die russische Regierung die guten Beziehungen und die enge Kooperation mit den EU-Ländern und den USA insbesondere bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Organisierten Kriminalität. Ungeachtet dieser Bekundungen forschen indes die russischen Aufklärungsdienste - wie im Oktober in Skandinavien aufgedeckt²⁹⁹ - weiterhin die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, aber auch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der EU sowie die geplante Osterweiterung und die militär-politischen Strategien der NATO-Mitgliedsstaaten aus.

Russland unterhält weltweit mit die mächtigsten Nachrichtendienste, von denen besonders die Auslandsdienste SWR³⁰⁰ und GRU³⁰¹, aber auch der mit einer Aufklärungskomponente versehene Abwehrdienst FSB³⁰² und der Fernmelde-Aufklärungsdienst FAPSI³⁰³ sowohl offen als auch konspirativ Informationen sammeln. Dabei kommen in immer stärkerem Maße moderne Techniken wie das Internet zum Einsatz. Daneben bedienen sich die Dienste gerne noch der traditionellen Abtarnung ihres Personals als Diplomaten, Journalisten und Geschäftsreisende. Der FSB überwacht Ausländer, die sich zu Geschäftszwecken aber auch als Privatpersonen in Russland aufhalten, wobei in erster Linie nach Anzeichen einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit gesucht wird.

Die verhältnismäßig hohe Präsenz erkannter Geheimdienstangehöriger an den russischen Legalresidenturen³⁰⁴ in Deutschland unterstreicht den besonderen Stellenwert, der Deutschland als Aufklärungsziel immer noch beigemessen wird. Eine der wichtigs-

²⁹⁹ Im Oktober 2002 wurden zwei russische Diplomaten beim Versuch der Übernahme firmenvertraulicher Unterlagen des Mobilfunk-Ausrüsters Ericsson von der schwedischen Polizei festgenommen und wenig später außer Landes verwiesen.

³⁰⁰ „Slushba Wneschnej Raswedkij“; Zivile Aufklärung.

³⁰¹ „Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije“; Militärische Aufklärung.

³⁰² „Federalnaja Slushba Besopasnosti“; Föderaler Sicherheitsdienst.

³⁰³ „Federalnoje Agenstwo Prawitelstvennoj Swjasi i Informazij“; Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information.

³⁰⁴ Abgetarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste in den offiziellen Vertretungen (insbesondere Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen) des Auftraggebers im Operationsgebiet.

ten Aufklärungsmethoden ist mittlerweile die offene Gesprächsabschöpfung. Zwanglose Unterhaltungen am Rande von Konferenzen, Industriemessen oder Firmenbesuchen bilden oftmals den Einstieg, um einem zu wenig sicherheitsbewussten Gesprächspartner die gewünschten Informationen zu entlocken.

Neben der Russischen Föderation sind in Deutschland die Nachrichtendienste der Ukraine, Weißrusslands und Kasachstans sichtbar aktiv. Eine immer noch beliebte Methode ist die Anwerbung deutschstämmiger Aussiedler, um diese für eine künftige Zusammenarbeit zu gewinnen.

- Das Landesamt wurde bereits im Jahr 1994 auf einen Spätaussiedler aus der Ukraine aufmerksam, nachdem dieser versucht hatte, sensitive Güter für ukrainische Behörden zu beschaffen. Zusätzlich ging ein Hinweis ein, dass er Angehöriger des ehemaligen KGB³⁰⁵ (gewesen) sei. Die umfangreichen Ermittlungen ließen Bezüge der Verdachtsperson zur Organisierten Kriminalität beziehungsweise eine entsprechende Vernetzung ihrer Firma mit der Organisierten Kriminalität immer deutlicher werden. Die Aktivitäten erstreckten sich auf Delikte wie Schleusungen, Menschenhandel und Geldwäsche. Der Fall wurde an die Polizei abgegeben, die den Vorgang exekutiv bearbeitet.

3. Prävention

Neben der einzelfallbezogenen Aufklärung konkreter Verdachtssachverhalte bildet die vorsorgliche Absicherung sicherheitsempfindlicher Stellen und Informationen ein weiteres wichtiges Element der Bekämpfung von Spionage und Sabotage. Durch vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen sollen besonders gefährdete Bereiche von Behörden und Wirtschaftsunternehmen vor Ausspähung und Sabotage geschützt werden. Die bei der Beobachtung geheimdienstlicher, terroristischer und extremistischer Aktivitäten gewonnenen Erkenntnisse über das jeweilige Bedrohungspotenzial bilden die Ausgangsbasis für die sachgerechte Festlegung personeller, technischer und organisatorischer

³⁰⁵ „Komitet Gosudarstwennoj Besopasnosti“; früherer sowjetischer Geheimdienst, aus dem FSB, SWR und FAPSI hervorgegangen sind.

Schutzvorkehrungen. Die Zuständigkeiten des Aufgabenbereichs Geheim- und Sabotageschutz ergeben sich im Wesentlichen aus dem Katalog des § 3 Abs. 3 LVSG. Die Wahrnehmung der dort aufgelisteten so genannten Mitwirkungsaufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz setzt grundsätzlich in jedem Einzelfall einen entsprechenden Antrag einer externen Stelle voraus.

3.1 Geheim- und Sabotageschutz, Informationsschutz

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben das Bewusstsein für Sicherheit weltweit in drastischer Weise geschärft. Dass dies auch unmittelbare Auswirkungen auf den Stellenwert der Prävention hat, zeigt das deutlich gesteigerte Antragsaufkommen im Arbeitsbereich Geheim- und Sabotageschutz.

3.1.1 Personelle Schutzmaßnahmen

Nach einer längeren Phase des kontinuierlichen Rückgangs war im Jahr 2002 erstmals wieder eine merkliche Zunahme von Sicherheitsüberprüfungsanträgen zu verzeichnen. Vor allem im Polizeibereich ergab sich ein zusätzlicher Bedarf an sicherheitsüberprüftem Personal. Die Intensität der Überprüfung orientiert sich in erster Linie an der Höhe des Geheimhaltungsgrads, zu dem die betroffenen Personen Zugang erhalten sollen oder sich verschaffen können. Sie wird mit dem Ziel durchgeführt, möglicherweise sicherheitserhebliche Erkenntnisse festzustellen, aus denen sich Anhaltspunkte für ein Sicherheitsrisiko ergeben könnten. Zu diesem Zweck werden verschiedene Datenbestände abgefragt, neben der verfassungsschutz eigenen Datei u.a. das Bundeszentralregister, polizeiliche Erfassungssysteme sowie die Dateien anderer Nachrichtendienste. Die höchste Stufe der Überprüfung umfasst zusätzlich die Befragung von Referenz- und Auskunftspersonen.

Ebenfalls angestiegen ist die Anzahl der beantragten Sabotageschutzüberprüfungen von Zutrittsberechtigten kerntechnischer Anlagen und sicherheitsempfindlicher Bereiche von Flughäfen. Beim letztgenannten Überprüfungsverfahren hat sich insbesondere die Verkürzung der Frist für Wiederholungsüberprüfungen von früher fünf Jahren auf nunmehr nur noch ein Jahr stark auf das Antragsaufkommen ausgewirkt. Im Gegensatz zur

eingangs beschriebenen Sicherheitsüberprüfung konzentriert sich die Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz bei Sabotageschutzüberprüfungen auf die Abfrage des eigenen Datenbestands. Andere Dateien werden von den Antragstellern - die Zuständigkeiten für den kerntechnischen Bereich liegen beim Umwelt- und Verkehrsministerium, bezüglich der Flughäfen bei den vier Regierungspräsidien - selbst abgefragt. Inwieweit die vom Landesamt für Verfassungsschutz übermittelten Hinweise dazu verwendet werden, vorgesehene Berechtigungen zu versagen, liegt im Ermessen des jeweiligen Antragstellers.

3.1.2 Materielle Schutzmaßnahmen

Im Bereich des Geheimschutzes werden die personellen Maßnahmen durch technische und organisatorische Vorkehrungen ergänzt. Hier unterstützt das Landesamt für Verfassungsschutz - häufig durch Beratungen vor Ort - die verschlussachenverwaltenden Behörden, Dienststellen, Gerichte und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die geheimschutzbetreute Wirtschaft bei der Festlegung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen. Schwerpunktmäßig geht es dabei um die Errichtung von Gefahrenmeldeanlagen, die Beschaffung einzelner Sicherheitskomponenten (Stahlschränke, Schlüssellendbehälter, Aktenvernichter) oder die Erarbeitung interner Anweisungen.

Von immer größerer Bedeutung ist das Thema IT-Sicherheit, d.h. die Frage, unter welchen Voraussetzungen sicherheitsempfindliche Informationen in Datenverarbeitungssystemen bearbeitet werden können. Vor allem aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft erhält das Landesamt für Verfassungsschutz zahlreiche Anfragen zu dieser Problemstellung.

3.1.3 Sonderthema „Schutz des gesprochenen Worts“

Informationsschutzkonzepte für gefährdete Bereiche von Staat und Wirtschaft konzentrieren sich häufig auf digitale Daten in Informations- und Kommunikationssystemen. Oftmals werden aber höchst sensible Vorgänge bei Besprechungen und in Konferenzen sowie vor allem im täglichen Arbeitsablauf erörtert, ohne dass der „Verletzlichkeit“ des gesprochenen Worts größere Bedeutung beigemessen wird. Nicht zuletzt die vertraute

Umgebung des eigenen Büros oder der Geschäftsräume vermittelt ein subjektives Sicherheitsgefühl bei den Besprechungsteilnehmern.

Lauschangriffe klassischer Art auf Büros bergen daher nach wie vor ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Fachleute sprechen gar von einer „*Renaissance der Wanzen*“³⁰⁶. Folgt man den Darstellungen in der Fachpresse, so befinden sich - laut Schätzung von Herstellerseite - inzwischen 500.000 bis 1.000.000 Abhörgeräte im Besitz von Privatpersonen. Weltweit mehr als 200 so genannter Spionläden, davon über 20 in Deutschland, bieten für den Profi wie für den Laien eine nahezu unüberschaubare Zahl von Lauschangriffsmitteln und -werkzeugen. Der einschlägige Internet-Versandhandel sowie eine Fülle von kostenfrei im Netz angebotenen Bauanleitungen für Abhöreinrichtungen komplettieren die Angebotspalette. Neben „Wanzen“, die nach dem Prinzip eines Minisenders funktionieren, können auch akustische (Richt- und Körperschallmikrofone, als Mikrofone manipulierte Lautsprecher) und optische Lauschmittel (Laser-Abhörsysteme, Infrarotsender und -empfänger) zum Einsatz kommen.

Ein hundertprozentiger Schutz vor illegalen Lauschern wird, wenn überhaupt, nur mit einem völlig unverhältnismäßigen Aufwand möglich sein. Es kommt insofern darauf an, durch die Kombination sinnvoll aufeinander abgestimmter organisatorischer und baulicher bzw. technischer Maßnahmen vorstellbare Angriffe soweit wie möglich zu erschweren.

Neben technischen Maßnahmen sorgen vor allem auch organisatorische Regelungen dafür, dass illegalen Lauschern „Hören und Sehen“ vergeht. Sowohl das Landesamt für Verfassungsschutz als auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik haben hierzu entsprechende Merk- und Faltblätter herausgegeben.

3.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Spionageabwehr

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nimmt im Rahmen der Prävention einen immer breiteren Raum ein. Das Leistungsspektrum des Landesamts für Verfassungsschutz

³⁰⁶ Ansgar Huth, KES 2002/4, S. 6 ff.

reicht auf diesem Sektor von der Erstellung von Informationsmaterial zur repressiven und präventiven Spionageabwehr über Fachvorträge, Informations- und Beratungsgespräche, Unterstützung bei der Erstellung von Schutzkonzeptionen bis hin zu Interviews und zur Teilnahme an Diskussionsrunden. Neben persönlichen Gesprächen und Beratungen führt die Spionageabwehr über das ganze Jahr hinweg kontinuierlich Vortragsveranstaltungen und Einzelvorträge bei Firmen oder Verbänden durch.

Umfangreiche Aufklärung und Informationen sind zudem in der Internet-Präsentation des Landesamts für Verfassungsschutz zu finden. Aktuelles Wissen wird so einem großen Kreis von Interessierten zugänglich gemacht.

Einen weiteren Baustein der Öffentlichkeitsarbeit bildete die Teilnahme an der Essener Sicherheitsmesse SECURITY 2002 im Rahmen eines gemeinsamen Auftritts der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, wobei die Aufklärung über die Wirtschaftsspionage im Mittelpunkt stand. Mit Stellwänden, Bildschirmpräsentationen, Faltblättern, Broschüren, Jahresberichten und einschlägigem Geheimschutzwerbematerial wurde auf das allgegenwärtige Spionagerisiko aufmerksam gemacht.

Im Jahr 2002 wurden von Angehörigen der Spionageabwehr rund 30 Vorträge gehalten und eine Reihe von Medienkontakten wahr genommen sowie weit über 160 Behörden- und Firmenberatungen durchgeführt.

3.3 „Sicherheitsforum Baden-Württemberg - die Wirtschaft schützt ihr Wissen“

Das 1999 ins Leben gerufene Sicherheitsforum Baden-Württemberg setzt sich aus kompetenten Vertretern von Firmen, Forschungseinrichtungen, Verbänden, Kammern und Behörden, u.a. auch dem Landesamt für Verfassungsschutz, zusammen. Dieses Gremium ist ein gelungenes Beispiel für eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat mit einem klar definierten Ziel: der Technologievorsprung der baden-württembergischen Wirtschaft und der Forschung soll gesichert und vor Spionage geschützt werden. In regelmäßigen Arbeitssitzungen werden aktuelle Sicherheitsthemen und spezifische Bedürfnisse der Industrie erörtert. Als herausragende Projekte sind ein

vom Sicherheitsforum im März 2002 organisiertes Symposium und die bei der Universität Lüneburg in Auftrag gegebene Analyse über den Schaden, der durch Wirtschaftsspionage entsteht, zu nennen.

Weitere Informationen zu den Aktivitäten des Sicherheitsforums im Internet unter www.sicherheitsforum-bw.de.

3.3.1 Symposium „Gefährdungslage der Wirtschaft - sechs Monate nach den Terroranschlägen“

Das am 11. März 2002 im **Stuttgarter** Haus der Wirtschaft veranstaltete Symposium diente in erster Linie der Darstellung der aktuellen Bedrohungslage. Unter Beteiligung von Innenminister Dr. Thomas Schäuble erläuterten Referenten aus Wirtschaft, Behörden und Verbänden ihre jeweilige Gefährdungsanalyse und betonten übereinstimmend die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft, ihren Verbänden und den Sicherheitsbehörden.

Auf den 11. September 2001 eingehend sprach Innenminister Dr. Schäuble von einer neuen Dimension der Gefährdung. Es müsse in höchstem Maße beunruhigen, wenn Personen völlig unauffällig und angepasst hier lebten und dabei schwerste Straftaten vorbereiteten. Er wies darüber hinaus besonders auf die Gefahr hin, dass Firmen Opfer von Wirtschaftsspionage werden könnten und empfahl in diesem Zusammenhang, die Dienste des Landesamts für Verfassungsschutz in Anspruch zu nehmen. Der Verfassungsschutz sei nicht dem Legalitäts-, sondern dem Opportunitätsprinzip verpflichtet, so dass von einer Firma geschilderte strafbare Handlungen - anders als bei der Polizei - nicht zwangsläufig zu einer Strafverfolgung führten.

3.3.2 Fall- und Schadensanalyse der Universität Lüneburg

In der Vergangenheit wurde speziell von Wirtschaftsvertretern und den Medien bemängelt, dass über den durch Wirtschaftsspionage entstehenden Schaden derzeit nur spekuliert werden könne; verlässliche Zahlen seien weder von den Sicherheitsbehörden noch von den betroffenen Unternehmen zu erlangen. Vor diesem Hintergrund hat das

Sicherheitsforum die Universität Lüneburg, die sich seit einigen Jahren fachrichtungsübergreifend mit Fragen des Security-Managements lehr- und forschungsseitig befasst, mit der Erstellung einer Fall- und Schadensanalyse beauftragt. Diese auf das Land Baden-Württemberg beschränkte Untersuchung soll für den Zeitraum ab 1995 in einem mehrstufigen Verfahren Aussagen zur potenziellen Schadenshöhe und -relevanz treffen sowie Präventionsmöglichkeiten aufzeigen. Ziel ist, wissenschaftlich fundierte Argumentations- und Entscheidungshilfen für Funktionsträger in Politik und Wirtschaft zu erarbeiten sowie die präventive Arbeit der Sicherheitsbehörden auf der Grundlage repräsentativer Untersuchungsergebnisse zu stärken. Mit dem Schlussgutachten ist im Laufe des Jahres 2003 zu rechnen.

4. Erreichbarkeit der Spionageabwehr

Wenn Sie Hinweise oder Anregungen geben wollen beziehungsweise weitere Informationen wünschen, so können Sie die Spionageabwehr wie folgt erreichen:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- Abteilung 4 -
Taubenheimstraße 85 A
70372 Stuttgart

Telefon 0711-95 44 301
Telefax 0711-95 44 444
E-Mail: Spionageabwehr@ifvbw.bwl.de

Über ein **Vertrauliches Telefon** können Sie der Spionageabwehr unter

0711-9 54 76 26 (Telefon) und
0711-9 54 76 27 (Telefax)

rund um die Uhr Informationen - auch anonym - übermitteln. Selbstverständlich werden Ihre Hinweise auf Wunsch vertraulich behandelt.

Alle Mitbürger, die aus ihrem beruflichen und privaten Umfeld Hinweise auf Spionagesachverhalte geben, leisten einen wesentlichen Beitrag für den Erhalt der inneren und äußeren Sicherheit.